



BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG

Endlagersuche in Deutschland: Wissen, Einstellungen und Bedarfe – wiederholte repräsentative Erhebung (EWident)

Ergebnisbericht zur ersten und zweiten Bevölkerungsbefragung
in den Jahren 2020 und 2021/22

Vorhaben 4719F00201

AUFTRAGNEHMER:IN
aproxima
Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung
Weimar mbH

Sebastian Götte



Endlagersuche in Deutschland: Wissen, Einstellungen und Bedarfe – wiederholte repräsentative Erhebung (EWident)

Ergebnisbericht zur ersten und zweiten

Bevölkerungsbefragung in den Jahren 2020 und 2021/22

Dieser Band enthält einen Ergebnisbericht eines vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung in Auftrag gegebenen Untersuchungsvorhabens. Verantwortlich für den Inhalt sind allein die Autor:innen. Das BASE übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie die Beachtung privater Rechte Dritter. Der Auftraggeber behält sich alle Rechte vor. Insbesondere darf dieser Bericht nur mit seiner Zustimmung ganz oder teilweise vervielfältigt werden.

Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung der Auftragnehmer:in wieder und muss nicht mit der des BASE übereinstimmen.

BASE-013/23

Bitte beziehen Sie sich beim Zitieren dieses Dokumentes immer auf folgende URN:
urn:nbn:de:0221-2023041437448

Berlin, Juni 2023

Impressum

**Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung
(BASE)**

BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG

Auftragnehmer:in
aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozial-
forschung Weimar mbH

Sebastian Götte

030 18432-0
www.base.bund.de

Stand: Juni 2023



Endlagersuche in Deutschland: Wissen, Einstellungen und Bedarfe – wiederholte repräsentative Erhebung (EWident)

Ergebnisbericht zur ersten und zweiten
Bevölkerungsbefragung in den Jahren 2020 und 2021/22

Weimar, den 29. Juli 2022

Sebastian Götte

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort	4
2	Fünf Dinge, die man sich merken sollte	5
3	English Summary	7
4	Studiendesign und Stichprobenstruktur	9
4.1	Methodischer Überblick	9
4.2	Struktur der Stichprobe	10
5	Vorstellungen von der Endlagersuche	16
5.1	Kernenergienutzung und Risiken	16
5.2	Aktuelle Situation	23
5.3	Aufgabe der Endlagersuche	25
5.4	Prozess der Endlagersuche	29
5.5	Beteiligte Institutionen	40
6	Informiertheit und Informationsbedürfnis	45
6.1	Themeninteressen und Informiertheit	45
6.2	Aktive Informationssuche	51
6.3	Vertrauen in Informationsquellen	53
6.4	Konkrete Kenntnis von Zwischenbericht und Fachkonferenz Teilgebiete	58
7	Akzeptanz und Teilhabe	64
7.1	Vertretungsgefühl durch bestehende Institutionen	64
7.2	Akzeptanzstatus in Bezug auf ein mögliches Teilgebiet am Wohnort	68
7.3	Teilhabewunsch und Beteiligungsformen	76
8	Ergebnisse der Befragung bei den 14- bis 29-Jährigen	80
8.1	Vorstellungen von der Endlagersuche	80

8.2	Informiertheit und Informationsbedürfnis	86
8.3	Akzeptanz und Teilhabe	88
9	Soziale Repräsentationen der Endlagersuche	93
9.1	Das Konzept der sozialen Repräsentationen	93
9.2	Soziale Repräsentation der Endlagersuche in der Akzeptanzgruppe „Widerstand“	94
9.3	Soziale Repräsentation der Endlagersuche in der Akzeptanzgruppe „Unterstützung“	95
9.4	Soziale Repräsentation der Endlagersuche in der Akzeptanzgruppe „Indifferenz“	96
9.4	Einflussfaktoren auf die Gruppenzuordnung	98
9.5	Zusammenfassende Bewertung	99
10	Methodenbericht	100
10.1	Design und Struktur der Stichprobe	100
10.2	Durchführung der Interviews und Ausschöpfungsstatistik	106
10.3	Studiendokumentation gemäß der ADM-TransparenzStandards	108
11	Anhänge	112
11.1	Literaturverzeichnis	112
11.2	Abbildungsverzeichnis	113
11.3	Tabellenverzeichnis	117
11.4	Fragebogen	118

1 Vorwort

Das Standortauswahlgesetz (StandAG) regelt die einzelnen Verfahrensschritte für eine ergebnisoffene, wissenschaftsbasierte, transparente Suche und Auswahl eines Standortes für die sichere Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen. Ziel ist es, bis 2031 den Standort für ein Endlager mit der bestmöglichen Sicherheit für einen Zeitraum von einer Million Jahren festzulegen. Das Ergebnis soll von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen und von den Betroffenen toleriert werden können. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) koordiniert und beaufsichtigt die Suche nach diesem Endlager für hochradioaktive Abfälle und ist Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung. Es schafft die Grundlagen und Randbedingungen dafür, wie Bürger:innen als Mitgestalter:innen des Verfahrens in die Standortsuche eingebunden werden.

Im Verlauf des Standortauswahlverfahrens ist es für das BASE von zentraler Bedeutung, Einstellungen und Bedarfe der Bevölkerung zu erheben, um die Wirkungen der eingesetzten Beteiligungsinstrumente beurteilen sowie Konfliktpotentiale frühzeitig erkennen zu können. Hierzu nutzt das BASE eine langfristige, repräsentative Erhebung. Regelmäßig wiederholte, repräsentative Bevölkerungsumfragen sollen ein fundiertes Verständnis der vorherrschenden Haltungen, Meinungen und Wissensstände in Bezug auf die Endlagersuche schaffen. Dies umfasst auch institutionelle Aspekte (Wissen über Zuständigkeiten und Aufgabenteilung, Vertrauen in die umsetzenden Institutionen und Ähnliches) sowie die Fragen, auf welche Weise sich die Menschen in den Prozess der Endlagersuche einbringen möchten und welche Erwartungen in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung bestehen.

In diesem Bericht stellen wir die Ergebnisse der zweiten Erhebung dar (November 2021 bis Februar 2022), die gut ein Jahr nach der Veröffentlichung des Teilgebieteberichts der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH am 28. September 2020 durchgeführt wurde, und setzen sie ins Verhältnis zu den Ergebnissen der ersten Erhebung (18.05.-23.07.2020). Sie zeigen also den Kenntnis- und Einstellungsstand der deutschen Bevölkerung, nachdem erste Teilgebiete bekannt und in verschiedenen Veranstaltungen – inklusive der Fachkonferenz Teilgebiete – diskutiert wurden. Daneben wurden auch in dieser zweiten Welle Jugendliche zwischen 14 und 29 Jahren als Schwerpunktgruppe befragt. Zusätzlich werfen wir einen genaueren Blick auf vier Regionen in Deutschland, in denen die Endlagerdebatte bereits etwas intensiver geführt wird als im Rest des Landes.

Wir wünschen eine anregende Lektüre und stehen als Adressat:innen für Anmerkungen oder Rückfragen gern zur Verfügung!

Weimar im Mai 2022
Sebastian Götte

2 Fünf Dinge, die man sich merken sollte

1. Seit der ersten Erhebung noch vor der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete hat sich das Bewusstsein über die Endlagersuche in Deutschland positiv entwickelt. So wissen jetzt mehr Befragte über den Stand der Suche Bescheid als in der ersten Befragung (79 zu 63 Prozent). Auch die subjektive Informiertheit und Informationsdichte sind gestiegen. Mehr Personen als bisher geben an, schon einmal selbst nach Informationen über das Endlager gesucht zu haben (32 ggü. 23 Prozent in Welle 1). Einige Einstellungen in Verbindung mit dem Endlager haben sich seit der ersten Erhebung verändert. So ist das mit seinem Betrieb verbundene wahrgenommene Risiko gesunken. Und mehr Bürger:innen als 2020 würden die Entscheidung, dass in ihrer Region weitere Standortuntersuchungen durchgeführt werden, anerkennen (69 ggü. 59 Prozent).
2. Allerdings haben sich einige Faktoren – vor allem beim Wissen über die Endlagersuche – auch in die andere Richtung entwickelt. So sind das StandAG und die darin festgelegten Ausschlussfaktoren etwas weniger bekannt, und die Befragten wussten seltener, dass die drei Akteure BGE, BASE und NBG für die Standortsuche verantwortlich sind. Für die Veränderungen gibt es kaum äußere Erklärungen. Möglich wären methodische Effekte (bedingt z. B. durch die Interviewer*innen oder die Stichprobenstruktur). Eine inhaltliche Erklärung könnte sein, dass die sozialen Repräsentationen von der Endlagersuche – also die Bilder, die sich die Bürger:innen aufgrund unvollständig vorhandener Informationen machen – noch recht fluide sind. Eine geeignete und kontinuierliche Kommunikation von Fakten über die Endlagersuche auf den Kommunikationskanälen, die von den Bürger:innen üblicherweise genutzt werden, kann den Wissensbestand in der Bevölkerung nach und nach festigen.
3. Die Endlagersuche in Deutschland wird von der Bevölkerung insgesamt unterstützt. 59 Prozent sind vorbehaltlos dafür, in Deutschland ein Endlager zu suchen, weitere 20 Prozent machen dies von einem endgültigen Atomausstieg abhängig. Das Vertrauen in die verantwortlichen Institutionen ist weiterhin gegeben. Insbesondere als Informationsquellen stehen sie mit den unabhängigen Nicht-regierungsorganisationen (NROs) auf einer Stufe an der Spitze, nur Wissenschaftler:innen sind vertrauenswürdiger. Es wäre optimal, wenn es gelingen würde, mit den NROs eine gemeinsame Erzählung zur Endlagersuche zu finden. Wie wir auch diesmal wieder sehen, erreichen NROs noch einmal andere Personen als es BGE, BASE und NBG können. Um auch diese in eine konstruktive Gestaltung der Endlagersuche einzubeziehen, wäre ein Schulterschluss wichtig.
4. Mit 58 Prozent fordern noch einmal etwas mehr Befragte als 2020, dass die Bevölkerung für den Erfolg der Endlagersuche beteiligt werden soll. Allerdings ist der persönliche Teilhabewunsch weiterhin gering. Nur 28 Prozent geben an, sich selbst beteiligen zu wollen – die Hälfte davon nur, wenn ihre Region ein potenzieller Standort ist. Weiterhin ist aus Sicht der Befragten wichtiger, verlässliche und transparente Informationen zur Sicherheit von Prozess und Resultat zu vermitteln. Dafür ist Transparenz genau so wichtig wie für Lai:innen verständliche Informationen.

5. In den vier Fokusregionen, die aufgrund bereits intensiver vor Ort stattfindender Diskussionen noch einmal genauer betrachtet wurden, zeigen sich tatsächlich einige charakteristische Abweichungen. So sind sie etwas besser über den Prozess und aktuellen Stand der Endlagersuche informiert. Die Bevölkerung dort gibt mehrheitlich an, den Zwischenbericht Teilgebiete zu kennen und weiß deutlich häufiger, ob ihr Wohnort in einem Teilgebiet liegt. Die Einstellungen zur Endlagersuche weichen in einigen Punkten signifikant von der Gesamtbevölkerung ab, allerdings in unterschiedliche Richtungen. Während im Landkreis Rotenburg (Wümme) und zum Teil auch im Landkreis Emsland die Einstellungen positiver sind als im Durchschnitt, liegen sie in den beiden bayerischen Landkreisen Schwandorf und Wunsiedel im skeptischeren Bereich. Insgesamt zeigt dieser nähere Blick jedoch, dass eine – von welchen Akteuren auch immer gestaltete – regionale Diskussion des Themas die öffentliche Meinung prägen kann. Insofern sollte es Ziel der verantwortlichen Institutionen sein, solche Diskussionen aktiv mitzugestalten.

3 English Summary

Object and scope of work

The Site Selection Act (StandAG) regulates the individual procedural steps for an open-ended, science-based, transparent search and the selection of a site for the safe final disposal of high-level radioactive waste. The aim is to determine the site for a repository with the best possible safety for a period of one million years by 2031. The decision should be supported by society at large and acceptable to those affected. The Federal Office for the Safety of Nuclear Waste Management (BASE) coordinates and supervises the search for this repository for high-level radioactive waste, and is responsible for public participation. It creates the basis and boundary conditions for involving citizens as co-designers of the site selection procedure.

In the course of this procedure, surveying the attitudes and needs of the population is paramount for BASE, so as to be able to assess the effects of the participation tools used, and to identify potential conflicts at an early stage. To this end, BASE is using a long-term, representative survey. Regular, representative population surveys serve to create a well-founded understanding of the prevailing attitudes, opinions and levels of knowledge with regard to the repository search. This also includes institutional aspects (knowledge of responsibilities and division of tasks, trust in the implementing institutions, etc.) as well as questions on how people would like to be involved in the repository search process, and what their expectations are with regard to public participation.

In this report, we present the results of the second survey (November 2021 to February 2022), which was carried out a good year after the publication of the Sub-areas Interim Report of the Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) on 28 September 2020, and put them in relation to the results of the first survey (18 May - 23 July 2020). The results thus show the level of knowledge and attitudes of the German population after the first sub-areas had become known and had been discussed at various events - including the expert conference on sub-areas. In addition, young people between the ages of 14 and 29 were also surveyed as a particularly important group in this second round. Furthermore, this report takes a closer look at four regions in Germany where the repository debate is already somewhat more intense than in the rest of the country.

Five things to remember

1. Since the first survey that was conducted before the publication of the Sub-areas Interim Report, awareness of the repository search in Germany has increased. More respondents now know about the status of the search than during the first survey (79 to 63 percent). Subjective awareness and information density have also increased. More people than before stated that they had already looked for information about the repository themselves (32 compared to 23 percent in round 1). Some attitudes towards a repository have changed since the first survey. For example, the perceived risk associated with its operation has decreased. And more citizens than in 2020 would accept a decision to carry out further site investigations in their region (69 compared to 59 percent).
2. However, some factors - especially knowledge about the repository search - have also developed in the other direction. For example, the StandAG and the exclusion criteria laid down therein are somewhat less

well known, and respondents were less likely to know that the three institutions BGE, BASE and NBG are responsible for the site search. There are hardly any external explanations for the changes. Methodological effects (e. g. due to the interviewers or the sample structure) are possible. One explanation could be that the social representations of the repository search - i. e. the ideas that citizens form on the basis of incomplete information - are still rather fluid. Appropriate and continuous communication of facts about the repository search through the communication channels usually used by citizens can gradually consolidate the population's knowledge base.

3. All things considered, the repository search in Germany enjoys public support. 59 percent are unreservedly in favour of searching for a repository in Germany, while another 20 percent make this dependent on a definitive nuclear phase-out. Trust in the responsible institutions still prevails. Especially as sources of information, they are on a par with independent non-governmental organisations (NGOs); only scientists are considered more trustworthy. It would be ideal to find a common narrative with the NGOs on the repository search. Once again, we see that NGOs can reach other people than BGE, BASE and NBG. Collaboration would be important to involve them all in a constructive design of the repository search.
4. For the repository search to succeed, slightly more respondents (58 percent) than in 2020 are calling for the public to be involved. Yet, the personal desire to participate remains low. Only 28 percent say they want to participate – half of them only if their region is a potential site. The respondents also consider it more important to provide reliable and transparent information on the safety of the procedure and its outcome. In this respect, transparency is just as important as information that is comprehensible to laypersons.
5. Some characteristic deviations are indeed evident in the four focus regions, which were examined in more detail due to already ongoing discussions. The people there are somewhat better informed about the process and current status of the repository search. The majority of the population in those regions state that they are familiar with the Sub-areas Interim Report. A significantly greater part of those respondents knows whether their hometown is located in a sub-area. The attitudes towards the repository search differ significantly from those of the overall population in some points, but do so in different directions. While attitudes in the district of Rotenburg (Wümme) and, to some extent, also in the district of Emsland, are more positive than average, the two Bavarian districts of Schwandorf and Wunsiedel show more skeptical attitudes. Generally speaking however, this closer look shows that a regional discussion of the topic - shaped by whatever actors - can influence public opinion. The responsible institutions should thus aim to take an active part in such discussions.

4 Studiendesign und Stichprobenstruktur

4.1 Methodischer Überblick

Die Ergebnisse in diesem Bericht beziehen sich auf die ersten beiden Befragungswellen im Projekt EWident. Welle 1 fand im (Früh-)Sommer 2020 statt (18.05. bis 23.07.2020), Welle 2 im Winter 2021/22 (18.11.2021 bis 04. Februar 2022 / Jugendstichprobe 04. bis 21.04.2022). Beide Befragungen sollten ein gesichertes Meinungsbild in der bundesdeutschen Bevölkerung ab dem 14. Lebensjahr liefern. Zusätzlich hatte jede Befragung einen speziellen Fokus:

- Befragung 1: Wie sehen Einstellungen, Wissen und Bedarfe bei den jüngeren Personen aus (Altersgruppe 14 bis 29 Jahre), da diese am längsten mit den Ergebnissen der Endlagersuche leben können sollen?
- Befragung 2, zusätzlich zur erneut fokussierten Gruppe der jungen Menschen: Wie unterscheiden sich Einstellungen, Wissen und Bedarfe in Regionen, in denen bereits regere Diskussionen um das Thema stattfinden als in Deutschland insgesamt? Das Projekt EWident ist so angelegt, dass die erste Erhebung vor, die zweite nach Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete durch die BGE stattfindet. So sollten die Veränderungen abgebildet werden, die durch das Auftreten von regionaler Betroffenheit entstehen. Vermutlich aufgrund des Umfangs der Teilgebiete – 54 Prozent der Fläche Deutschlands zählen aktuell als potentiell geeignete Gebiete – finden überwiegend noch keine umfassenden Auseinandersetzungen mit dem Thema Standortwahl statt. Es gibt allerdings Regionen, in denen aufgrund aktiver Bürgerinitiativen oder entsprechend engagierter Regionalpolitiker:innen das Thema deutlich stärker in der Öffentlichkeit diskutiert wird als im Durchschnitt. Ein wesentlicher Indikator dafür ist die Dichte der Presseberichterstattungen. Diese diente als Grundlage zur Auswahl derjenigen Regionen, die im Rahmen von EWident vertieft untersucht wurden. Als solche Fokusregionen wurden die Landkreise Rotenburg (Wümme), Emsland, Schwandorf und Wunsiedel identifiziert (genauere Kriterien dazu legen wir im Abschnitt 10.1 dar).

Im Vorfeld der Befragungen haben wir auf Basis des aktuellen Forschungsstandes abgewogen, welche Erhebungsmodi für diese Zwecke aktuell am geeignetsten sind. Der Abwägungsprozess und dessen Ergebnisse sind detailliert im Kapitel „Methodisches Gesamtkonzept“ des „Zwischenberichts zum aktuellen wissenschaftlichen Stand und zum methodischen Gesamtkonzept“ dargestellt (vgl. Götte, Sebastian / Ludewig, Yvonne 2020, 36ff.).

Basis beider Erhebungswellen war eine telefonische repräsentative Bevölkerungsbefragung von N=2.500 Einwohner:innen Deutschlands ab dem 14. Lebensjahr. Die Stichproben dafür wurden jeweils auf Basis des ADM-Auswahlrahmens inklusive Mobilfunkrufnummern („ADM Dual Frame“) gezogen. In beiden Befragungswellen wurde diese ergänzt durch eine repräsentative Onlinebefragung von Einwohner:innen Deutschlands zwischen 14 und 29 Jahren (2020: N=672, 2022: N=500). Dafür bezogen wir die Teilnehmer:innen aus dem Online-Access-Panel der Bilendi GmbH.

Für die Darstellung der Gesamtergebnisse haben wir beide Teilstichproben miteinander kombiniert. Vorher wurde geprüft, ob sich die Antwortverteilungen in den Teilstichproben signifikant unterscheiden. Dies war für einzelne Variablen der Fall, für die allermeisten jedoch nicht. Wenngleich also die Aggregation beider Teilstichproben vertretbar war, sollte bei der Interpretation der Ergebnisse für 18-29-jährige Befragte berücksichtigt werden, dass

Unterschiede zum Teil auch durch einen „Online-Bias“ bedingt sein könnten. Durch eine Strukturgewichtung wurde sichergestellt, dass die kombinierte Gesamtstichprobe repräsentativ für die Bevölkerung Deutschlands ab dem 18. Lebensjahr ist. Die Fallzahlen für die Gesamtergebnisse betragen deshalb in den meisten Fällen N=3.172 (2020) und N=3.000 (2021/22) Befragte. Für die gesonderte Betrachtung der Jugendlichen (Abschnitt 8) nutzen wir die Fälle von 14- bis 29-Jährigen aus der Onlinebefragung und der Telefonbefragung.

In der zweiten Befragungswelle erhoben wir zusätzlich N=504 Interviews in den vier genannten Landkreisen (je mindestens N=125) auf Basis einer ADM-Telefonstichprobe. Die Ergebnisse in diesen Fokusregionen stellen wir zu jeder Fragestellung in einer Infobox dar und konzentrieren uns dabei auf auffällige Unterschiede zur Gesamtstichprobe.

Alle Erhebungen waren so angelegt, dass sie eine repräsentative Verteilung für ihre jeweilige Grundgesamtheit erreichen. Bei den telefonischen Bevölkerungsbefragungen geschah dies über systematische Zufallsauswahlen auf der Gemeinde-, Haushalts- und Personenebene. Bei der Online-Befragung der 14-29-Jährigen gaben wir der Bilendi GmbH ein Quotenraster vor, das der Bevölkerungsstruktur in diesem Altersbereich entsprach. Nach Fertigstellung der Interviews haben wir geprüft, ob die Struktur der Grundgesamtheit erreicht wurde. In der Regel ist dies nicht genau der Fall, da verschiedene Personengruppen unterschiedlich gut erreichbar und teilnahmebereit sind. Deshalb haben wir die Datenstruktur mittels einer mathematischen Strukturgewichtung an die Struktur der Grundgesamtheiten angepasst (siehe Abschnitt 10.1). Dies ist ein in der Markt- und Sozialforschung üblicher Prozess. Durch ihn erhalten Fälle, aus deren demographischer Gruppe wir in der Erhebung nicht ausreichend Befragte gewonnen haben, etwas mehr Gewicht in der Auswertung. Fälle aus überrepräsentierten demographischen Gruppen werden heruntergewichtet. Auf diese Weise haben wir sichergestellt, dass die hier berichteten Ergebnisse repräsentativ nach den Parametern Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltgröße, BIK-Größenklasse (ein Maß für die Gemeindegröße) und Bundesland für die deutsche Wohnbevölkerung ab dem 14. Lebensjahr sind.

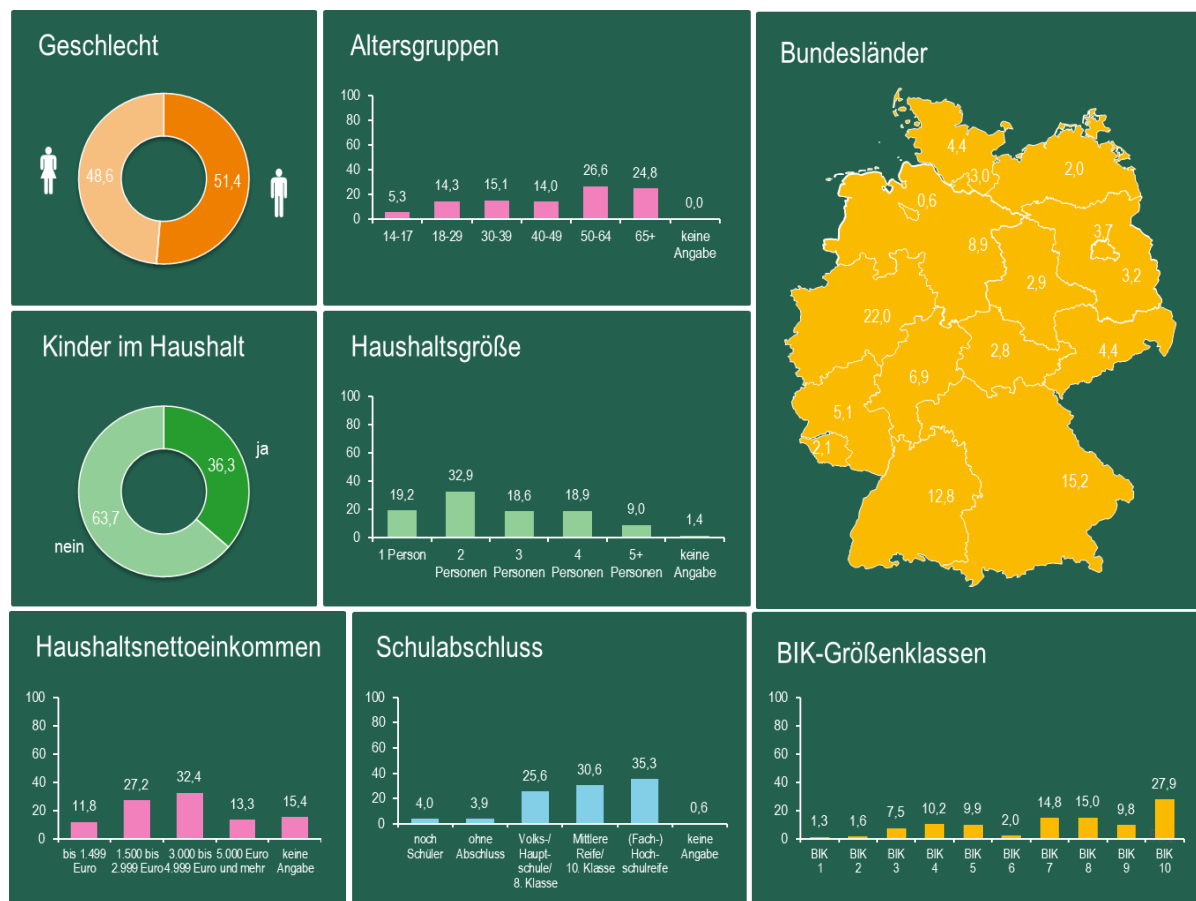
Detaillierte Informationen zu den Parametern der Datenerhebung stellen wir in Abschnitt 10 „Methodenbericht“ bereit.

4.2 Struktur der Stichprobe

Demographische Struktur

Die meisten in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse basieren auf der Grundgesamtheit der deutschen Wohnbevölkerung ab dem 14. Lebensjahr. Abbildung 4-1 zeigt die gewichtete Verteilung der wichtigsten demographischen Variablen in der Stichprobe 2021. Details zur Stichprobe 2020 finden sich im Bericht zur ersten Erhebung.

Abbildung 4-1 Demographische Struktur der Bevölkerungstichprobe Deutschland 2021



jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.000

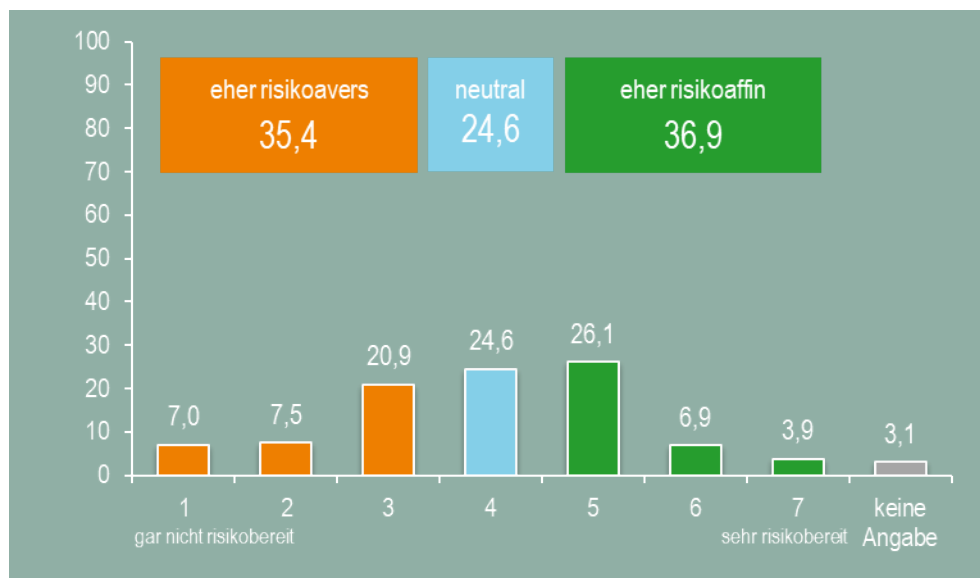
Risikoaffinität der Befragten

Neben den demographischen Angaben ist zur Erklärung einiger Antworten auf unsere Fragen auch interessant, wie risikoaffin die Befragten generell sind. Die These dahinter ist, dass diese Risikoeinstellung einen Einfluss auf die Einstellung zu einem Endlager für hochradioaktive Abfälle hat. Deshalb haben wir die Frage gestellt, für wie risikobereit sich die Befragten im Allgemeinen halten. Die Antwort konnte auf einer siebenstufigen Skala von 1=garnicht risikobereit bis 7=sehr risikobereit gegeben werden¹. Damit sie als Differenzierungsvariable besser geeignet ist, haben wir die Risikobereitschaft dann in drei Risikotypen zusammengefasst: eher risikoavers, risikoneutral und eher risikoaffin. Die Verteilung der Risikobereitschaft und die Risikotypen zeigt Abbildung 4-2. Die Antworten auf der siebenstufigen Skala bilden eine gaußähnliche Verteilung, die meisten Befragten ordnen sich auf den mittleren Skalenpunkten ein. In die drei Typen unterteilt existieren etwa gleich große Gruppen von eher risikoaversen und risikoaffinen Personen (35 und 37 Prozent) sowie eine kleinere neutrale Gruppe (25 Prozent). Die Werte finden wir so auch bei anderen Befragungen, in denen wir diese Frage einsetzen².

¹ Verwendet wurde die „Kurzskala Risikobereitschaft-1 (R-1)“ von Beierlein et al. (2014). Laut Working Paper der Autor:innen besitzt diese eine gute Reliabilität und Validität.

² Zum Thema Wahrnehmung von Magnetfeldern beim Stromausbau zeigten sich die Gruppen wie folgt: 34 Prozent eher risikoavers, 27 Prozent neutral und 38 Prozent eher risikoaffin (vgl. Götte/Ludewig 2019a). Eine ähnliche Verteilung ergab sich in einer Studie zum Thema „Was denkt Deutschland über Strahlung?“ (eher risikoavers: 33 Prozent, neutral: 27 Prozent und eher risikoaffin: 39 Prozent, vgl. Götte/Ludewig 2019b).

Abbildung 4-2 Risikoeinstellung der Befragten



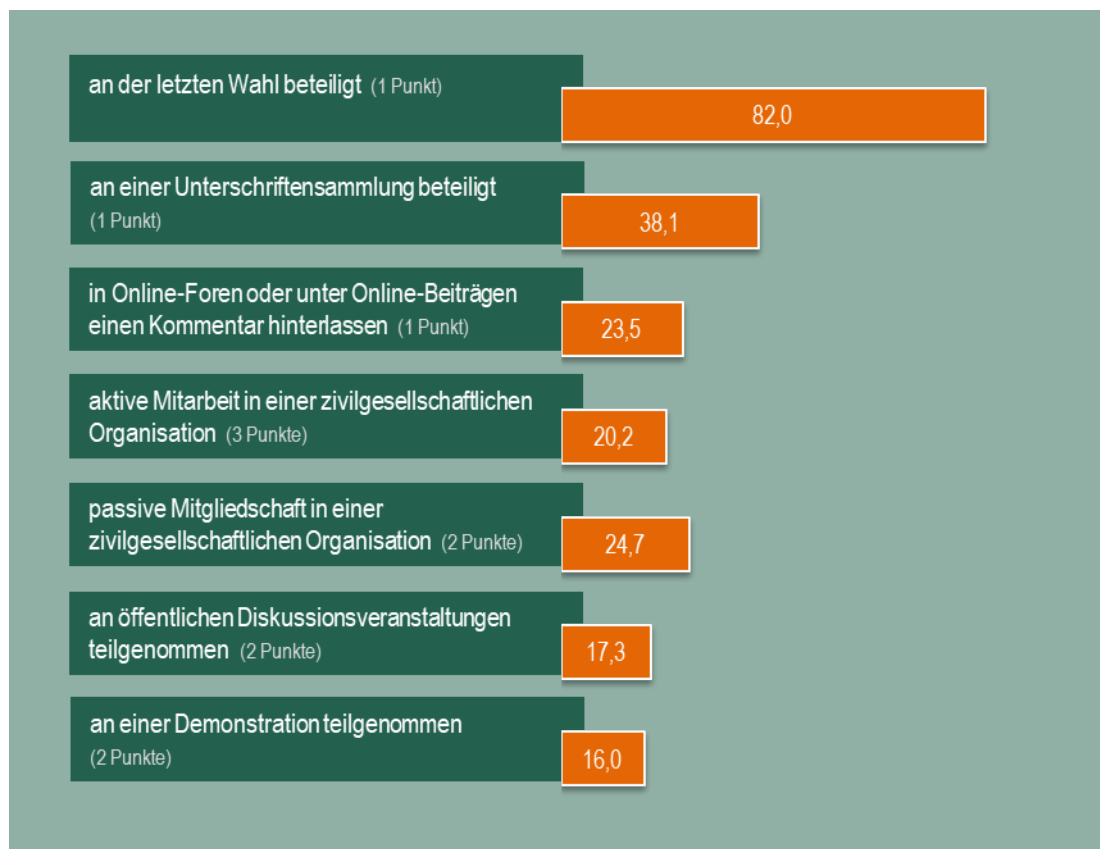
in Prozent aller Befragten | N=3.000

Fragestellung: Wie schätzen Sie sich persönlich ein: Wie risikobereit sind Sie im Allgemeinen? Bitte ordnen Sie sich auf einer 7-stufigen Antwortskala von 1 = „gar nicht risikobereit“ bis 7 = „sehr risikobereit“ ein. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Zivilgesellschaftliches Engagement der Befragten

Auch die Stärke des zivilgesellschaftlichen Engagements einer Person könnte Einfluss haben auf ihre Einstellungen zur Endlagersuche und ihre Beteiligungsbereitschaft daran. Deshalb haben wir in einer umfangreichen Frage verschiedene mögliche Formen dieses Engagements ermittelt. Abbildung 4-3 zeigt, wie viel Prozent der Befragten die von uns abgefragten Formen jeweils in den letzten 12 Monaten praktiziert haben. Die Spanne reicht dabei von der Beteiligung an der letzten Wahl bis zur aktiven Mitgliedschaft in einer zivilgesellschaftlichen Organisation (Bürgerinitiative, ehrenamtliche Organisation, religiöse Vereinigung, Partei etc.). Hinter den Aktivitäten haben wir Punktzahlen notiert. Diese geben eine von uns vergebene „Qualität“ dieser Aktivitäten in Bezug auf die Stärke des zivilgesellschaftlichen Engagements an. Mit 3 Punkten hat die aktive Mitgliedschaft in einer zivilgesellschaftlichen Organisation die höchste Qualität, da sie potenziell das stärkste Engagement erfordert. Mit 2 Punkten haben wir solche Aktivitäten versehen, die typischerweise nicht kontinuierlich geschehen, aber dennoch Aktivität erfordern. Außerdem fällt darunter auch die passive Mitgliedschaft in einer zivilgesellschaftlichen Organisation. Einen Punkt erhalten Engagementformen mit einer niedrigen Hürde.

Abbildung 4-3 Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements

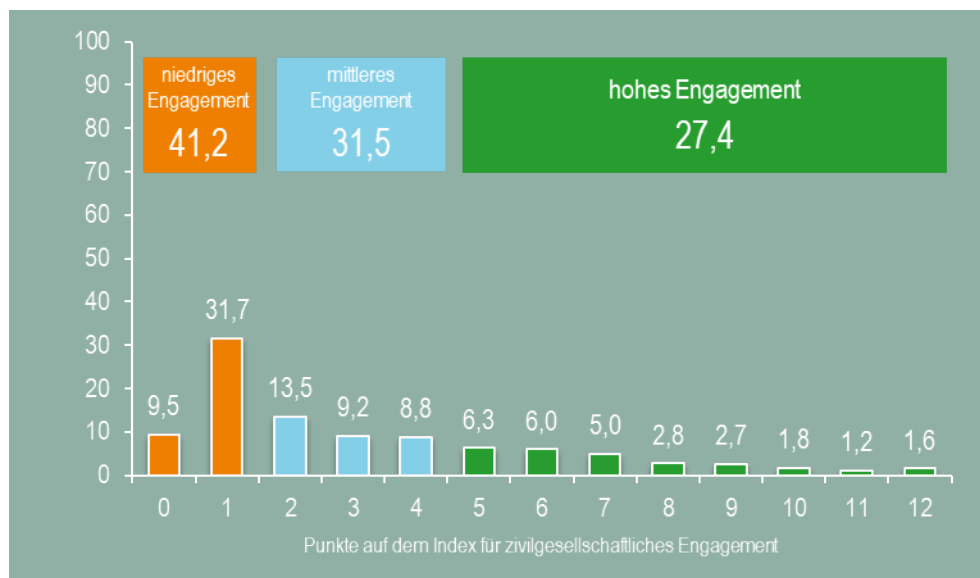


jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.000 | nur Kategorie „habe ich getan“

Fragestellung: Welche der folgenden Dinge haben Sie in den letzten 12 Monaten getan und welche nicht?

Auf Basis dieser Punktzahlen haben wir einen Index erstellt, der die Stärke des zivilgesellschaftlichen Engagements abbilden soll. Abbildung 4-4 zeigt die Verteilung der Befragten auf diesem Index. Maximal kann man darauf 12 Punkte erhalten, minimal 0. Zur besseren Handhabbarkeit als Differenzierungsvariable haben wir den Index wieder in drei Kategorien geclustert. Die Verteilung der Kategorien auf die Skalenpunkte erfolgte vor allem nach sachlogischen Überlegungen (so ist aus Sicht des Forschungsteams z. B. die alleinige Beteiligung an einer Wahl noch kein wirkliches zivilgesellschaftliches Engagement; wenn man allerdings passives Mitglied in einer Organisation ist oder an öffentlichen Diskussionsveranstaltungen teilnimmt, engagiert man sich bereits wahrnehmbar – deshalb verläuft die Grenze zwischen niedrigem und mittlerem Engagement zwischen einem und zwei Punkten). Da die meisten Befragten auf der linken Seite der Skala verortet sind, umfassen die Kategorien „niedriges Engagement“ und „mittleres Engagement“ deutlich weniger Skalenpunkte als „hohes Engagement“. Niedriges Engagement umfasst entweder kein Engagement oder ein niedrighochschwelliges. Mittleres Engagement beginnt bei zwei niedrighochschwelliges oder einer mit 2 Punkten bewerteten Form des Engagements. Hohes Engagement umfasst mindestens zwei Formen zivilgesellschaftlichen Engagements ab dem Punktwert 2. Wie Abbildung 4-4 zeigt, berichten die meisten Befragten ein niedriges zivilgesellschaftliches Engagement (41 Prozent), etwas weniger ein mittleres (32 Prozent). Rund 27 Prozent engagieren sich aufgrund ihrer Angaben stark. Da es sich hierbei um Eigenauskünfte der Befragten handelt, ist eine Überschätzung aufgrund sozialer Erwünschtheit möglich. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die Kategorien neben den sachlogischen Überlegungen auch so gebildet wurden, dass jede eine für Differenzierungen ausreichende Fallzahl enthält. Wichtig ist jedoch weniger die Größe dieser Gruppen, sondern es sind die Unterschiede zwischen den Kategorien.

Abbildung 4-4 Grad des zivilgesellschaftlichen Engagements

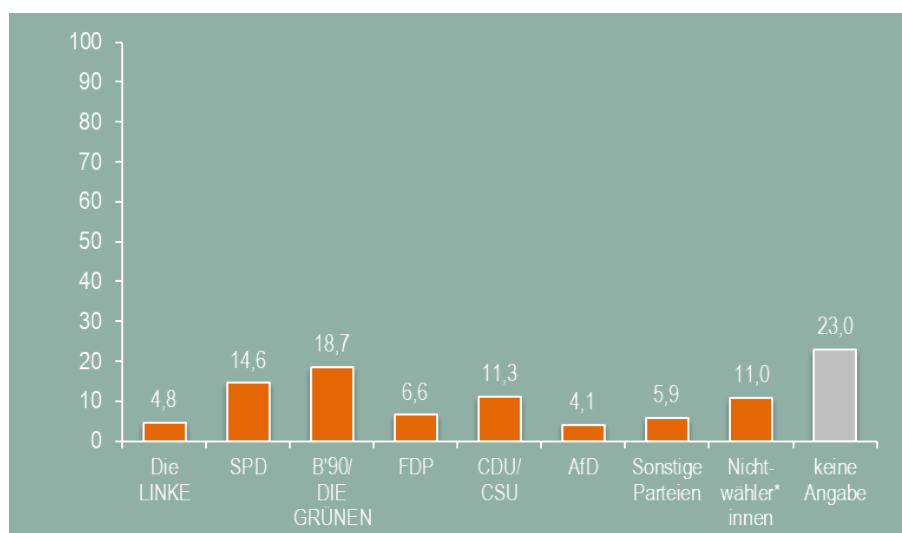


in Prozent aller Befragten | N=3.000 | summarischer Index auf Basis der in Abbildung 4-3 vergebenen Punkte

Wahlabsicht der Befragten

Als dritte psychographische Differenzierungsvariable haben wir die Wahlabsicht der Befragten in den Fragebogen aufgenommen. Hintergrund ist hier, dass die politische Einstellung einen Einfluss auf die Einstellung zur Endlagersuche haben könnte. Dazu haben wir gefragt, ob die Befragten zur Wahl gehen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Bejahten sie dies, haben wir gefragt, welche Partei sie wählen würden. Abbildung 4-5 zeigt die Informationen aus beiden Fragen in einer Grafik. Zu beachten ist, dass es sich dabei nicht um eine Projektion des Wahlverhaltens handelt – die Verteilung entspricht also nicht einem tatsächlich angenommenen Wahlergebnis. Uns dient die Frage lediglich dazu, die Befragten einer Wähler:innengruppe zuzuordnen und dies dann als Differenzierungsvariable verwenden zu können.

Abbildung 4-5 Wahlabsicht, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre



in Prozent aller Befragten | N=3.000

Fragestellung: Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie dann zur Wahl gehen? / Falls ja: Welche Partei würden Sie wählen?

Darstellung der Ergebnisse

In den folgenden Abschnitten werden wir neben den Ergebnissen in der Gesamtstichprobe auch in den meisten Fällen die differenzierten Ergebnisse in verschiedenen demographischen Gruppen, für die politischen Einstellungen und für die Risikoeinstellungen darstellen. Bei der Auswertung haben wir immer mit ermittelt, ob die Unterschiede zwischen den demographischen Gruppen statistisch signifikant sind (Signifikanzniveau 5 Prozent). Das bedeutet, dass wir geprüft haben, ob gemessene Unterschiede zufällig sind oder nicht. Durch verschiedene statistische Gesetzmäßigkeiten kann es passieren, dass sich Werte zwischen Gruppen zwar unterscheiden, wir aber nicht zuverlässig sagen können, dass diese Unterschiede auch in der Bevölkerung so vorhanden sind. Solche demographischen Gruppen sind in den folgenden Abbildungen grau hinterlegt. Die dort berichteten Werte unterscheiden sich also augenscheinlich, wir können aber nicht sicher sagen, dass es wirklich Unterschiede sind. Alle Gruppen, für die wir dies sagen können, sind demgegenüber dunkelgrün hinterlegt.

Wir stellen die Ergebnisse auch nach Bundesländern differenziert dar. In diesen Kartengrafiken sind die Bundesländer grün (überdurchschnittlich) oder orange (unterdurchschnittlich) eingefärbt, deren Werte statistisch signifikant vom Wert in der Gesamtstichprobe abweichen. Alle anderen Bundesländer sind grau. Die Abweichungen auf Ebene der Bundesländer lassen sich jedoch in den seltensten Fällen sinnvoll interpretieren. Sie sind deshalb zunächst nur illustrativ zu betrachten, und wir gehen auch nur in Ausnahmefällen darauf ein.

Die meisten Fragen haben wir in beiden Befragungswellen gestellt und können deshalb eine erste Entwicklung darstellen. Wo dies möglich ist, versuchen wir sie sachlogisch zu interpretieren. Die Ergebnisse der ersten Befragungswelle haben wir bereits in einem Zwischenbericht dargestellt, an dem sich auch die Struktur (und – wo keine neuen Erkenntnisse hinzu kamen – einige Formulierungen) dieses Berichtes orientiert. Da sich die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle noch in ihren Anfängen befindet, sehen wir die beiden Meßpunkte als Basis für die weitere sozialwissenschaftliche Begleitung dieses Prozesses.

5 Vorstellungen von der Endlagersuche

Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle ist aktuell sicher einer der ambitioniertesten gesellschaftlichen Prozesse, die wir uns in Deutschland vorgenommen haben (vergleichbar noch mit dem Umgang mit dem Klimawandel). Wir benötigen ein möglichst sicheres Endlager für Stoffe, die Mensch und Umwelt voraussichtlich über mindestens 1 Millionen Jahre schädigen können. Entsprechend komplex gestaltet sich dieser Prozess. Um die aktuelle Einstellung der Menschen dazu möglichst umfassend ermitteln zu können, haben wir uns folgende vier Leitfragen gestellt:

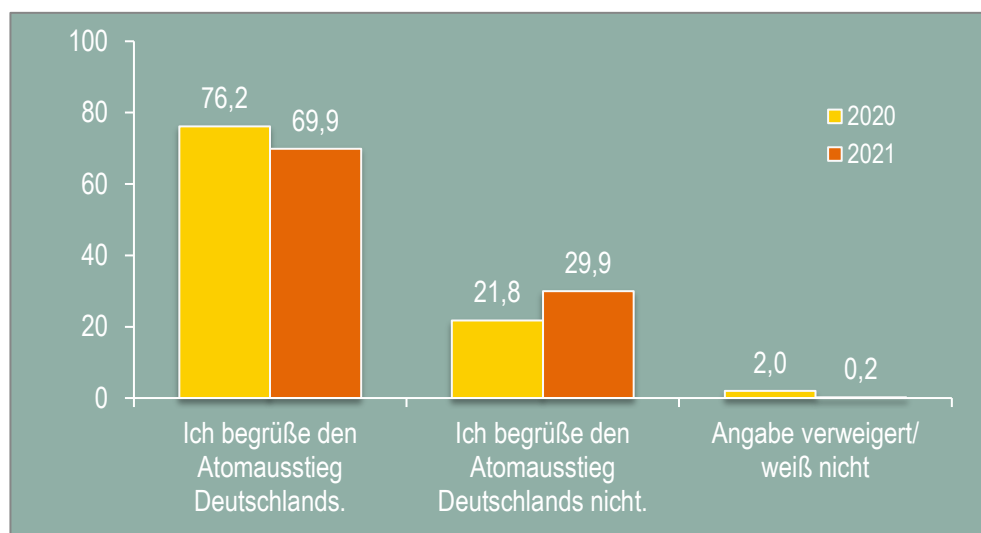
1. Welche Einstellungen haben die Menschen zum Atomausstieg und zur Endlagersuche in Deutschland?
2. Wie gut wissen sie über die *Aufgabe* der Endlagersuche Bescheid (Lagermengen und -zeitraum, Kriterien etc.)?
3. Wie gut kennen sie den vorgesehenen *Prozess* der Endlagersuche (StandAG, Zeitplan etc.)?
4. Wie gut kennen und wie bewerten sie die beteiligten *Institutionen*?

In diesem Abschnitt stellen wir die Antworten auf diese Fragen für die Zeiträume beider Befragung – also vor und nach der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete – dar.

5.1 Kernenergienutzung und Risiken

Der Ausstieg aus der Kernenergie wurde im Jahr 2011 beschlossen und wird Ende des Jahres 2022 mit der Stilllegung der Atomkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland vollendet. Aktuell begrüßen das 70 Prozent der Befragten, 30 Prozent tun dies nicht. Die Zustimmung ist seit der ersten Welle leicht gesunken (2020: 76 Prozent, vgl. Abbildung 5-1). Zu möglichen Ursachen dafür kann die Befragung selbst keine Auskunft geben. In Frage kommt jedoch unter anderem die wiederaufgekommene Diskussion um Kernkraft als Basisenergie im Rahmen eines schnellen Kohleausstiegs.

Abbildung 5-1 Einstellung zum Atomausstieg

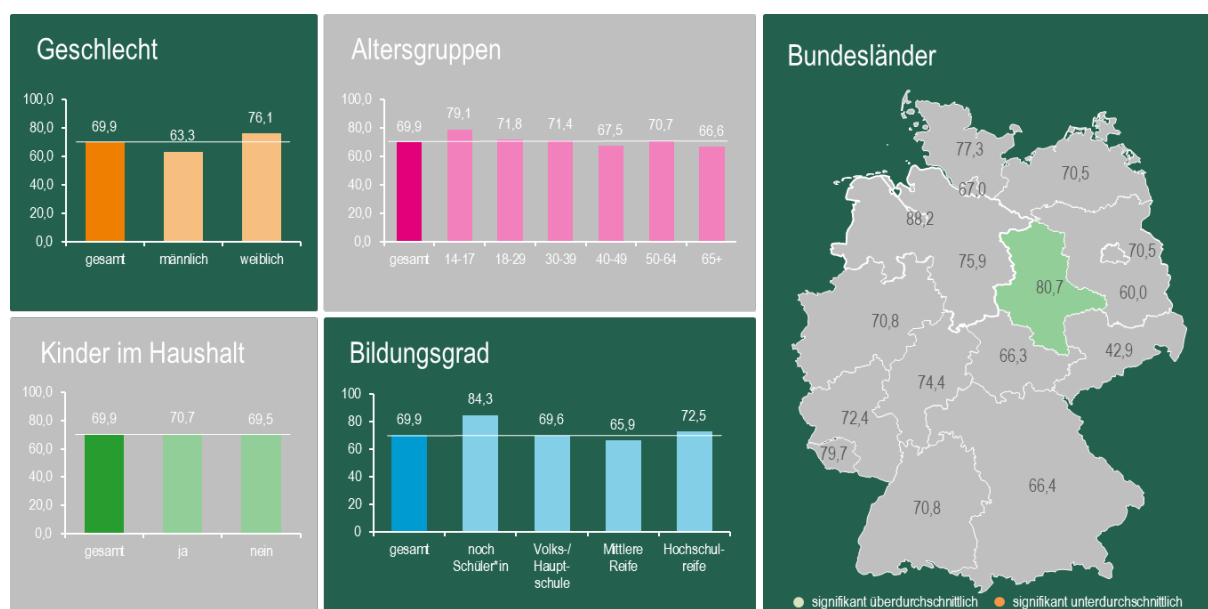


jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000

Fragestellung: Deutschland hat den stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie im Jahr 2011 beschlossen. Einmal alles in allem betrachtet: Begrüßen Sie grundsätzlich den Atomausstieg Deutschlands oder begrüßen Sie ihn nicht?

Die Zustimmung ist über alle demographischen Gruppen hoch, allerdings bestehen ähnliche signifikante Unterschiede zwischen den Geschlechtern wie in der ersten Welle. Unter den männlichen Befragten begrüßen den Atomausstieg 63 Prozent, unter den weiblichen dagegen 76 Prozent. Beim Bildungsgrad ist vor allem die Gruppe der Schüler:innen dem Atomausstieg deutlich freundlicher gegenüber eingestellt als alle anderen (84 Prozent Zustimmung). In Abbildung 5-2 ist außerdem die Zustimmungquote in den einzelnen Bundesländern zu sehen – und eine relativ klare West-Ost-Teilung. In vielen westlichen Bundesländern ist sie höher als in den östlichen. Am höchsten ist sie in den nordwestlichen Bundesländern und Sachsen-Anhalt. Deutlich am niedrigsten liegt sie in Brandenburg (60 Prozent) und Sachsen (43 Prozent).

Abbildung 5-2 Einstellung zum Atomausstieg nach demographischen Gruppen

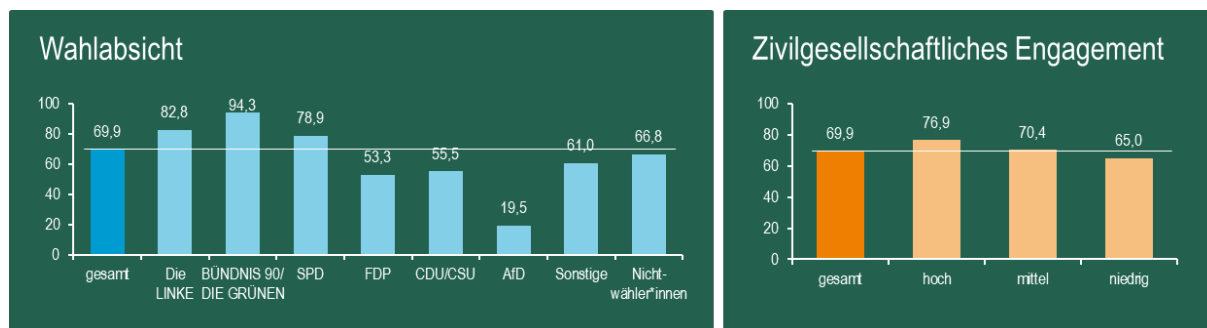


jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | nur „ich begrüße den Atomausstieg“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant³

Signifikante Unterschiede bestehen auch zwischen den Wähler:innengruppen (vgl. Abbildung 5-3). Wähler:innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen mit 94 Prozent den Atomausstieg am einheitlichsten, gefolgt von Wähler:innen der LINKEN (83 Prozent) und der SPD (79 Prozent). Anhänger:innen von CDU/CSU (56 Prozent) und FDP (53 Prozent) stimmen dem Atomausstieg unterdurchschnittlich häufig zu, hier ist die Zustimmungsrate gegenüber der ersten Welle auch am deutlichsten gesunken. Am wenigsten erfreut über den Atomausstieg sind Wähler:innen der AfD (20 Prozent). Je höher das zivilgesellschaftliche Engagement der Befragten ist, desto stärker begrüßen sie den Atomausstieg (niedriges Engagement 65 Prozent, hohes Engagement 77 Prozent).

³ Wie unter der Landkarte der Bundesländer vermerkt ist, wurden Bundesländer mit signifikant überdurchschnittlichen Anteilen für „ich begrüße den Atomausstieg“ grün eingefärbt, solche mit signifikant unterdurchschnittlichen Anteilen orange. Zu sehen ist auch, dass einzelne Bundesländer z. B. niedrige Anteile ausweisen, aber nicht eingefärbt sind. Das bedeutet, der Unterschied zur Gesamtstichprobe ist aus statistischer Sicht nicht ausreichend, um als signifikant bezeichnet zu werden – er könnte auch zufällig sein. Dies ist vor allem der Fall, wenn der Anteil auf einer relativ geringen Fallzahl basiert. Da z. B. das Saarland einen geringen Anteil an der Bevölkerung in Deutschland besitzt, wurden dort relativ wenige Menschen befragt. Deshalb wird es auch in einigen folgenden Abbildungen so sein, dass das Saarland eine hohe Abweichung von der Gesamtstichprobe ausweist, die aufgrund der geringen Fallzahl jedoch nicht signifikant ist. Dies kommt auch daher, dass Gruppen mit geringen Fallzahlen zu „extremen“ Ausschlägen neigen. Interessant für Vergleiche sind also immer nur die eingefärbten Bundesländer.

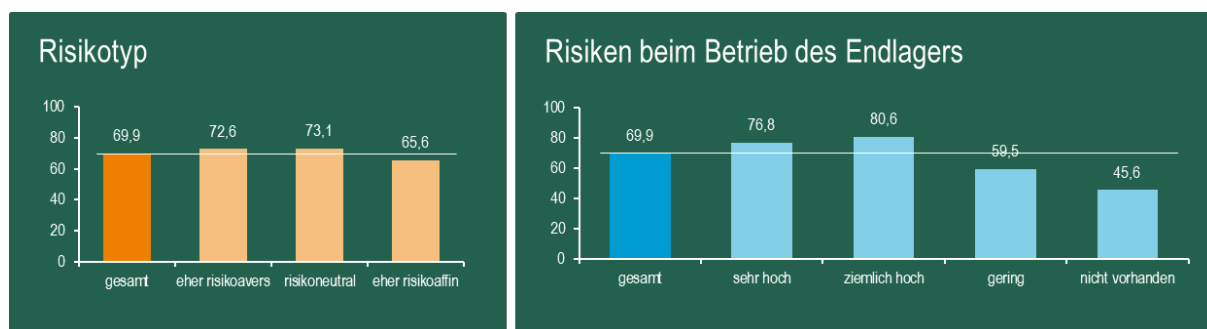
Abbildung 5-3 Einstellung zum Atomausstieg nach politischer Einstellung



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | nur „ich begrüße den Atomausstieg“ | Unterschiede sind signifikant

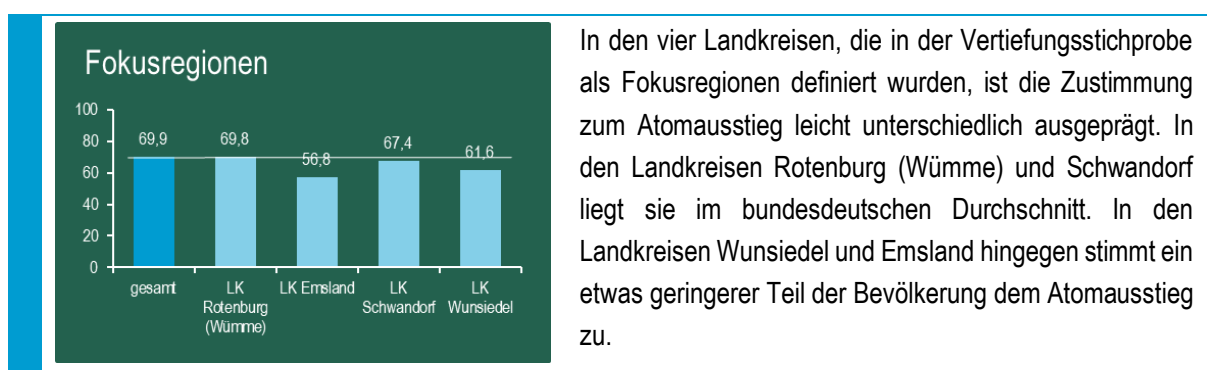
Mit Blick auf die allgemeine Risikobereitschaft der Befragten zeigt sich, dass eher risikoaffine Personen den Atomausstieg etwas seltener befürworten als solche, die sich risikoavers oder -neutral nennen (66 zu 73 Prozent, vgl. Abbildung 5-4). Außerdem korrelieren offenbar die Befürchtungen beim Betrieb eines Atomkraftwerks mit denen beim Betrieb eines Endlagers: Personen, die letzteren für sehr oder ziemlich hoch halten, befürworten auch deutlich häufiger den Atomausstieg als andere (77 bzw. 81 Prozent).

Abbildung 5-4 Einstellung zum Atomausstieg nach Risikoeinschätzungen



jeweils in Prozent aller Befragten | nur „ich begrüße den Atomausstieg“ | Unterschiede sind signifikant

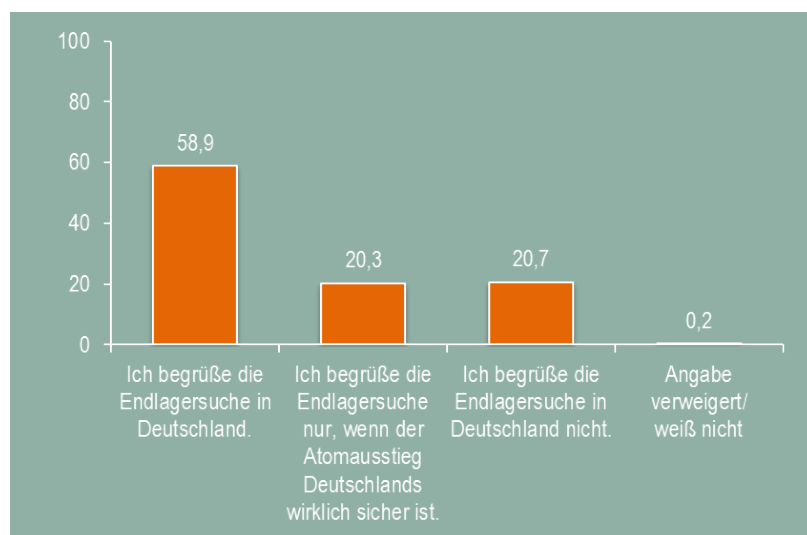
Abbildung 5-5 Einstellung zum Atomausstieg in den Fokusregionen



In der zweiten Befragungswelle neu hinzugekommen ist die Frage danach, ob man die aktuelle Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall in Deutschland begrüßt oder nicht. Dies war nun möglich, da die Thematik der Endlagersuche durch die Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete im Herbst 2020 stärker in die

Öffentlichkeit gerückt ist. Als zusätzliche Option wurde aufgenommen, dass die Endlagersuche nur unterstützt wird, wenn der Atomausstieg in Deutschland endgültig ist. Dies trägt den aktuellen Diskussionen um die Reaktivierung von Kernkraftwerken zur Sicherung eines frühzeitigen Kohleausstiegs Rechnung. Wie Abbildung 5-6 zeigt, befürwortet die Mehrheit der Befragten die Suche nach einem Endlager uneingeschränkt (59 Prozent). Weitere 20 Prozent begrüßen sie unter der Bedingung des endgültigen Atomausstiegs. Etwa jede:r Fünfte begrüßt die Endlagersuche nicht.

Abbildung 5-6 Einstellung zur Endlagersuche in Deutschland



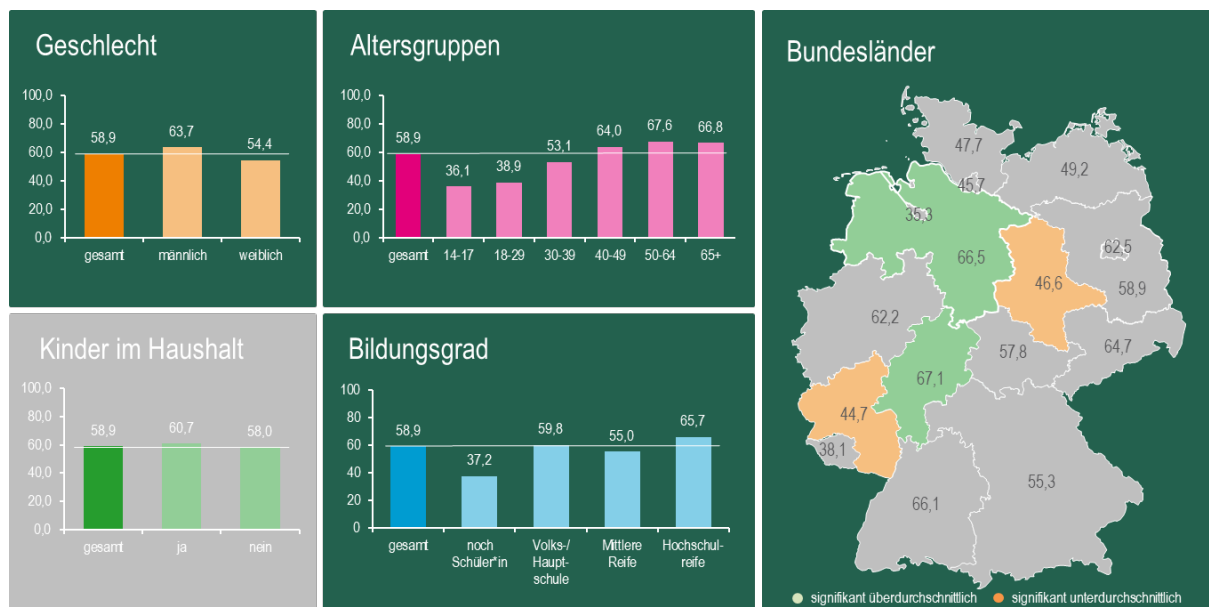
in Prozent aller Befragten | N=3.000

Fragestellung: Derzeit wird ja nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall gesucht, in dem die Kernbrennstoffe der Atomkraftwerke dauerhaft und sicher gelagert werden können. Begrüßen Sie die Suche nach einem solchen Endlager hier in Deutschland oder begrüßen Sie sie nicht?

Männliche Befragte begrüßen die Endlagersuche häufiger als weibliche (64 zu 54 Prozent). Die Zustimmung steigt außerdem deutlich mit dem Alter: In der Gruppe der 14- bis 29-Jährigen ist nur gut jede:r Dritte mit der Suche nach dem Endlager einverstanden, ab dem 40. Lebensjahr pegelt sich die Zustimmung bei rund zwei Drittel der Befragten ein (vgl. Abbildung 5-7). Personen mit Hochschulreife begrüßen die Endlagersuche häufiger als andere (66 Prozent). Auf die Bundesländer geschaut, wird sie im Norden, in Sachsen-Anhalt, und im Südwesten besonders kritisch gesehen. Etwas mehr Zustimmung erhält die Endlagersuche bei Personen, die die LINKE, die FDP, die AfD oder sonstige Parteien wählen würden (alle über 60 Prozent, vgl. Abbildung 5-8). Skeptischer sind neben den Nichtwähler:innen vor allem SPD-Anhänger:innen. Ist das zivilgesellschaftliche Engagement hoch, dann ist es auch die Zustimmung zur Endlagersuche (65 Prozent).

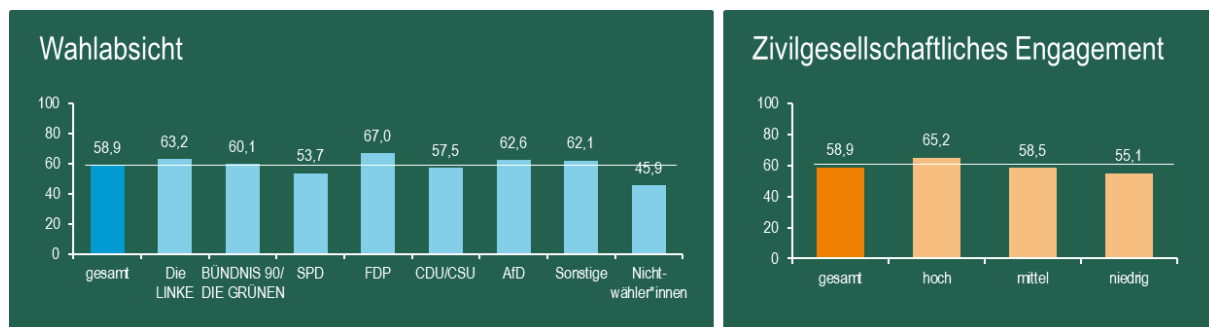
Nachvollziehbar ist, dass die Zustimmung zur Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall höher ist, wenn man weniger Risiken damit verbindet. Werden die Risiken beim Betrieb eines solchen Endlagers als sehr hoch eingeschätzt, dann begrüßt nur knapp jede:r Zweite diese Suche. Bei geringen vermuteten Risiken sind es 72 Prozent (vgl. Abbildung 5-9). Auch die allgemeine Risikoaffinität der Befragten spielt dabei eine Rolle: Eher risikoaverse Personen begrüßen die Endlagersuche zu 53 Prozent, eher risikoaffine zu 65 Prozent. Das bedeutet: Das zentrale Versprechen des Endlagers – eine langfristig sichere Verwahrung der radioaktiven Abfälle – ist noch nicht in allen Teilen der Bevölkerung angekommen. Unter allgemein sicherheitsorientierten Personen stellt es zu einem großen Teil ein Sicherheitsrisiko dar und kein Sicherheitsversprechen.

Abbildung 5-7 Einstellung zur Endlagersuche nach demographischen Gruppen



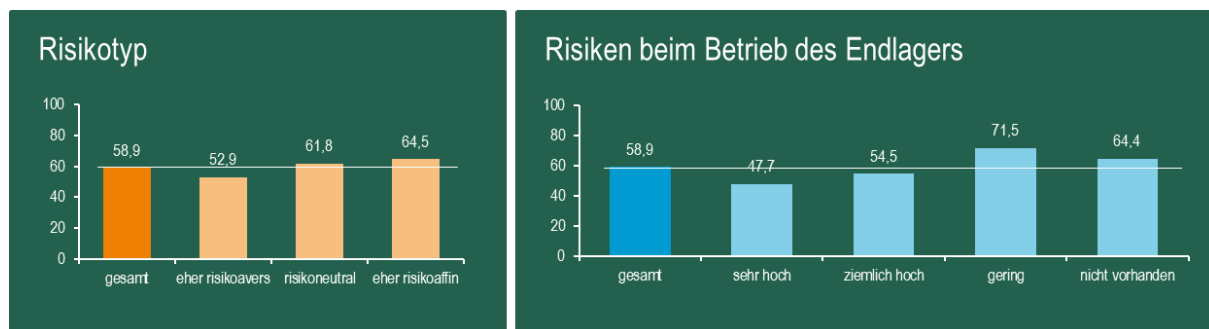
jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | nur „ich begrüße die Endlagersuche“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Abbildung 5-8 Einstellung zur Endlagersuche nach politischer Einstellung



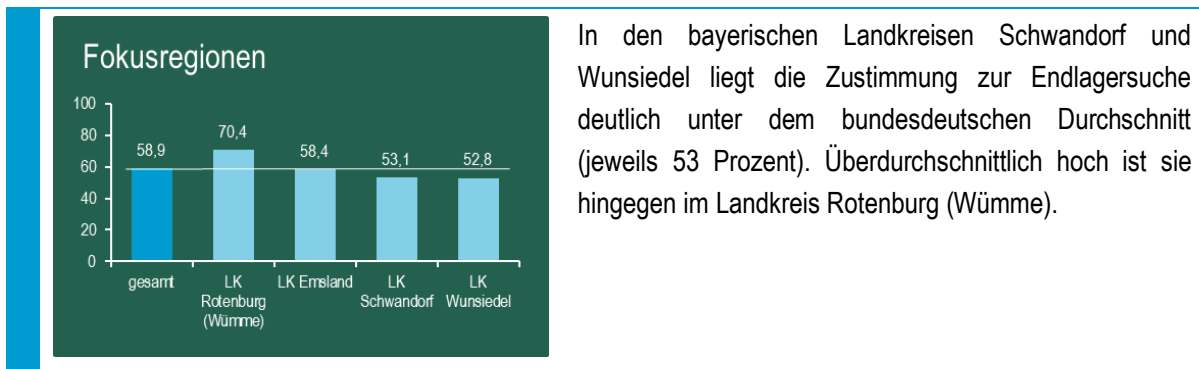
jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | nur „ich begrüße die Endlagersuche“ | Unterschiede sind signifikant

Abbildung 5-9 Einstellung zur Endlagersuche nach Risikoeinschätzungen



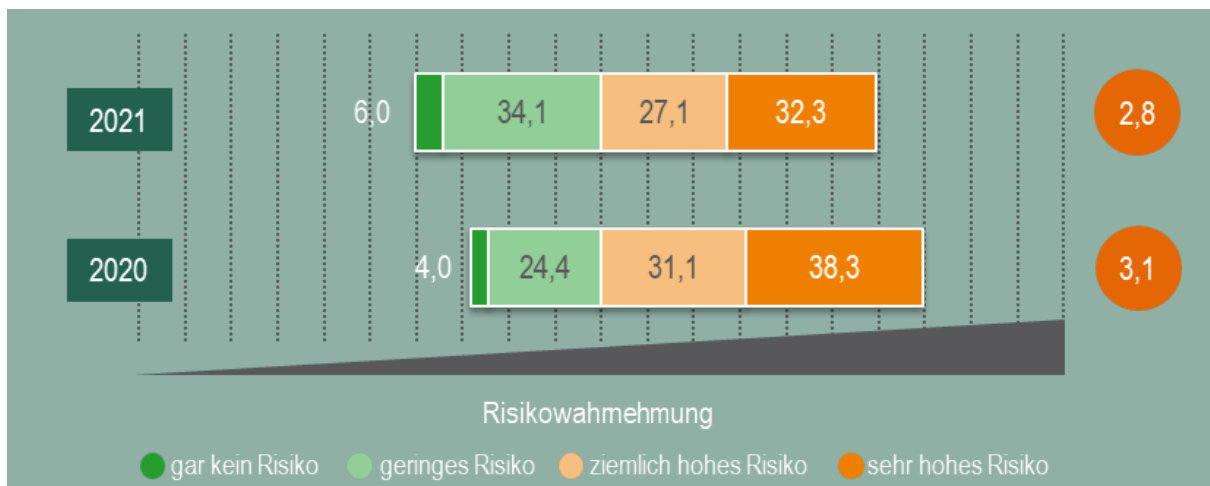
jeweils in Prozent aller Befragten | nur „ich begrüße die Endlagersuche“ | Unterschiede sind signifikant

Abbildung 5-10 Einstellung zur Endlagersuche in den Fokusregionen



Um das mit einem Endlager verbundene Risiko abschätzen zu können, wurden die Befragten gebeten, sich den Bau eines solchen Endlagers für hochradioaktive Abfälle in der Nähe ihres Wohnortes vorzustellen. 32 Prozent von ihnen würden darin ein sehr hohes Risiko der Gefährdung von Mensch und Umwelt sehen, weitere 27 Prozent ein ziemlich hohes (vgl. Abbildung 5-11). Auf der anderen Seite verbinden 34 Prozent der Befragten damit nur ein geringes Risiko, 6 Prozent gar keins. Die Risikowahrnehmung ist gegenüber der ersten Welle gesunken. Fühlten 2020 noch 69 Prozent ein ziemlich oder sehr hohes Risiko, sind es 2021 nur 59 Prozent.

Abbildung 5-11 Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung

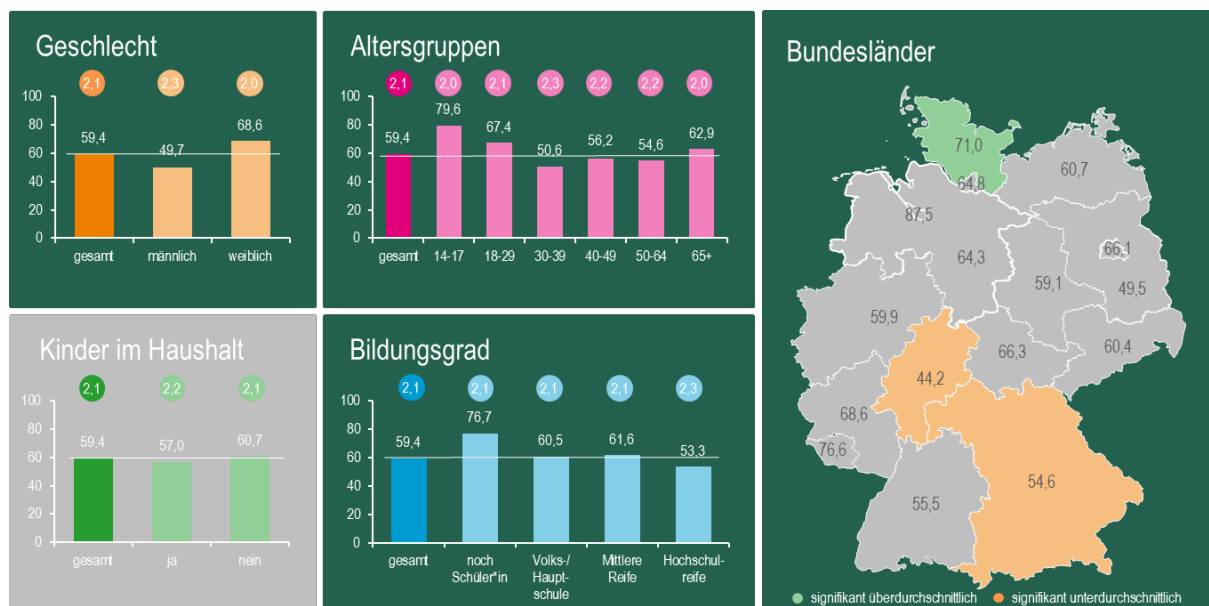


jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000 | Mittelwert auf einer Skala von 1=gar kein Risiko bis 4=sehr hohes Risiko

Fragestellung: Stellen Sie sich vor, in der Nähe Ihres Wohnortes soll ein Endlager für hochradioaktive Abfälle gebaut werden. Wie hoch schätzen Sie das Risiko einer Gefährdung von Mensch und Umwelt ein? Ist das aus Ihrer Sicht ein sehr hohes Risiko, ein ziemlich hohes Risiko, ein geringes Risiko oder gar kein Risiko?

Es gibt jedoch Unterschiede zwischen den demographischen Gruppen. Frauen halten ein Endlager in der eigenen Wohnumgebung für deutlich riskanter als Männer (69 zu 50 Prozent sehr oder ziemlich hohes Risiko). Beim Alter der Befragten beschreibt die Risikoeinschätzung eine U-Form: 80 Prozent der 14-17-Jährigen halten ein solches Endlager für sehr oder eher riskant, in der Altersgruppe 30-39 Jahre sind es nur 51 Prozent der Befragten und ab dem 65. Lebensjahr wieder 63 Prozent (vgl. Abbildung 5-12). Mit höherem Schulabschluss nimmt die Risikoeinschätzung leicht ab (52 Prozent bei Personen mit Hochschulreife).

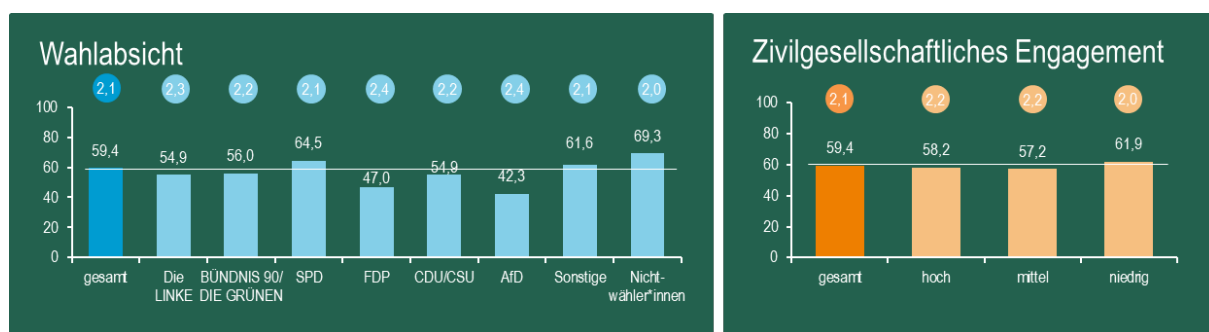
Abbildung 5-12 Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung nach soziodemographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Summe der Kategorien „ziemlich hohes Risiko“ und „sehr hohes Risiko“ | Mittelwerte auf einer Skala von 1=gar kein Risiko bis 4=sehr hohes Risiko | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

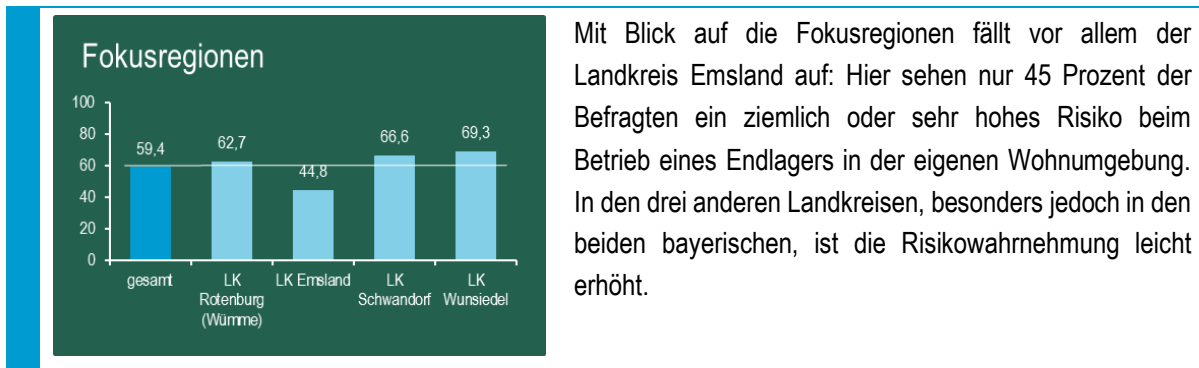
Mit Blick auf die politischen Einstellungen sind es vor allem Nichtwähler:innen, die ein Endlager in ihrer eigenen Wohnumgebung für riskant halten (69 Prozent sehr oder ziemlich hohes Risiko). Wie auch in der ersten Befragungswelle sehen Wähler:innen von Parteien links der Mitte ein höheres Risiko als solche von Parteien rechts der Mitte (vgl. Abbildung 5-13). Mit steigendem zivilgesellschaftlichen Engagement sinkt die Risikoeinschätzung leicht (niedriges Engagement 62 Prozent, hohes Engagement 58 Prozent).

Abbildung 5-13 Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung nach politischen Einstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Summe der Kategorien „ziemlich hohes Risiko“ und „sehr hohes Risiko“ | Mittelwerte auf einer Skala von 1=gar kein Risiko bis 4=sehr hohes Risiko | Unterschiede sind signifikant

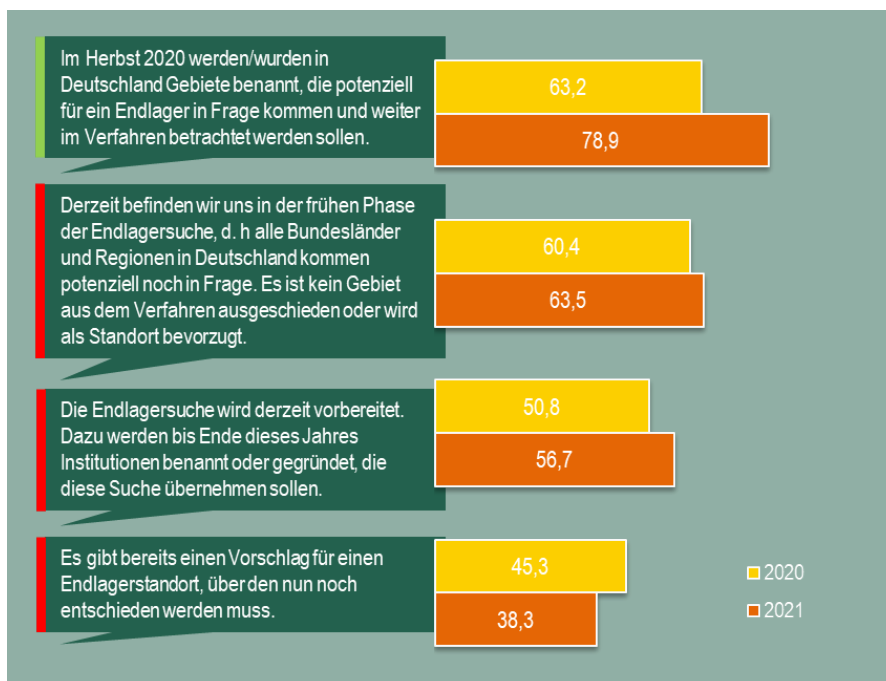
Abbildung 5-14 Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung in den Fokusregionen



5.2 Aktuelle Situation

Um einschätzen zu können, wie gut die Bürger:innen in Deutschland über den Stand der Endlagersuche Bescheid wissen, haben wir ihnen vier Aussagen – zwei korrekte und zwei falsche – dazu präsentiert. Sie sollten jeweils beantworten, ob sie diese für korrekt oder falsch halten. Die Aussagen repräsentieren verschiedene Phasen dieser Suche – von der bevorstehenden Gründung von Institutionen über die laufende Suche (die aktuell korrekte Phase) bis hin zur bevorstehenden Standortentscheidung. Da jede der vier Aussagen mit „stimmt“ oder „stimmt nicht“ bewertet werden konnte und keine Auswahl zwischen ihnen getroffen werden musste, zeigt sich ein überlappendes Bild (vgl. Abbildung 5-15).

Abbildung 5-15 Kenntnis des aktuellen Standes der Endlagersuche



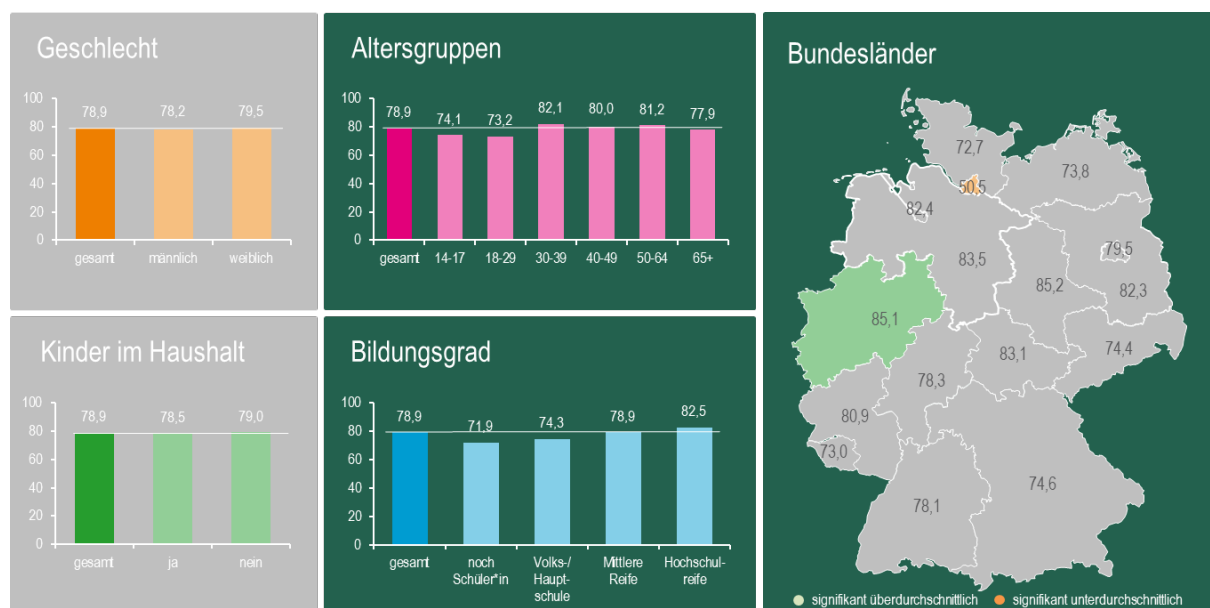
jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000 | Antwort „trifft zu“

Fragestellung: Bitte sagen Sie mir, ob die nachfolgenden Aussagen zur Auswahl eines Endlagerstandortes Ihrer Meinung nach zutreffen oder nicht.

Positiv ist, dass die korrekte Beurteilung der wahren Aussagen seit der ersten Welle gestiegen ist. Dies trifft vor allem auf die Aussage zu, dass im Herbst 2020 die Gebiete benannt wurden, die im Verfahren weiter betrachtet werden sollen (Anstieg von 63 auf 79 Prozent). Auch hier schlägt sich die öffentliche Diskussion um den Zwischenbericht Teilgebiete in der Informiertheit der Bevölkerung nieder. Gesunken ist erfreulicherweise auch der Anteil derjenigen, die meinen, es gäbe schon einen Vorschlag für einen Endlagerstandort, über den nur noch entschieden werden müsse (von 45 auf 38 Prozent). Allerdings meinen fälschlicherweise auch mehr Befragte als in der ersten Befragung, dass die Endlagersuche momentan erst vorbereitet wird (Anstieg von 51 auf 57 Prozent). Möglicherweise ist auch dies durch die öffentliche Diskussion beeinflusst: Da der Zwischenbericht Teilgebiete der erste wahrnehmbare Output des Prozesses ist, rückt dieser erst jetzt stärker in die Wahrnehmung. Damit entsteht eventuell der Eindruck eines Beginns, der momentan schon keiner mehr ist.

Da die Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete der zentrale externe Einfluss zwischen den beiden Befragungswellen war, schauen wir hier noch einmal auf eventuelle Differenzen zwischen verschiedenen Befragtengruppen. Demographisch unterscheidet sich der Kenntnisstand nur zwischen den Alters- und Bildungsgruppen (vgl. Abbildung 5-16). Je höher der Bildungsgrad, desto bekannter ist dieser Umstand (74 Prozent bei Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss, 83 Prozent bei solchen mit Hochschulreife). Mit Blick auf das Alter sind darüber vor allem Personen unter 30 Jahren schlechter informiert als der Durchschnitt (73 Prozent).

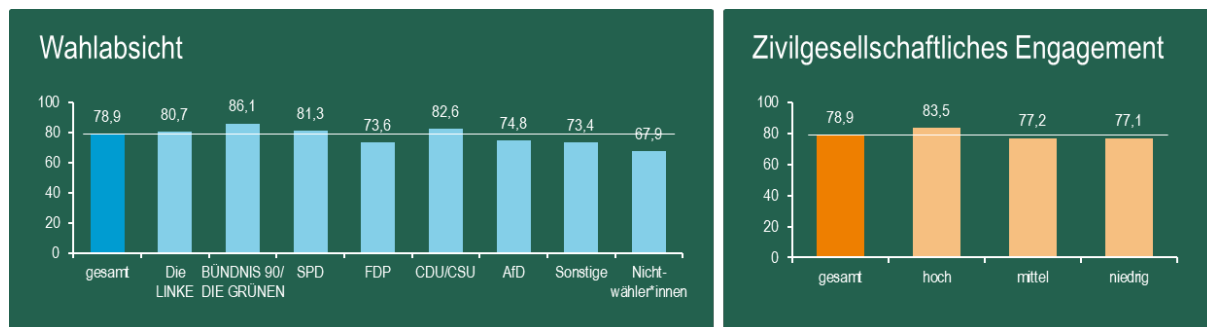
Abbildung 5-16 Korrekte Einschätzung der Aussage „Im Herbst letzten Jahres wurden in Deutschland Gebiete benannt, die potenziell für ein Endlager in Frage kommen und weiter im Verfahren betrachtet werden sollen.“ nach soziodemographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

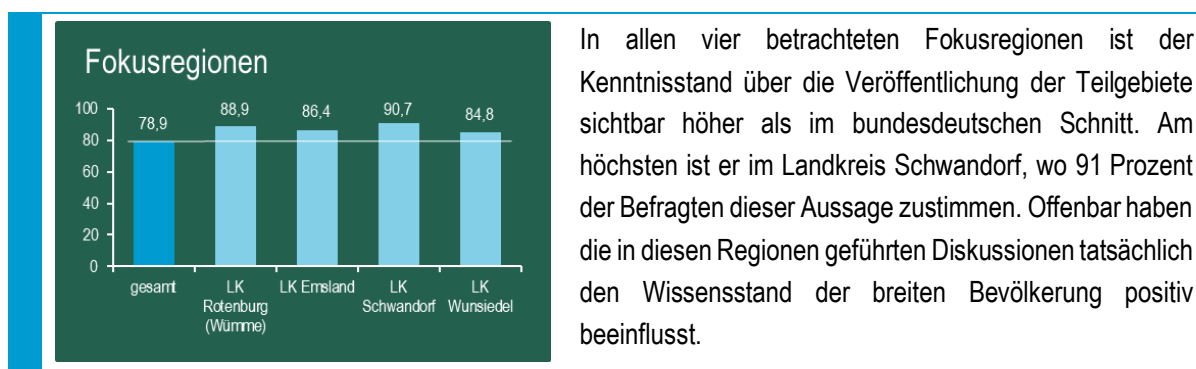
Mit Blick auf die Wahlabsicht wissen Wähler:innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am besten Bescheid (86 Prozent), Nichtwähler:innen sowie solche von FDP oder sonstigen Parteien am wenigsten (68 bzw. 74 Prozent, vgl. Abbildung 5-17). Ein hohes zivilgesellschaftliches Engagement begünstigt das Wissen auch hier (84 Prozent).

Abbildung 5-17 Korrekte Einschätzung der Aussage „Im Herbst letzten Jahres wurden in Deutschland Gebiete benannt, die potenziell für ein Endlager in Frage kommen und weiter im Verfahren betrachtet werden sollen.“ nach politischen Einstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Abbildung 5-18 Korrekte Einschätzung der Aussage „Im Herbst letzten Jahres wurden in Deutschland Gebiete benannt, die potenziell für ein Endlager in Frage kommen und weiter im Verfahren betrachtet werden sollen.“ in den Fokusregionen



5.3 Aufgabe der Endlagersuche

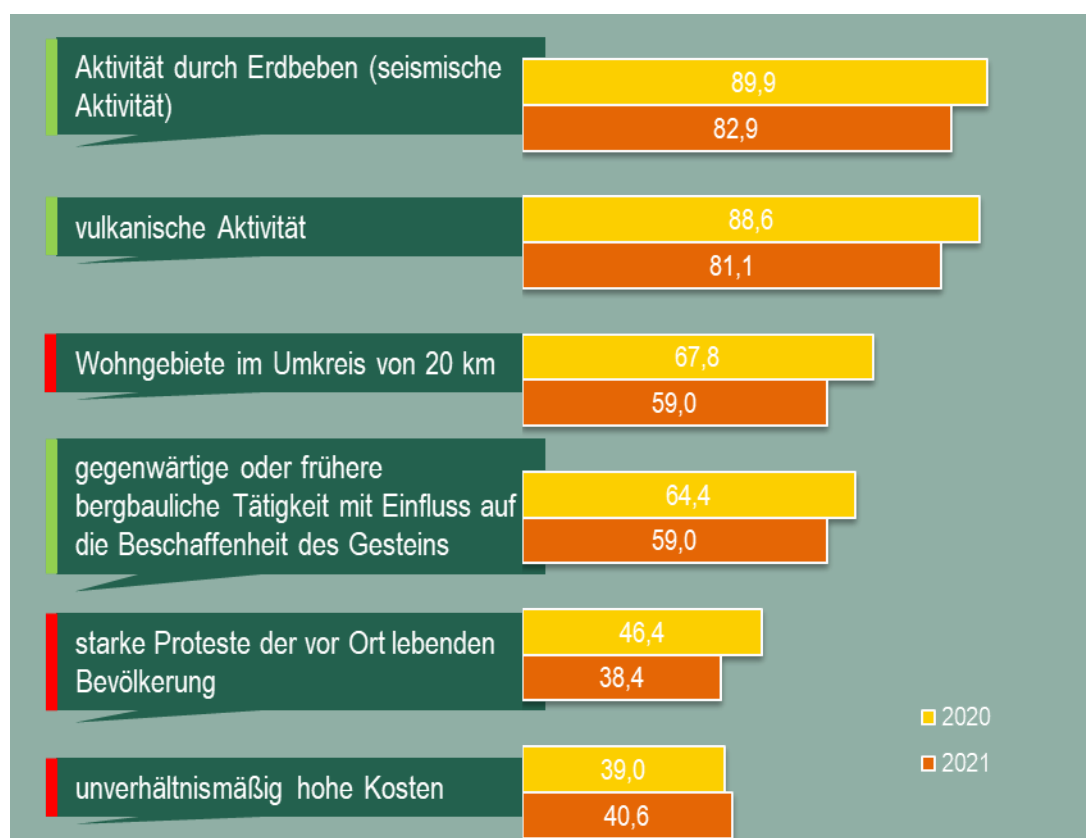
Kenntnis der Ausschlusskriterien

Welche Aufgabe steht der Gesellschaft bei der Endlagersuche bevor? Zunächst braucht es möglichst objektive Kriterien für eine Standortauswahl. Im StandAG sind eine Reihe von Kriterien und Anforderungen festgelegt, die prinzipiell ungeeignete Gebiete von der „weißen Landkarte“ streichen sollen (§§ 22-25 StandAG). Wir wollten von den Befragten wissen, ob sie diese kennen – oder zumindest eine Vorstellung davon haben, welche Kriterien und Anforderungen für einen Ausschluss sorgen könnten. Dazu haben wir ihnen in beiden Befragungswellen drei korrekte und drei falsche Ausschlusskriterien präsentiert (§ 22 StandAG). Sie sollten wieder einschätzen, welche davon korrekt und welche falsch sind. Abbildung 5-19 zeigt, dass vor allem seismische und vulkanische Aktivitäten ein für die meisten Befragten logisches Ausschlusskriterium sind (2021: 83 und 81 Prozent). Das dritte korrekte Kriterium, die bergbauliche Tätigkeit mit Einfluss auf die Beschaffenheit des Gesteins, erkennen 59 Prozent der Befragten als richtig. Damit werden alle drei korrekten Kriterien von mindestens so vielen Befragten als korrekt beurteilt als die drei falschen. Wohngebiete im Umkreis von 20 Kilometern sprechen ebenfalls aus Sicht von 59

Prozent der Befragten gegen einen Endlagerstandort. Nur eine Minderheit hält die beiden anderen falschen Ausschlusskriterien für richtig: 38 Prozent meinen, starke Proteste der vor Ort lebenden Bevölkerung würden ein Gebiet ausschließen, 41 Prozent unverhältnismäßige Kosten.

Insgesamt ordneten acht Prozent aller Befragten alle Kategorien korrekt ein, das sind zwei Prozentpunkte mehr als in der ersten Befragungswelle. Ebenfalls positiv ist, dass vor allem die Zustimmung zu den beiden falschen Kriterien „Wohngebiete im Umkreis von 20 km“ und „starke Proteste der vor Ort lebenden Bevölkerung“ im Zeitverlauf gesunken ist (-9 und -8 Prozentpunkte). Allerdings sank die Zustimmung auch zu den korrekten Aussagen im Zeitverlauf leicht.

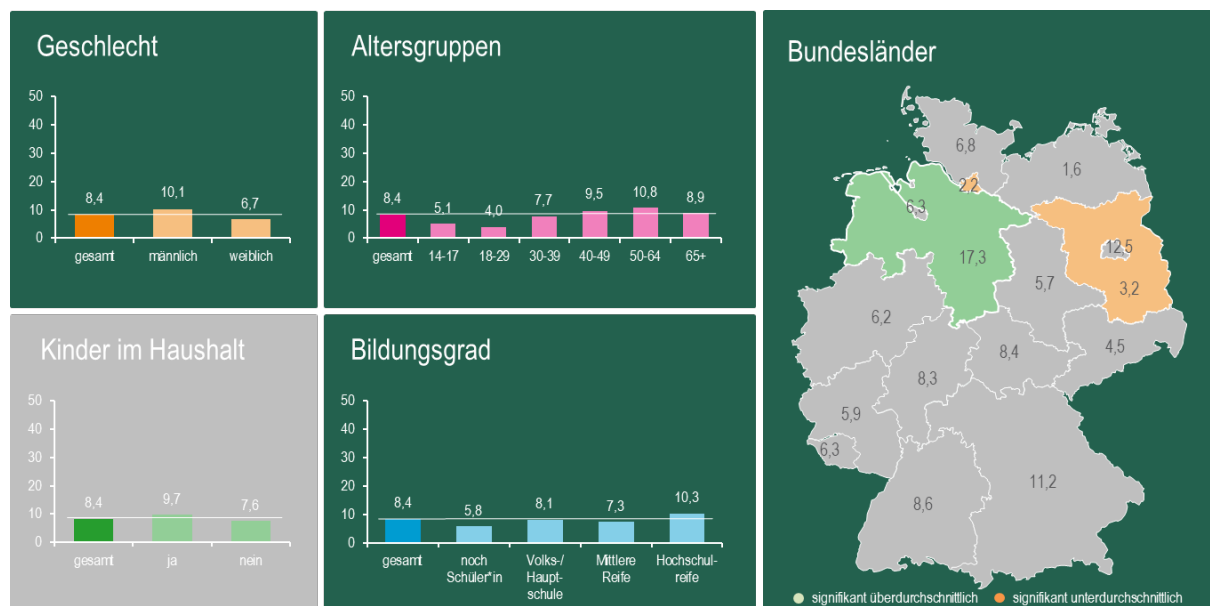
Abbildung 5-19 Kenntnis der Ausschlusskriterien für einen Endlagerstandort



jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000 | nur Anteil „dieses Ausschlusskriterium trifft zu“
 Fragestellung: Welche der folgenden Faktoren schließen Ihrer Meinung nach gemäß Standortauswahlgesetz Gebiete als Endlagerstandorte aus und welche nicht?

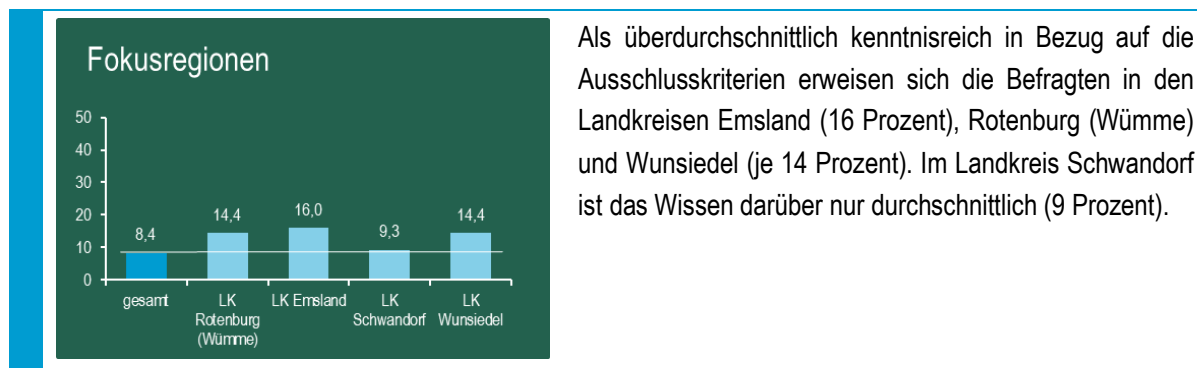
Diese acht Prozent der Befragten, welche alle Kriterien korrekt zuordnen konnten, sind nach demographischen Gruppen betrachtet unterschiedlich verteilt (vgl. Abbildung 5-20). Männer konnten das etwas besser als Frauen (10 zu 7 Prozent). Tendenziell erweisen sich ältere Befragte als kenntnisreicher, die 50-64-Jährigen mit elf Prozent am stärksten. In der Altersgruppe 18-29 Jahre bewerteten nur vier Prozent der Befragten alle Ausschlusskriterien korrekt. Wie bei allen anderen Wissensfragen auch, sind Personen mit Hochschulreife besser informiert als solche mit Haupt- oder Volksschulabschluss – diesmal allerdings nur leicht (10 zu 8 Prozent). Zwischen den Bundesländern gibt es ebenfalls signifikante Unterschiede. In Niedersachsen ist der Anteil der Personen, die alle Ausschlusskriterien korrekt eingeordnet haben, deutlich höher als im Rest des Landes (17 Prozent), in Hamburg und Brandenburg deutlich niedriger (2 und 3 Prozent).

Abbildung 5-20 Anteil der Personen, die alle Ausschlusskriterien für einen Endlagerstandort korrekt eingeordnet haben nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

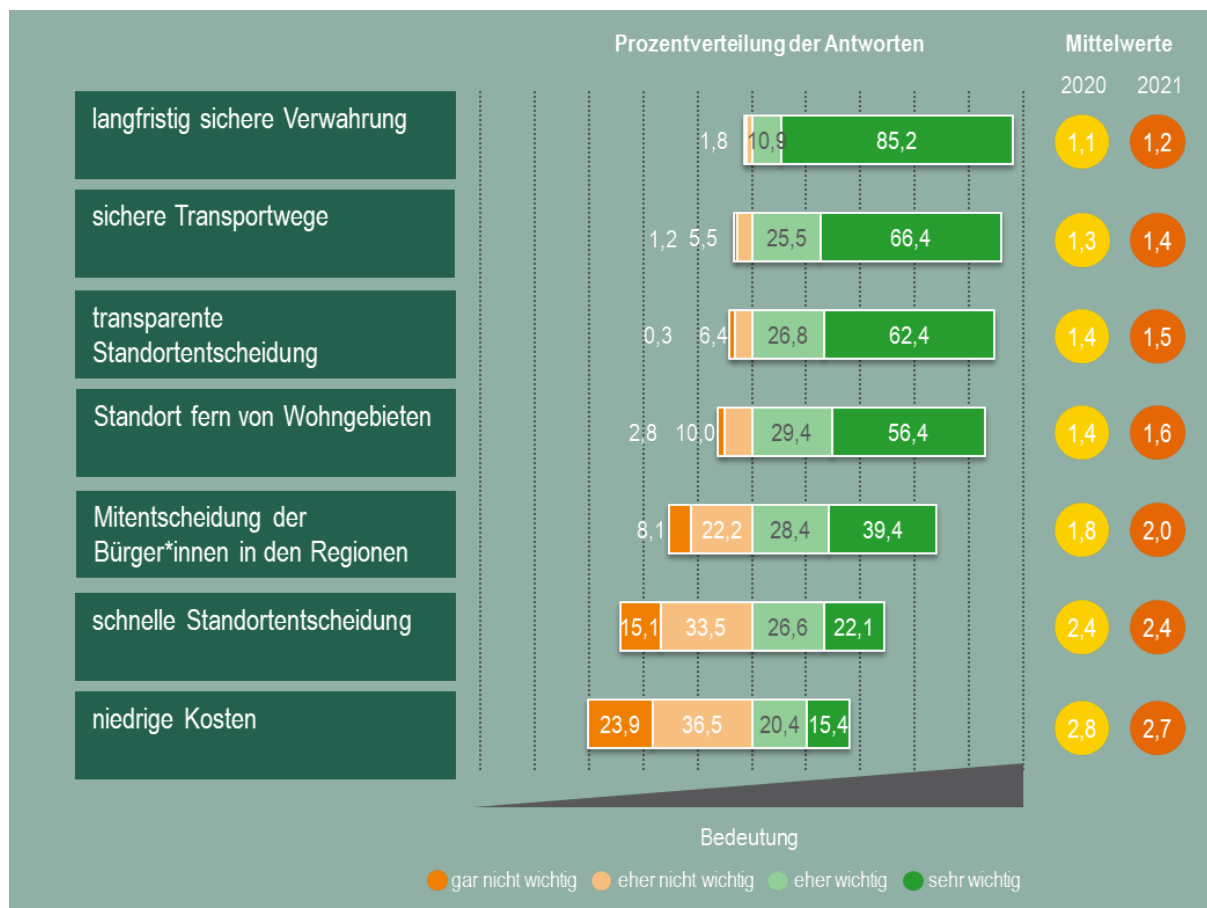
Abbildung 5-21 Anteil der Personen, die alle Ausschlusskriterien für einen Endlagerstandort korrekt eingeordnet haben in den Fokusregionen



Eigene Präferenzen für die Standortsuche

Neben dem Wissen zur Aufgabe der Standortsuche wollten wir von den Befragten auch wissen, welche Kriterien für sie die höchste Bedeutung besitzen. Dazu gaben wir ihnen eine Reihe von Kriterien vor, die im Suchprozess eine Rolle spielen könnten (vgl. Abbildung 5-22). Die höchste Priorität besitzt für die Befragten nach wie vor die langfristig sichere Verwahrung des hochradioaktiven Abfalls. Für 85 Prozent ist sie sehr wichtig, für weitere 11 Prozent eher. Fast keine:r meint, sie wäre unwichtig. Seit 2020 gab es hier kaum Veränderungen. Auf dem zweiten Rang steht ebenfalls ein Sicherheitsfaktor, nämlich der der Transportwege. 66 Prozent halten diese für sehr, 26 Prozent für eher wichtig. Für über 80 Prozent der Befragten ist sehr oder eher wichtig, dass die Entscheidung über den Standort transparent gefällt wird und dass der Standort fern von Wohngebieten liegt.

Abbildung 5-22 Präferenzen für die Standortsuche

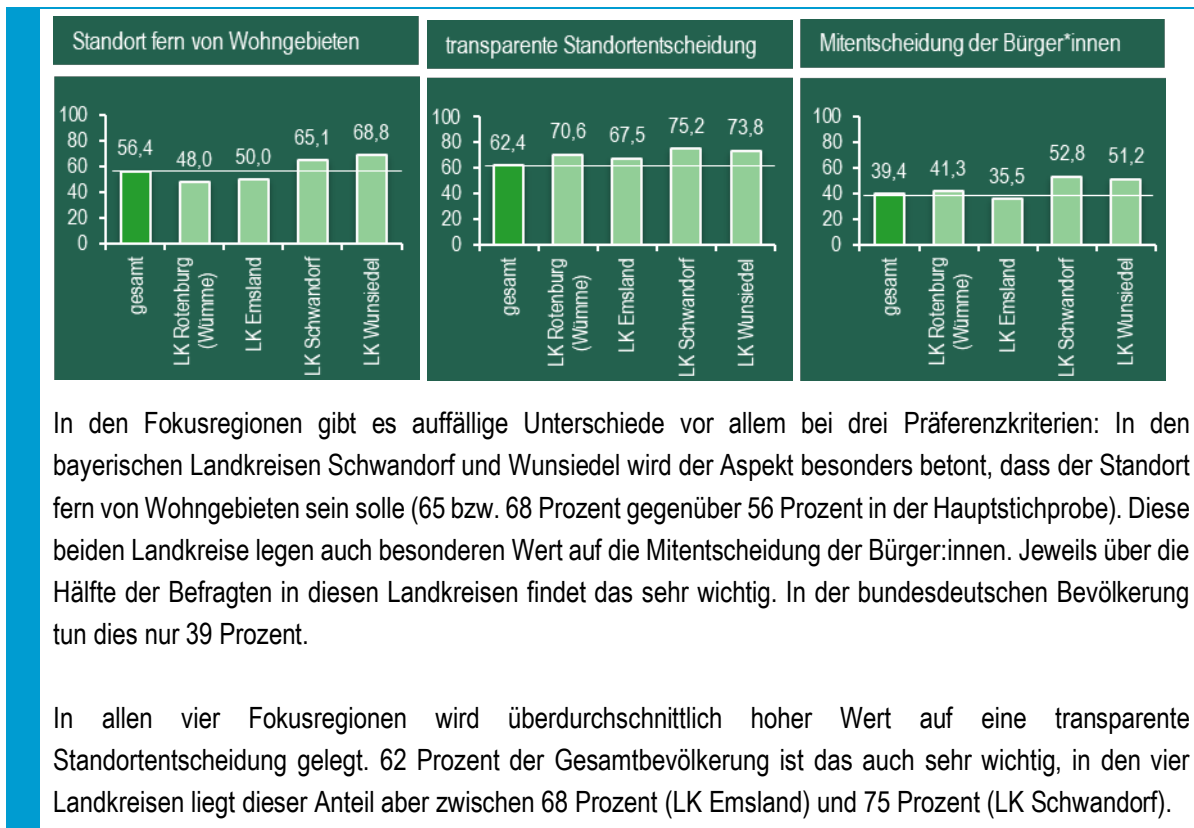


jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000 | Mittelwerte auf einer Skala von 1=sehr wichtig bis 4= gar nicht wichtig

Fragestellung: Wie wichtig sind Ihnen folgende Dinge bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle?

Die drei weiteren abgefragten Kriterien der Standortsuche fallen in der Wichtigkeit für die Bevölkerung sichtbar ab. So finden 30 Prozent der Befragten eher nicht oder gar nicht wichtig, dass die Bürger:innen in den betroffenen Regionen über den Standort mitentscheiden können. Dennoch möchte eine Mehrheit von 68 Prozent auch diesen Punkt bei der Standortsuche berücksichtigt wissen. Nur knapp die Hälfte aller Befragten drückt jedoch aufs Tempo. Für 49 Prozent ist eine schnelle Standortentscheidung sehr oder eher wichtig, 34 Prozent halten das für eher nicht wichtig, 15 Prozent für überhaupt nicht. Und nur für eine Minderheit spielen die Kosten eine Rolle. 36 Prozent möchten die Kosten möglichst niedrig halten, für 60 Prozent spielt das eher keine oder überhaupt keine Rolle. Insgesamt kann man also sagen, dass die Sicherheit für die Bürger:innen kompromisslos an erster Stelle steht. Die Gestaltung des Prozesses ist mit kleineren Abstrichen ebenfalls sehr wichtig. Eher zweitrangig sind hingegen Zeit und Kosten. Diese Einstellungen sind über den betrachteten Zeitraum hinweg weitgehend stabil, Änderungen gegenüber 2020 ergeben kein entscheidend anderes Bild.

Abbildung 5-23 Präferenzen für die Standortsuche in den Fokusregionen



5.4 Prozess der Endlagersuche

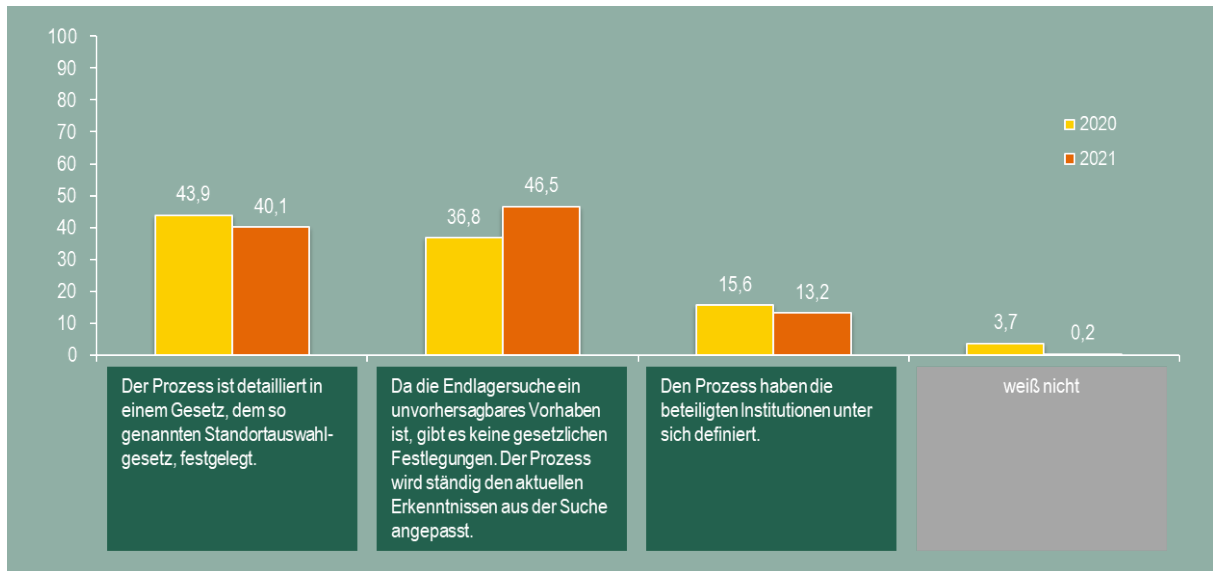
Bekanntheit des StandAG

Den Prozess der Endlagersuche regelt das so genannte Standortauswahlgesetz (StandAG), das 2013 verabschiedet und 2017 novelliert wurde. Wir wollten von den Befragten wissen, ob sie dieses StandAG kennen. Dazu haben wir ihnen die Frage gestellt, wie der Prozess der Standortsuche reglementiert ist und ihnen die drei Möglichkeiten in Abbildung 5-24 zur Auswahl gestellt. Seit 2020 hat sich hier eine interessante Verschiebung ergeben: War damals noch die Mehrheit von 44 Prozent der Meinung, dass der Prozess im StandAG geregelt sei, sagen die Befragten im Jahr 2021 mehrheitlich, dass es keine gesetzlichen Festlegungen gäbe und der Prozess ständig neu angepasst werde (47 Prozent). Der Anteil der Befragten, welche diese Antwortoption wählten, ist um 10 Prozentpunkte gestiegen, derjenige für das StandAG um vier Prozentpunkte gefallen. Zwei mögliche Erklärungsansätze:

1. Der Kenntnisstand zu diesem Punkt ist in der Bevölkerung nicht gefestigt, weshalb eine Vielzahl von Befragten die Antwort raten. Dadurch ergeben sich bei jeder Befragung unterschiedliche Verteilungen.
2. Die öffentliche Berichterstattung über den Zwischenbericht Teilgebiete hat in der Bevölkerung durch die immer wieder betonte Nicht-Endgültigkeit der Auswahl den Eindruck verstärkt, das Verfahren sei agil. Das StandAG als Basis wäre dann in der Kommunikation nicht ausreichend vermittelt worden.

Weitere Gründe sind möglich und sollten in den nächsten Befragungen genauer abgeklärt werden.

Abbildung 5-24 Bekanntheit des Standortauswahlgesetzes

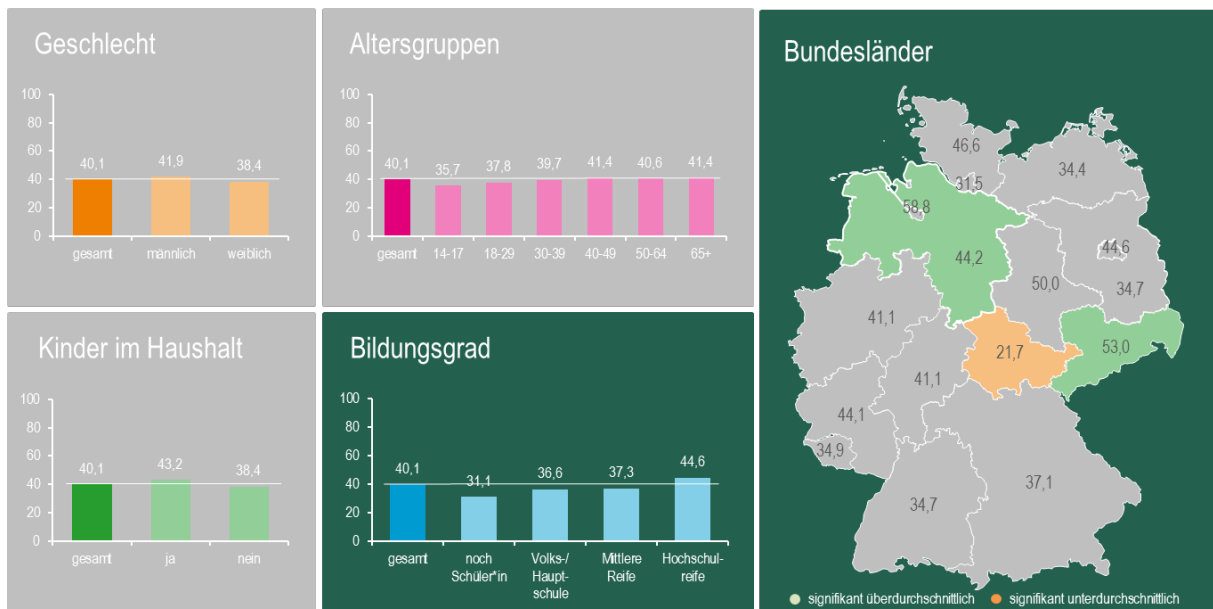


in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000

Fragestellung: Wie ist Ihrer Meinung nach in Deutschland der Prozess der Suche nach einem Endlagerstandort reglementiert?

Das StandAG ist in den meisten Bevölkerungsgruppen ähnlich gut bekannt (vgl. Abbildung 5-25). Unterschiede zeigen sich nur nach Bildungsgrad: Je höher dieser ist, desto mehr Befragte nennen korrekterweise das StandAG als Basis des Prozesses (37 Prozent Volks-/Hauptschulabschluss vs. 45 Prozent (Fach-)Hochschulreife). Besonders bekannt ist das StandAG in Niedersachsen (44 Prozent) und Sachsen (53 Prozent). In Thüringen kennen es die wenigsten Befragten (22 Prozent).

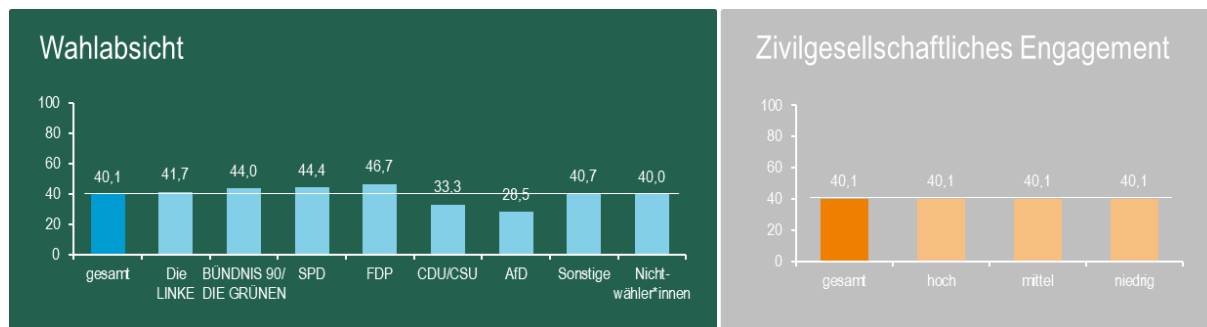
Abbildung 5-25 Bekanntheit des Standortauswahlgesetzes nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Anteil der Antwort „Der Prozess ist detailliert in einem Gesetz, dem so genannten Standortauswahlgesetz, festgelegt.“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

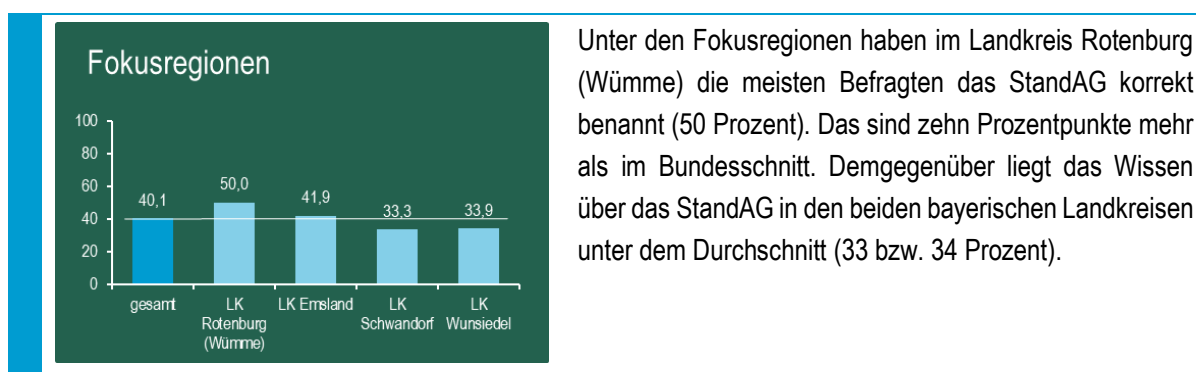
Besonders Wähler:innen der FDP, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kennen das StandAG (47 bzw. 44 Prozent). Am unbekanntesten ist es bei Anhänger:innen der CDU/CSU (33 Prozent) und der AfD (29 Prozent, vgl. Abbildung 5-26). Hinsichtlich des zivilgesellschaftlichen Engagements bestehen keine Unterschiede.

Abbildung 5-26 Bekanntheit des Standortwahlgesetzes nach politischen Einstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Anteil der Antwort „Der Prozess ist detailliert in einem Gesetz, dem so genannten Standortwahlgesetz, festgelegt.“ | Unterschiede sind signifikant

Abbildung 5-27 Bekanntheit des Standortwahlgesetzes in den Fokusregionen

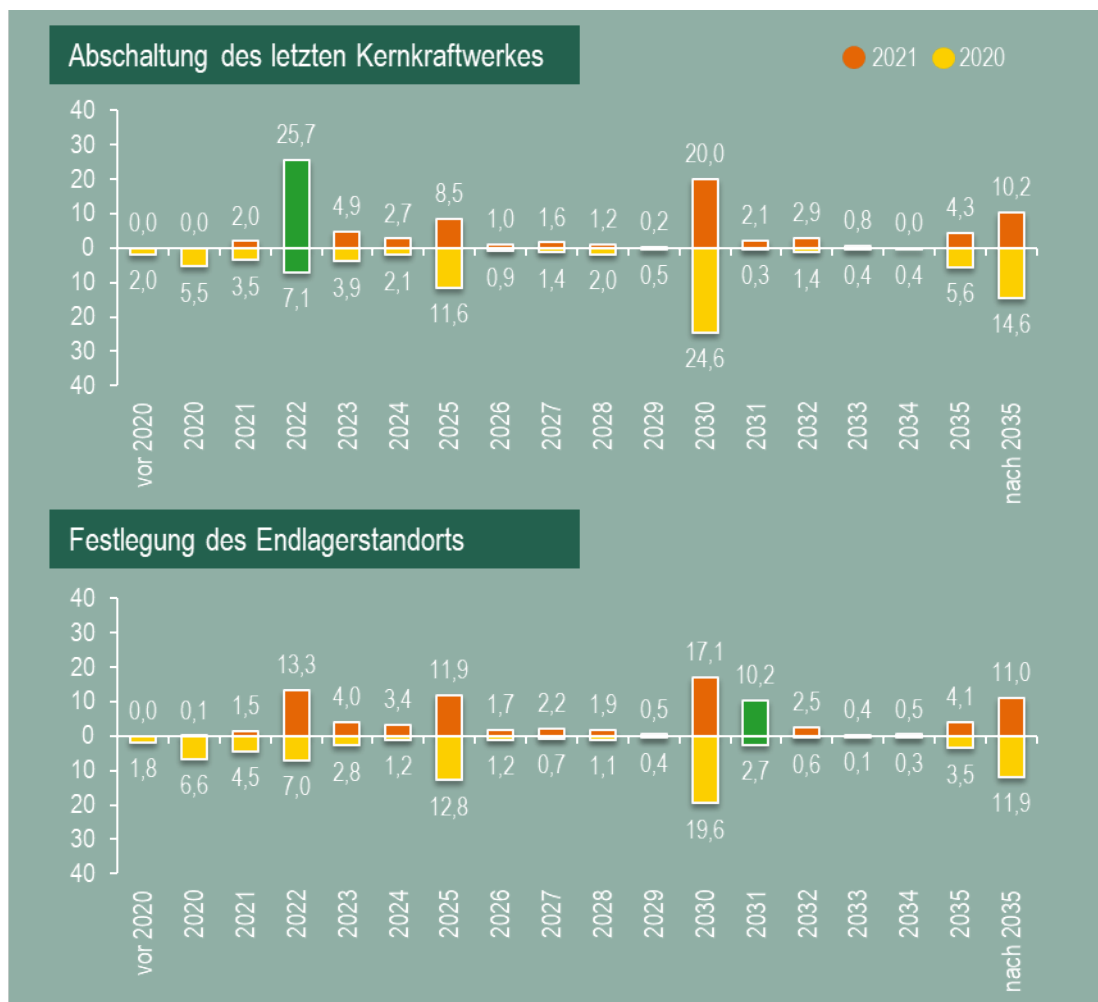


Kenntnis des Zeitplans der Standortsuche

Im StandAG ist festgeschrieben, dass eine Festlegung des Endlagerstandorts für 2031 angestrebt wird. Rund 30 Prozent der Befragten tippen bei der Frage nach diesem Datum auf den richtigen Zeitraum (2030/31/32). Das sind sieben Prozentpunkte mehr als im Jahr 2020. Das korrekte Jahr 2031 nennen in der zweiten Befragung 10 Prozent, in der ersten nur 3 Prozent der Befragten (vgl. Abbildung 5-28). Damit ist die Kenntnis des angestrebten Datums etwas gestiegen. Große Teile der Bevölkerung erwarten die Entscheidung jedoch eher (13 Prozent noch im Jahr 2022, 12 Prozent im Jahr 2025). Die Streuung der Antworten zeigt, dass noch sehr viel Unwissenheit in Bezug auf dieses Datum existiert.

Zum Vergleich wurde auch abgefragt, wann die Abschaltung des letzten Kernkraftwerks in Deutschland geplant ist. Hier liegen deutlich mehr Befragte richtig (26 Prozent nennen 2022), allerdings erwarten das auch 20 Prozent der Befragten erst 2030. Im Vergleich zur ersten Befragung ist bei diesem Datum das Wissen noch deutlicher gestiegen als beim Endlagerstandort. Damals kannten nur 7 Prozent das korrekte Jahr.

Abbildung 5-28 Bekanntheit des Zeitplans der Standortsuche



jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000

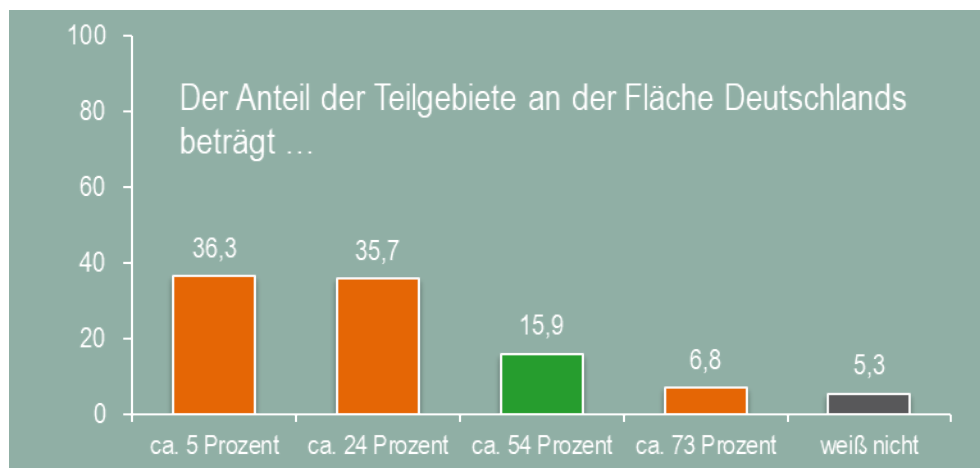
Fragestellung oben: Wann soll das letzte Atomkraftwerk in Deutschland abgeschaltet werden?

Fragestellung unten: Bis wann soll ein Standort für ein Endlager gefunden werden?

Wissen über die Teilgebiete

Seit der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete existiert eine Auswahl von Regionen in Deutschland, die prinzipiell als Standort für ein Endlager in Frage kommen. Die Befragung Ende 2021/Anfang 2022 war die erste im Rahmen von EWident geführte nach dieser Veröffentlichung. Es stellt sich die Frage, ob die Bevölkerung bereits Wissens Elemente rund um die Teilgebiete aufgenommen hat. Zunächst wollten wir wissen, ob den Befragten der Flächenanteil der Teilgebiete an der Gesamtfläche Deutschlands ungefähr bekannt ist. Dazu wurden vier Prozentzahlen vorgegeben, die die mögliche Bandbreite von einer bereits sehr konkreten Auswahl (5 Prozent der Fläche) bis zu einer noch sehr unkonkreten Auswahl (73 Prozent der Fläche) abdecken. Abbildung 5-29 zeigt, dass die Mehrheit der Befragten schon von einer relativ konkreten Eingrenzung des möglichen Endlagerstandorts durch die Teilgebiete ausgeht. Jeweils 36 Prozent wählen die Antworten „ca. 24 Prozent“ und „ca. 5 Prozent“. Die richtige Antwort „ca. 54 Prozent“ geben 16 Prozent, nur 7 Prozent wählen „ca. 73 Prozent“. Wir gehen davon aus, dass ein Großteil der Befragten die Antwort – möglicherweise auf Basis des eigenen Hintergrundwissens – geraten hat. Interessante Kernaussage der Ergebnisverteilung ist, dass die Befragten eine stärkere Vorfestlegung durch die Teilgebiete vermuten als sie tatsächlich darstellt.

Abbildung 5-29 Kenntnis der Fläche der ausgewiesenen Teilgebiete

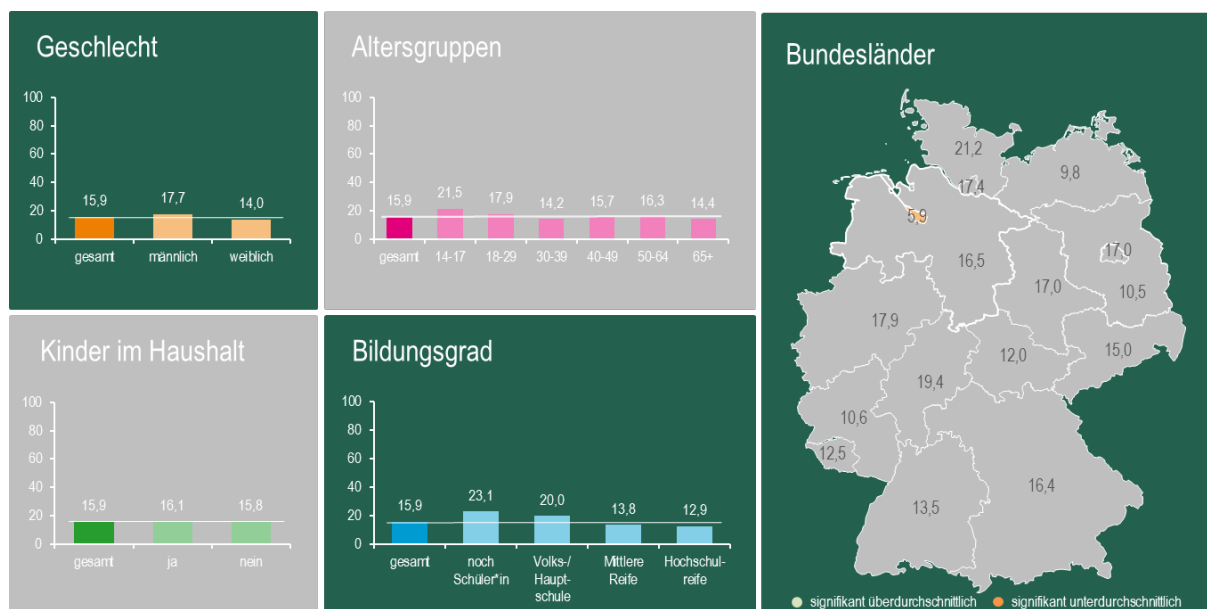


in Prozent aller Befragten | N=3.000

Fragestellung: Im „Zwischenbericht Teilgebiete“ werden Gebiete in Deutschland definiert, die bei der Endlagersuche schon jetzt ausgeschlossen werden können. Und er benennt diejenigen Gebiete, die im weiteren Verfahren näher untersucht werden – die so genannte Teilgebiete. Wissen Sie, wie viel Prozent der Fläche Deutschlands diese ausgewählten Teilgebiete umfassen?

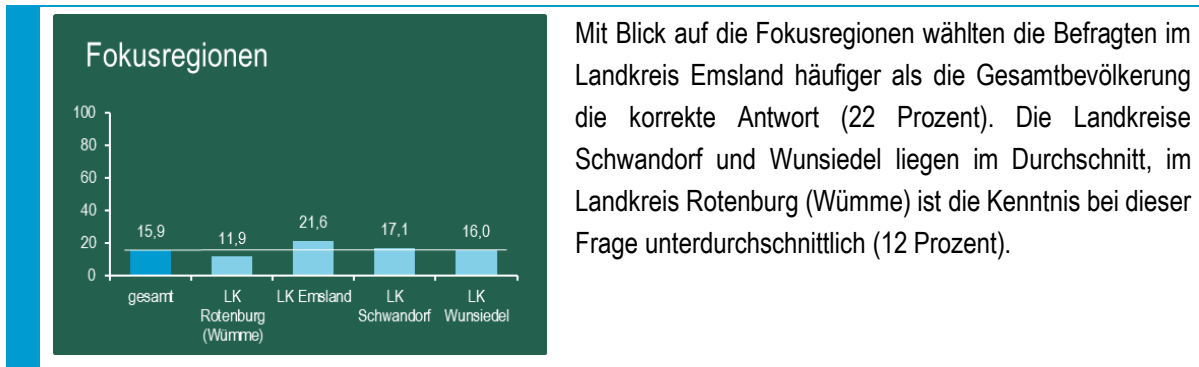
Mit Blick auf die demographischen Gruppen gibt es nur zwei signifikante Unterschiede: Männer kennen die korrekte Antwort etwas häufiger als Frauen (18 zu 14 Prozent). Interessanterweise wählen außerdem Schüler:innen und Befragte mit Volks- oder Hauptschulabschluss überdurchschnittlich häufig ca. 54 Prozent Flächenanteil (23 bzw. 20 Prozent), Personen mit höheren Bildungsabschlüssen eher seltener.

Abbildung 5-30 Kenntnis der Fläche der ausgewiesenen Teilgebiete nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Anteil der Antwort „ca. 54 Prozent“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

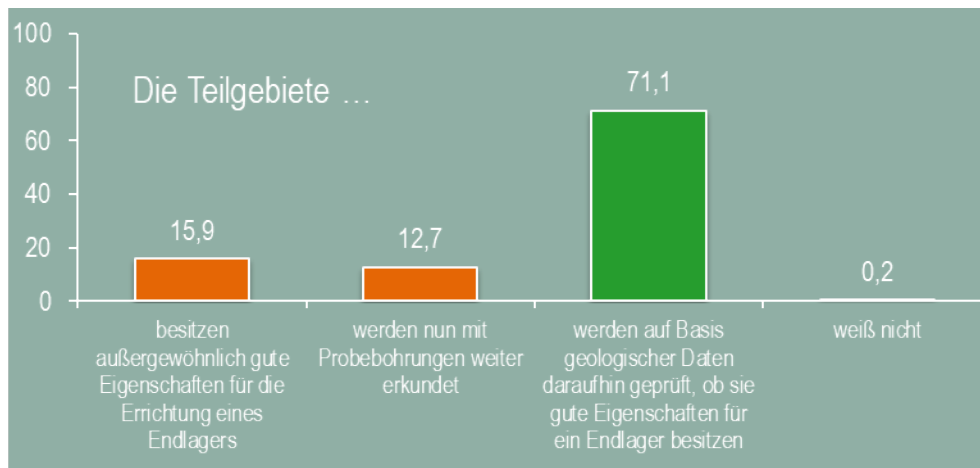
Abbildung 5-31 Kenntnis der Fläche der ausgewiesenen Teilgebiete in den Fokusregionen



Mit Blick auf die Fokusregionen wählten die Befragten im Landkreis Emsland häufiger als die Gesamtbevölkerung die korrekte Antwort (22 Prozent). Die Landkreise Schwandorf und Wunsiedel liegen im Durchschnitt, im Landkreis Rotenburg (Wümme) ist die Kenntnis bei dieser Frage unterdurchschnittlich (12 Prozent).

Welche Bedeutung es hat, wenn eine Region als Teilgebiet ausgewiesen wurde, ist den allermeisten Befragten verständlich. Aus drei inhaltlich unterschiedlichen Antwortvorgaben wählten 71 Prozent die korrekte, dass die Teilgebiete auf Basis geologischer Daten daraufhin geprüft werden, ob sie gute Eigenschaften für ein Endlager besitzen (vgl. Abbildung 5-32). Nur 16 Prozent vermuten, dass bereits klar ist, dass diese Gebiete außergewöhnlich gute Eigenschaften für die Errichtung eines Endlagers besitzen. 13 Prozent vermuten als Nächstes Probebohrungen. Auch hier ist wieder anzunehmen, dass der größte Teil der Befragten die Antwort „geraten“, also auf Basis von Plausibilitäten und Kontextwissen gegeben hat.

Abbildung 5-32 Kenntnis der Bedeutung der ausgewiesenen Teilgebiete

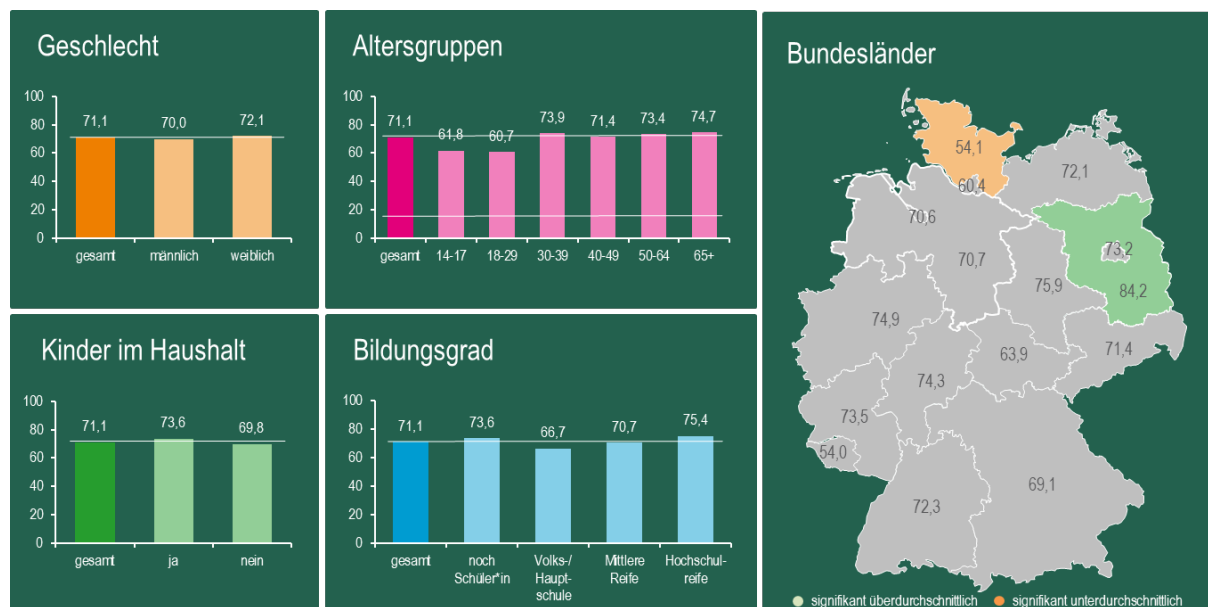


in Prozent aller Befragten | N=3.000

Fragestellung: Was denken Sie, was es bedeutet, zum momentanen Zeitpunkt als Teilgebiet ausgewählt worden zu sein?
Bitte wählen Sie die Aussage aus, die aus Ihrer Sicht stimmt.

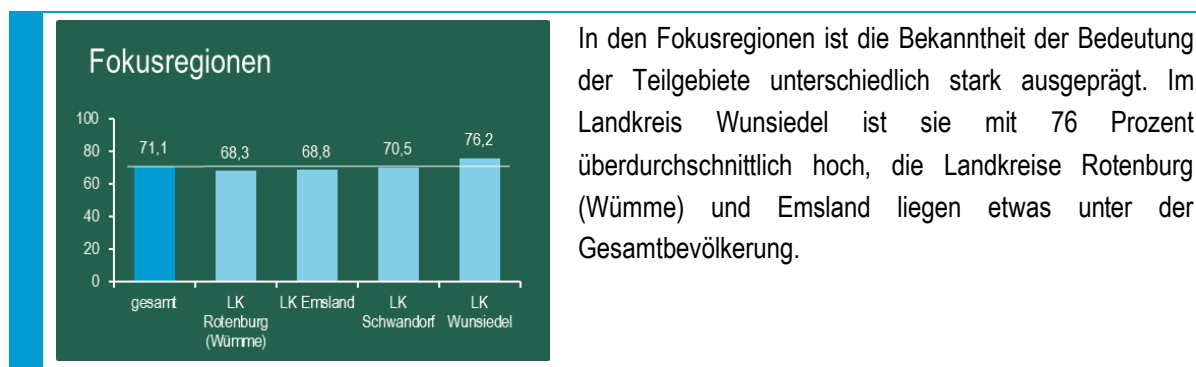
Das Wissen um die Bedeutung der Teilgebiete ist bei weiblichen Befragten signifikant, aber nur geringfügig stärker ausgeprägt als bei männlichen (72 zu 70 Prozent). Befragte bis 30 Jahren nennen seltener die korrekte Antwort (61 Prozent). Das Wissen steigt erneut mit dem Bildungsabschluss: 67 Prozent der Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss sind über die Bedeutung der Teilgebiete korrekt informiert, bei denen mit Hochschulreife sind es 75 Prozent (vgl. Abbildung 5-33).

Abbildung 5-33 Kenntnis der Bedeutung der ausgewiesenen Teilgebiete nach demographischen Gruppen



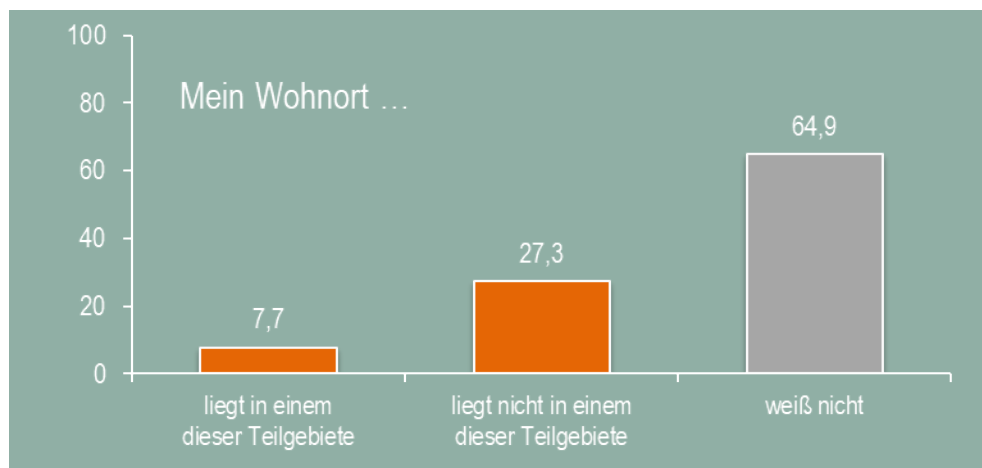
jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Anteil der Antwort „ca. 54 Prozent“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Abbildung 5-34 Kenntnis der Bedeutung der ausgewiesenen Teilgebiete in den Fokusregionen



Ob der eigene Wohnort in einem der ausgewiesenen Teilgebiete liegt – das wissen nach eigener Angabe aktuell 35 Prozent der Bürger:innen. Acht Prozent vermuten ihn in einem Teilgebiet, 27 Prozent außerhalb. Die große Mehrheit aber kann dies nicht sagen (vgl. Abbildung 5-35).

Abbildung 5-35 Kenntnis über die Lage des eigenen Wohnorts in einem der ausgewiesenen Teilgebiete

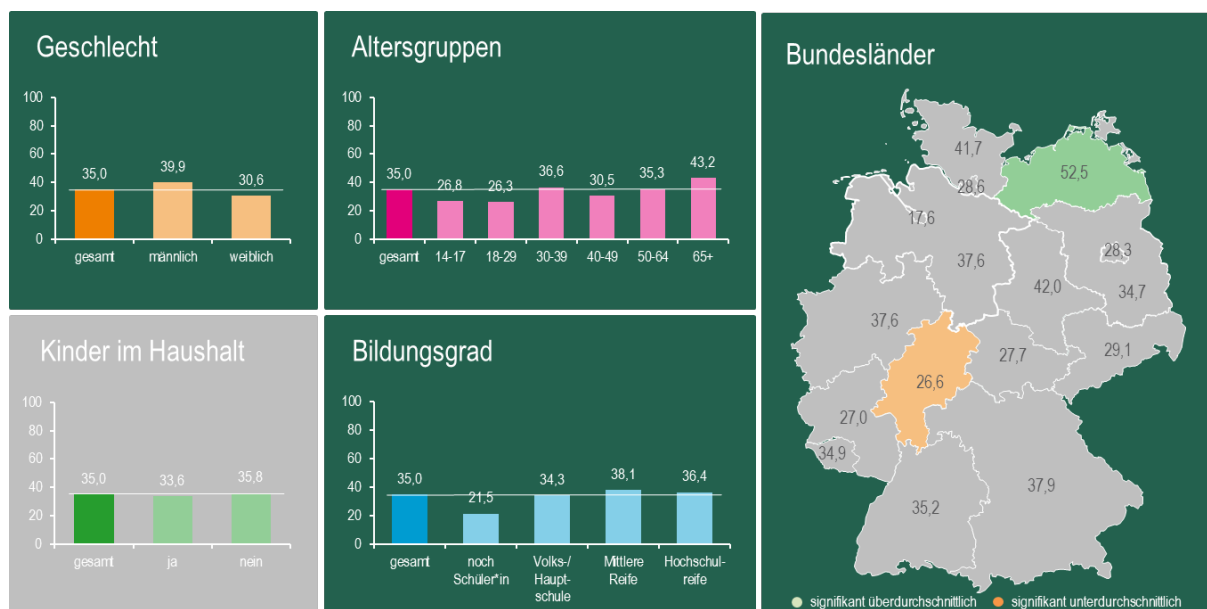


in Prozent aller Befragten | N=3.000

Fragstellung: Wissen Sie, ob Ihr Wohnort in einem dieser Teilgebiete liegt?

Es geben wieder mehr Männer als Frauen an, über die Zugehörigkeit ihres Wohnorts zu einem Teilgebiet Bescheid zu wissen (40 zu 31 Prozent). Über die Altersgruppen hinweg schwankt diese Kenntnis: Die Jugendlichen bis 30 Jahre wissen die Zugehörigkeit unterdurchschnittlich gut (27 Prozent), so auch die Altersgruppe 40-49 Jahre (31 Prozent). Am besten können dies Personen ab 65 Jahren sagen (43 Prozent, vgl. Abbildung 5-36).

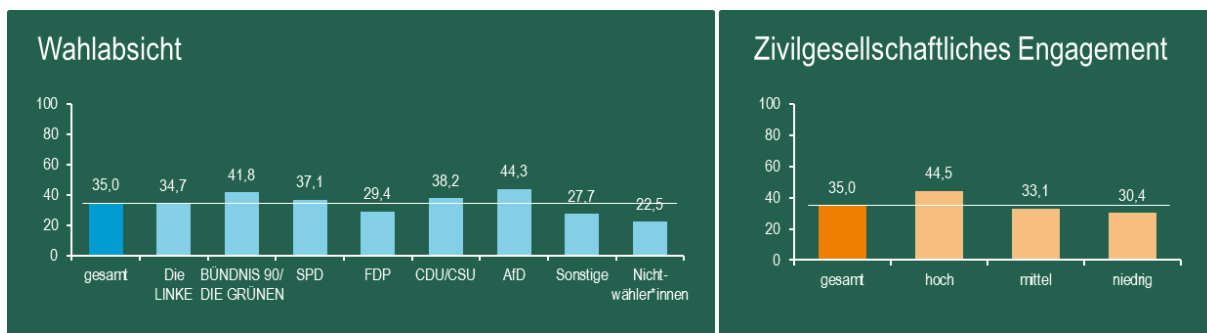
Abbildung 5-36 Kenntnis über die Lage des eigenen Wohnorts in einem der ausgewiesenen Teilgebiete nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Abbildung des Anteils, der weiß, ob der eigene Wohnort in einem Teilgebiet liegt | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Am häufigsten meinen die Wähler:innen der AfD (44 Prozent) und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (42 Prozent) über die Zugehörigkeit ihres Wohnorts zu einem Teilgebiet Bescheid zu wissen (vgl. Abbildung 5-37). Deutlich unter dem Durchschnitt liegen die Wähler:innen von FDP (29 Prozent) und sonstigen Parteien (28 Prozent) sowie die Nichtwähler:innen (23 Prozent). Ist jemand zivilgesellschaftlich stark engagiert, ist das geäußerte Wissen zu dieser Frage ebenfalls überdurchschnittlich hoch (45 Prozent).

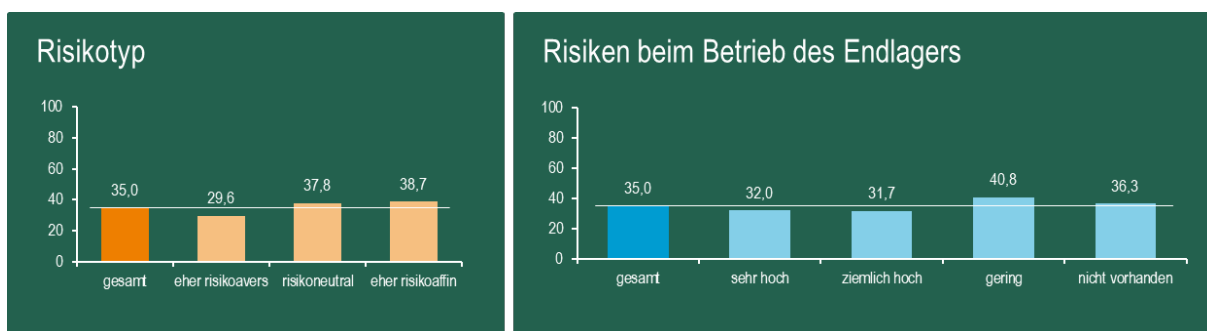
Abbildung 5-37 Kenntnis über die Lage des eigenen Wohnortes in einem der ausgewiesenen Teilgebiete nach politischen Einstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Abbildung des Anteils, der weiß, ob der eigene Wohnort in einem Teilgebiet liegt | Unterschiede sind signifikant

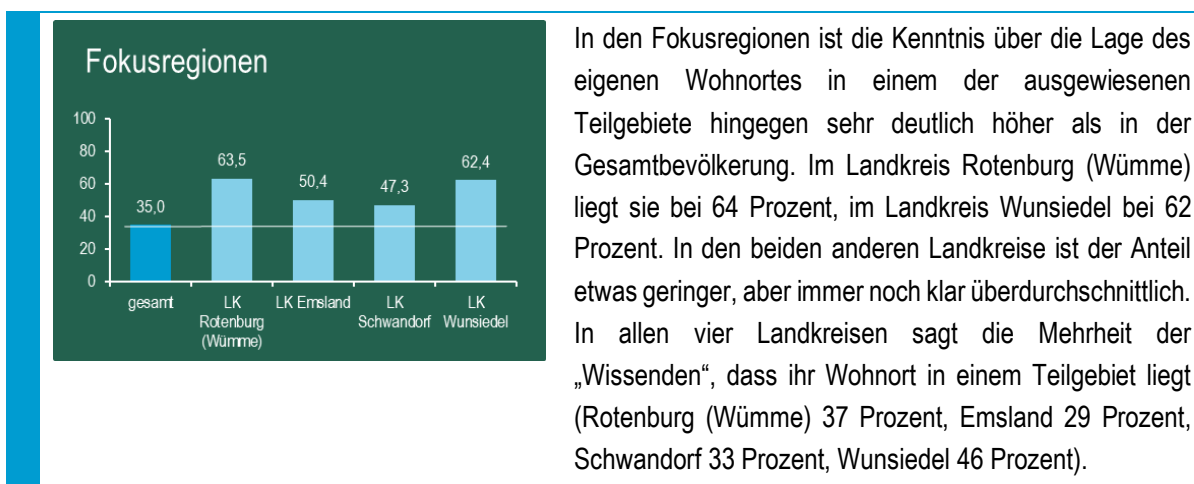
Interessant ist, dass eher Personen, die im Allgemeinen risikoneutral oder -affin sind und solche, die beim Betrieb eines Endlagers kein Problem sehen, über die Lage ihres Wohnortes in einem Teilgebiet nach eigenen Angaben Bescheid wissen (vgl. Abbildung 5-38). Bedenken gegen das Endlager scheinen also momentan noch nicht dazu zu führen, das Risiko des eigenen Wohnortes genauer kennen zu wollen.

Abbildung 5-38 Kenntnis über die Lage des eigenen Wohnortes in einem der ausgewiesenen Teilgebiete nach Risikoeinschätzungen



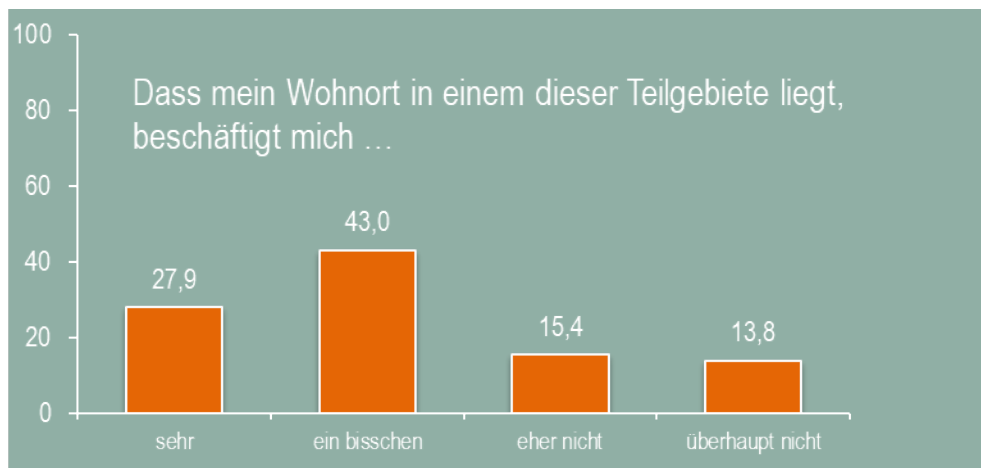
jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Abbildung des Anteils, der weiß, ob der eigene Wohnort in einem Teilgebiet liegt | Unterschiede sind signifikant

Abbildung 5-39 Kenntnis über die Lage des eigenen Wohnortes in einem der ausgewiesenen Teilgebiete in den Fokusregionen



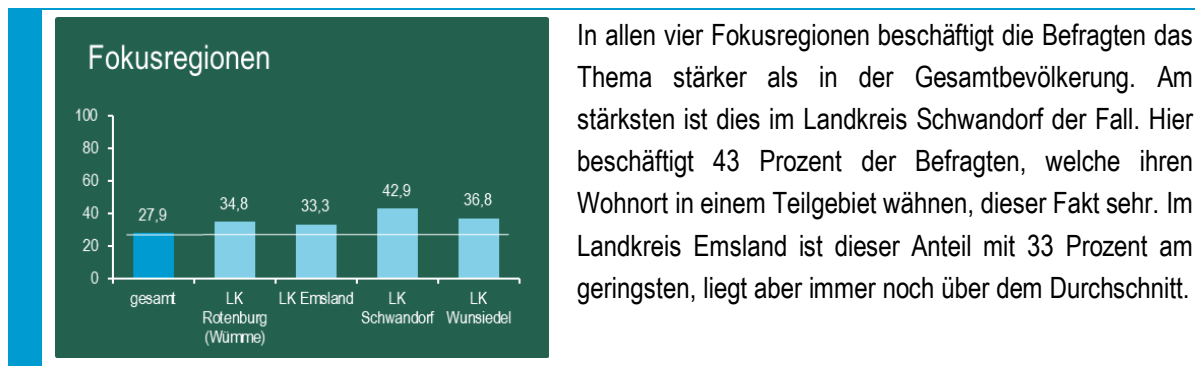
Wenn jemand angab, dass der eigene Wohnort in einem Teilgebiet liegt, wurde danach gefragt, wie sehr das die Person beschäftigt. Die meisten dieser Befragten gaben an, dass sie dieser Fakt „ein bisschen“ beschäftigt (43 Prozent), 28 Prozent sogar „sehr“. Für 29 Prozent ist dieser Fakt (eher) kein Grund zur Besorgnis (vgl. Abbildung 5-40). Die Besorgnis ist weitgehend unabhängig davon, wie groß man den Anteil der Teilgebiete in Deutschland schätzt oder welche Bedeutung man hinter dem Begriff Teilgebiet vermutet.

Abbildung 5-40 Besorgnis über die Lage des eigenen Wohnorts in einem der ausgewiesenen Teilgebiete



in Prozent aller Befragten, die angeben, dass ihr Wohnort in einem der Teilgebiete liegt | N=231
 Fragestellung: Wie sehr beschäftigt Sie es, dass Ihr Wohnort in einem der ausgewählten Teilgebiete liegt?

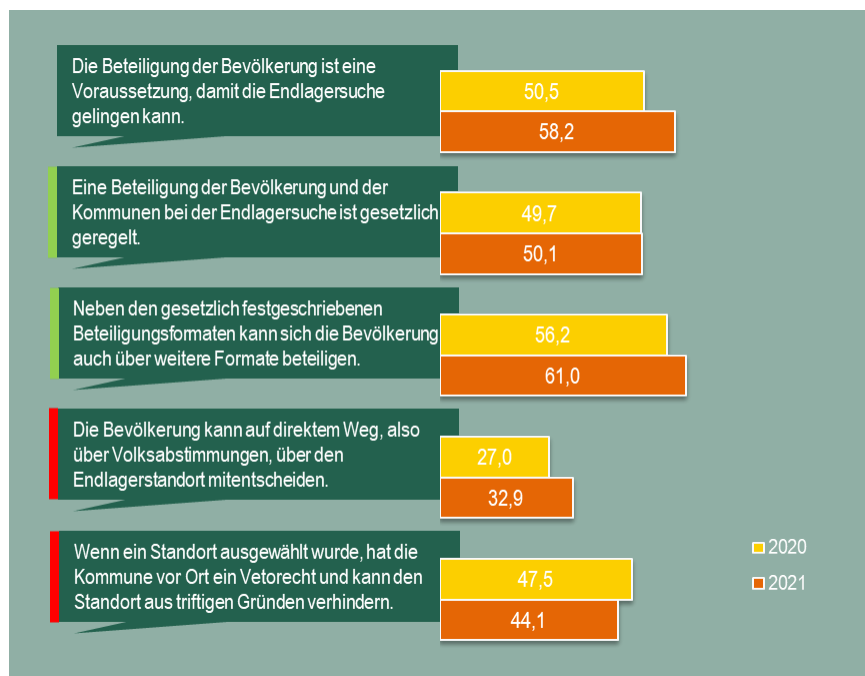
Abbildung 5-41 Besorgnis über die Lage des eigenen Wohnorts in einem der ausgewiesenen Teilgebiete in den Fokusregionen



Beteiligungsmöglichkeiten am Suchprozess

Von der ersten zur zweiten Befragung ist der Anteil derjenigen leicht gestiegen, die die Beteiligung der Bevölkerung für eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Endlagersuche halten. Mittlerweile stimmen 58 Prozent dieser Aussage zu, sieben Prozentpunkte mehr als 2020 (vgl. Abbildung 5-42). Nach wie vor weiß die Hälfte der Befragten, dass die Beteiligung gesetzlich geregelt ist. 61 Prozent wissen auch, dass es über die gesetzlich geregelten weitere Teilnehmungsformate geben kann. Dieser Wert ist fünf Prozentpunkte höher als in 2020. Weiterhin glaubt eine relevante Minderheit (33 Prozent), dass die Bevölkerung über Volksabstimmungen über den Endlagerstandort mitentscheiden kann. Auch dieser Wert ist allerdings um sechs Prozentpunkte gestiegen. Leicht gesunken ist dagegen der Anteil derjenigen, die ein Vetorecht für betroffene Regionen vermuten (44 Prozent).

Abbildung 5-42 Bekanntheit der Beteiligungsmöglichkeiten am Suchprozess

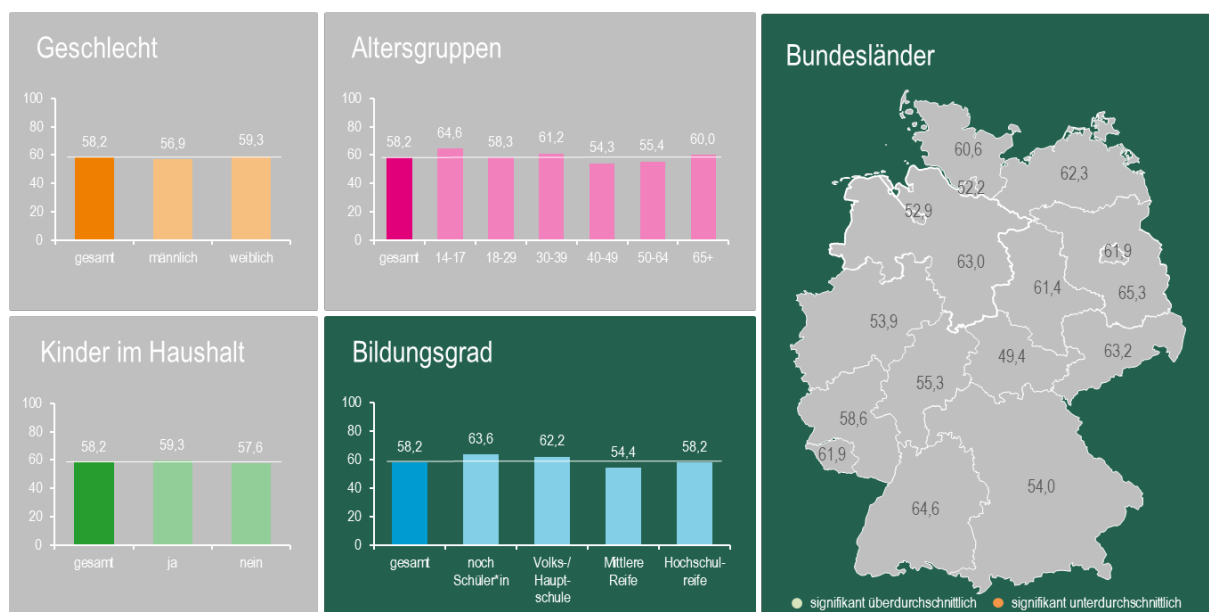


jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000 | Antwort „wahr“

Fragestellung: Bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland sollen die Kommunen und die Bevölkerung vor Ort umfassend einbezogen werden. Ich lese Ihnen im Folgenden einige Aussagen zu Beteiligungsmöglichkeiten im Prozess der Standortsuche vor. Bitte sagen Sie mir, ob die jeweilige Aussage Ihrer Meinung nach wahr oder falsch ist.

Die Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung ist in allen betrachteten Bevölkerungsgruppen etwa gleich hoch. Leicht überdurchschnittliche Anteile von Befürworter:innen zeigen sich bei den 14- bis 17-Jährigen, entsprechend auch bei den Schüler:innen und bei Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss (vgl. Abbildung 5-43).

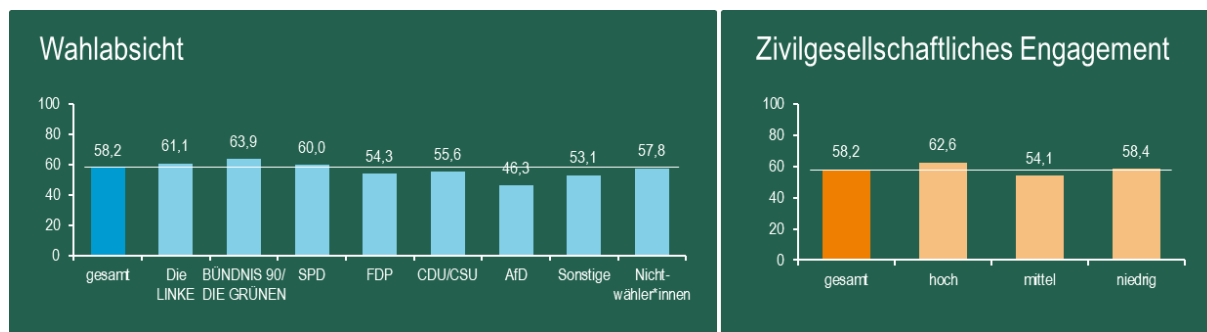
Abbildung 5-43 Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung am Suchprozess nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Zustimmung zur Aussage „Die Beteiligung der Bevölkerung ist eine Voraussetzung, damit die Endlagersuche gelingen kann.“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

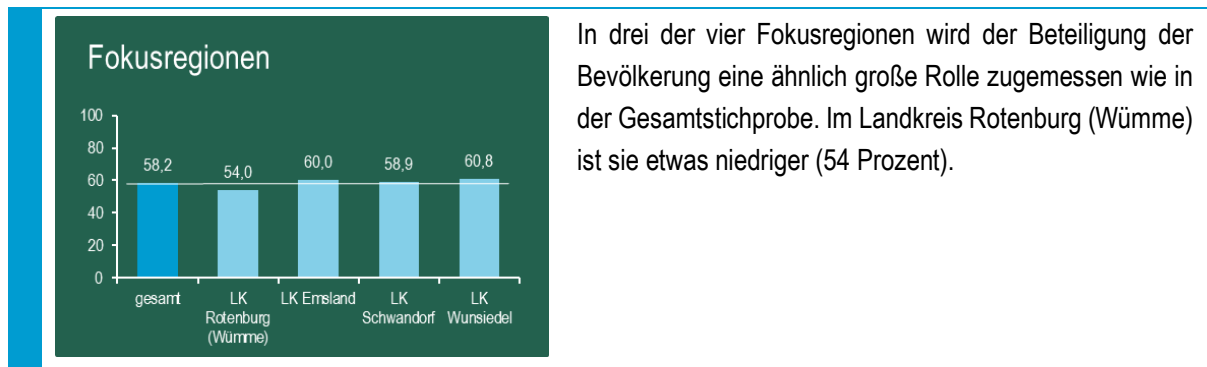
Wähler:innen der LINKEN (61 Prozent) und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (64 Prozent) messen der Bevölkerungsbeteiligung etwas häufiger eine Bedeutung bei als der Durchschnitt. Auf der anderen Seite tun dies Wähler:innen der AfD (46 Prozent) und sonstiger Parteien (53 Prozent) unterdurchschnittlich häufig (vgl. Abbildung 5-44). Je höher das zivilgesellschaftliche Engagement ist, desto höher ist auch die Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung. Personen mit hohem zivilgesellschaftlichem Engagement messen ihr mit 63 Prozent eine etwas höhere Bedeutung bei als andere.

Abbildung 5-44 Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung am Suchprozess nach politischen Einstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Zustimmung zur Aussage „Die Beteiligung der Bevölkerung ist eine Voraussetzung, damit die Endlagersuche gelingen kann.“ | Unterschiede sind signifikant

Abbildung 5-45 Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung am Suchprozess in den Fokusregionen



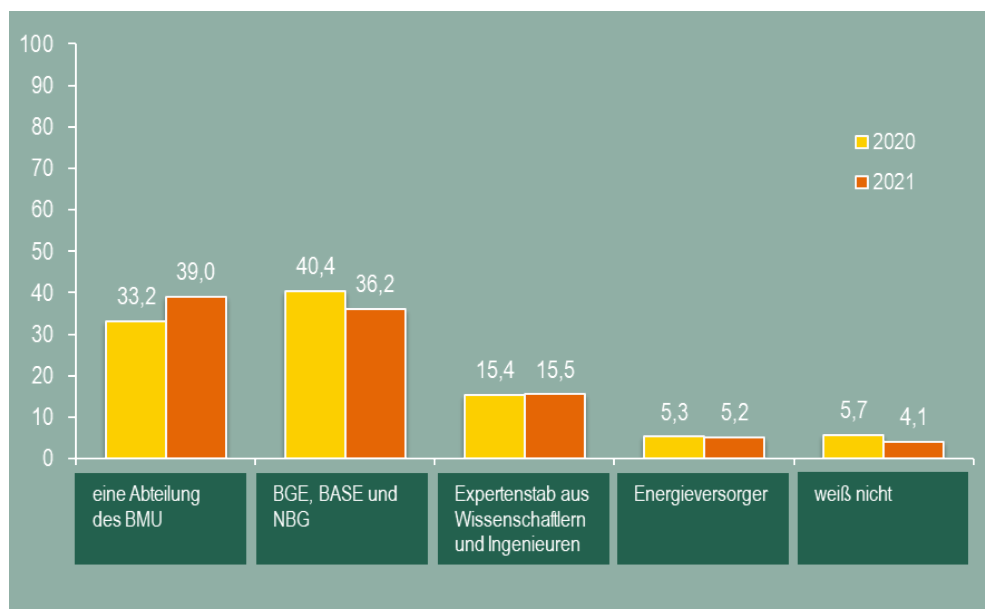
5.5 Beteiligte Institutionen

Bekanntheit der beteiligten Institutionen

Wer ist verantwortlich dafür, dass in Deutschland ein Endlagerstandort gefunden wird? Wir haben den Befragten vier Optionen angeboten, die jeweils unterschiedliche Herangehensweisen repräsentieren: die alleinige Verantwortung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), die Übergabe an einen Expert:innenkreis, die Verantwortung der Energieversorger als Eigentümer der Kernkraftwerke und die tatsächlich gewählte Herangehensweise über die drei Institutionen. Auch hier gab es eine Verschiebung der Kenntnisstruktur. War im Jahr 2020 noch die Mehrheit der Befragten der (korrekten) Ansicht, dass sich die drei Institutionen BGE, BASE und NBG die Verantwortung teilen, sagen jetzt 39 Prozent, diese

würde bei einer Abteilung des BMUV liegen (+ 6 Prozentpunkte, vgl. Abbildung 5-46). Nur noch 36 Prozent vermuten sie bei den drei Institutionen (- 4 Prozentpunkte). Die Anteile für den Expertenstab aus Wissenschaftler:innen und Ingenieur:innen (15 Prozent) sowie für die Energieversorger (5 Prozent) bleiben konstant.

Abbildung 5-46 Bekanntheit der Verantwortlichkeiten für die Endlagersuche



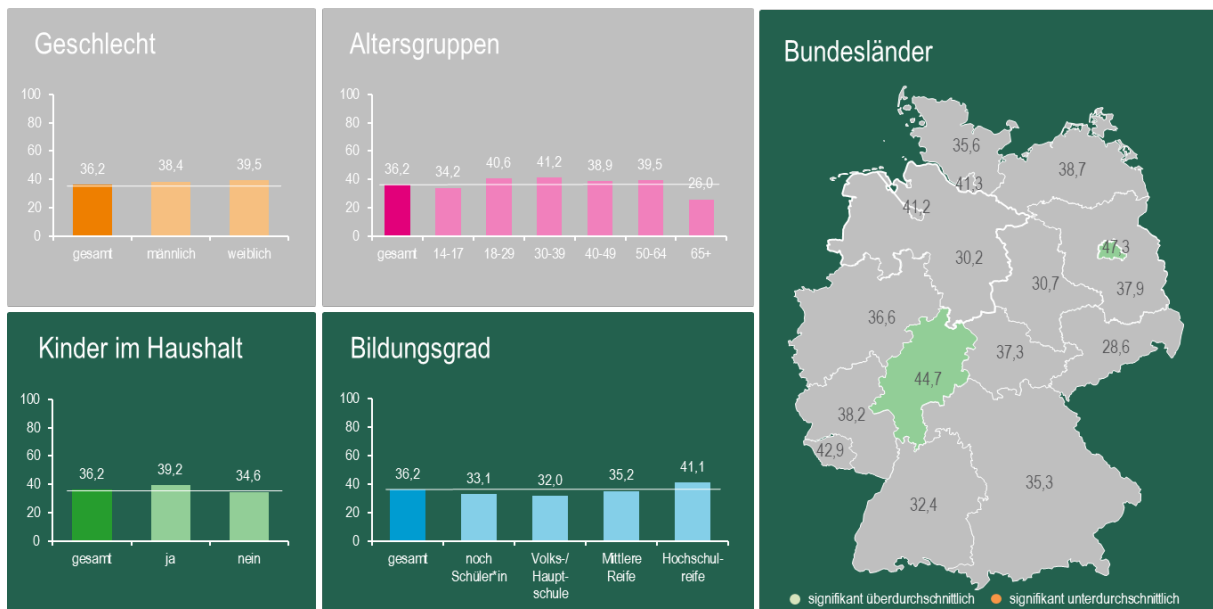
in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000

Fragestellung: Was meinen Sie, wer ist in Deutschland für die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle zuständig? Ich lese Ihnen vier Möglichkeiten vor und Sie sagen mir bitte, welche Aussage korrekt ist.

Mit Blick auf die demographischen Gruppen gibt es die sichtbarsten Unterschiede beim Schulabschluss. Während die Antwort auf die für den Suchprozess zuständigen Akteure bei den Volks- und Hauptschulabsolvent:innen nur zu 32 Prozent auf BGE, BASE und NBG fiel, geschah dies bei den Personen mit (Fach-)Hochschulreife zu 41 Prozent (vgl. Abbildung 5-47). Nach Bundesländern betrachtet kennen vor allem Befragte aus Hessen und Berlin die korrekte Antwort (45 bzw. 47 Prozent).

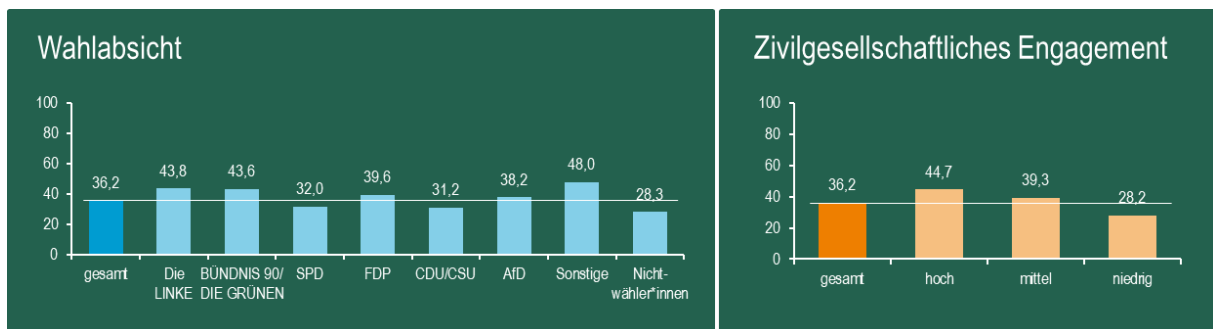
Beim Blick auf die Wahlabsicht stellten sich die Wähler:innen der LINKEN und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Bezug auf die für die Endlagersuche verantwortlichen Akteure als die kenntnisreichsten Befragten heraus (44 Prozent). Vor allem Nichtwähler:innen (28 Prozent), aber auch Wähler:innen der CDU/CSU (31 Prozent) konnten die richtige Antwort seltener geben als der Durchschnitt (vgl. Abbildung 5-48). Außerdem steigt die Kenntnis mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement (hohes zivilgesellschaftliches Engagement 45 Prozent vs. niedriges 28 Prozent).

Abbildung 5-47 Nennung der korrekten Verantwortlichen für den Suchprozess nach demographischen Angaben



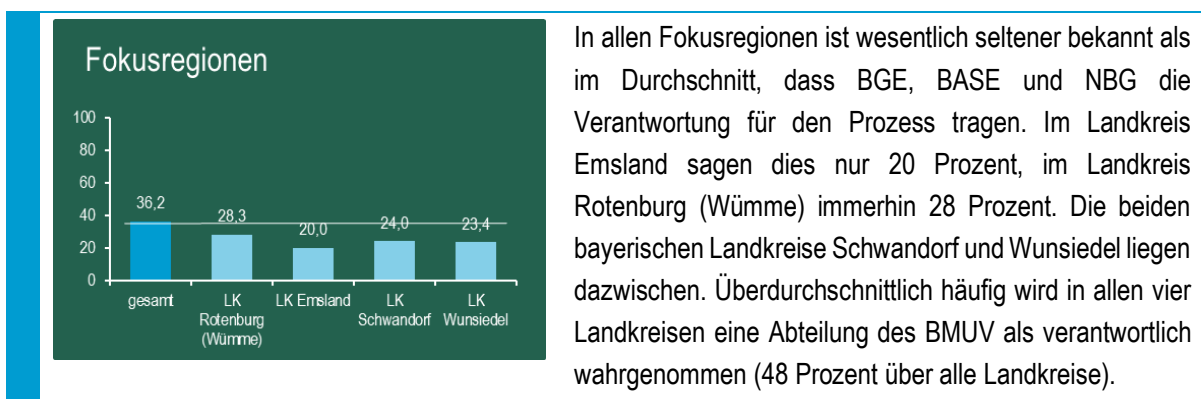
jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Antwort „BGE, BASE und NBG“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Abbildung 5-48 Nennung der korrekten Verantwortlichen für den Suchprozess nach politischen Einstellungen



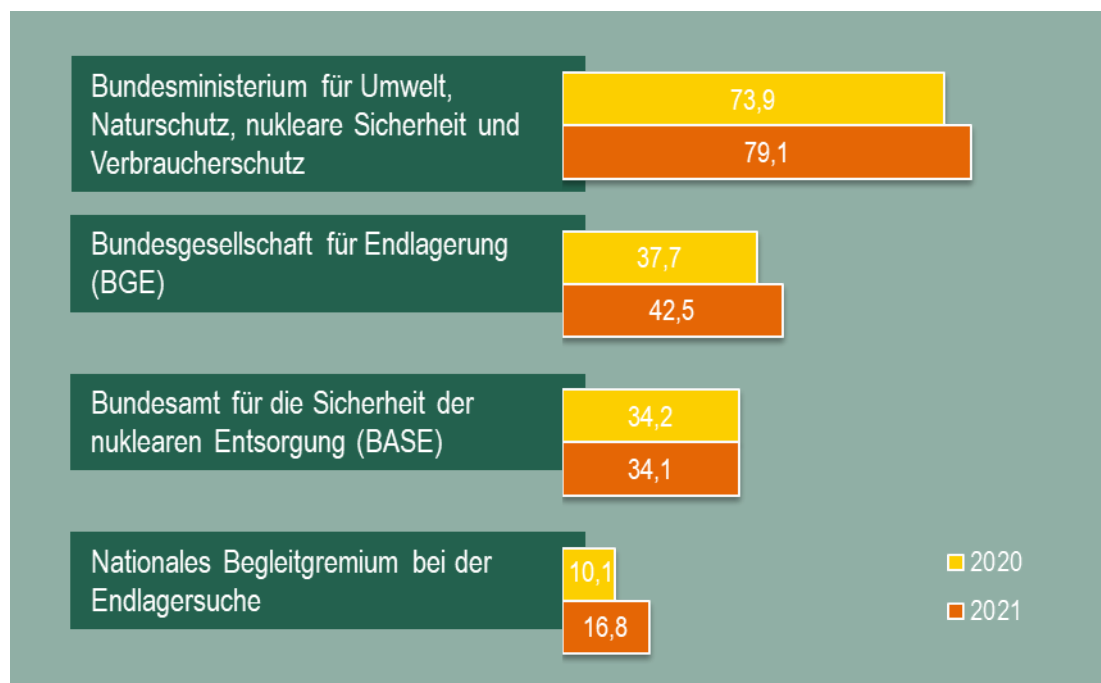
jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Antwort „BGE, BASE und NBG“ | Unterschiede sind signifikant

Abbildung 5-49 Nennung der korrekten Verantwortlichen für den Suchprozess in den Fokusregionen



An anderer Stelle des Fragebogens haben wir uns der Bekanntheit der beteiligten Institutionen auf einem anderen Wege genähert. Wir baten die Befragten uns zu sagen, ob sie von den in Abbildung 5-50 aufgeführten Institutionen im Rahmen der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle schon einmal etwas gehört oder gelesen haben. Den deutlich höchsten Bekanntheitsgrad erzielte bei dieser Frage – wie auch im Jahr 2020 – mit 79 Prozent das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV). Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) kennen 43 Prozent der Befragten, das sind fünf Prozentpunkte mehr als 2020. Auch das Nationale Begleitgremium bei der Endlagersuche (NBG) kennen mit 17 Prozent etwas mehr Befragte als 2020. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) liegt stabil bei rund einem Drittel der Befragten.

Abbildung 5-50 Bekanntheit der am der Endlagersuche beteiligten Institutionen



in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000 | Antwort „habe ich schon einmal gehört oder gelesen“
 Fragestellung: Ich nenne Ihnen nun einige Institutionen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie von diesen im Zusammenhang mit der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall schon einmal gehört oder gelesen haben oder nicht.

Vertrauen in die beteiligten Institutionen

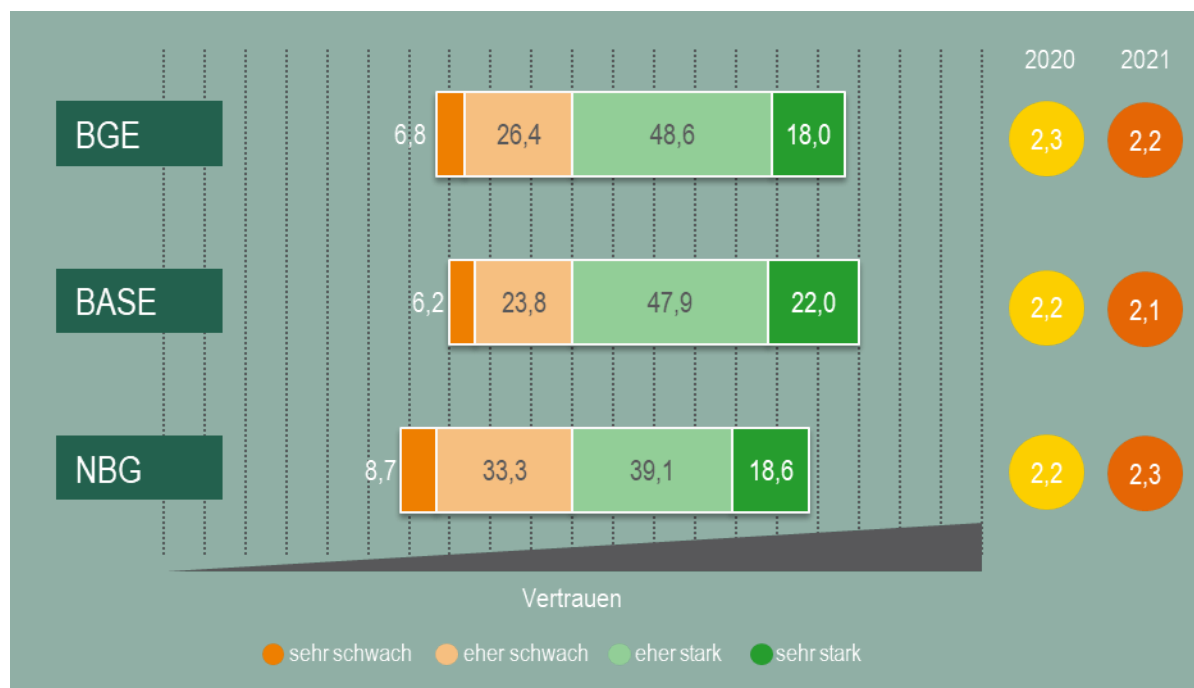
Unabhängig davon, ob sie angegeben haben, die Institutionen zu kennen, baten wir die Befragten uns zu sagen, wie stark sie ihnen vertrauen. Dazu beschrieben wir allen Befragten kurz, was die Institutionen tun:

- ↳ „Die Bundesgesellschaft für Endlagersuche ist für die Suche nach dem Endlager und dessen Betrieb verantwortlich.“
- ↳ „Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung beaufsichtigt die Suche und organisiert die Beteiligung der Öffentlichkeit.“
- ↳ „Das Nationale Begleitgremium aus ausgewählten Bürgern vertritt die Interessen der Zivilgesellschaft.“

So konnten diejenigen, welche die Institutionen bisher noch nicht kannten, zumindest anhand der Aufgabenbeschreibung einschätzen, wie sehr sie ihnen aufgrund ihrer institutionellen Funktion vertrauen. Die

Ergebnisse zeigt Abbildung 5-51. Das Vertrauen in die drei Institutionen ist demnach ähnlich hoch. Das BASE genießt ein etwas höheres Vertrauen (70 Prozent sehr oder eher stark) als die BGE (67 Prozent) und das NBG (58 Prozent). Wenn Befragte angeben, die jeweilige Institution zu kennen, dann bewerten sie sie geringfügig besser.

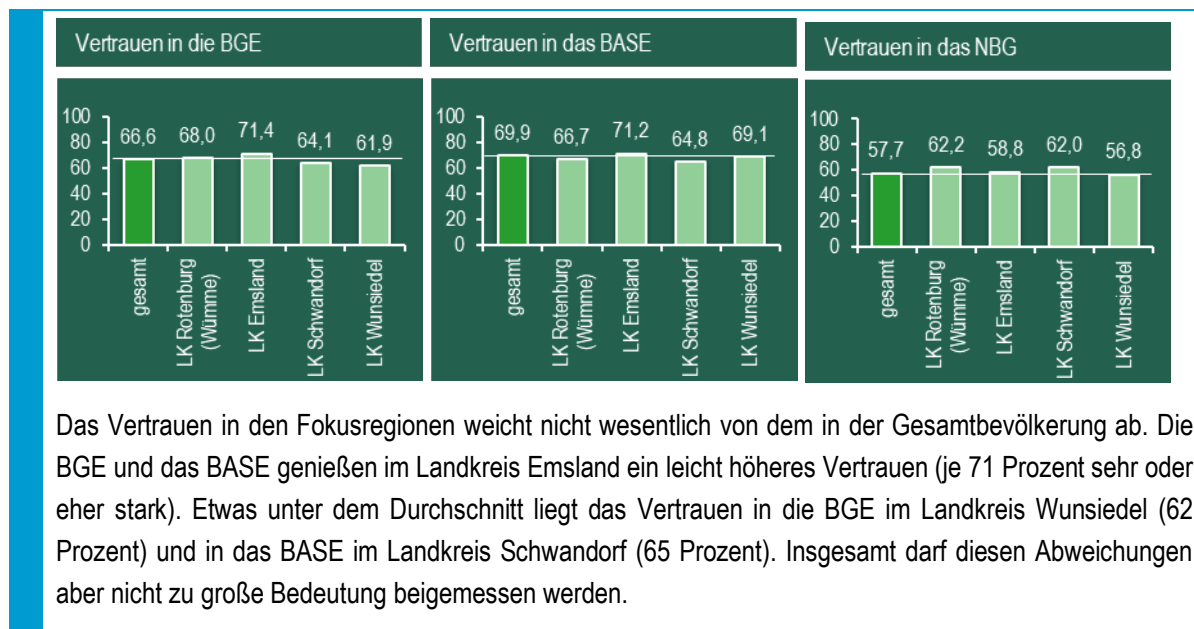
Abbildung 5-51 Vertrauen in die an der Endlagersuche beteiligten Institutionen



jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000 | Mittelwerte auf einer Skala von 1=sehr stark bis 4=sehr schwach

Fragestellung: An der Endlagersuche sind drei Akteure beteiligt. Ich nenne Ihnen diese Akteure und Sie sagen mir bitte, wie stark Ihr Vertrauen in deren Arbeit ist. Wenn Sie sich nicht kennen, dann gehen Sie bitte nach Ihrem Bauchgefühl.

Abbildung 5-52 Vertrauen in die an der Endlagersuche beteiligten Institutionen in den Fokusregionen



Das Vertrauen in den Fokusregionen weicht nicht wesentlich von dem in der Gesamtbevölkerung ab. Die BGE und das BASE genießen im Landkreis Emsland ein leicht höheres Vertrauen (je 71 Prozent sehr oder eher stark). Etwas unter dem Durchschnitt liegt das Vertrauen in die BGE im Landkreis Wunsiedel (62 Prozent) und in das BASE im Landkreis Schwandorf (65 Prozent). Insgesamt darf diesen Abweichungen aber nicht zu große Bedeutung beigemessen werden.

6 Informiertheit und Informationsbedürfnis

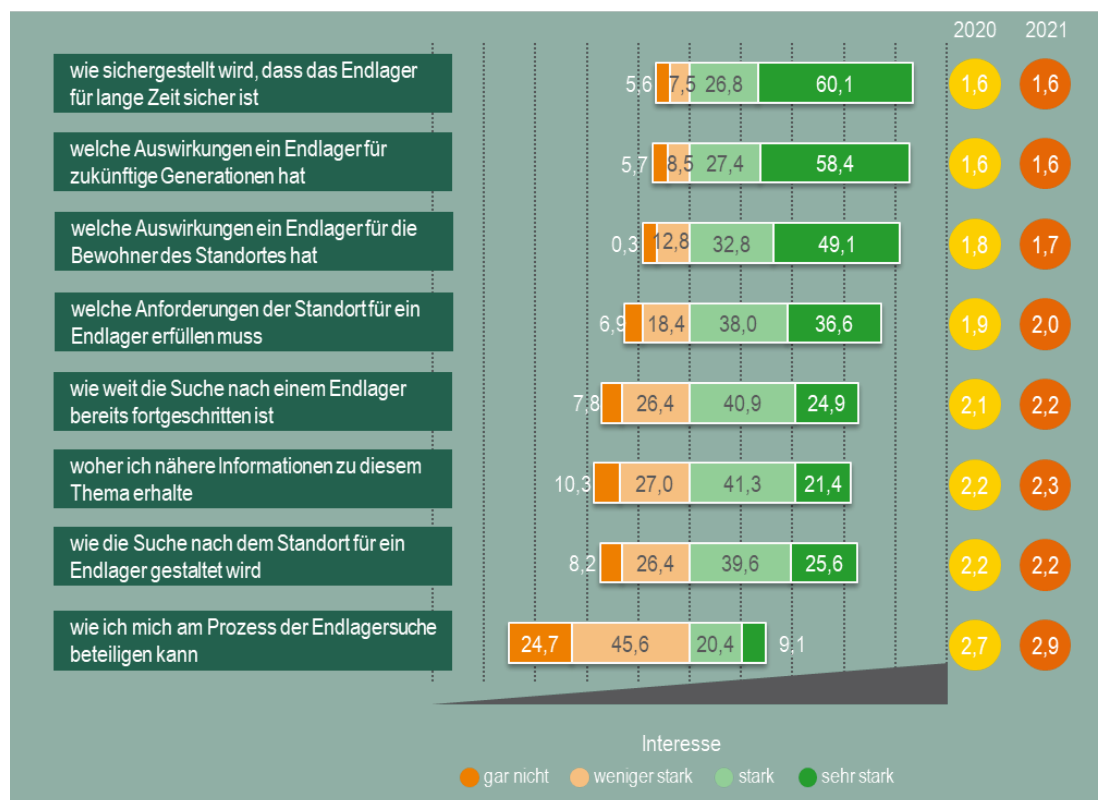
Neben vielen anderen Faktoren werden Einstellungen von Menschen auch durch Informationen beeinflusst, die sie auf verschiedenen Wegen über ein bestimmtes Thema erhalten. In diesem Abschnitt wollen wir uns dem Informationsverhalten der Bevölkerung in Bezug auf die Endlagersuche widmen. Dazu stellen wir uns folgende Fragen:

1. Welche Themen interessieren die Menschen in Bezug auf die Endlagersuche?
2. Wie gut fühlen sie sich informiert und gehen sie selbst auf Informationssuche?
3. Wie groß ist ihr Vertrauen in bestimmte Akteure als Informationsquellen
4. Wie gut kennen sie sich mit dem Teilbericht und der Fachkonferenz Zwischengebiete aus?

6.1 Themeninteressen und Informiertheit

Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle ist ein komplexer Prozess. Um die Bevölkerung auf diesem Weg mitnehmen und ihr eine Teilhabe ermöglichen zu können, muss diese zunächst umfassend über den Prozess informiert werden. Wir haben die Befragten gefragt, in welchem Maße sie dabei verschiedene mögliche Themen interessieren. Abbildung 6-1 zeigt, dass von allen abgefragten Themen keines wirklich uninteressant ist. Dies ist jedoch ein typisches Phänomen bei solchen Fragestellungen – generell ist es einfacher, Interesse an einem Thema zu äußern als Desinteresse. Es lässt sich dennoch eine gewisse Präferenz feststellen (vgl. Abbildung 6-1).

Abbildung 6-1 Themeninteressen in Bezug auf die Endlagersuche



jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000 | zu 100 fehlende Prozent sind „weiß nicht“ | Mittelwerte auf einer Skala von 1=sehr stark bis 4=gar nicht

Fragestellung: Wie stark interessieren Sie sich für folgende Aspekte der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle?

So ist die langfristige Sicherheit des Endlagers das, was die meisten Befragten interessiert. 87 Prozent hegen ein starkes oder sehr starkes Interesse dafür, wie sichergestellt wird, dass das Endlager für lange Zeit sicher ist und 86 Prozent möchten wissen, welche Auswirkungen ein Endlager für zukünftige Generationen hat. Ähnlich hoch ist das Interesse an den Auswirkungen für die Bewohner:innen des Standorts sowie daran, welche Anforderungen ein Standort für ein Endlager erfüllen muss (82 bzw. 75 Prozent). Etwas weniger interessant sind prozessuale Fragen. Wie weit die Suche nach einem Endlager bereits fortgeschritten ist, wie sie gestaltet wird und wo es nähere Informationen zum Thema gibt, interessiert nur noch zwischen 66 und 63 Prozent der Befragten. Am wenigsten interessiert sich die Bevölkerung dafür, wie sie sich selbst am Standortsuchprozess beteiligen kann. Hierfür äußerte nur eine Minderheit von 30 Prozent starkes oder sehr starkes Interesse – und dieser Wert ist als einziger deutlich zurückgegangen. Im Jahr 2020 lag er noch bei 42 Prozent.

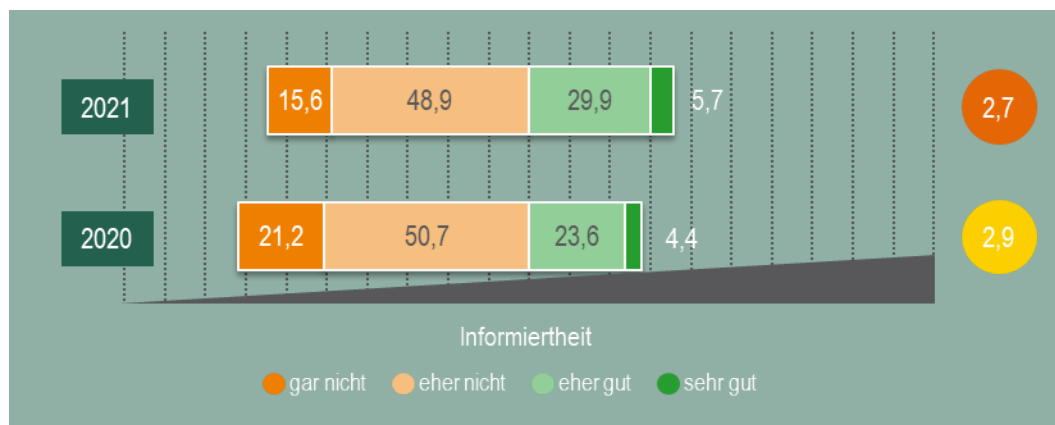
Abbildung 6-2 Themeninteressen in Bezug auf die Endlagersuche in den Fokusregionen



Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle ist ein Thema, das im Alltag der Menschen auch nach der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete noch keine große Rolle spielt. Entsprechend stellt sich die subjektive Informiertheit dazu dar. Nur sechs Prozent der Befragten fühlen sich über die sie interessierenden Aspekte der Endlagerung sehr gut informiert, 30 Prozent eher gut. Etwa die Hälfte der Befragten bezeichnet sich

als eher nicht informiert, 16 Prozent als gar nicht (vgl. Abbildung 6-3). Immerhin ist jedoch zu erkennen, dass die subjektive Informiertheit seit 2020 leicht gestiegen ist. Fühlten sich damals nur 28 Prozent der Befragten eher oder sehr gut informiert, sind es 2021 schon 36 Prozent.

Abbildung 6-3 Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung

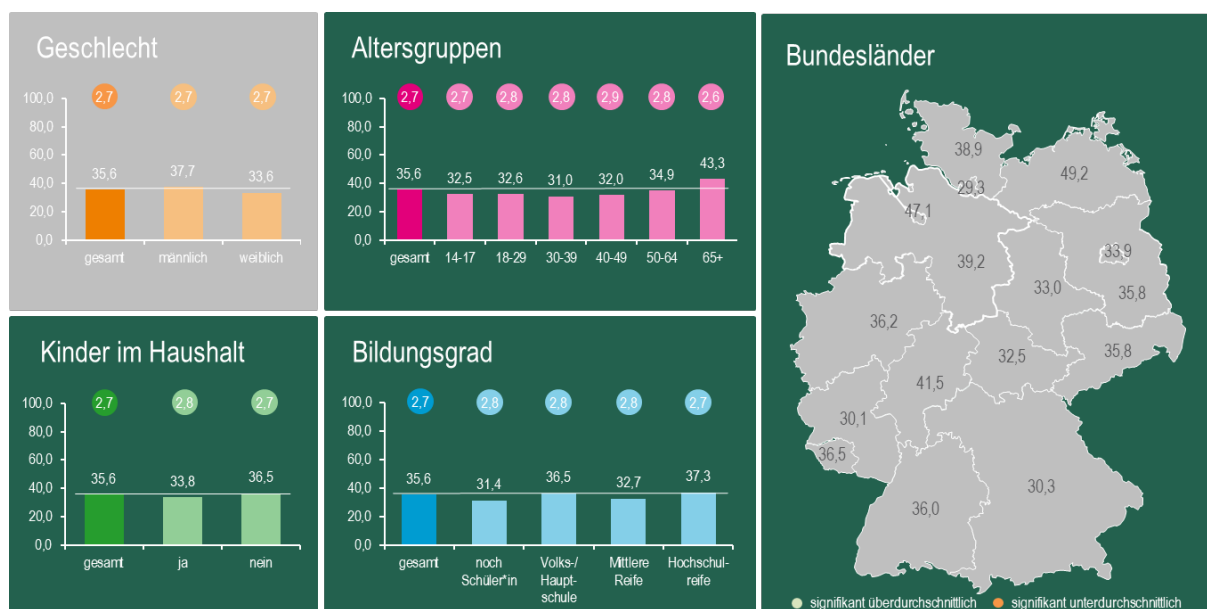


in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000 | zu 100 fehlende Prozent sind „weiß nicht“ | Mittelwert auf einer Skala von 1=sehr gut bis 4=gar nicht

Fragestellung: Und wie gut fühlen Sie sich insgesamt über die Sie interessierenden Aspekte der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle informiert?

Die subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung ist in der Gruppe der Personen ab 65 Jahren deutlich höher als in den anderen Altersgruppen. Sie liegt dort bei 43 Prozent, ansonsten streut sie zwischen 31 und 35 Prozent. Bei den 14-17-Jährigen fühlen sich 33 Prozent sehr oder eher gut informiert (vgl. Abbildung 6-4). Unterschiede zwischen Personen mit verschiedenen Schulabschlüssen sind zwar signifikant, aber uneinheitlich. Insgesamt streut die Informiertheit über die demographischen Gruppen hinweg relativ wenig. Beim Blick auf die Bundesländer sind die Unterschiede zwar größer, aufgrund der relativ kleinen Fallzahlen jedoch nicht signifikant.

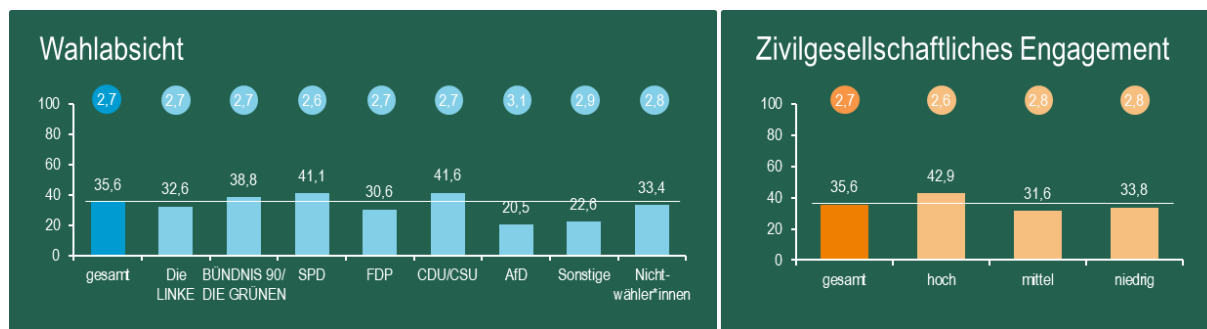
Abbildung 6-4 Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe der Antworten „sehr gut“ und „eher gut“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Etwas eindeutige Unterschiede existieren zwischen den Wähler:innengruppen. Am besten informiert fühlen sich Wähler:innen von CDU/CSU (42 Prozent), der SPD (41 Prozent) und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (39 Prozent). Deutlich unter dem Durchschnitt liegen die der AfD (21 Prozent) und sonstiger Parteien (23 Prozent). Bei hohem zivilgesellschaftlichen Engagement fühlen sich die Befragten informierter (43 Prozent, vgl. Abbildung 6-5).

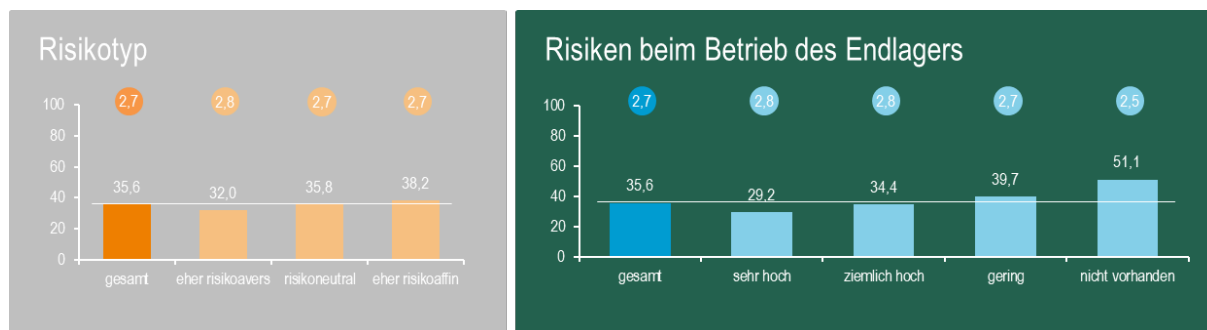
Abbildung 6-5 Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung nach politischen Einstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe der Antworten „sehr gut“ und „eher gut“ | Unterschiede sind signifikant

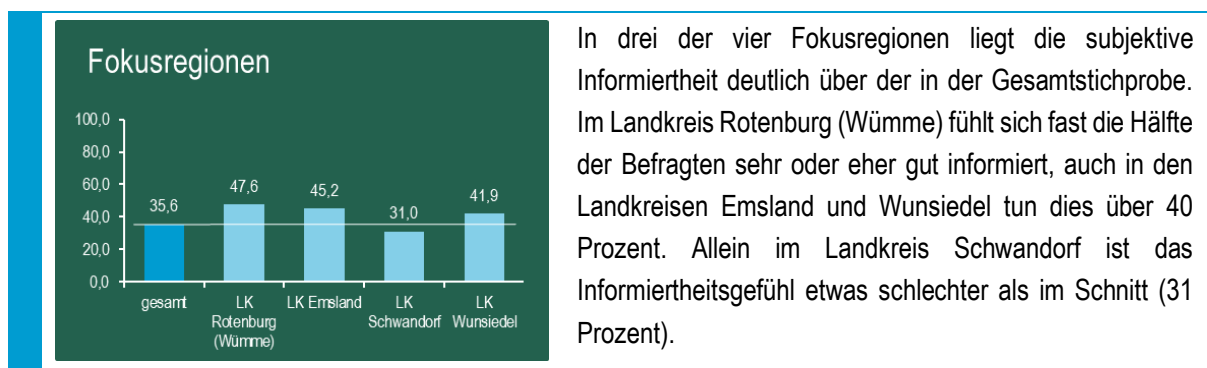
Die subjektive Informiertheit hängt leicht, aber nicht signifikant, davon ab, welcher Risikotyp die Befragten sind (vgl. Abbildung 6-6). Eher risikoaverse Personen fühlen sich weniger gut informiert als eher risikoaffine (32 zu 38 Prozent). Wenn jemand beim Betrieb des Endlagers sehr hohe Risiken sieht, fühlt er:sie sich ebenfalls unterdurchschnittlich gut informiert (29 Prozent). Sieht man nur geringe Risiken, ist die gefühlte Informiertheit sehr viel besser (40 Prozent). Erwartet man überhaupt keine Risiken, liegt sie sogar bei 51 Prozent.

Abbildung 6-6 Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung nach Risikoeinschätzungen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe der Antworten „sehr gut“ und „eher gut“ | Unterschiede sind signifikant

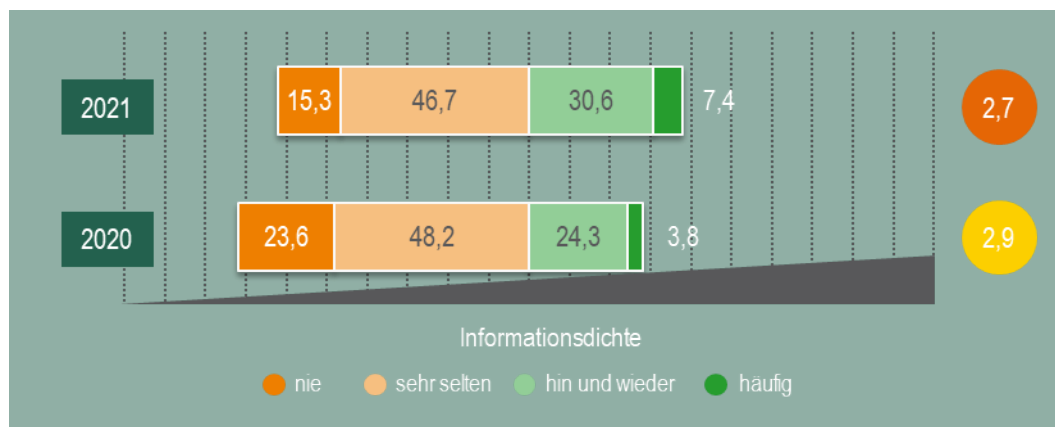
Abbildung 6-7 Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung in den Fokusregionen



In drei der vier Fokusregionen liegt die subjektive Informiertheit deutlich über der in der Gesamtstichprobe. Im Landkreis Rotenburg (Wümme) fühlt sich fast die Hälfte der Befragten sehr oder eher gut informiert, auch in den Landkreisen Emsland und Wunsiedel tun dies über 40 Prozent. Allein im Landkreis Schwandorf ist das Informiertheitsgefühl etwas schlechter als im Schnitt (31 Prozent).

Zusätzlich zur subjektiven Informiertheit wollten wir von den Befragten wissen, wie häufig sie in der letzten Zeit Meldungen oder Berichte über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den Medien gehört, gesehen oder gelesen haben. Wie auch in der ersten Befragungswelle gleicht die Antwortverteilung bei dieser Frage im Prinzip der bei der Informiertheit (vgl. Abbildung 6-8). 38 Prozent der Befragten haben hin und wieder oder häufig Informationen zur Endlagersuche wahrgenommen, eine Mehrheit von 62 Prozent nur sehr selten oder nie. Auch die gefühlte Informationsdichte ist von der ersten zur zweiten Welle leicht gestiegen. Die intensivste Berichterstattung zur und nach Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete scheint also wahrgenommen worden zu sein.

Abbildung 6-8 Gefühlte Informationsdichte in Bezug auf die Endlagerung



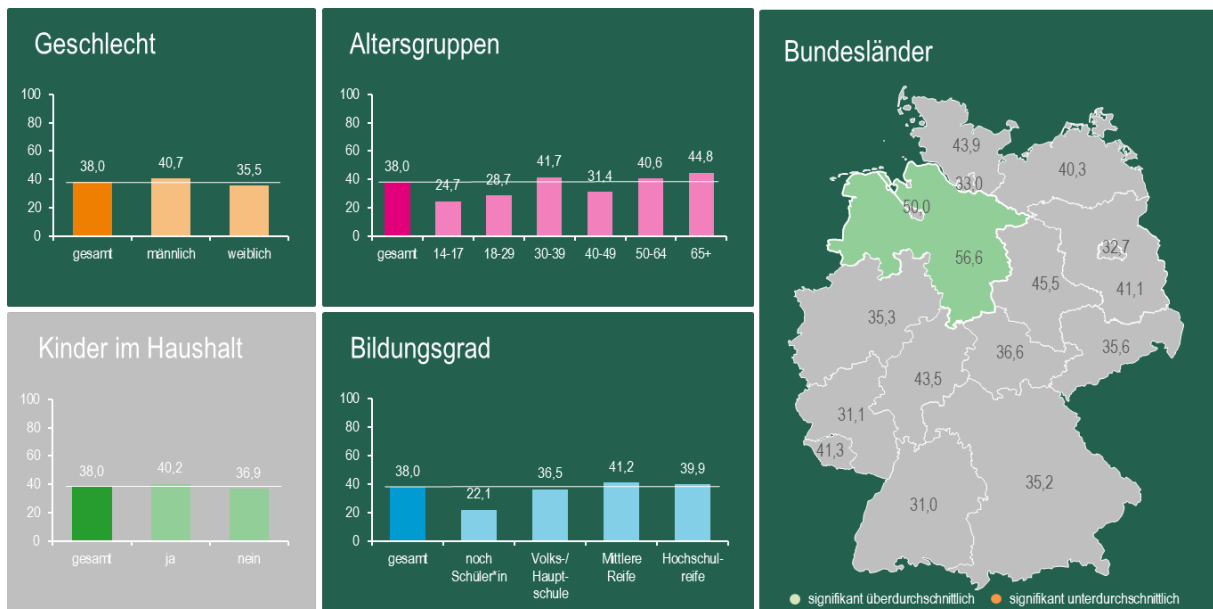
in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000 | zu 100 fehlende Prozent sind „weiß nicht“ | Mittelwert auf einer Skala von 1=häufig bis 4=nie

Fragestellung: Wie häufig haben Sie in der letzten Zeit Meldungen oder Berichte über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den Medien gehört, gesehen oder gelesen: häufig, hin und wieder, sehr selten oder nie?

Die Differenzierungen zwischen den demographischen Gruppen ähneln denen bei der Frage nach der subjektiven Informiertheit (vgl. Abbildung 6-9). Allerdings geben Männer häufiger als Frauen an, etwas über das Endlager gehört oder gelesen zu haben (41 vs. 36 Prozent „hin und wieder“ und „häufig“). Auch beobachten Personen im höheren Alter eine deutlich häufigere Berichterstattung als andere (ab 65 Jahre: 45 Prozent). Jüngere Befragte nehmen deutlich weniger Informationen über die Endlagersuche wahr (14-17 Jahre: 25 Prozent). Ein höherer Bildungsabschluss hat nur einen leicht positiven Einfluss auf die wahrgenommene Informationsdichte. Von allen Bundesländern fühlt sich Niedersachsen am intensivsten informiert.

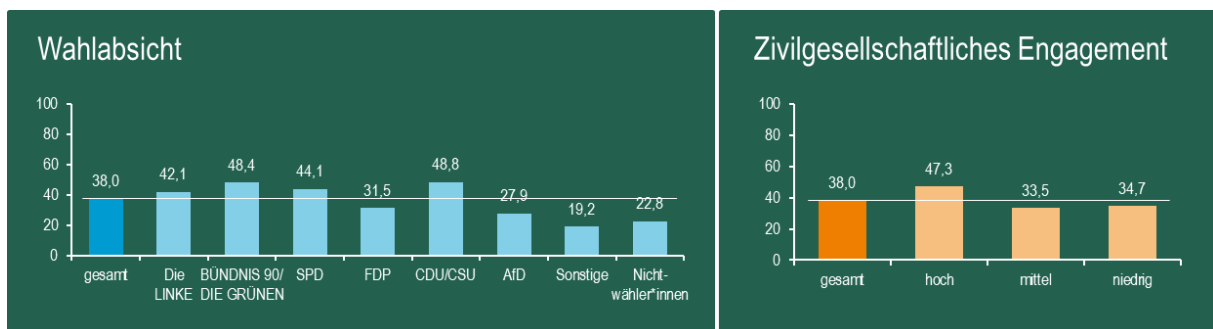
Auch bei der beobachteten Berichterstattung liegen Wähler:innen von CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor allen anderen (49, 44 und 48 Prozent „hin und wieder“ oder „häufig“). Am seltensten haben Nichtwähler:innen und solche sonstiger Parteien eine Berichterstattung beobachtet (23 und 19 Prozent). Personen mit einem hohen zivilgesellschaftlichen Engagement hören oder lesen etwas häufiger vom Endlager als andere (47 Prozent, vgl. Abbildung 6-10).

Abbildung 6-9 Gefühlte Informationsdichte in Bezug auf die Endlagerung nach demographischen Gruppen



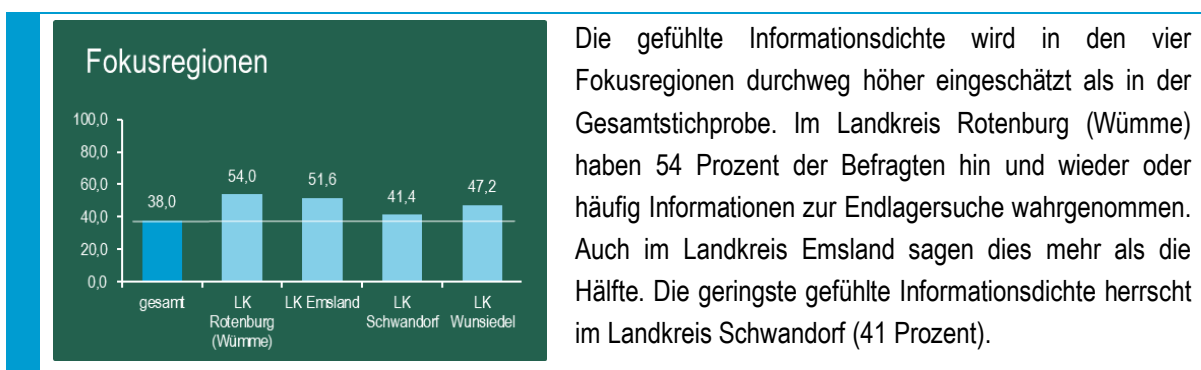
jeweils in Prozent aller Befragten | Summe der Antworten „hin und wieder“ und „häufig“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Abbildung 6-10 Gefühlte Informationsdichte in Bezug auf die Endlagerung nach politischen Einstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe der Antworten „hin und wieder“ und „häufig“ | Unterschiede sind signifikant

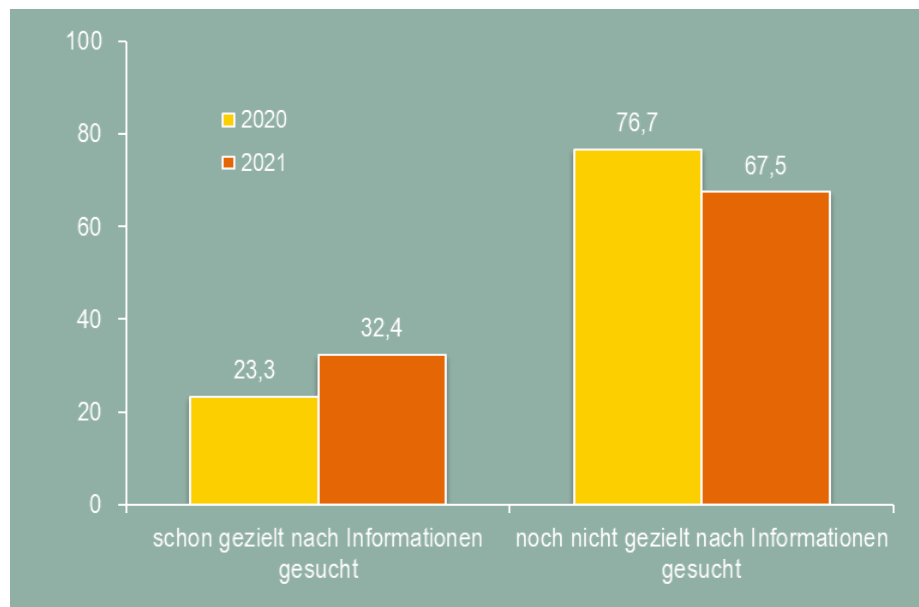
Abbildung 6-11 Gefühlte Informationsdichte in Bezug auf die Endlagerung in den Fokusregionen



6.2 Aktive Informationssuche

32 Prozent aller Befragten geben an, bereits einmal aktiv nach Informationen in Bezug auf die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle gesucht zu haben (vgl. Abbildung 6-12). Die Intensität und Tiefe der Suche kann nicht bewertet werden, insofern dürften dort auch Fälle erfasst sein, die sich eher oberflächlich mit dem Thema beschäftigt haben. In Übereinstimmung mit der gefühlten Informiertheit hat sich auch der Anteil derjenigen seit 2020 erhöht, der aktiv nach Informationen sucht (+ 9 Prozentpunkte).

Abbildung 6-12 Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager



jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000

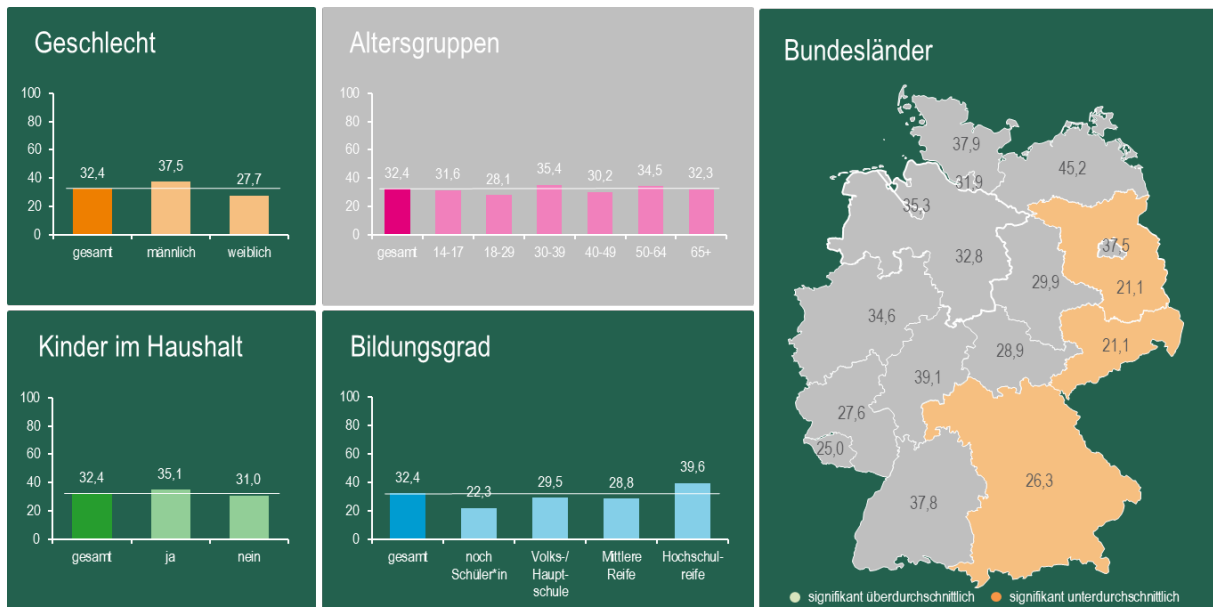
Fragestellung links: Einmal abgesehen von dem, was man in den Nachrichten darüber mitbekommt: Haben Sie sich schon einmal selbst aktiv über das Thema der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle informiert oder ist das bisher noch nicht vorgekommen?

Bei der Frage, ob überhaupt schon einmal aktiv nach Informationen über das Thema der Endlagerung radioaktiver Abfälle gesucht wurde, gibt es weiterhin deutliche Unterschiede zwischen den demographischen Gruppen. So geben dies 38 Prozent der Männer an, aber nur 28 Prozent der Frauen (vgl. Abbildung 6-13). Zwischen den Altersgruppen gibt es in der zweiten Welle keine signifikanten Unterschiede. Personen mit Kindern im Haushalt sind etwas häufiger auf der Suche nach Informationen als andere (35 Prozent). Nach Bildungsgrad betrachtet, nimmt die aktive Informationssuche mit steigendem Schulabschluss zu. Unter den Volks- und Hauptschulabsolvent:innen haben 30 Prozent schon einmal nach Informationen zur Endlagerung gesucht, bei den Personen mit (Fach-) Hochschulabschluss sind es 40 Prozent. In den Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Bayern werden deutlich seltener Informationen zur Endlagersuche gesucht als im Rest der Republik.

Signifikante Unterschiede bei der aktiven Informationssuche zeigen sich auch mit Blick auf die Wahlabsicht. So informieren sich Wähler:innen der LINKEN (48 Prozent) und der FDP (45 Prozent) besonders häufig (vgl. Abbildung 6-14). Ebenfalls überdurchschnittlich aktiv sind Wähler:innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (38 Prozent). Eher unter dem Durchschnitt liegen die der SPD (28 Prozent) und die Nichtwähler:innen (18 Prozent). Personen mit einem hohen zivilgesellschaftlichen Engagement haben mehr als doppelt so häufig gezielt nach Informationen zur Endlagerung gesucht wie solche mit niedrigem (47 vs. 20 Prozent).

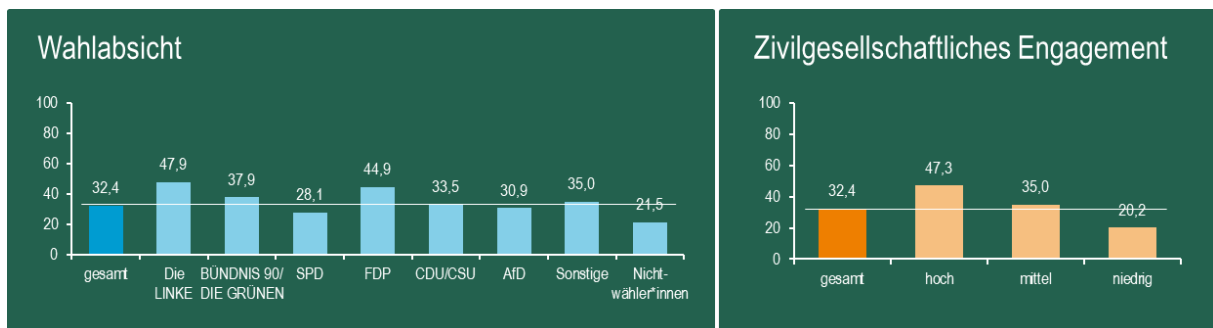
Signifikante Zusammenhänge bestehen auch zu Risikoeinstellungen der Befragten (vgl. Abbildung 6-15). Mit Blick auf den allgemeinen Risikotyp besteht vor allem ein Unterschied zwischen jenen, die eher risikoavers sind (24 Prozent gezielte Informationssuche) und dem Rest der Stichprobe. Interessant ist außerdem, dass sich Personen, die keine Risiken beim Betrieb eines Endlagers sehen, deutlich häufiger aktiv darüber informiert haben als solche mit Risikobedenken (43 Prozent). Erneut kann hier vermutet werden, dass die verfügbaren Informationen zur Endlagersuche das Potenzial haben, die Risikowahrnehmung positiv zu beeinflussen.

Abbildung 6-13 Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager nach demographischen Gruppen



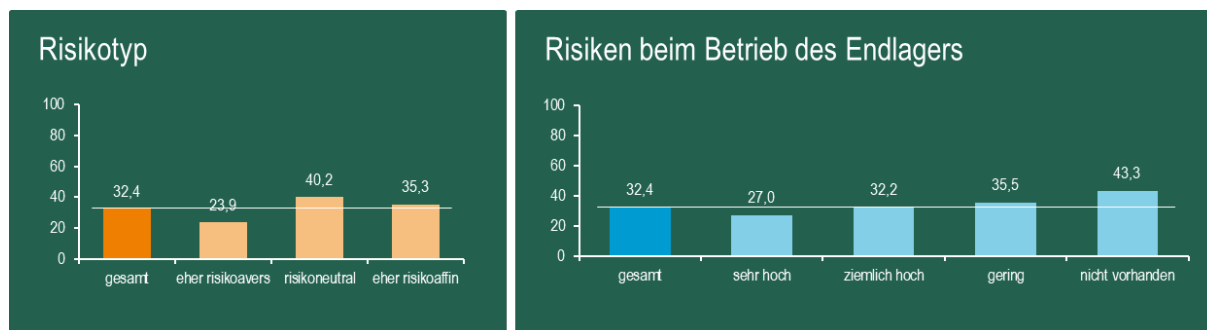
jeweils in Prozent aller Befragten | Antwort „ja, habe gezielt nach Informationen gesucht“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Abbildung 6-14 Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager nach politischen Einstellungen



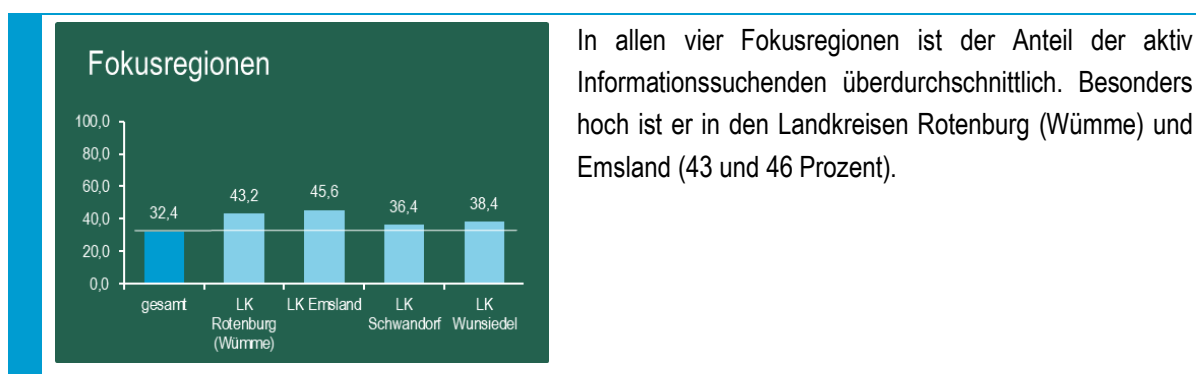
jeweils in Prozent aller Befragten | Antwort „ja, habe gezielt nach Informationen gesucht“ | Unterschiede sind signifikant

Abbildung 6-15 Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager nach Risikoeinstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten | Antwort „ja, habe gezielt nach Informationen gesucht“ | Unterschiede sind signifikant

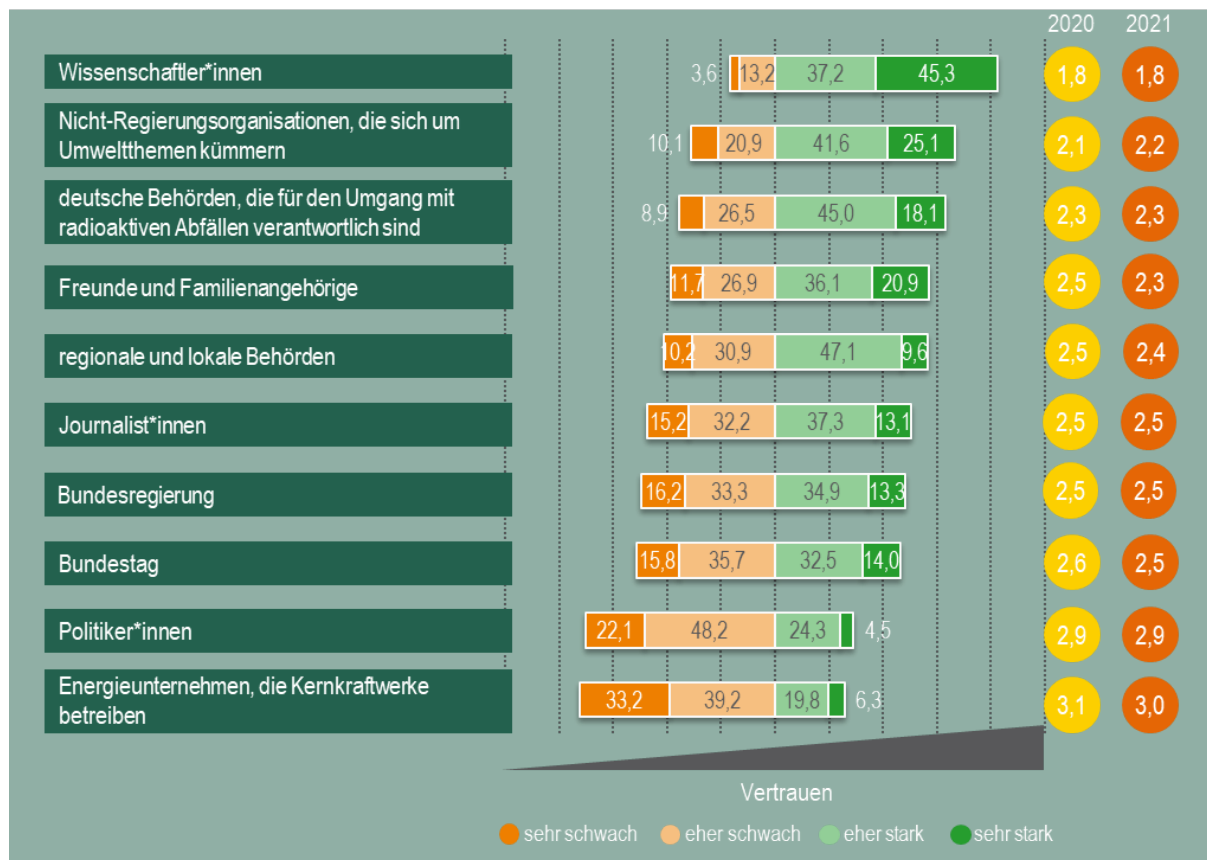
Abbildung 6-16 Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager in den Fokusregionen



6.3 Vertrauen in Informationsquellen

Informationsquellen sind umso wirkungsvoller, je mehr Vertrauen ihnen die Adressat:innen schenken. Je höher dies ist, desto weniger intensiv wird die Information gegengeprüft und desto wahrscheinlicher beeinflusst sie auch das Verhalten der Adressat:innen. Wegen ihrer zugeschriebenen Objektivität und Unabhängigkeit sind Wissenschaftler:innen regelmäßig sehr vertrauensvolle Informationsquellen und auch in der zweiten Befragungswelle die mit Abstand vertrauenswürdigsten Quellen aus Sicht der Befragten. 45 Prozent vertrauen ihnen in Bezug auf Informationen zur Endlagersuche sehr stark, 37 Prozent eher stark. Nur bei 17 Prozent ist das Vertrauen eher oder sehr schwach ausgeprägt (vgl. Abbildung 6-17). Die Informationsquelle, der die Befragten am zweitstärksten vertrauen, sind die mit Umweltthemen beschäftigten Nicht-Regierungsorganisationen, wie z. B. Greenpeace oder BUND (25 Prozent sehr und 42 Prozent eher starkes Vertrauen). An dritter Stelle folgen die mit dem Umgang mit radioaktiven Abfällen beschäftigten Behörden in Deutschland: Ihnen vertrauen 18 Prozent der Befragten sehr, 45 Prozent eher. An dieser Stelle sei gesagt, dass es sich bei BGE und NBG nicht um Behörden handelt, diese aber durch ihre Handlung im öffentlichen Auftrag möglicherweise von den Befragten darunter subsumiert werden. Auf den ersten drei Rängen gab es gegenüber 2020 kaum Veränderungen.

Abbildung 6-17 Vertrauen in verschiedene Informationsquellen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.000 | zu 100 fehlende Prozent sind „weiß nicht“ | Mittelwerte auf einer Skala von 1=sehr stark bis 4=sehr schwach

Fragestellung: Wie stark vertrauen Sie den folgenden Akteuren, wenn es um Informationen darüber geht, wie in Deutschland mit radioaktiven Abfällen umgegangen wird?

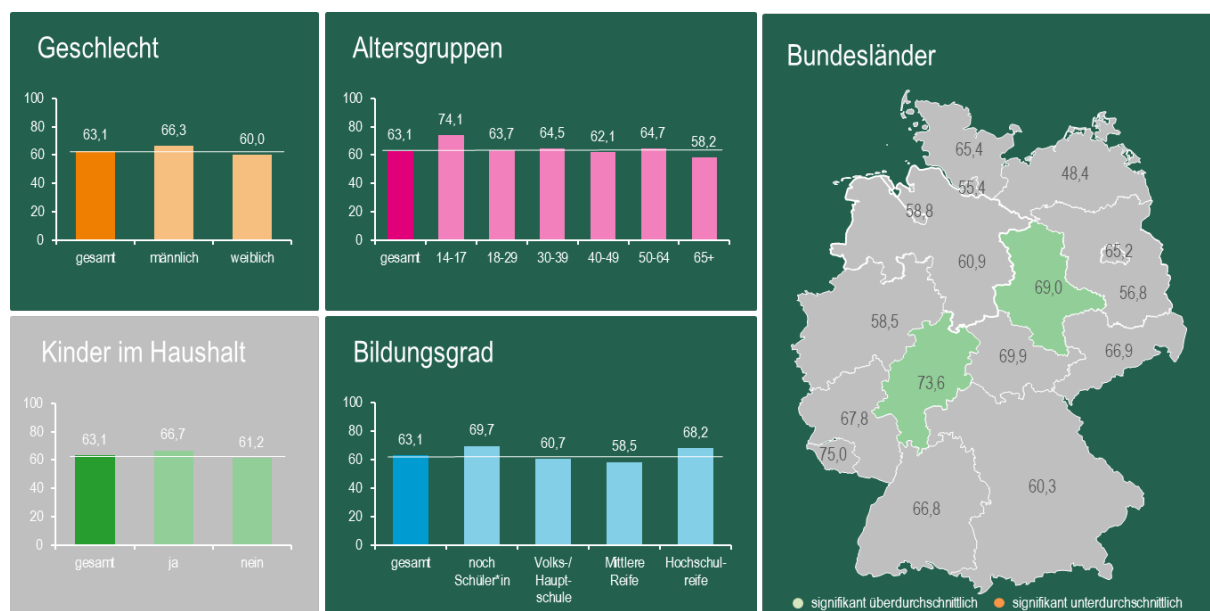
Anders sieht es auf Rang 4 aus. Dort stand 2020 noch die Bundesregierung, 2021 sind es Freunde und Familienangehörige. Ihnen vertrauen in Bezug auf Informationen zur Endlagersuche mittlerweile 57 Prozent der Befragten sehr oder eher stark, das sind 12 Prozentpunkte mehr als bei der ersten Befragung. Die Bundesregierung verliert hingegen an Vertrauen: War es 2020 noch bei 53 Prozent der Befragten sehr oder eher stark, sagen dies nun nur noch 48 Prozent. Vertrauen hinzugewonnen haben die regionalen und lokalen Behörden (57 Prozent, + 6 Prozentpunkte).

Weiterhin gibt es nur zwei abgefragte Institutionen, denen mehr Befragte miss- als vertrauen: Politiker:innen und Kernkraftwerkbetreiber. Interessant daran ist, dass die politischen Institutionen das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung genießen, ihre einzelnen Akteure (also die Politiker:innen) jedoch nicht. 70 Prozent der Befragten vertrauen Politiker:innen nur eher oder sehr schwach. Bei den Kernkraftwerkbetreibern sind es 72 Prozent.

Für die Arbeit von BGE, BASE und NBG ist vor allem das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der „deutschen Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind“ wichtig. Wie bereits im vorhergehenden Abschnitt ausgeführt, wird die These vertreten, dass BGE und NBG von einem Großteil der Befragten unter diesem Punkt subsumiert werden, weil sie gemeinsam mit dem BASE im öffentlichen Auftrag handeln. Dieser These folgend können die Antworten für diese Akteursgruppe auf alle drei Institutionen projiziert werden. Streng genommen fallen jedoch nur das BASE (und im weiteren Sinne das BMUV) in diese Akteursgruppe. 63 Prozent der Befragten vertrauen den „deutschen Behörden, die für den Umgang mit

radioaktiven Abfällen verantwortlich sind“ eher oder sehr stark. Dabei gibt es Unterschiede zwischen den demographischen Gruppen (vgl. Abbildung 6-18). So vertrauen Männer ihnen etwas stärker als Frauen (66 vs. 60 Prozent). Mit Blick auf das Alter ist das Vertrauen in der jüngsten Altersgruppe überdurchschnittlich hoch (74 Prozent), danach bleibt es lange relativ konstant. Ab dem 65. Lebensjahr vertrauen nur noch 58 Prozent den zuständigen Behörden sehr oder eher stark. Je höher der Schulabschluss der Befragten ist, desto stärker ist auch das Vertrauen in diese Behörden. Unter den Volks- und Hauptschulabsolvent:innen vertrauen ihnen 61 Prozent sehr oder eher stark, bei Personen mit (Fach-)Hochschulabschluss sind es 68 Prozent.

Abbildung 6-18 Vertrauen in Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind nach demographischen Gruppen

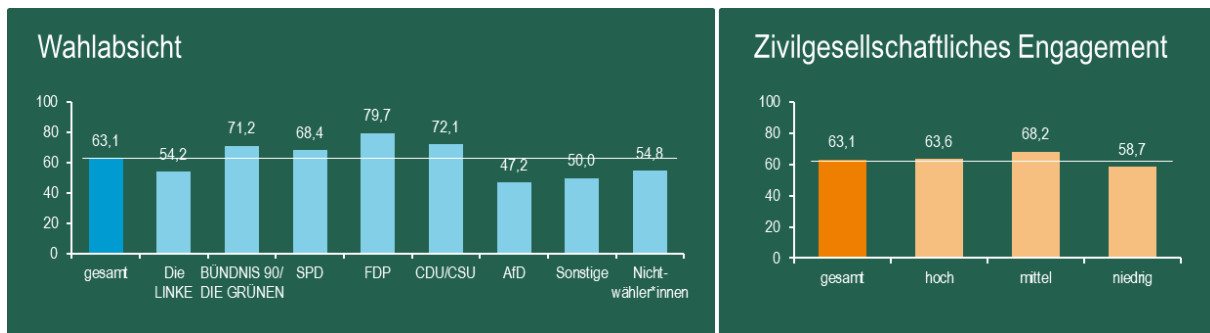


jeweils in Prozent aller Befragten | Summe aus „sehr starkes Vertrauen“ und „eher starkes Vertrauen“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Mit Blick auf die Wahlabsicht zeigt sich, dass Wähler:innen von CDU/CSU und FDP erneut ein deutlich höheres Vertrauen in die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlichen Behörden haben als andere (72 und 80 Prozent sehr oder eher starkes Vertrauen). Aber auch bei den Wähler:innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD ist es überdurchschnittlich hoch (71 und 68 Prozent). Besonders skeptisch zeigen sich demgegenüber die Wähler:innen der AfD (47 Prozent) und sonstiger Parteien (50 Prozent). Auch Personen mit einem niedrigen zivilgesellschaftlichen Engagement vertrauen den verantwortlichen Behörden nur unterdurchschnittlich (59 Prozent, vgl. Abbildung 6-19).

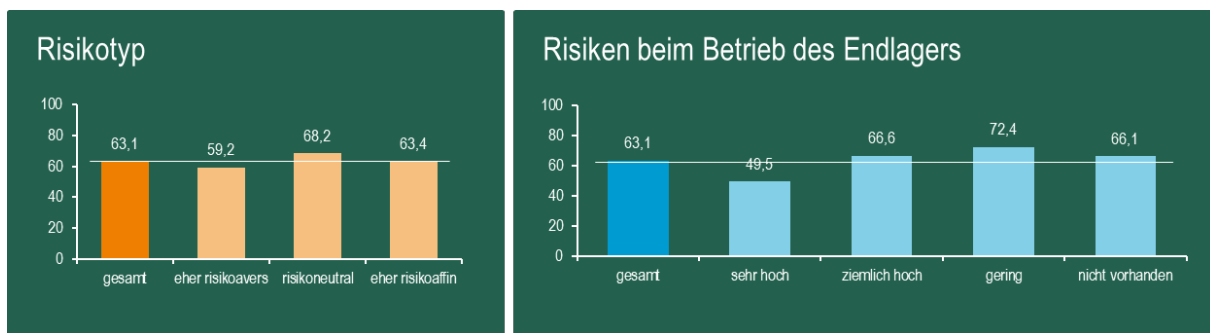
Personen, die beim Betrieb des Endlagers sehr hohe Risiken sehen, vertrauen den Behörden weniger als andere (vgl. Abbildung 6-20). Nur 50 Prozent haben hier sehr oder eher starkes Vertrauen. Bei denen, die nur geringe oder gar keine Risiken sehen, ist es entsprechend höher (72 und 66 Prozent).

Abbildung 6-19 Vertrauen in Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind nach politischen Einstellungen



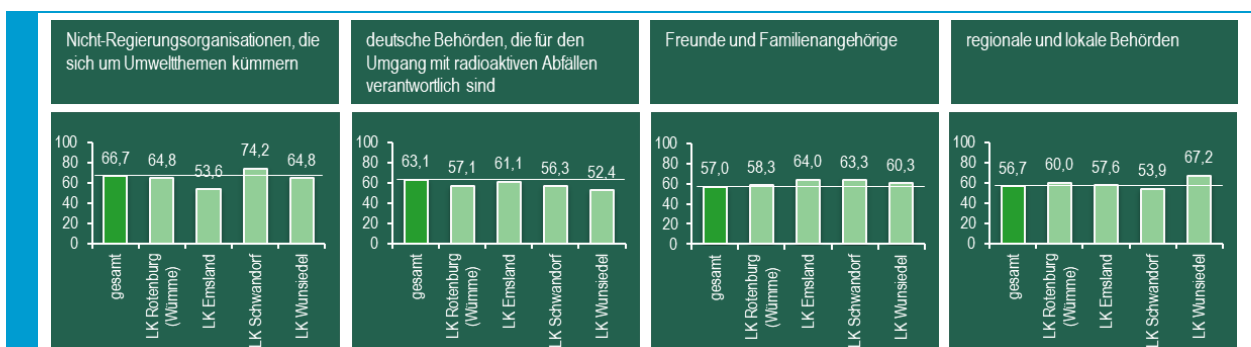
jeweils in Prozent aller Befragten | Summe aus „sehr starkes Vertrauen“ und „eher starkes Vertrauen“ | Unterschiede sind signifikant

Abbildung 6-20 Vertrauen in Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind nach Risikoeinstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe aus „sehr starkes Vertrauen“ und „eher starkes Vertrauen“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

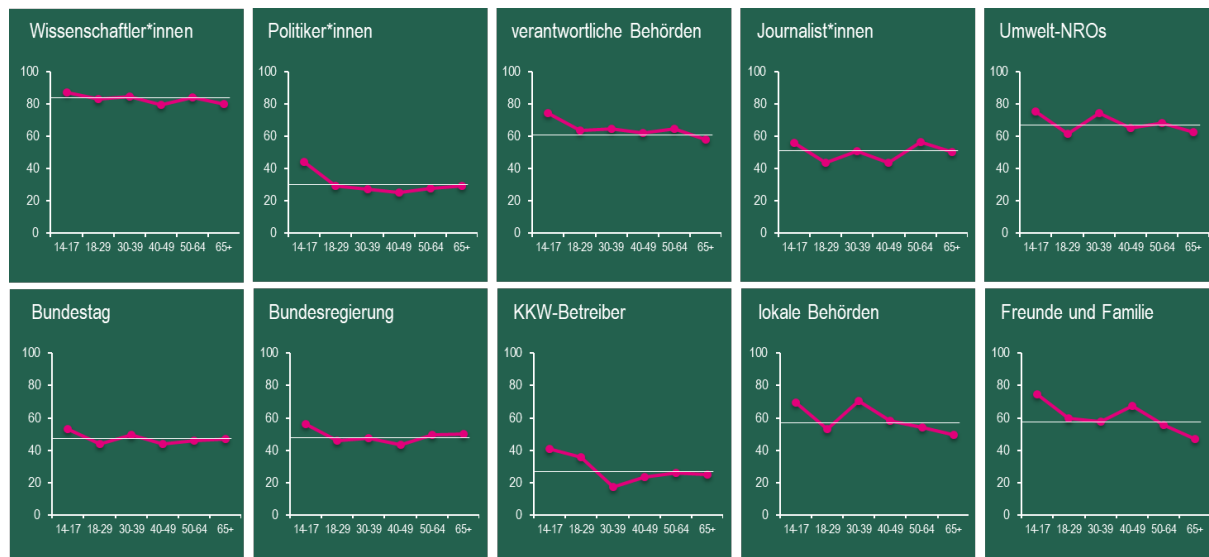
Abbildung 6-21 Vertrauen in ausgewählte Informationsquellen in den Fokusregionen



In den Fokusregionen weicht die Vertrauensstruktur nur in einzelnen Fällen von der Gesamtbevölkerung ab. So ist das Vertrauen in die zuständigen Behörden leicht unterdurchschnittlich, am geringsten im LK Wunsiedel (52 Prozent sehr oder eher stark). Fast flächendeckend (im Landkreis Rotenburg (Wümme) allerdings nur knapp) vertrauen die Einwohner:innen der vier Landkreise ihren Freund:innen und Familienangehörigen etwas stärker als der Durchschnitt. Im Landkreis Schwandorf besitzen Umwelt-NROs mit 74 Prozent sehr oder eher stark ein überdurchschnittliches Vertrauen, im Landkreis Emsland hingegen vertraut man ihnen deutlich seltener (54 Prozent). Regionale Behörden genießen im Landkreis Wunsiedel stärkeres Vertrauen als woanders (67 Prozent).

Um das Vertrauen in die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlichen Behörden im Kontext beurteilen zu können, ist auch die Vertrauensverteilung für die anderen abgefragten Informationsquellen interessant. Wie auch in der ersten Welle stellen wir diese Verteilung sowohl für die Altersgruppen als auch für das Risikoempfinden beim Betrieb eines Endlagers dar. In den Abbildungen 6-22 und 6-23 sind dazu die Summen der Anteile „sehr starkes Vertrauen“ und „eher starkes Vertrauen“ für alle abgefragten Informationsquellen nach Altersgruppen dargestellt. Da es eher um Muster in der Verteilung geht, haben wir die konkreten Prozentzahlen nicht ausgewiesen.

Abbildung 6-22 Vertrauen in verschiedene Informationsquellen nach Altersgruppen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe aus „sehr starkes Vertrauen“ und „eher starkes Vertrauen“ | Die weiße Linie bezeichnet jeweils den Mittelwert in der Gesamtstichprobe.

Es zeigen sich prinzipiell ähnliche Muster wie in der ersten Befragung 2020. Über mehrere der abgefragten Quellen hinweg sinkt das Vertrauen tendenziell mit dem Alter. Besonders stark ist dieser Effekt bei den lokalen und regionalen Behörden und bei Freunden und Familie. Aber auch bei den für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlichen Behörden ist dieser Trend erkennbar. Die Altersgruppe, die allen Quellen das größte Vertrauen entgegen bringt, sind die 14-17-Jährigen.

Mit Blick auf die Einschätzung des Risikos beim Betrieb eines Endlagers zeigt sich: Je geringer dies eingeschätzt wird, desto höher ist das Vertrauen in offizielle Quellen, wie Wissenschaftler:innen, politische Institutionen, verantwortliche Behörden und Betreiber von Kernkraftwerken. Je höher die Risikowahrnehmung ist, desto eher vertrauen die Befragten Umwelt-NROs sowie Freunden und Familie. Möchte man also Informationen streuen, die die Risikowahrnehmung in Bezug auf ein Endlager senken sollen, dann sind vor allem die Umwelt-NROs ein wichtiger Partner und Multiplikator.

Abbildung 6-23 Vertrauen in verschiedene Informationsquellen nach Einschätzung des Risikos beim Betrieb eines Endlagers



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe aus „sehr starkes Vertrauen“ und „eher starkes Vertrauen“

6.4 Konkrete Kenntnis von Zwischenbericht und Fachkonferenz Teilgebiete

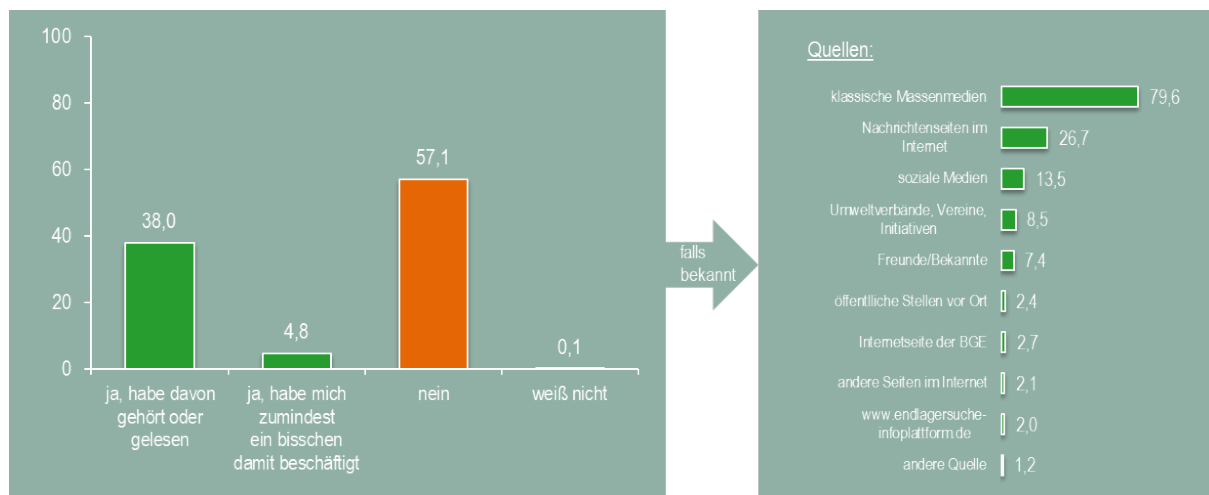
Der „Zwischenbericht Teilgebiete“ ist das sichtbarste Ergebnis der aktuellen Phase der Endlagersuche und hat im Herbst 2020 zu einiger Öffentlichkeit geführt. Von den Befragten sagen 38 Prozent, dass sie von diesem Zwischenbericht gehört oder gelesen haben. Fünf Prozent geben sogar an, sich damit beschäftigt zu haben. Die größte Bekanntheit erzielte der Zwischenbericht wenig überraschend über die klassischen Massenmedien (80 Prozent derjenigen, die ihn kennen), außerdem über Nachrichtenseiten im Internet (27 Prozent) und soziale Medien (14 Prozent, vgl. Abbildung 6-24). Relevante Multiplikator:innen waren nach Angaben der Befragten außerdem Umweltverbände, Vereine und Initiativen (9 Prozent) sowie Freunde und Bekannte (7 Prozent).

Etwas mehr Männer als Frauen geben an, den Zwischenbericht Teilgebiete zumindest vom Hörensagen zu kennen (45 zu 41 Prozent). Die Bekanntheit steigt außerdem mit dem Alter. In der Gruppe der 14-17-Jährigen sagen dies nur 33 Prozent, ab dem 50. Lebensjahr 47 Prozent. Deutlich häufiger als andere geben Personen mit Hochschulreife an, vom Zwischenbericht Teilgebiete gehört oder gelesen oder sich gar mit ihm beschäftigt zu haben (52 Prozent, vgl. Abbildung 6-25).

Wähler:innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wissen nach eigenen Angaben am häufigsten vom Zwischenbericht Teilgebiete (55 Prozent), ähnlich hoch ist der Anteil bei den LINKEN-Wähler:innen (52 Prozent). Weniger gut informiert sind Wähler:innen der AfD (33 Prozent) und Nichtwähler:innen (24 Prozent, vgl. Abbildung 6-26). Je höher das zivilgesellschaftliche Engagement ist, desto informierter sind die Bürger:innen über den Zwischenbericht Teilgebiete. Bei hohem Engagement ist der Anteil von Kenner:innen des Zwischenberichts mit 60 Prozent doppelt so hoch wie bei niedrigem.

Kleinere Zusammenhänge gibt es auch zwischen der Bekanntheit des Zwischenberichts Teilgebiete und der Risikoeinstellung. Allgemein risikoaverse Personen oder solche, die konkret beim Betrieb des Endlagers sehr hohe Risiken vermuten, kennen den Bericht nur unterdurchschnittlich oft (36 bzw. 34 Prozent, vgl. Abbildung 6-27).

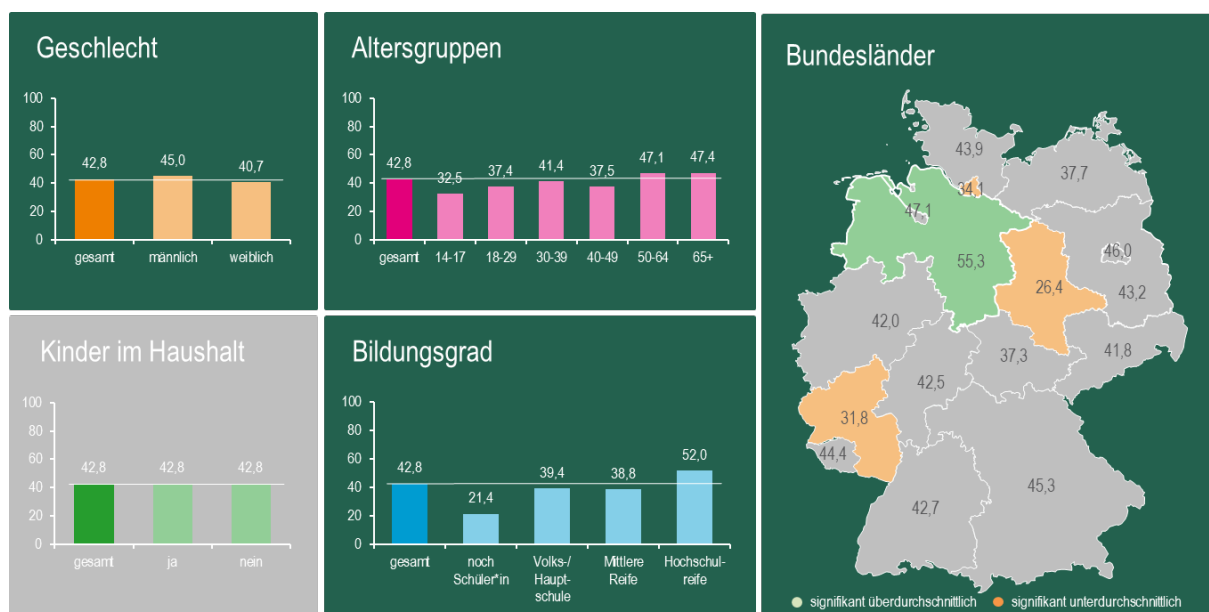
Abbildung 6-24 Kenntnis des Zwischenberichts Teilgebiete



links in Prozent aller Befragten | N=3.000 | zu 100 fehlende Prozent sind „weiß nicht“ | rechts in Prozent aller Befragten, die zumindest vom Zwischenbericht Teilgebiete gehört oder gelesen haben | N=1.284 | Mehrfachnennungen möglich
 Fragestellung: Im September 2020 hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung den so genannten „Zwischenbericht Teilgebiete“ veröffentlicht. In diesem wurde eine erste Eingrenzung der Gebiete in Deutschland präsentiert, die für ein Endlager nach aktuellem Wissensstand prinzipiell in Frage kommen. Haben Sie von diesem „Zwischenbericht Teilgebiete“ gehört?

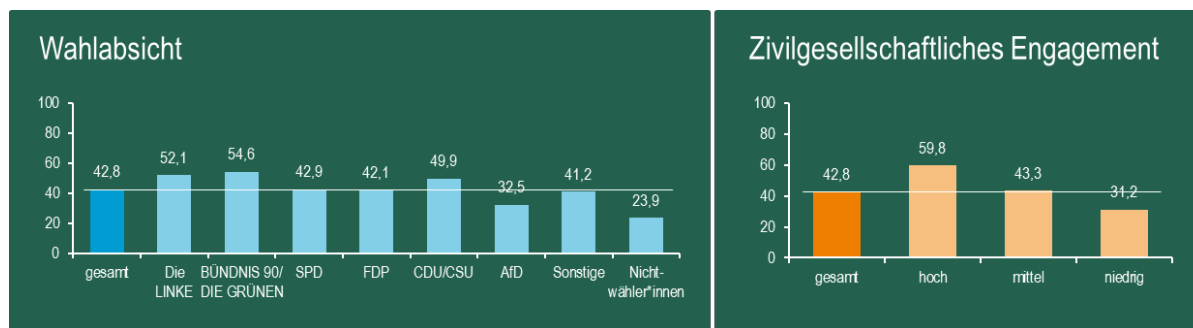
Falls ja: Woher haben Sie vom „Zwischenbericht Teilgebiete“ gehört oder gelesen?

Abbildung 6-25 Kenntnis des Zwischenberichts Teilgebiete nach demographischen Gruppen



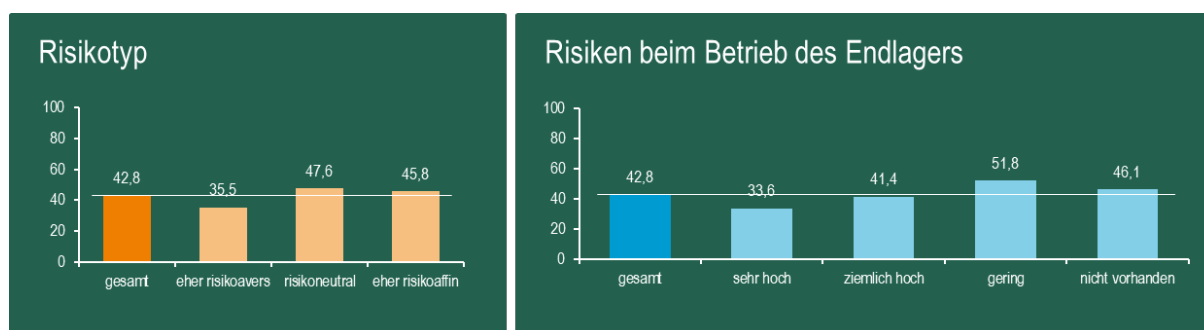
jeweils in Prozent aller Befragten | Summe aus „ja, habe davon gehört oder gelesen“ und „ja, habe mich zumindest ein bisschen damit beschäftigt“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Abbildung 6-26 Kenntnis des Zwischenberichts Teilgebiete nach politischen Einstellungen



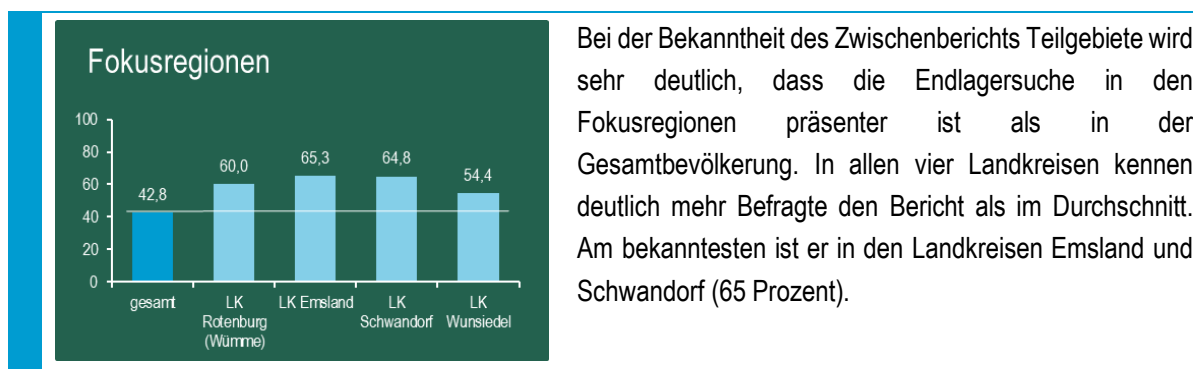
jeweils in Prozent aller Befragten | Summe aus „ja, habe davon gehört oder gelesen“ und „ja, habe mich zumindest ein bisschen damit beschäftigt“ | Unterschiede sind signifikant

Abbildung 6-27 Kenntnis des Zwischenberichts Teilgebiete nach Risikoeinstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe aus „ja, habe davon gehört oder gelesen“ und „ja, habe mich zumindest ein bisschen damit beschäftigt“ | Unterschiede sind signifikant

Abbildung 6-28 Kenntnis des Zwischenberichts Teilgebiete in den Fokusregionen

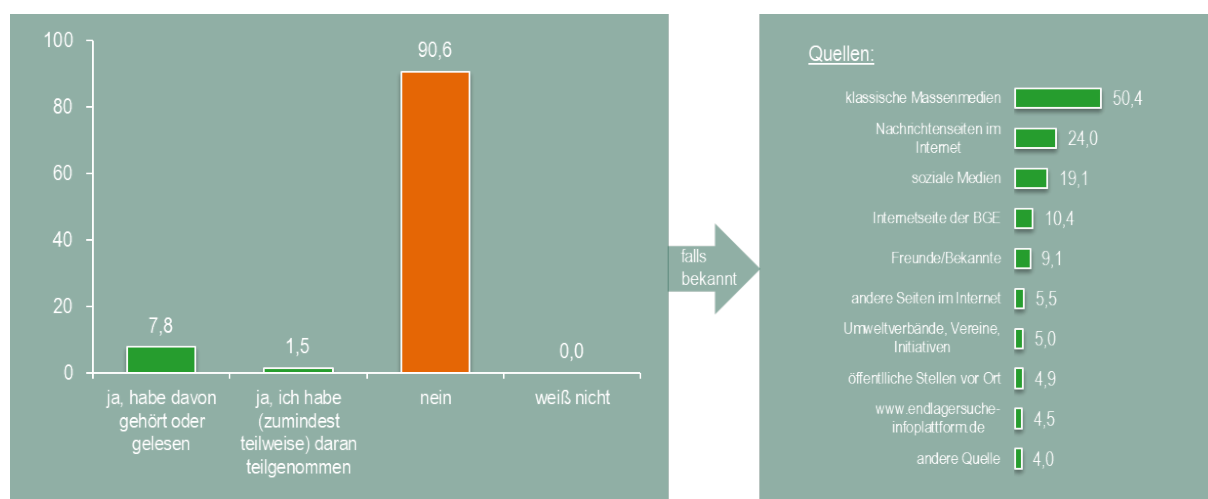


Nach der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete fand zu verschiedenen Zeitpunkten und überwiegend virtuell die Fachkonferenz Teilgebiete statt, auf der die Inhalte des Berichts und die Arbeitsweise der BGE lebhaft diskutiert wurden. In der interessierten Fachöffentlichkeit wurde diese Konferenz rege genutzt. Aber sorgte sie auch für eine Beteiligung der allgemeinen Bevölkerung? Wie Abbildung 6-29 zeigt, war dies nur in geringen Teilen der Fall. Acht Prozent der Befragten haben von dieser Fachkonferenz gehört oder gelesen, weitere zwei Prozent geben an, an ihr teilgenommen zu haben. An dieser Stelle wird der Trend zum Overreporting auf solche Fragen besonders deutlich. Demnach müsste die Fachkonferenz Teilgebiete mehr als 1 Mio. Teilnehmer:innen

deutschlandweit gehabt haben, der reale Wert lag sicher deutlich darunter. Die Fragen zur Bekanntheit der diversen Formate sind also mit Vorsicht zu interpretieren. Man kann immer davon ausgehen, dass der wahre Wert in der Bevölkerung unter dem liegt, den die Befragung ermittelt hat.

Die Quellen der Bekanntheit der Fachkonferenz Teilgebiete sind ähnliche wie beim Zwischenbericht. Am häufigsten werden klassische Massenmedien genannt (50 Prozent), mit großem Abstand folgen Nachrichtenseiten im Internet (24 Prozent) und soziale Medien (19 Prozent). Anders als beim Zwischenbericht steht an vierter Stelle jedoch die Internetseite der BGE (10 Prozent). Umweltverbände, Vereine und Initiativen werden hier sehr viel weniger als beim Zwischenbericht als Multiplikator:innen benannt (5 Prozent).

Abbildung 6-29 Kenntnis der Fachkonferenz Teilgebiete



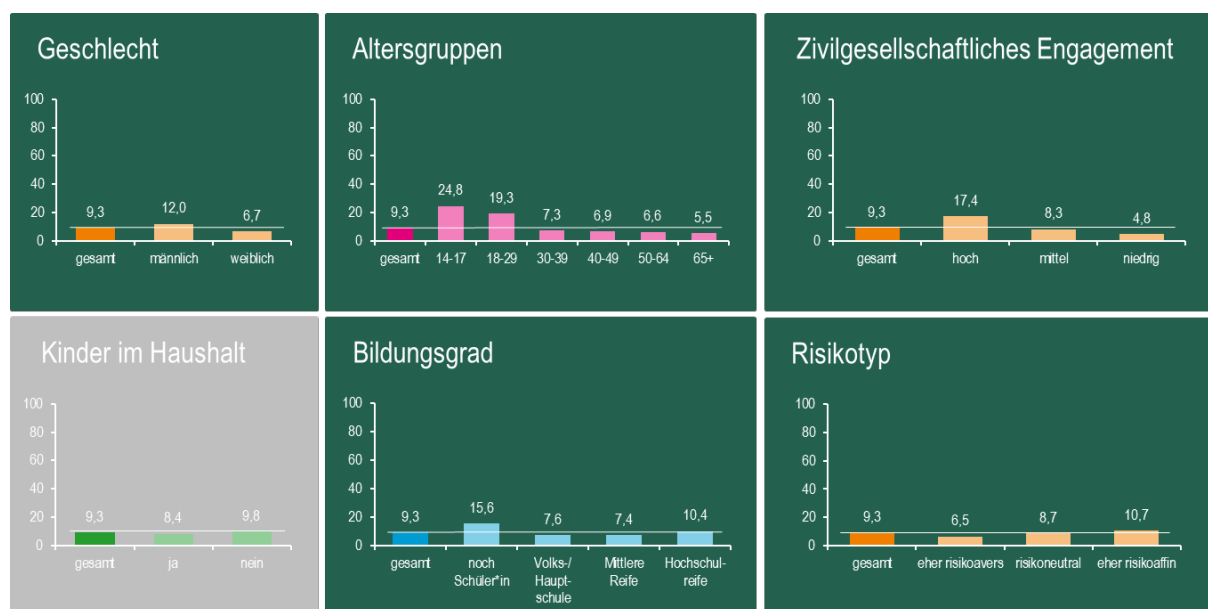
links in Prozent aller Befragten | N=3.000 | zu 100 fehlende Prozent sind „weiß nicht“ | rechts in Prozent aller Befragten, die zumindest vom Zwischenbericht Teilgebiete gehört oder gelesen haben | N=279 | Mehrfachnennungen möglich

Fragestellung Nach der Veröffentlichung des „Zwischenberichts Teilgebiete“ fand die so genannte „Fachkonferenz Teilgebiete“ statt. Dort wurde in drei Online-Terminen über ein halbes Jahr hinweg der Zwischenbericht mit der interessierten Öffentlichkeit diskutiert. Haben Sie von dieser „Fachkonferenz Teilgebiete“ gehört oder gelesen?

Falls ja: Woher haben Sie von der „Fachkonferenz Teilgebiete“ gehört oder gelesen?

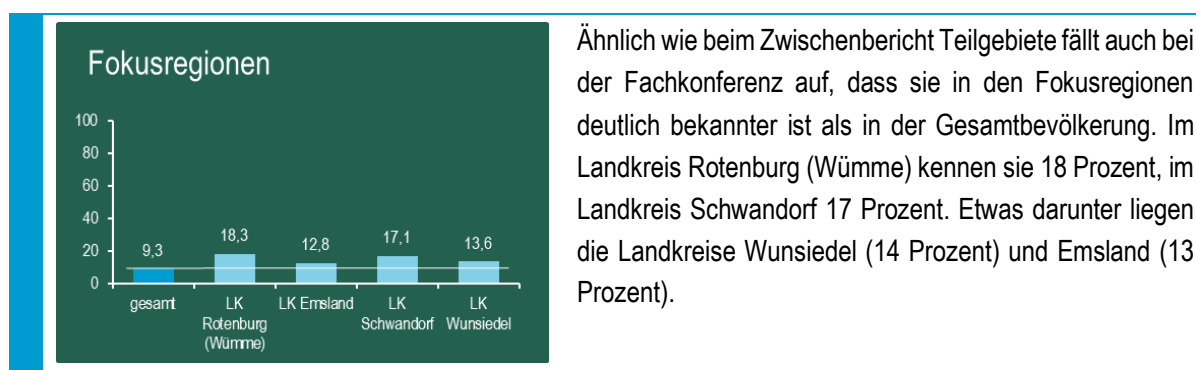
Erneut geben Männer (diesmal deutlich) häufiger als Frauen an, die Fachkonferenz Teilgebiete zumindest zu kennen (12 zu 7 Prozent). Außerdem sind es diesmal sehr deutlich die jüngeren Altersgruppen bis 30 Jahren, die von der Fachkonferenz gehört oder sogar an ihr teilgenommen haben (14-17 Jahre: 25 Prozent, 18-29 Jahre: 19 Prozent). Dies ist jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit ein methodisches Artefakt. Der Vergleich von online und telefonisch erhobenen Daten in diesen Altersgruppen zeigt, dass am Telefon knapp zehn Prozent und damit durchschnittlich viele Jugendliche die Fachkonferenz Teilgebiete kennen oder besucht haben. In der Online-Stichprobe sind es 31 Prozent. Der Wert wurde also online extrem overreportet. Wir gehen deshalb tatsächlich von keinen Altersunterschieden aus. Reale Unterschiede bestehen hingegen beim zivilgesellschaftlichen Engagement. Während fünf Prozent der gering engagierten von der Fachkonferenz Teilgebiete zumindest gehört oder gelesen haben, beträgt dieser Anteil bei den hoch engagierten Personen 17 Prozent (vgl. Abbildung 6-30).

Abbildung 6-30 Kenntnis des Zwischenberichts Teilgebiete nach demographischen Gruppen, zivilgesellschaftlichem Engagement und Risikotyp



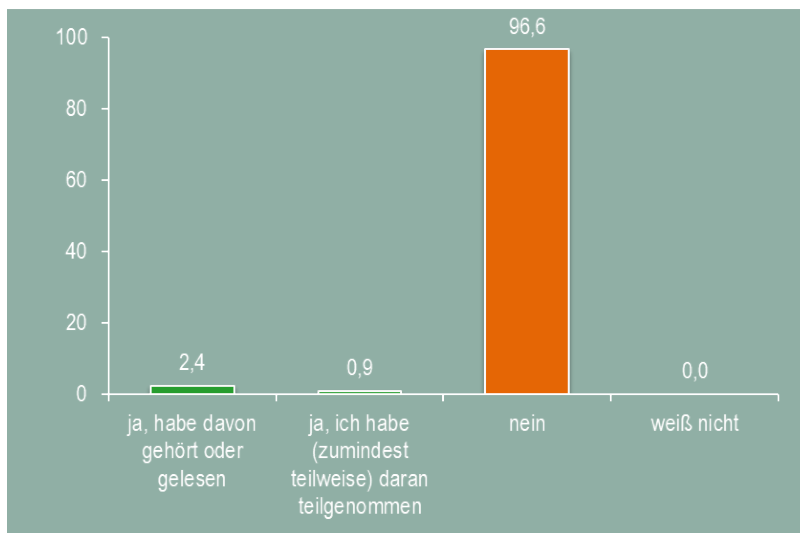
jeweils in Prozent aller Befragten | Summe aus „ja, habe davon gehört oder gelesen“ und „ja, habe zumindest teilweise daran teilgenommen“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Abbildung 6-31 Kenntnis der Fachkonferenz Teilgebiete in den Fokusregionen



Neben der Fachkonferenz gab und gibt es eine Vielzahl weiterer Veranstaltungen rund um die Endlagersuche in verschiedenen Regionen des Landes. Diese sind entweder von verantwortlichen Akteuren initiiert oder von regionalen NROs, Behörden oder Interessengruppen. Laut Befragung haben rund zwei Prozent der Bürger:innen von solchen Veranstaltungen gehört oder gelesen, rund ein Prozent daran teilgenommen (vgl. Abbildung 6-32). Auch hier gehen wir von einem spürbaren Overreporting aus. Damit kann gesagt werden, dass solche Veranstaltungen in der Gesamtbevölkerung bisher noch keinen relevanten Öffentlichkeitseffekt erzielen. Für die Information und Beteiligung der Bevölkerung vor Ort sind sie jedoch unerlässlich.

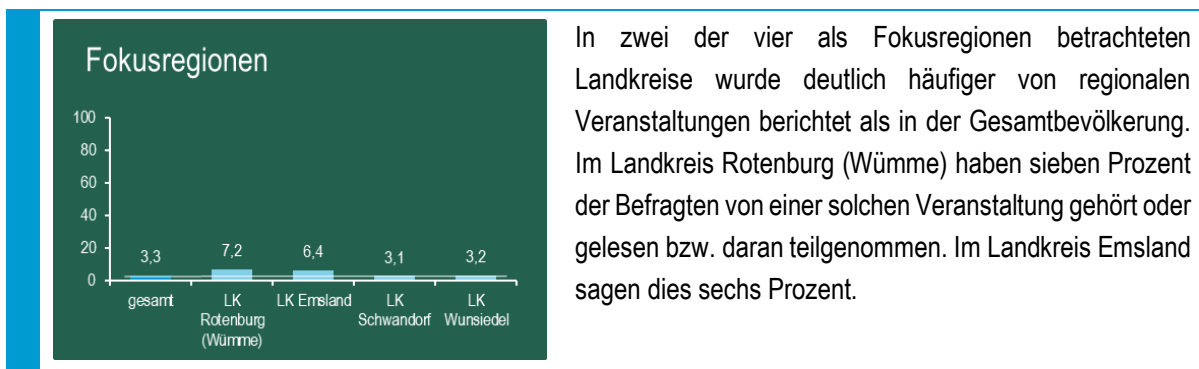
Abbildung 6-32 Wahrnehmung regionaler Veranstaltungen zur Endlagersuche



in Prozent aller Befragten | N=3.000

Fragestellung Haben Sie in letzter Zeit irgendwelche Veranstaltungen zum Thema Endlagersuche wahrgenommen – sei es virtuell oder vor Ort?

Abbildung 6-33 Wahrnehmung regionaler Veranstaltungen zur Endlagersuche in den Fokusregionen



In zwei der vier als Fokusregionen betrachteten Landkreise wurde deutlich häufiger von regionalen Veranstaltungen berichtet als in der Gesamtbevölkerung. Im Landkreis Rotenburg (Wümme) haben sieben Prozent der Befragten von einer solchen Veranstaltung gehört oder gelesen bzw. daran teilgenommen. Im Landkreis Emsland sagen dies sechs Prozent.

7 Akzeptanz und Teilhabe

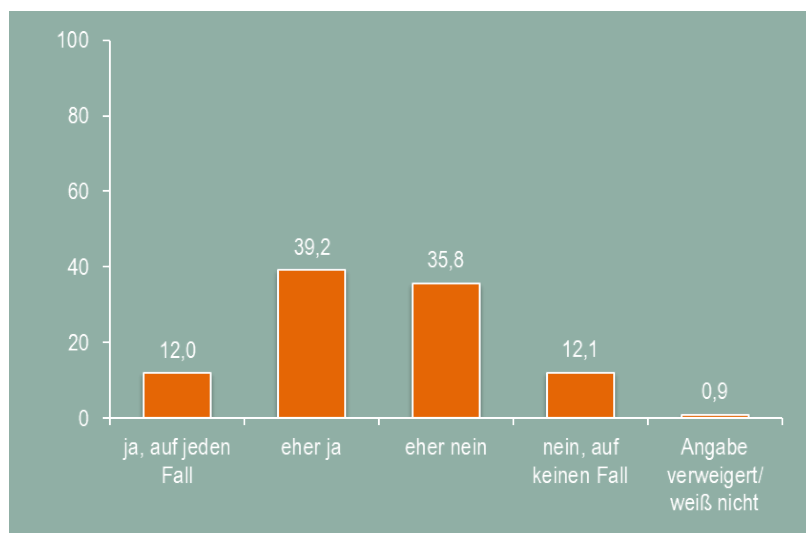
Eine gelingende Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle sollte großen Wert auf die Akzeptanz von Prozessen und Entscheidungen in der Bevölkerung setzen. Laut Standortauswahlgesetz ist außerdem die Teilhabe der Bevölkerung gesetzlich festgelegt. In diesem Abschnitt wollen wir deshalb wissen:

1. Fühlen die Menschen ihre Interessen bereits im Prozess vertreten und falls ja, durch wen?
2. Akzeptieren sie einzelne Schritte der Standortsuche in ihrer Region?
3. Was könnte die Akzeptanz des Prozesses steigern?
4. Wollen sich die Bürger:innen am Standortsuchprozess beteiligen und falls ja, in welcher Form?

7.1 Vertretungsgefühl durch bestehende Institutionen

Am Prozess der Standortsuche sind verschiedene Institutionen unmittelbar und mittelbar beteiligt. Um etwas Licht darauf zu werfen, wie gut sich die Bürger:innen durch die bestehenden Institutionen vertreten fühlen, haben wir die folgenden Fragen in der zweiten Welle neu in den Fragenkatalog aufgenommen. Wie in Abbildung 7-1 zu erkennen ist, fühlt nur eine Minderheit von 12 Prozent auf jeden Fall ihre Interessen im Standortsuchprozess berücksichtigt. Weitere 39 Prozent tun dies eher, 36 Prozent eher nicht. Noch einmal 12 Prozent verneinen dies vollständig. Die eine Hälfte der Bevölkerung fühlt sich also zumindest teilweise repräsentiert, die andere eher nicht.

Abbildung 7-1 Berücksichtigung eigener Interessen im Prozess der Standortsuche



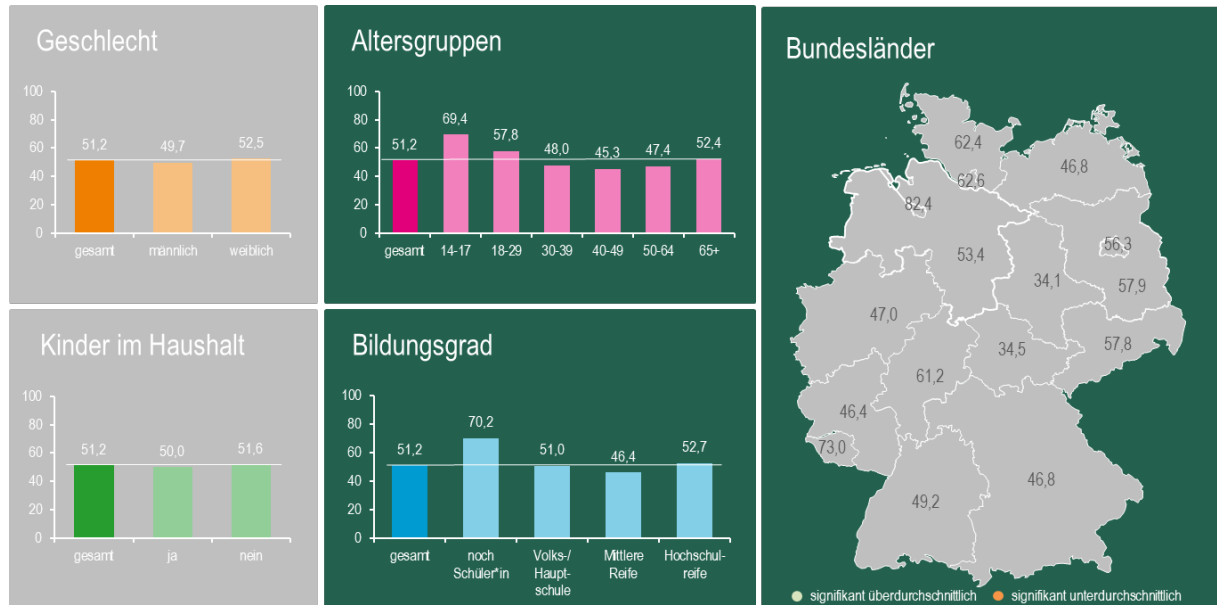
jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.000

Fragestellung: Fühlen Sie sich und Ihre Interessen denn im momentanen Prozess der Standortsuche für ein Endlager ausreichend berücksichtigt?

Das Gefühl, die eigenen Interessen werden im Prozess der Standortsuche bereits berücksichtigt, haben überdurchschnittlich häufig jüngere Menschen. Unter den 14-17-Jährigen sagen 69 Prozent, dies sei auf jeden Fall oder eher so, bei den 18-29-Jährigen sind es 59 Prozent. Am geringsten ist dieses Vertretungsgefühl in den Altersgruppen zwischen 30 und 64 Jahren (45 bis 48 Prozent). Hinsichtlich des Bildungsgrades existieren vor

alle Unterschiede zwischen den sich überdurchschnittlich gut repräsentiert fühlenden Schüler:innen (70 Prozent) und dem Rest der Stichprobe.

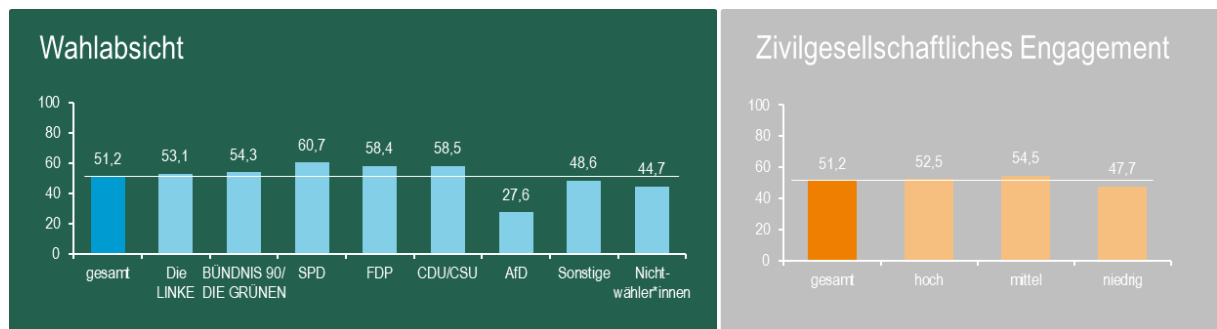
Abbildung 7-2 Berücksichtigung eigener Interessen im Prozess der Standortsuche nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe aus „ja, auf jeden Fall“ und „eher ja“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Das Gefühl, dass die eigenen Interessen bereits im Suchprozess berücksichtigt werden, haben überdurchschnittlich häufig Wähler:innen von SPD (61 Prozent), CDU/CSU (59 Prozent) und FDP (58 Prozent). Mit Abstand am wenigsten repräsentiert fühlen sich die Wähler:innen der AfD (28 Prozent, vgl. Abbildung 7-3).

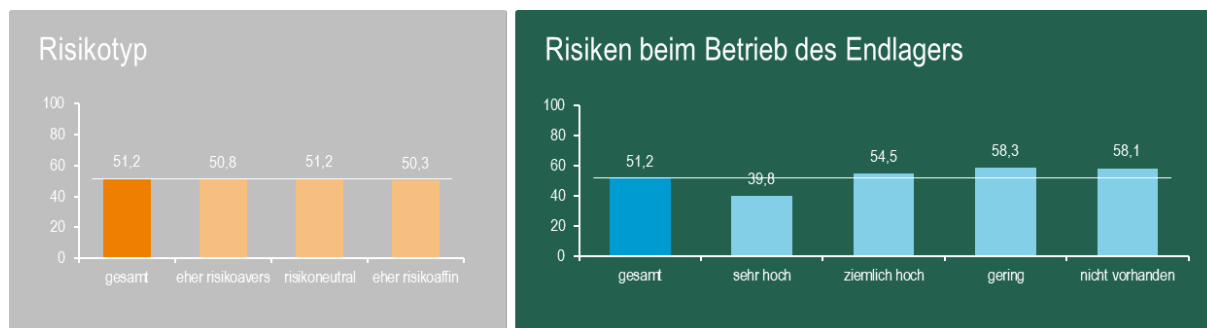
Abbildung 7-3 Berücksichtigung eigener Interessen im Prozess der Standortsuche nach politischen Einstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe aus „ja, auf jeden Fall“ und „eher ja“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

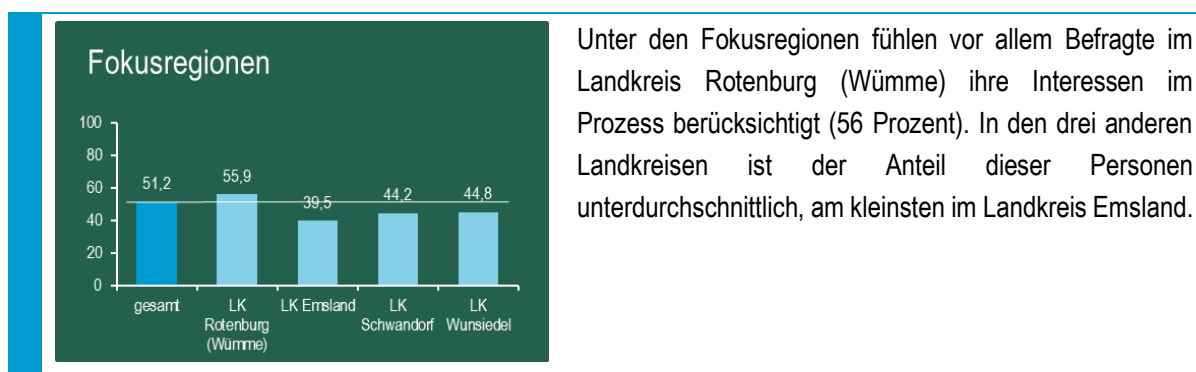
Das Vertretungsgefühl ist besser, je weniger Risiken man beim Betrieb eines Endlagers sieht. Werden die Risiken als sehr hoch eingeschätzt, fühlen 40 Prozent ihre Interessen „auf jeden Fall“ oder „eher“ berücksichtigt. Sind sie gering, dann steigt dieser Anteil auf 58 Prozent (vgl. Abbildung 7-4).

Abbildung 7-4 Berücksichtigung eigener Interessen im Prozess der Standortsuche nach Risikoeinstellungen



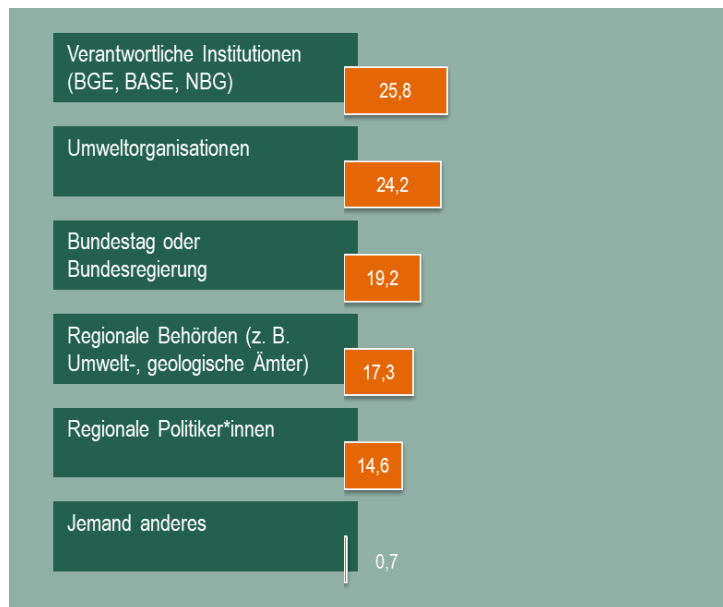
jeweils in Prozent aller Befragten | Summe aus „ja, auf jeden Fall“ und „eher ja“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Abbildung 7-5 Berücksichtigung eigener Interessen im Prozess der Standortsuche in den Fokusregionen



Personen, die ihre Interessen im Prozess der Standortsuche zumindest teilweise vertreten sehen, haben wir gefragt, durch wen. In Abbildung 7-6 sind die Antworten auf diese Frage auf alle Befragten prozentuiert, um zu verdeutlichen, die Interessen welches Anteils der Gesamtbevölkerung die Institutionen aus Befragtensicht repräsentieren. Die verantwortlichen Institutionen (BGE, BASE und NBG) werden dabei von den meisten Befragten genannt und vermitteln 26 Prozent der Bürger:innen das Gefühl, ihre Interessen zu vertreten. Knapp dahinter liegen die Umweltorganisationen (24 Prozent). Bundestag oder Bundesregierung werden von 19 Prozent genannt, regionale Behörden von 17 Prozent und einzelne Politiker:innen von 15 Prozent. Damit sind die verantwortlichen Institutionen und die den Prozess begleitenden zivilgesellschaftlichen Organisationen die aus Sicht der Befragten wichtigsten Interessenvertretungen.

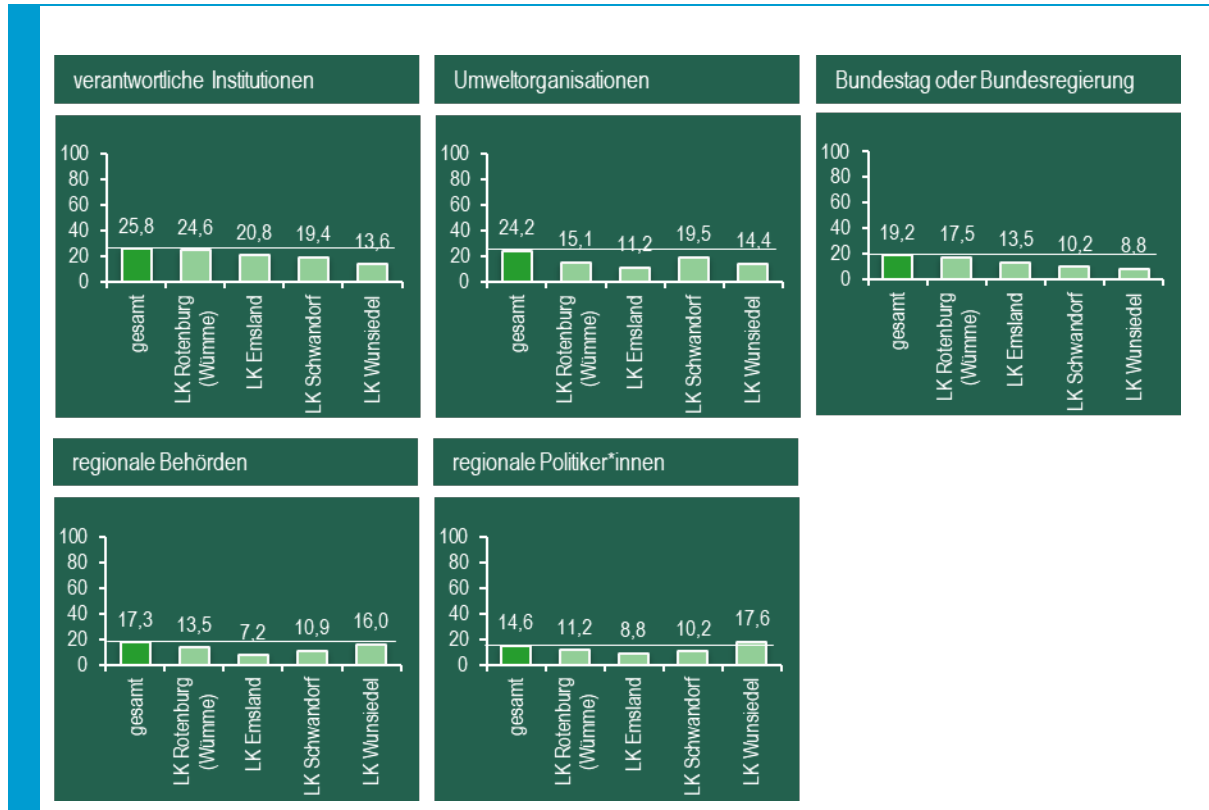
Abbildung 7-6 Institutionen, durch die man die eigenen Interessen im Prozess der Standortsuche vertreten sieht



jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.000

Fragestellung: Durch wen fühlen Sie Ihre Interessen im momentanen Prozess der Standortsuche am ehesten vertreten?

Abbildung 7-7 Institutionen, durch die man die eigenen Interessen im Prozess der Standortsuche vertreten sieht in den Fokusregionen



Da die Bevölkerung in den Fokusregionen ihre Meinung tendenziell weniger gut repräsentiert sieht als die deutsche Gesamtbevölkerung, zeigen sich auch bei der Nachfrage nach einzelnen Vertretungsakteur:innen niedrigere Werte. Von den verantwortlichen Institutionen (BGE, BASE und NBG) fühlen sich in den Landkreisen Emsland, Schwandorf und vor allem Wunsiedel (14 Prozent) deutlich weniger Befragte repräsentiert. Die Umweltorganisationen erhalten in allen vier Landkreisen deutlich geringere Zustimmungswerte (LK Emsland nur 11 Prozent gegenüber 24 Prozent im Durchschnitt). Eine Besonderheit zeigt sich im Landkreis Wunsiedel: Hier fühlen sich die Befragten durch regionale Behörden immerhin durchschnittlich (16 Prozent), durch regionale Politiker:innen sogar leicht überdurchschnittlich repräsentiert (18 Prozent gegenüber 15 Prozent im Durchschnitt).

7.2 Akzeptanzstatus in Bezug auf ein mögliches Teilgebiet am Wohnort

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat am 28. September 2020 den „Zwischenbericht Teilgebiete“ veröffentlicht und dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung übergeben. Damit sind erstmals Gebiete der „weißen Landkarte“ von Deutschland für die Endlagersuche ausgeschlossen. Der Bericht und die nachfolgende „Fachkonferenz Teilgebiete“ bieten erste Einblicke in den Prozess und die Zwischenergebnisse der Standortsuche. Die Fachkonferenz stellt außerdem den Auftakt der formalen Öffentlichkeitsbeteiligung dar.

Die hypothetische Möglichkeit der Beteiligung am Suchprozess ist damit etwas konkreter geworden als noch vor der Veröffentlichung des Zwischenberichts. Dennoch ist die konkrete Betroffenheit von einem Endlager in der eigenen Region immer noch nicht vorhanden. Hat sich also die Akzeptanz des nächsten Prozessschrittes von der ersten zur zweiten Erhebung geändert? Um uns einer Antwort darauf anzunähern, haben wir die folgende Frage gestellt:

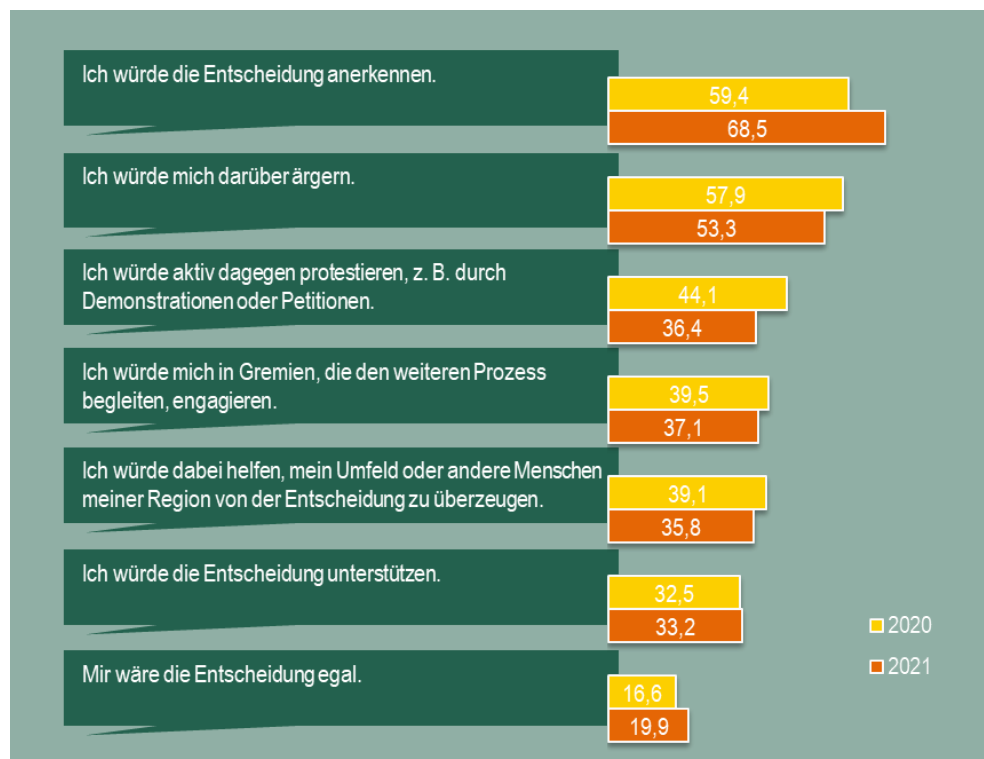
Der nächste Schritt des Auswahlprozesses ist, dass die Bundesgesellschaft für Endlagerung Regionen vorschlägt, in denen so genannte übertägige Erkundungen durchgeführt werden sollen, um die Auswahl weiter einzuengen. Was würden Sie tun, wenn Sie in einer dieser Regionen leben würden?

Die Frage unterscheidet sich beim Akzeptanzobjekt etwas von der aus der ersten Erhebung. Damals lautete sie:

Im Herbst sollen von der Bundesgesellschaft für Endlagerung Gebiete in Deutschland benannt werden, die günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle erwarten lassen. Was würden Sie tun, wenn Sie in einem dieser Gebiete leben würden?

Ein Vergleich der Antworten aus den beiden Erhebungen muss also berücksichtigen, dass die unterschiedlichen Bezugspunkte der Fragen unterschiedliche Betroffenheitsgrade bei den Befragten evoziert haben: In Welle 1 ging es rein passiv um „Voraussetzungen“, in Welle 2 um eine aktive „Erkundung zur Einengung der Auswahl“. Letzteres könnte die Wahrscheinlichkeit, dass die eigene Region letztlich als Endlagerstandort ausgewählt wird, etwas höher erscheinen lassen als Ersteres. Wie Abbildung 7-8 zeigt, ändern sich aber die Antworten auf die Frage nur wenig. Gestiegen ist allein der Anteil derjenigen, die die Entscheidung anerkennen würden. Er lag 2020 bei 59 Prozent, in der zweiten Welle beträgt er 69 Prozent. Weiterhin gibt gut die Hälfte der Befragten an, dass sie sich über die Entscheidung ärgern würde. Jeweils rund ein Drittel würde sich in verschiedener Form engagieren – entweder für oder gegen die Entscheidung oder in begleitenden Gremien. Rund jede:r Fünfte meint, ihm:ihr sei die Entscheidung egal.

Abbildung 7-8 Akzeptanz oder Widerstand in Bezug auf die Auswahl zur überträgigen Erkundung



jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000

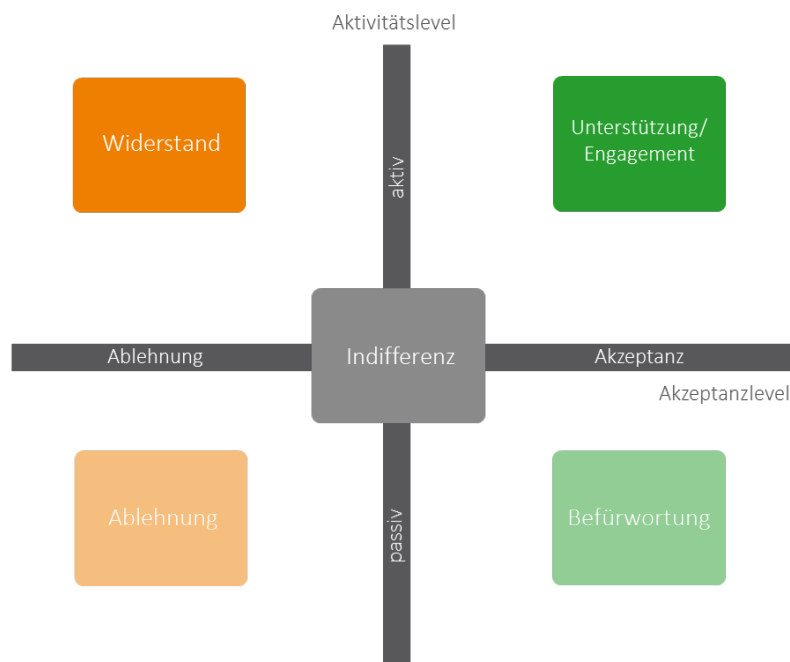
Fragestellung: Der nächste Schritt des Auswahlprozesses ist, dass die Bundesgesellschaft für Endlagerung Regionen vorschlägt, in denen so genannte überträgige Erkundungen durchgeführt werden sollen, um die Auswahl weiter einzuengen. Was würden Sie tun, wenn Sie in einer dieser Regionen leben würden?

Da die Einstellung zu einer solchen Entscheidung durchaus eine Mischung aus verschiedenen Gefühlen und Aktionen sein kann, konnten die Befragten allen diesen Aussagen zustimmen oder nicht. Das hat zur Folge, dass manche Zustimmungsmuster streng genommen nicht konsistent sind. So ist es eher schwer zu interpretieren, wenn eine Person sagt, sie würde sich über die Entscheidung ärgern und sie sei ihr egal. Solche unklaren Positionierungen haben wir bei der im folgenden gebildeten Akzeptanzmatrix ausgeklammert. Für zukünftige Befragungen wäre es empfehlenswert, die Frage in zwei Schritten zu stellen. Zunächst könnte dann in einer Einfachnennung abgefragt werden, ob die Befragten die Entscheidung anerkennen, unterstützen, sich darüber ärgern oder sie ihnen egal wäre. Anschließend können als Mehrfachnennung die möglichen Aktionen abgefragt werden – entsprechend gefiltert nach der Grundeinstellung zur Entscheidung. Auf diese Weise sollte sich der Anteil der unklaren Positionierungen senken lassen.

Anhand der Aussagen können wir wie schon in der ersten Erhebung eine so genannte „Akzeptanz-Matrix“ (vgl. Schweizer-Ries 2011) entwerfen, die aufzeigt, wie aktiv sich die Bevölkerung für oder gegen die Einbeziehung ihres Wohnortes in die weitere Endlagersuche einsetzt. Zur Auswahl der Akzeptanz-Matrix für die Konzeption der vorliegenden Studie siehe auch Götte, Sebastian / Ludewig, Yvonne 2020, 7ff. Die Matrix besteht aus den zwei Dimensionen des Akzeptanzlevels und des Aktivitätslevels (vgl. Abbildung 7-9). Diese grenzen fünf Bereiche voneinander ab: Aus Sicht des Modells ist die größtmögliche Kongruenz zwischen Bevölkerung und Akzeptanzobjekt erreicht, wenn ein Individuum oder eine Gruppe von Akteuren das Akzeptanzobjekt sowohl akzeptiert als auch aktiv unterstützt. Diesen Sektor der aktiven Akzeptanz bezeichnen die Autor:innen als „Unterstützung/Engagement“. Akzeptanz ohne größere Aktivitäten ist danach „Befürwortung“. Auf der anderen Seite können Individuen dem Akzeptanzobjekt eher ablehnend gegenüber stehen, jedoch keine Aktivität zeigen.

Sie befinden sich dann den Autor:innen zufolge im Zustand der „Ablehnung“. Entwickeln sie Aktivitäten, gelangen sie in den Zustand des „Widerstands“. Nicht immer entwickeln Individuen eine eindeutige Position zu einem Akzeptanzobjekt. Dann verhalten sie sich „indifferent“.

Abbildung 7-9 Akzeptanzmatrix nach Schweizer-Ries (eigene Darstellung nach Schweizer-Ries 2011, S. 11)



Im vorliegenden Fall ist das Akzeptanzobjekt, dass der eigene Wohnort in einer Region in Deutschland liegt, in der übermäßige Erkundungen zur weiteren Einengung der Standortauswahl durchgeführt werden sollen. In Tabelle 7-1 haben wir dargestellt, wie wir aus den in Abbildung 7-5 geäußerten Positionen die Befragten den fünf Gruppen der Akzeptanzmatrix zugeordnet haben.

Tabelle 7-1 Zuordnung der Aussagen zu Akzeptanz oder Widerstand zu den Feldern der Akzeptanz-Matrix

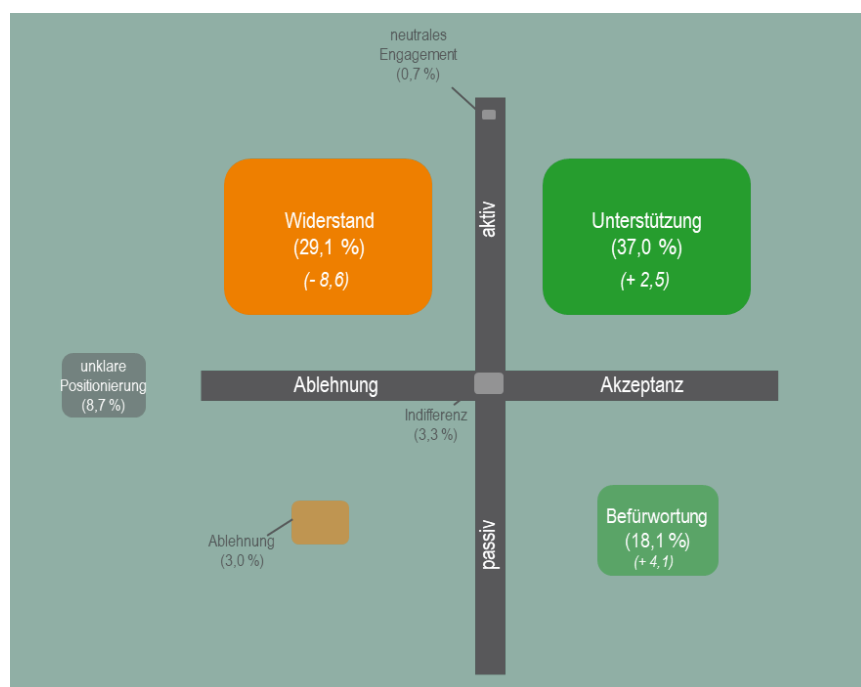
Aussage	in Verbindung mit der Aussage	Akzeptanzstatus
Ich würde aktiv dagegen protestieren, z. B. durch Demonstrationen oder Petitionen.	immer	Widerstand
Ich würde mich in Gremien, die den weiteren Prozess begleiten, engagieren.	Ich würde mich darüber ärgern.	Widerstand
Ich würde mich darüber ärgern.	ohne Aussage aus Kategorie „Widerstand“	Ablehnung
Ich würde die Entscheidung unterstützen.	immer	Unterstützung
Ich würde dabei helfen, mein Umfeld oder andere Menschen meiner Region von der Entscheidung zu überzeugen.	immer	Unterstützung
Ich würde mich in Gremien, die den weiteren Prozess begleiten, engagieren.	Ich würde die Entscheidung anerkennen.	Unterstützung

Aussage	in Verbindung mit der Aussage	Akzeptanzstatus
Ich würde die Entscheidung anerkennen.	ohne Aussage aus Kategorie „Unterstützung“	Befürwortung
Mir wäre die Entscheidung egal.	allein stehend	Indifferenz

Die daraus entstehende Akzeptanzmatrix stellt Abbildung 7-10 dar. Deutlich zu sehen ist dort, dass sich die meisten Befragten in die Sektoren Widerstand und Unterstützung einordnen lassen – also den aktiven Teil der Matrix. Im Sektor Unterstützung befinden sich die meisten Befragten (37 Prozent), im Sektor Widerstand 29 Prozent. Wie auch bei der ersten Befragung sind die beiden passiven Teile deutlich geringer gefüllt. 18 Prozent der Befragten befinden sich im Sektor Befürwortung, nur 3 Prozent im Sektor Ablehnung. Komplet indifferent sind nur 3 Prozent der Befragten, bei 9 Prozent war aufgrund der Zustimmung zu sich widersprechenden Aussagen die Zuordnung nicht möglich.

Der Anteil der Befragten im Sektor Widerstand ist gegenüber der ersten Befragung 9 Prozentpunkte geringer, der im Sektor Unterstützung um 3 Prozentpunkte gestiegen. Auch im Sektor Befürwortung befinden sich mehr Befragte als 2020 (+4 Prozentpunkte). Alle anderen Sektoren sind ähnlich stark besetzt. Da die Veränderungen recht moderat sind, ist bei der Interpretation Vorsicht geboten. Die leicht gestiegene Akzeptanz könnte aber zum Einen darauf zurückzuführen sein, dass die Berichterstattung über den Suchprozess dabei geholfen hat, erste Ängste abzubauen. So könnte zum Beispiel deutlich geworden sein, dass die Auswahl für den nächsten Schritt des Suchprozesses noch weit davon entfernt ist, die Region als Endlagerstandort zu definieren. Möglich wäre aber auch, dass die geänderte Fragestellung einen positiven Einfluss auf die Akzeptanz hat. „Übertägige Erkundung“ könnte die Prozesshaftigkeit stärker vermitteln als „Gebiet mit günstigen geologischen Voraussetzungen“, weil es eben den Prozess benennt und kein Resultat.

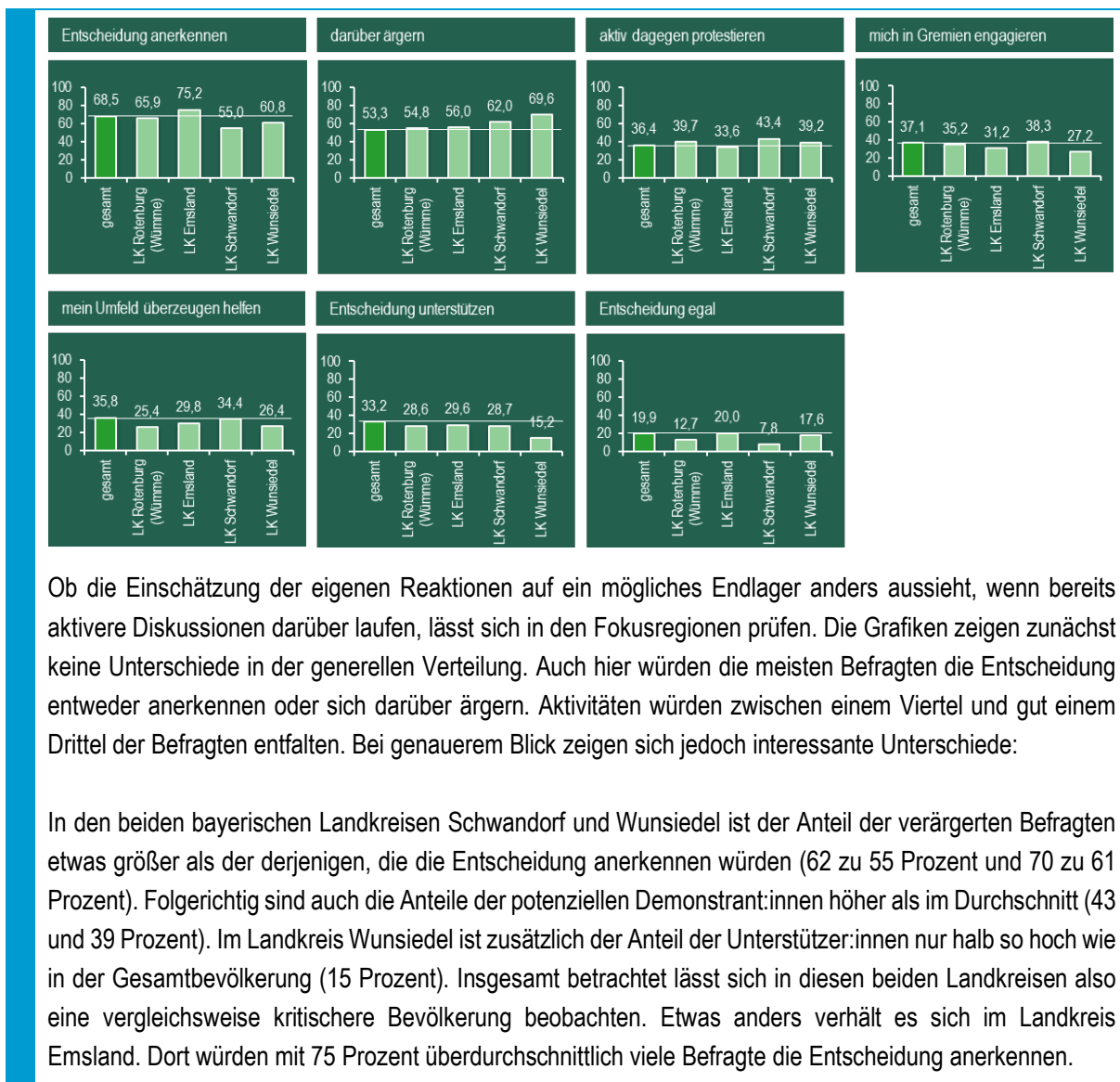
Abbildung 7-10 Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Auswahl zur übertägigen Erkundung



in Prozent aller Befragten | N=3.000

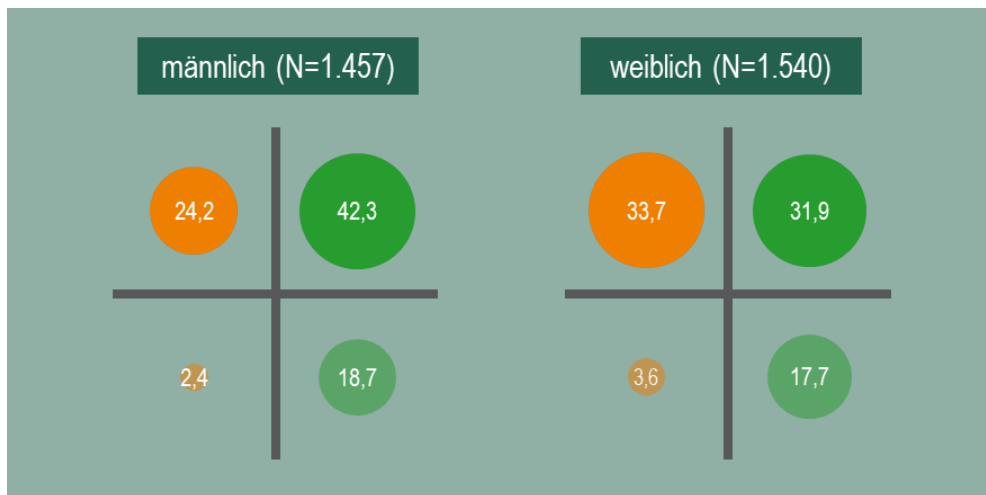
Wie schon 2020 weist diese Verteilung darauf hin, dass mit der Festlegung der Teilgebiete in den betroffenen Regionen eher spürbare zivilgesellschaftliche Aktivitäten entstehen könnten. Nach wie vor gehen wir jedoch davon aus, dass die Verteilung diese Aktivitäten überschätzt, weil berichtetes Verhalten (zumal, wenn es in der Zukunft liegt) meist deutlich über tatsächlichem Verhalten liegt. Zudem ist die Frage nach der Betroffenheit durch ein Endlager immer noch sehr hypothetisch. Zwar wurde mit dem Zwischenbericht Teilgebiete ein erster Schritt in Richtung Vorauswahl getroffen. Durch die sehr große Fläche der potenziell weiter in Frage kommenden Gebiete dürfte jedoch der gefühlte Grad der Betroffenheit noch nicht signifikant gestiegen sein.

Abbildung 7-11 Akzeptanz oder Widerstand in Bezug auf die Auswahl zur überträgigen Erkundung in den Fokusregionen



Beim folgenden Blick auf die Akzeptanzmatrizen in den demographischen Gruppen konzentrieren wir uns wie schon in der ersten Befragung auf die vier Felder „Unterstützung“, „Befürwortung“, „Ablehnung“ und „Widerstand“ (vereinfacht „Akzeptanzgruppen“ genannt). In Abbildung 7-12 ist die Verteilung der Akzeptanzgruppen nach Geschlecht dargestellt. Deutlich zu sehen ist, dass Männer am häufigsten der Gruppe „Unterstützung“ zugeordnet werden können (42 Prozent), Frauen hingegen mit leichtem Vorsprung der Gruppe „Widerstand“ (34 Prozent). Dies ist möglicherweise Ausdruck der signifikant größeren Risikoaffinität bei Männern.

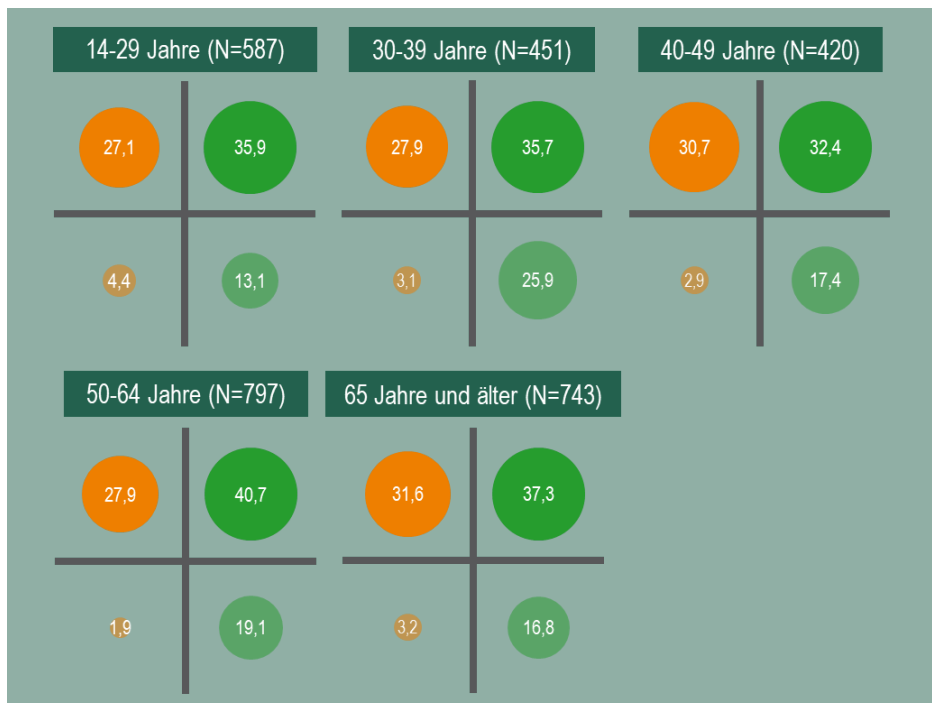
Abbildung 7-12 Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Auswahl zur übertägigen Erkundung differenziert nach Geschlecht



jeweils in Prozent aller Befragten

Ein Blick auf die Altersgruppen zeigt die größten Anteile im Sektor Widerstand bei den 40-49-Jährigen (31 Prozent) und bei Personen ab dem 65. Lebensjahr (32 Prozent). In der erstgenannten Gruppe sind die Sektoren Widerstand und Unterstützung fast gleich groß (vgl. Abbildung 7-13). Die stärkste Unterstützung erfährt eine übertägige Erkundung in der eigenen Region bei den 50-64-Jährigen (41 Prozent). Schaut man auf die gesamte Akzeptanzseite (Unterstützung und Befürwortung), sind sie zusammen mit den 30-39-Jährigen am stärksten. Insgesamt sind die Unterschiede jedoch nicht allzu groß und auch schwer zu interpretieren.

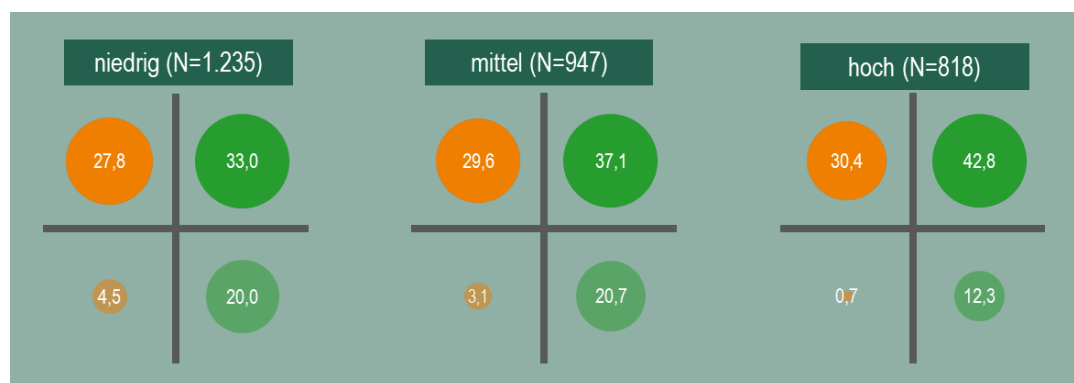
Abbildung 7-13 Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Auswahl zur übertägigen Erkundung differenziert nach Altersgruppen



jeweils in Prozent aller Befragten

Eindeutiger werden sie mit Blick auf das gesellschaftliche Engagement der Befragten. Zwar sind hier bei allen drei Ausprägungsstufen die beiden Seiten der Akzeptanzdimension etwa gleich groß (vgl. Abbildung 7-14). Allerdings steigt die aktive Akzeptanz (= Unterstützung) mit steigendem zivilgesellschaftlichem Engagement. Ist es niedrig, lassen sich 33 Prozent der Befragten als Unterstützer:innen einordnen, bei hohem Engagement 43 Prozent. Der Sektor Widerstand steigt demgegenüber nur wenig von 28 auf 30 Prozent.

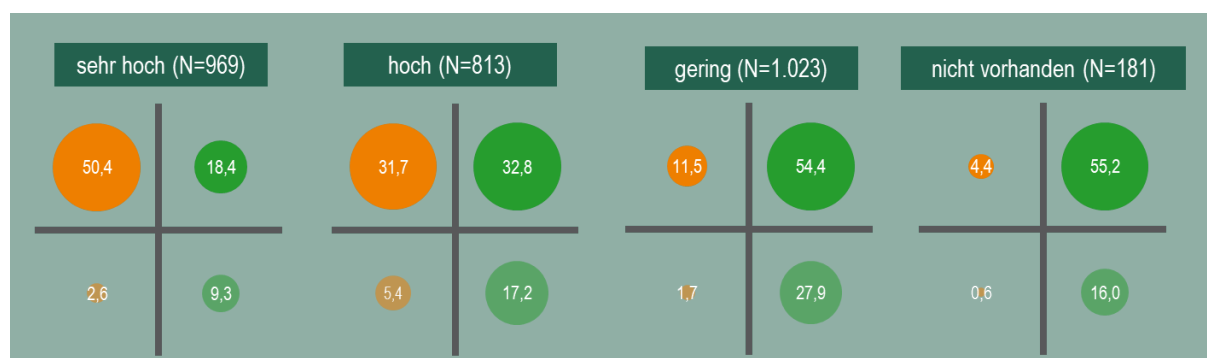
Abbildung 7-14 Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Auswahl zur überträgigen Erkundung differenziert nach zivilgesellschaftlichem Engagement



jeweils in Prozent aller Befragten

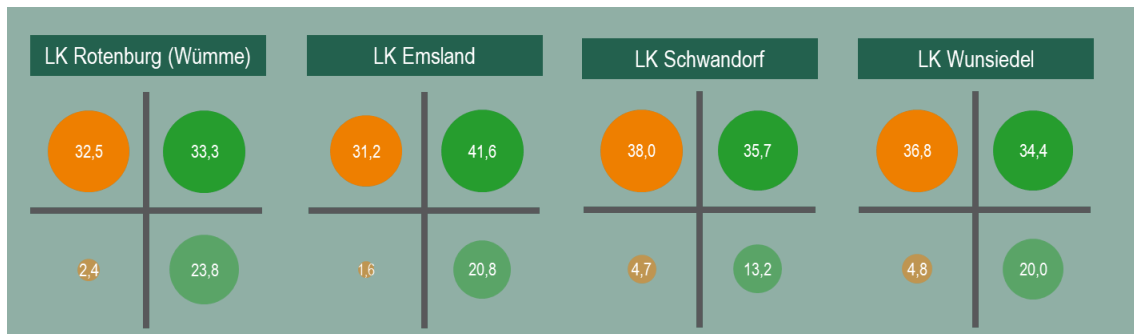
Die größten Unterschiede zeigen sich wieder, wenn man die Akzeptanz nach der Einschätzung der Risiken beim Betrieb eines Endlagers differenziert. Halten die Befragten diese Risiken für sehr hoch, so lassen sie sich zu 50 Prozent im Sektor Widerstand einordnen. Sehen sie hohe Risiken, dann sind die beiden Sektoren Widerstand und Unterstützung gleich stark besetzt. Insgesamt ist dann die positive Seite der Akzeptanzdimension größer als die negative. Werden nur geringe oder gar keine Risiken vermutet, dann überwiegt klar der Sektor Unterstützung (54 bzw. 55 Prozent), Widerstand ist dort kaum zu erwarten. Das bestätigt erneut die eminente Bedeutung der Sicherheitskommunikation für die Akzeptanz des Endlagers.

Abbildung 7-15 Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Auswahl zur überträgigen Erkundung differenziert nach Einschätzung der Risiken beim Betrieb des Endlagers



jeweils in Prozent aller Befragten

Abbildung 7-16 Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Auswahl zur übertägigen Erkundung in den Fokusregionen



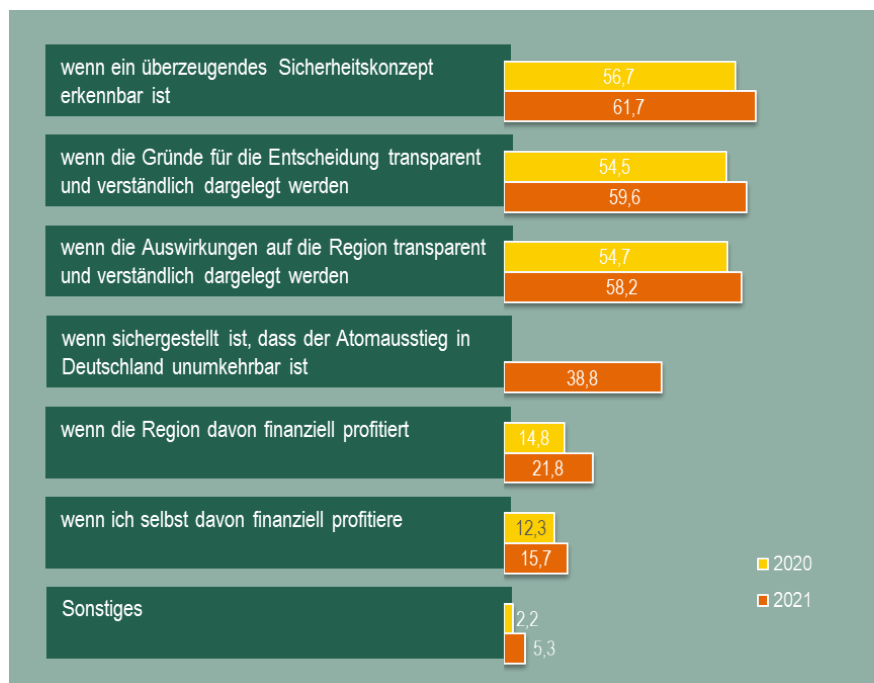
Entsprechend der kritischeren Positionierungen zu einer hypothetischen Auswahl als Gebiet für die übertägige Erkundung ist der Sektor Widerstand in den Landkreisen Schwandorf und Wunsiedel stärker besetzt als der Sektor Unterstützung (38 zu 36 und 37 zu 34 Prozent). Dennoch ist die Akzeptanzseite der Matrix auch dort stärker besetzt als die Ablehnungsseite. Im Landkreis Schwandorf beträgt der Abstand jedoch nur sechs Prozentpunkte. Im Landkreis Emsland ist der Sektor Unterstützung fünf Prozentpunkte stärker besetzt als in der Gesamtbevölkerung.

Mögliche Akzeptanztreiber

Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass sich noch nicht zu extrem(istisch)en Positionen verfestigte(r) ursprüngliche(r) Skepsis oder Widerstand abmildern oder sogar auflösen lassen.⁴ Dies kann zum einen geschehen, indem transparente und verständliche Informationen darüber gegeben werden, was geschehen soll und welche Auswirkungen es auf die Betroffenen hat. So können sie ihre Bedenken neu gewichten oder vielleicht auch revidieren. Zum anderen können für wahrgenommene Benachteiligungen durch ein mögliches Endlager Kompensationen angeboten werden. Dies könnte dazu führen, dass die Betroffenen das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Vorhabens neu bewerten und es dann nicht mehr so stark ablehnen oder es sogar befürworten. Wir nennen diese Möglichkeiten, Widerstand oder Ablehnung in Befürwortung oder Unterstützung umzuwandeln, „Akzeptanztreiber“. Ihre mögliche Wirksamkeit ist in Abbildung 7-17 dargestellt. Ganz klar ist dort erkennbar, dass es vor allem Informationen sind, welche die Befragten zum Umdenken bewegen würden. 62 Prozent derjenigen, welche ein Teilgebiet in ihrem Wohnumfeld erst einmal nicht befürworten oder unterstützen, würden es eher tolerieren, wenn ein überzeugendes Sicherheitskonzept erkennbar ist. Fast genau so viele würde eine transparente und verständliche Kommunikation über die Entscheidungsgründe und welche Auswirkungen diese Entscheidung auf die Region hat überzeugen. Finanzielle Ausgleichsmaßnahmen haben demgegenüber nach wie vor einen geringeren Zusammenhang mit dem Akzeptanzstatus. 22 Prozent würden einlenken, wenn die Region finanziell profitiert, 16 Prozent, wenn sie selbst es tun würden. In der zweiten Befragung wurde neu abgefragt, ob die Sicherstellung des Atomausstiegs in Deutschland ein Akzeptanztreiber sein könnte. 39 Prozent der Befragten stimmten dem zu. Insgesamt bestätigt sich das Bild aus der ersten Befragung: In diesem noch frühen Prozess der Standortsuche sind transparente und verständliche Informationen zentral, wenn es darum geht, kritische Bevölkerungsteile mitzunehmen.

⁴ Ein wichtiger Grundsatz im Konzept der „Sozialen Repräsentationen“ ist, dass diese durch neu hinzukommende Informationen verändert werden können, was sich sowohl auf die Wissens- als auch auf die Einstellungsebene auswirken kann. Götz et al. (2019) bauen auf der sozialen Dynamik von Akzeptanz einen Modellrahmen zur Analyse von Diskussionen um regionale Infrastrukturprojekte auf.

Abbildung 7-17 Mögliche Akzeptanztreiber in Bezug auf die Teilgebiete



jeweils in Prozent aller Befragten, die die Entscheidung nicht anerkennen oder unterstützen bzw. bei der Überzeugung ihres Umfelds von der Entscheidung mithelfen würden | N=671

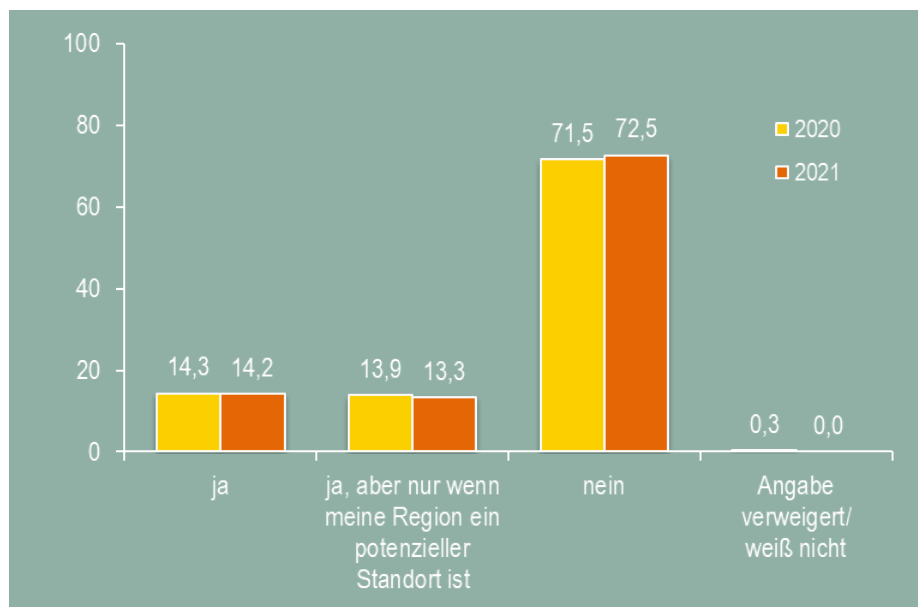
Fragestellung: Was würde Ihnen dabei helfen, die Entscheidung für ein mögliches Endlager in Ihrer Region eher zu tolerieren?

7.3 Teilhabewunsch und Beteiligungsformen

Das StandAG schreibt eine Beteiligung der Öffentlichkeit am Suchprozess vor, und mit der Veröffentlichung des „Zwischenberichts Teilgebiete“ hat die erste Phase der formalen Öffentlichkeitsbeteiligung begonnen. Wie stark ist aber der Wunsch in der Bevölkerung, sich am Suchprozess zu beteiligen? Wie Abbildung 7-18 zeigt, ist er in der zweiten genauso wie in der ersten Befragung nur in Teilen der Bevölkerung vorhanden. Insgesamt 28 Prozent der Befragten gaben an, sich beteiligen zu wollen, die Hälfte davon nur, wenn ihre Region ein potenzieller Standort wäre. In der Gesamtbevölkerung messen wir also trotz mittlerweile zahlreicher Beteiligungs- und Informationsangebote der verantwortlichen Institutionen noch kein höheres Interesse an Teilhabe.

Der Wunsch nach Teilhabe ist bei den jüngeren Befragten deutlich höher als bei älteren. Unter den 14-17-Jährigen wollen sich 58 Prozent der Befragten beteiligen („ja“ und „ja, aber nur wenn meine Region ein potenzieller Standort ist“), bei den 18-29-Jährigen 45 Prozent und unter Personen ab 65 Jahren nur noch 15 Prozent. Hier wird sehr deutlich, dass es sich bei diesem Thema um eines der ferneren Zukunft handelt (vgl. Abbildung 7-19). Personen mit (Fach-)Hochschulreife wollen sich deutlich häufiger einbringen als solche mit Volks- oder Hauptschulabschluss (31 zu 19 Prozent).

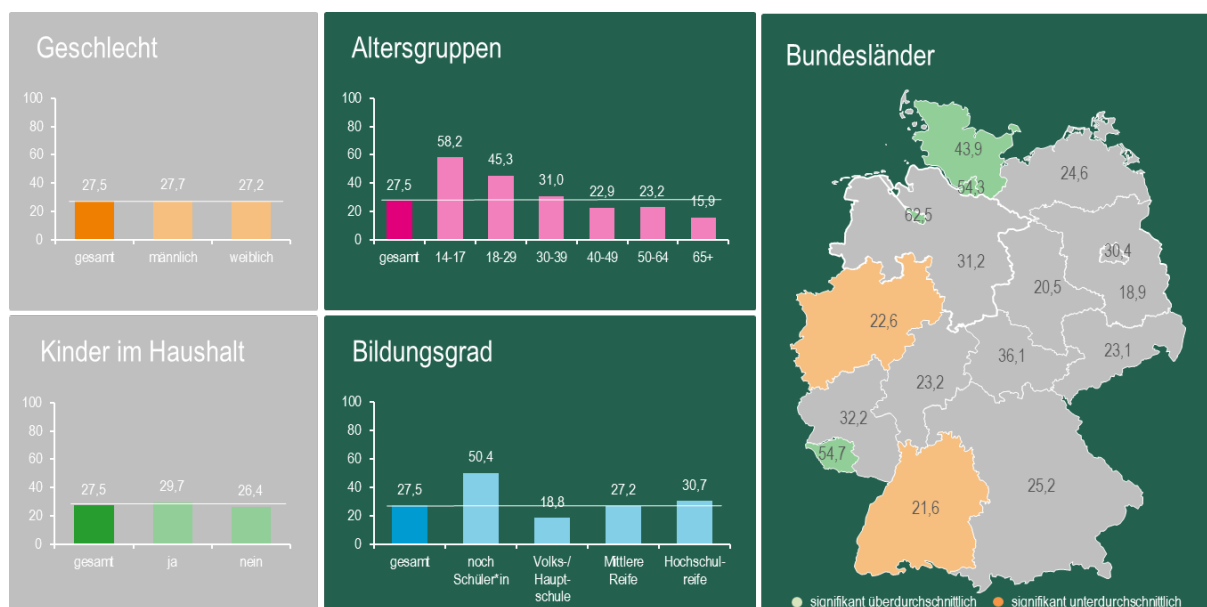
Abbildung 7-18 Teilhabewunsch am Suchprozess



in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000

Fragestellung: Haben Sie denn selbst Interesse daran, sich am Prozess der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle in irgendeiner Form zu beteiligen?

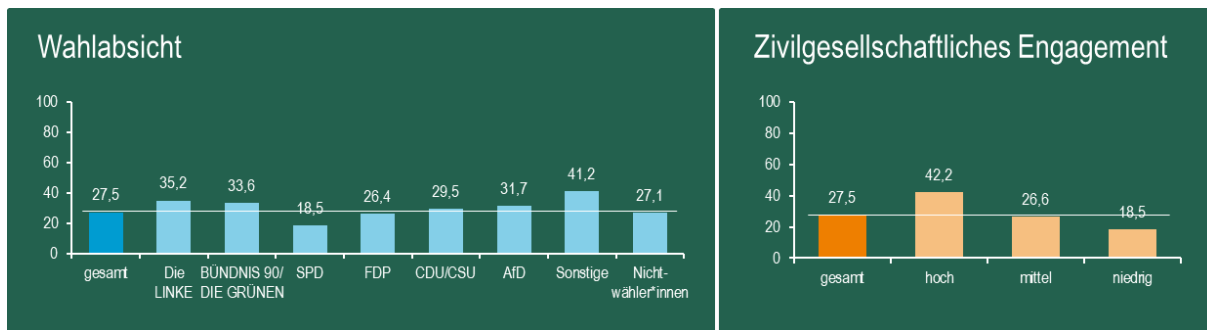
Abbildung 7-19 Teilhabewunsch am Suchprozess nach demographischen Gruppen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe der Antworten „ja“ und „ja, aber nur, wenn meine Region ein potenzieller Standort ist“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Der Teilhabewunsch am Suchprozess ist auch zwischen den Wähler:innengruppen unterschiedlich stark ausgeprägt (vgl. Abbildung 7-20). So äußern Wähler:innen der LINKEN (35 Prozent), von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (34 Prozent) und vor allem von sonstigen Parteien (41 Prozent) häufiger diesen Wunsch als der Durchschnitt. Eher verhalten zeigen sich Wähler:innen der SPD (19 Prozent). Zu erwarten war, dass der Wunsch nach Teilhabe in der Gruppe mit hohem zivilgesellschaftlichem Engagement besonders ausgeprägt ist (42 Prozent), in dem mit niedrigem Engagement eher nicht (19 Prozent).

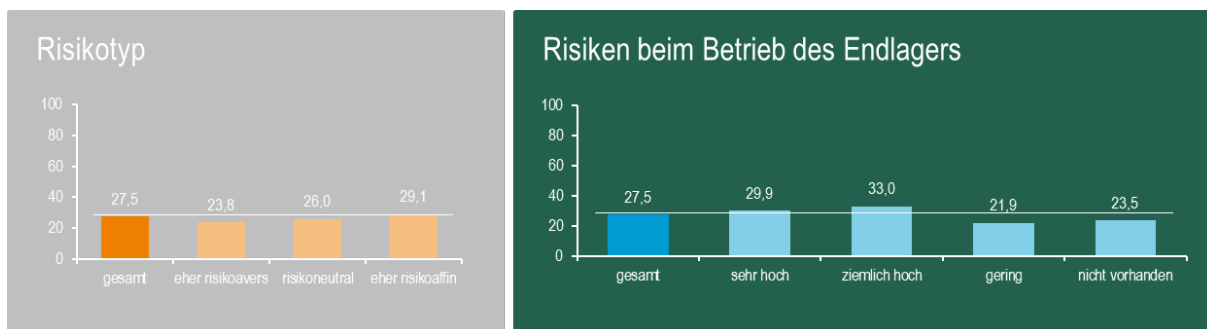
Abbildung 7-20 Teilhabewunsch am Suchprozess nach politischen Einstellungen



jeweils in Prozent aller Befragten | Summe der Antworten „ja“ und „ja, aber nur, wenn meine Region ein potenzieller Standort ist“ | Unterschiede sind signifikant

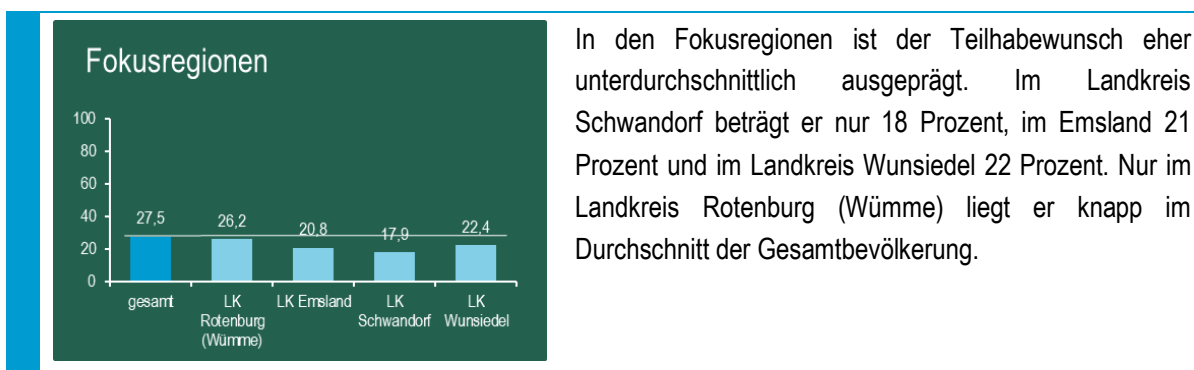
Ebenfalls plausibel ist auch, dass die Teilhabe häufiger von Personen gewünscht wird, die im Betrieb des Endlagers Risiken sehen als von solchen, die dies nicht tun (sehr und ziemlich hohes Risiko 30 und 33 Prozent vs. 22 Prozent bei geringem Risiko, vgl. Abbildung 7-21).

Abbildung 7-21 Teilhabewunsch am Suchprozess nach Risikoeinschätzungen



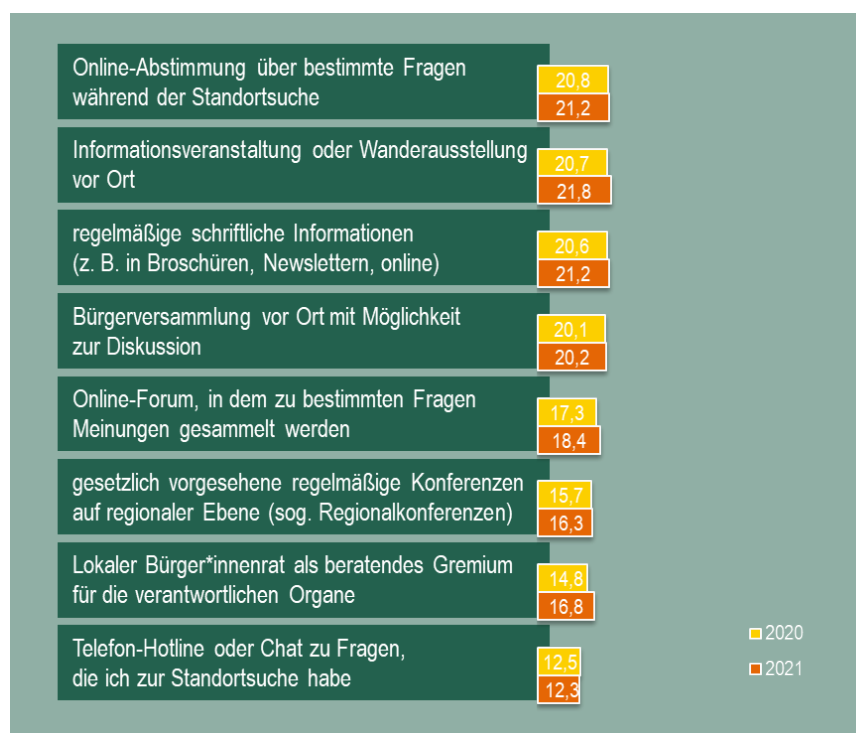
jeweils in Prozent aller Befragten | Summe der Antworten „ja“ und „ja, aber nur, wenn meine Region ein potenzieller Standort ist“ | Unterschiede zwischen den Gruppen sind in grünen Boxen signifikant, in grauen Boxen nicht signifikant

Abbildung 7-22 Teilhabewunsch am Suchprozess in den Fokusregionen



Wenn Befragte angaben, sich beteiligen zu wollen, wurden ihnen einige mögliche Beteiligungsformate präsentiert. Sie sollten dann angeben, ob sie diese wahrscheinlich nutzen würden oder nicht. Abbildung 7-23 zeigt die Nutzungsanteile auf Basis aller Befragten – also wie sie in der Gesamtbevölkerung verteilt wären und nicht nur bei denjenigen, die sich beteiligen wollen. Der Vergleich der beiden Befragungen zeigt, dass sich hier praktisch keine Veränderungen ergeben haben. Vier Formate liegen gleichauf an der Spitze: Informationsveranstaltungen oder Wanderausstellungen und schriftliche Informationen als reine Informationsquellen sowie Bürgerversammlungen und Online-Abstimmungen als Möglichkeiten zur Meinungsäußerung. Alle vier würden gut 20 Prozent aller Befragten wahrscheinlich nutzen. An den gesetzlich vorgesehenen Regionalkonferenzen würden 16 Prozent der Bürger:innen wahrscheinlich teilnehmen, ähnlich viele würden sich in lokalen Bürger:innenräten engagieren. Insgesamt liegen die Nutzungswahrscheinlichkeiten weiterhin sehr nahe beieinander, was darauf schließen lässt, dass die Aktiven noch keine Präferenz für bestimmte Beteiligungsmöglichkeiten entwickelt haben.

Abbildung 7-23 Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten

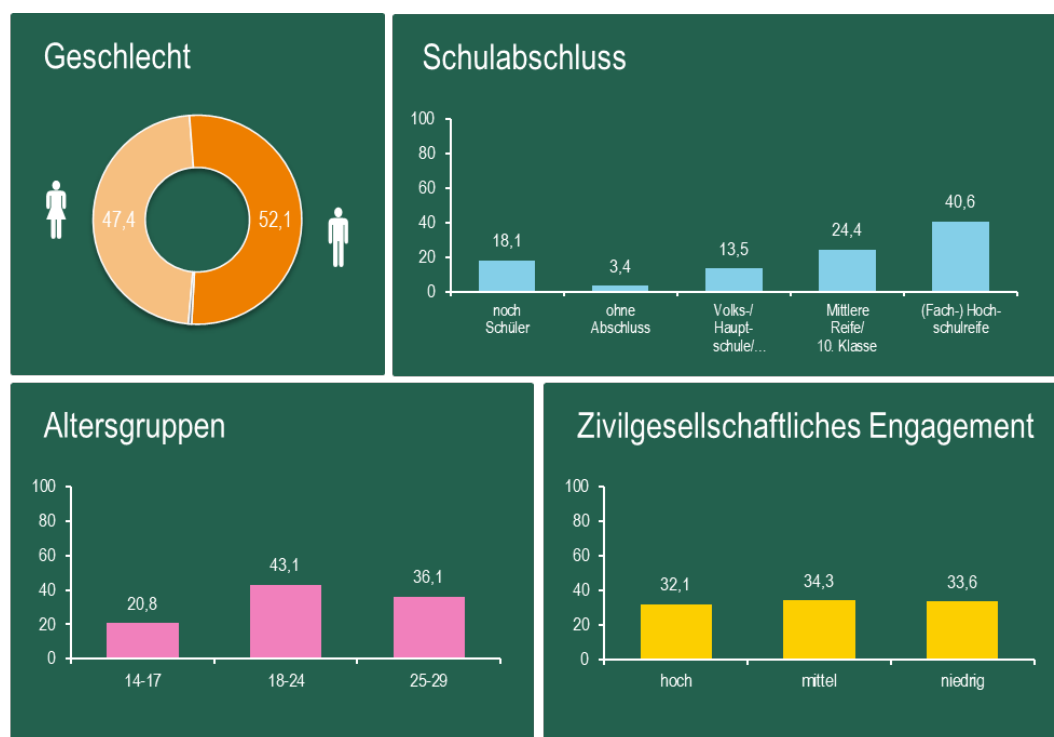


jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=3.172, 2021: N=3.000 | Antwort „würde ich wahrscheinlich nutzen“
 Fragestellung: Welche der folgenden Möglichkeiten der Beteiligung bzw. Information würden Sie wahrscheinlich nutzen, welche eher nicht?

8 Ergebnisse der Befragung bei den 14- bis 29-Jährigen

Je jünger die Befragten sind, desto länger haben sie potenziell mit den Auswirkungen der Entscheidung für den Endlager-Standort umzugehen. Deshalb wurde – wie auch bei der ersten Befragung – ein Schwerpunkt auf die Gruppe der 14- bis 29-Jährigen gelegt, indem diese mittels einer zusätzlichen Onlinebefragung verstärkt wurde. In dieser Onlinebefragung erhielten N=500 Personen zwischen 14 und 29 Jahren den gleichen Fragebogen wie die Teilnehmer:innen der Telefonbefragung. Die Onlinebefragung wurde gewählt, weil jüngere Befragte darüber besser erreichbar sind als über das Telefon. Gemeinsam mit den über die bevölkerungsrepräsentative Telefonbefragung erreichten Personen dieser Altersgruppe umfasst die auswertbare Fallzahl N=846 (vgl. Abschnitt 10). Die Struktur der Stichprobe ist repräsentativ für die deutsche Wohnbevölkerung zwischen 14 und 29 Jahren. In Abbildung 8-1 sind ihre wesentlichen Strukturparameter dargestellt.

Abbildung 8-1 Demographische Struktur der Teilstichprobe der 14-29-Jährigen

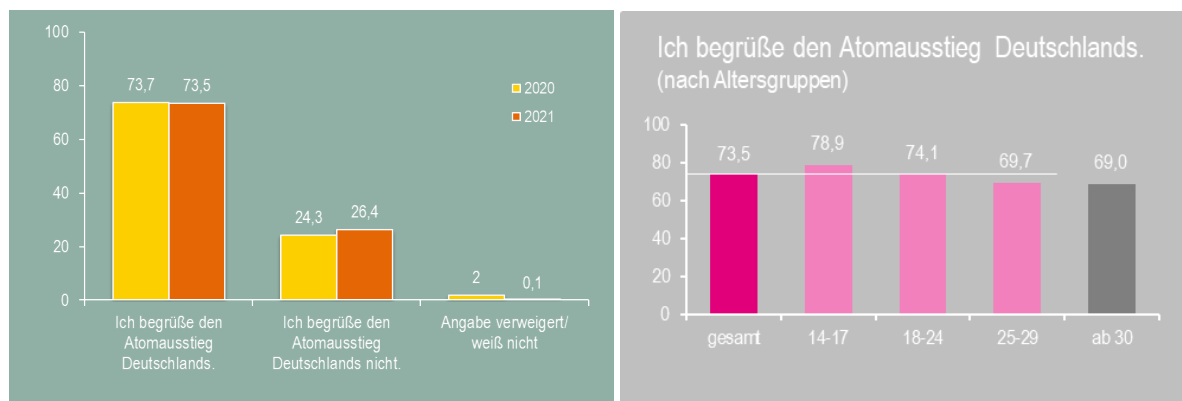


jeweils in Prozent aller Befragten | N=846

8.1 Vorstellungen von der Endlagersuche

Die Einstellung zum Atomausstieg ist in der Gruppe der 14-29-Jährigen ähnlich ausgeprägt wie in den anderen Altersgruppen und hat sich seit der ersten Befragung praktisch nicht verändert. Etwa drei Viertel begrüßen ihn, ein Viertel tut dies nicht. Die Zustimmungsrate ab dem 30. Lebensjahr ist damit etwas geringer (69 Prozent). Zwischen den Teilaltersgruppen existieren keine signifikanten Unterschiede, allerdings sieht man eine abnehmende Tendenz: Bei den 14-17-Jährigen begrüßen 79 Prozent den Atomausstieg, bei den 25-29-Jährigen nur noch 70 Prozent – und damit genau so viele wie bei den „Älteren“ (vgl. Abbildung 8-2).

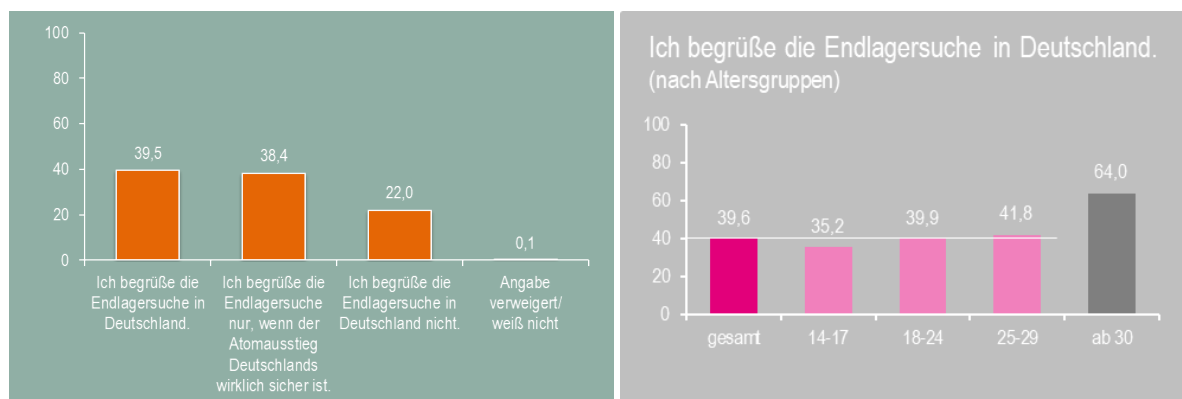
Abbildung 8-2 Einstellung zum Atomausstieg der 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=1.173, 2021/22: N=846

Deutliche Unterschiede zu älteren Personen zeigen sich bei der Unterstützung der Endlagersuche. Während 64 Prozent der Befragten ab dem 30. Lebensjahr die Endlagersuche uneingeschränkt unterstützen, tun dies nur 40 Prozent der 14-29-Jährigen (vgl. Abbildung 8-3). Ungefähr genauso viele begrüßen die Endlagersuche nur, wenn der Atomausstieg Deutschlands wirklich sicher ist (ab 30 Jahren nur 16 Prozent). Wenn man beide Optionen zusammenzählt, liegen die 14-29-Jährigen bei 78 Prozent und die Ab-30-Jährigen bei 80 Prozent – also ungefähr gleichauf. Wahrscheinlich ist auch eher ein methodischer Grund für die Unterschiede verantwortlich: Die Jugendstichprobe wurde zu großen Teilen online erhoben, wo die Antwortoptionen gut sichtbar sind. Möglicherweise haben sich deshalb mehr Befragte auch für die eingeschränkte Unterstützung entschieden.⁵

Abbildung 8-3 Einstellung zur Endlagersuche der 14-29-Jährigen

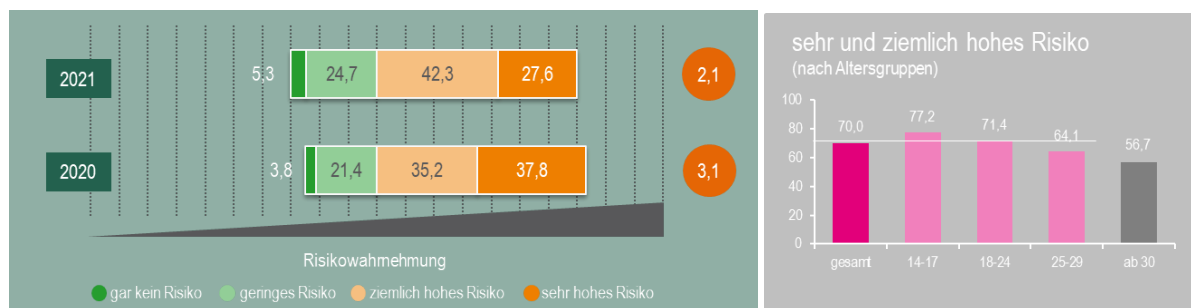


jeweils in Prozent aller Befragten | N=846

Erneut etwas höher als bei den Ab-30-Jährigen ist der Anteil derjenigen, die ziemlich oder sehr hohe Risiken beim Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung sehen. 70 Prozent der 14-29-Jährigen stehen hier 57 Prozent der Ab-30-Jährigen gegenüber. Die Risikowahrnehmung in der älteren Gruppe ist damit seit der ersten Befragung deutlicher gesunken als die in der jüngeren. Innerhalb der Teilstichprobe gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen den Altersgruppen, allerdings eine deutliche Tendenz: Während 77 Prozent der 14-17-Jährigen ein ziemlich oder sehr hohes Risiko sehen, sind es bei den 25-29-Jährigen nur 64 Prozent (vgl. Abbildung 8-4).

⁵ Ein Vergleich zwischen der telefonischen und der Online-Jugendstichprobe weist deutlich darauf hin: Bei den 14- bis 29-Jährigen begrüßen in der Telefonstichprobe 49,8 Prozent die Endlagersuche uneingeschränkt, 20,2 Prozent, wenn der Atomausstieg Deutschlands sicher ist. In der Onlinestichprobe ist die Verteilung 28,7 Prozent zu 54,0 Prozent.

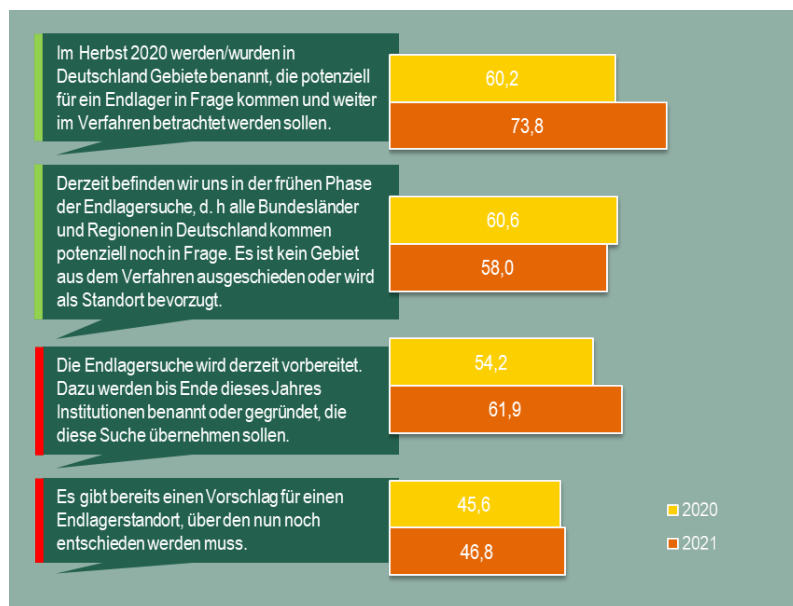
Abbildung 8-4 Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung nach Ansicht der 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=1.173, 2021/22: N=846

Über den aktuellen Stand sind die 14-29-Jährigen etwas schlechter informiert als die Bevölkerung ab dem 30. Lebensjahr. Auch hier ist jedoch der Anteil derjenigen deutlich gestiegen, der die Aussage für korrekt hielt, dass die Teilgebiete im Herbst 2020 benannt wurden (+14 auf 74 Prozent). Ebenso gestiegen ist aber auch bei den Jugendlichen die Ansicht, dass die Endlagersuche derzeit vorbereitet wird und dazu Institutionen gegründet werden (+8 auf 62 Prozent, vgl. Abbildung 8-5).

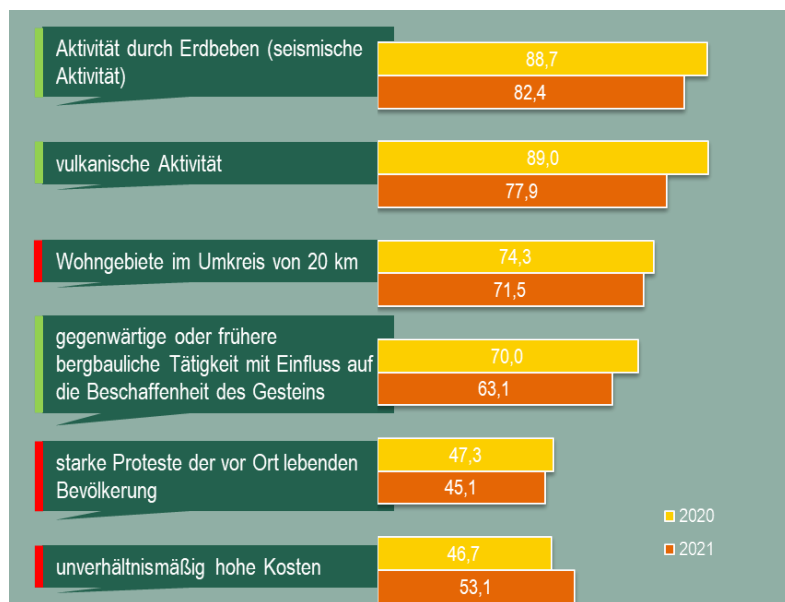
Abbildung 8-5 Kenntnis des aktuellen Standes der Endlagersuche nach Ansicht der 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=1.173, 2021/22: N=846

Weitgehende Ähnlichkeiten bestehen wie auch in der ersten Befragung bei der Bekanntheit der im StandAG verankerten Ausschlusskriterien für einen Endlagerstandort (vgl. Abbildung 8-6). Am bekanntesten (oder plausibelsten) sind die seismischen und vulkanischen Aktivitäten. Im Kontext der auch an anderen Stellen stärker betonten Einflussfähigkeit der Bevölkerung meinen aber weiterhin mehr Personen aus der Gruppe der 14-29-Jährigen, dass Wohngebiete im Umkreis von 20 Kilometern ein Ausschlussgrund wären (72 zu 59 Prozent in der Gesamtbevölkerung, wo dieser Wert deutlich gesunken ist). Auch unverhältnismäßig hohe Kosten werden bei den Jüngeren weiterhin häufiger als Ausschlussgrund vermutet (53 zu 41 Prozent), hier ist die Zustimmung gegenüber 2020 sogar noch gestiegen.

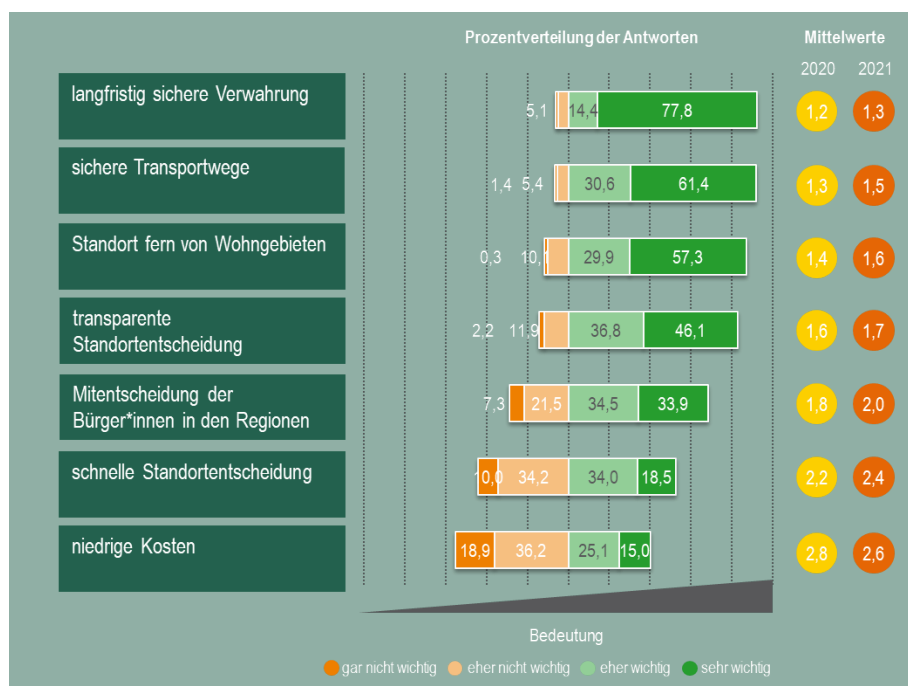
Abbildung 8-6 Kenntnis der Ausschlusskriterien für einen Endlagerstandort nach Ansicht der 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=1.173, 2021/22: N=846

Bei den Präferenzen für die Standortsuche unterscheidet sich die Gruppe der 14-29-Jährigen wie auch 2020 kaum von den Befragten ab dem 30. Lebensjahr. Weiterhin ist den jüngeren Befragten die transparente Standortentscheidung etwas weniger wichtig. 46 Prozent dieser Gruppe halten sie für sehr wichtig (dieser Anteil ist gesunken), bei den Ab-30-Jährigen tun das 68 Prozent (vgl. Abbildung 8-7).

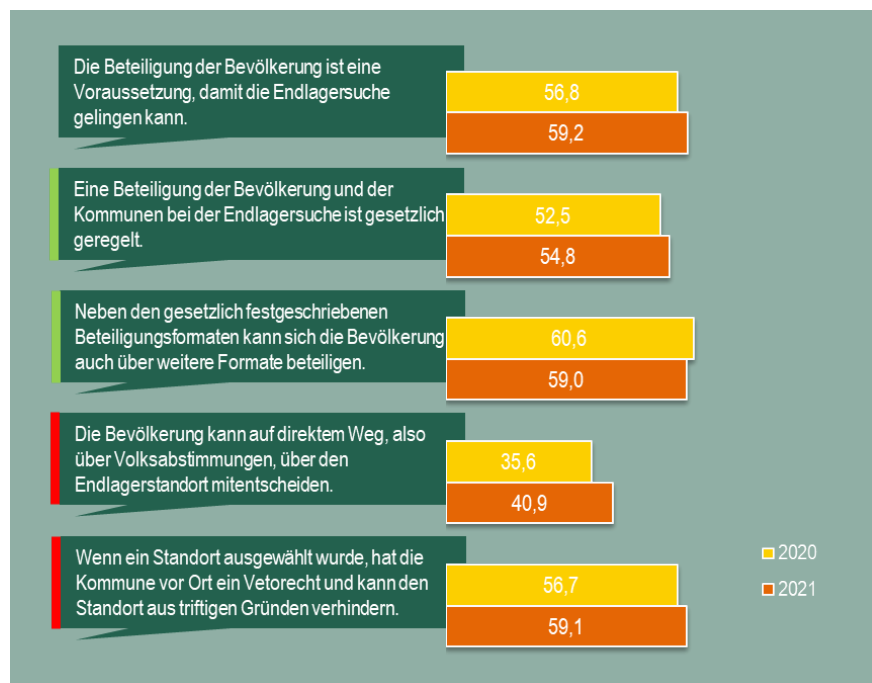
Abbildung 8-7 Präferenzen für die Standortsuche in der Gruppe der 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=846

Dass die Beteiligung der Bevölkerung eine Voraussetzung für eine gelingende Endlagersuche sei, meinen mittlerweile ähnlich hohe Anteile der Ab-30-Jährigen wie der jüngeren Befragten (58 bzw. 59 Prozent, vgl. Abbildung 8-8). Dies ist auf einen deutlichen Anstieg in der ersten Gruppe zurückzuführen. Weiterhin werden die nicht zutreffenden direktdemokratische Elemente in der jüngeren Bevölkerungsgruppe stärker betont: 59 Prozent meinen, die Kommunen hätten ein Vetorecht (Gesamt 44 Prozent) und 41 Prozent glauben, die Bevölkerung könne über Volksabstimmungen über den Standort mitentscheiden (Gesamt 33 Prozent). Beide Werte sind gegenüber 2020 noch etwas gestiegen.

Abbildung 8-8 Bekanntheit der Beteiligungsmöglichkeiten am Suchprozess bei den 14-29-Jährigen

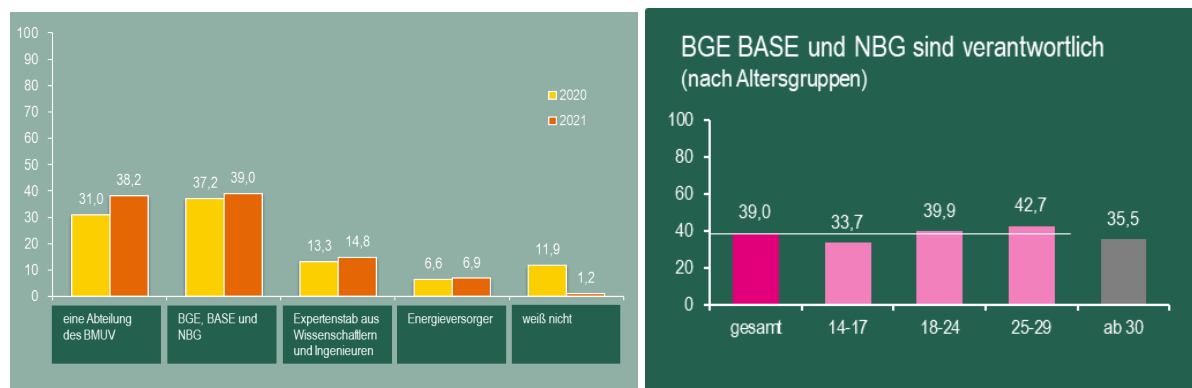


jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=1.173, 2021/22: N=846

Bei der Bekanntheit der an der Endlagersuche beteiligten Institutionen gab es in der Gesamtbevölkerung einen Tausch (siehe Absatz 4.5): Mehr Befragte wählten eine Abteilung des BMUV für verantwortlich und weniger Befragte die Trias aus BGE, BASE und NBG. Bei den 14-29-Jährigen nannten zwar auch mehr Personen als 2020 die Abteilung des BMUV (+7 Prozentpunkte). Allerdings sank der Anteil für BGE, BASE und NBG nicht. Deshalb liegen beide Optionen bei den 14-29-Jährigen ungefähr gleichauf (38 bzw. 39 Prozent). Das Wissen um die Verantwortlichkeit der drei Institutionen steigt erneut signifikant mit dem Alter der Befragten. Unter den 14-17-Jährigen wissen dies nur 34 Prozent, bei den 25-29-Jährigen 43 Prozent und damit sogar mehr als im Rest der Bevölkerung ab 30 Jahren.

Der Anteil derjenigen, die auf diese Frage keine Antwort geben konnten, sank bei den 14-29-Jährigen sehr deutlich (-11 Prozentpunkte, vgl. Abbildung 8-9).

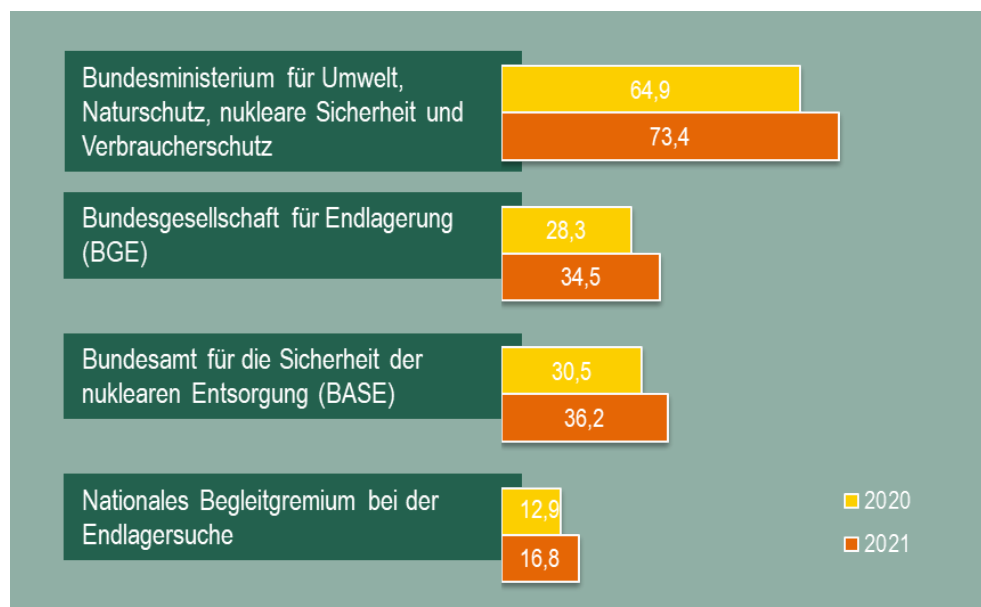
Abbildung 8-9 Bekanntheit der Verantwortlichkeiten für die Endlagersuche bei den 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=1.173, 2021/22: N=846

Seit 2020 zumindest in Teilen konstant geblieben ist die etwas geringere Institutionenbekanntheit bei den Jüngeren – auch wenn die Werte für alle abgefragten Institutionen gestiegen sind (vgl. Abbildung 8-10). 73 Prozent der 14-29-Jährigen kennen das übergeordnete Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (+8 Prozentpunkte), bei Personen ab 30 Jahren tun dies 81 Prozent. Die BGE ist 35 Prozent der Jüngeren (+7 Prozentpunkte) und 45 Prozent der Ab-30-Jährigen bekannt. Angeglichen haben sich hingegen die Bekanntheitswerte des BASE und des NBG. Das BASE ist bei den 14-29-Jährigen bekannter geworden (+5 Prozentpunkte) und liegt nun etwa gleichauf mit der älteren Bevölkerung (36 zu 34 Prozent). Identisch sind die Werte für das NBG (jeweils 17 Prozent).

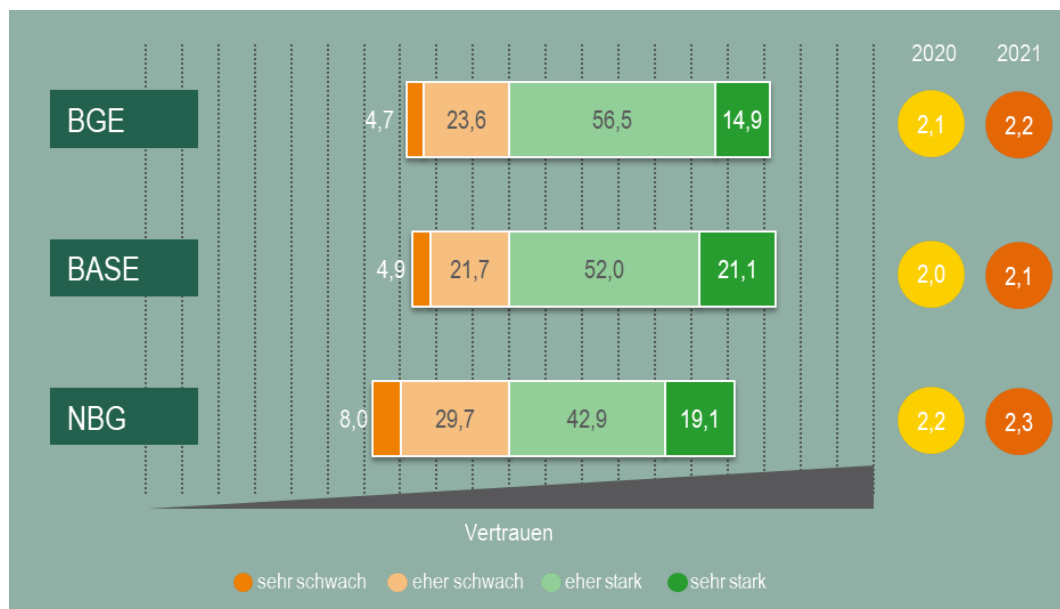
Abbildung 8-10 Bekanntheit der am Endlager beteiligten Institutionen bei den 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=1.173, 2021/22: N=846

Das Vertrauen in die drei Institutionen hat sich in der zweiten Befragungswelle etwas angeglichen und unterscheidet sich nun nicht mehr wesentlich zwischen den 14-29-Jährigen und den Befragten ab dem 30. Lebensjahr. Über 70 Prozent der Jugendlichen setzen eher oder sehr starkes Vertrauen in BGE und BASE, beim NBG sind es 62 Prozent (vgl. Abbildung 8-11).

Abbildung 8-11 Vertrauen in die am Endlager beteiligten Institutionen bei den 14-29-Jährigen

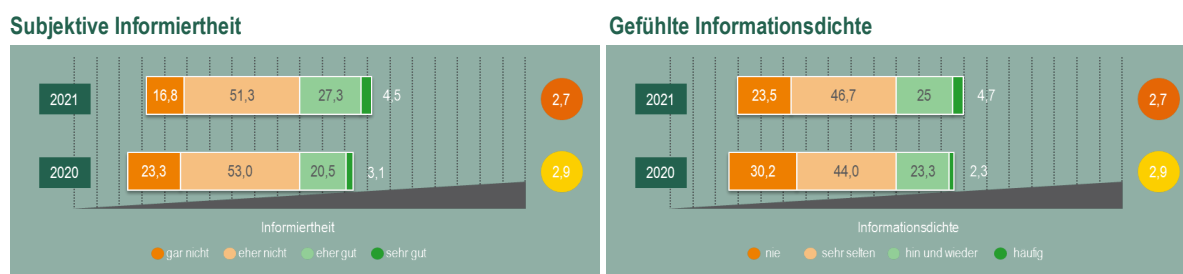


jeweils in Prozent aller Befragten | N=846

8.2 Informiertheit und Informationsbedürfnis

Wie schon bei der ersten Befragung gleichen sich die subjektive Informiertheit und die gefühlte Informationsdichte von Berichten über die Endlagersuche in den Medien weitgehend zwischen den 14-29-Jährigen und der älteren Bevölkerung. Gegenüber 2020 haben sich beide etwas verbessert. 2021/22 fühlen sich 32 Prozent der 14-29-Jährigen eher oder sehr gut informiert (+8 Prozentpunkte) und 30 Prozent haben hin und wieder oder häufig Medienberichte über die Endlagersuche wahrgenommen (+5 Prozentpunkte, vgl. Abbildung 8-12).

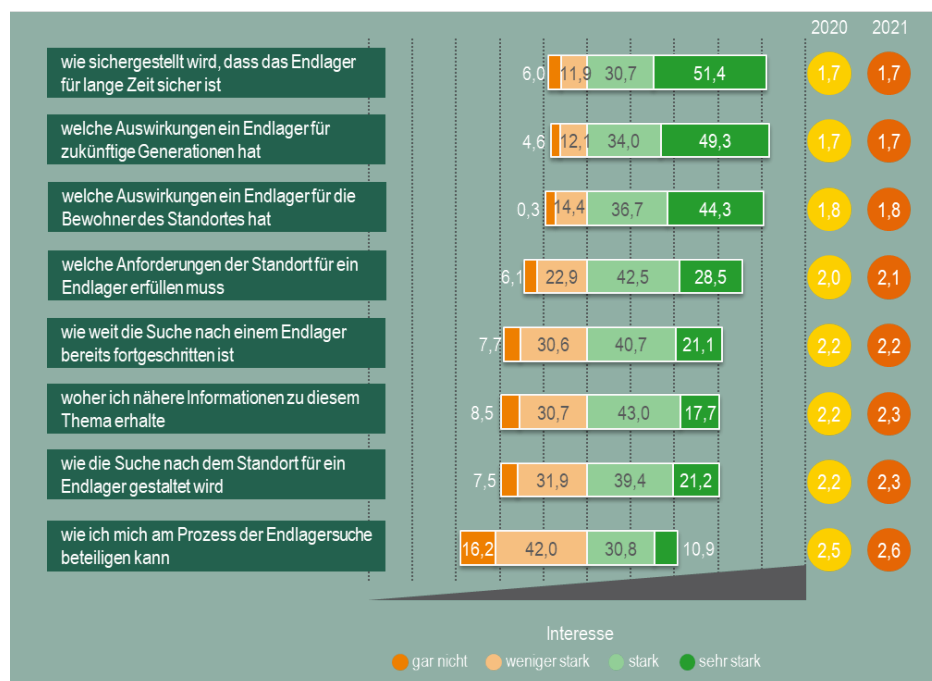
Abbildung 8-12 Subjektive Informiertheit und gefühlte Informationsdichte bei den 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=1.173, 2021/22: N=846

Über alle abgefragten Themeninteressen in Bezug auf die Endlagersuche betrachtet ähnelt das Profil der 14-29-Jährigen dem der Personen ab dem 30. Lebensjahr (vgl. Abbildung 8-13). Weiterhin zeigen die Jüngeren ein sichtbar stärkeres Interesse daran, wie sie sich am Prozess der Endlagersuche beteiligen können. 42 Prozent interessieren sich dafür stark oder sehr stark, ab dem 30. Lebensjahr tun dies nur 27 Prozent. Beide Werte sind gegenüber der ersten Befragung jedoch gesunken.

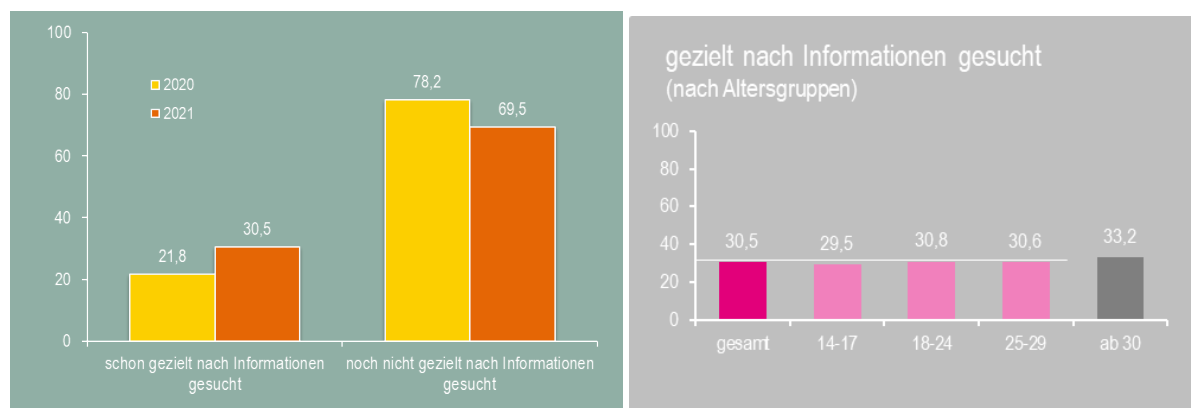
Abbildung 8-13 Themeninteressen in Bezug auf die Endlagersuche bei den 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=846

31 Prozent der 14-29-Jährigen haben schon einmal gezielt nach Informationen in Bezug auf das Endlager gesucht, das sind 9 Prozentpunkte mehr als in der ersten Befragung (vgl. Abbildung 8-14). Das entspricht etwa dem Wert bei den Ab-30-Jährigen (33 Prozent). Bei einigen genutzten Informationsquellen existieren jedoch weiterhin die Unterschiede, die sich bereits bei der ersten Befragung zeigten. Insgesamt nutzen die jüngeren Befragten häufiger digitale Medien und weniger klassische.

Abbildung 8-14 Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager bei den 14-29-Jährigen

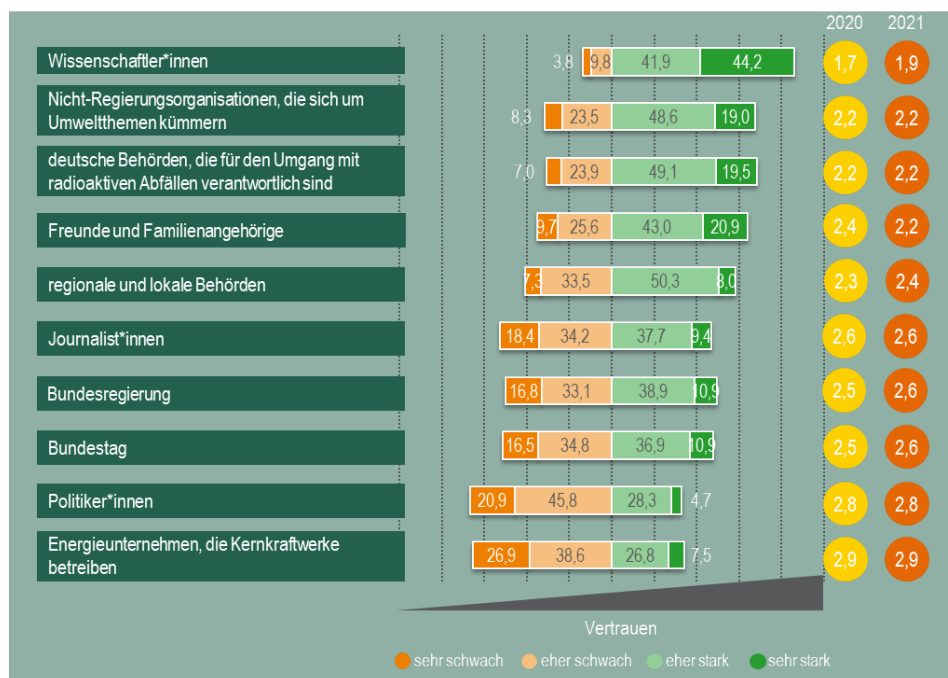


jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=1.173, 2021/22: N=846

Das Vertrauen der 14-29-Jährigen in verschiedene Informationsquellen stellt sich im Profil ähnlich dar wie in der älteren Bevölkerung: Am vertrauenswürdigsten sind Wissenschaftler:innen, gefolgt von Nicht-Regierungsorganisationen aus dem Umweltbereich und den Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind. Am Ende der Liste stehen Politiker:innen und Energieunternehmen, die Kernkraftwerke betreiben (vgl. Abbildung 8-15). Generell vertrauen die 14-17-Jährigen den verschiedenen Quellen etwas stärker als ältere Jugendliche oder auch Erwachsene. Signifikant ist dieser Unterschied bei den

Umwelt-NROs, denen 77 Prozent der 14-17-Jährigen, aber nur 64 Prozent der 25-29-Jährigen vertrauen. Gleiches gilt für Freunde und Familienangehörige (14-17-Jährige: 75 Prozent, 25-29-Jährige: 63 Prozent).

Abbildung 8-15 Vertrauen in verschiedene Informationsquellen bei den 14-29-Jährigen



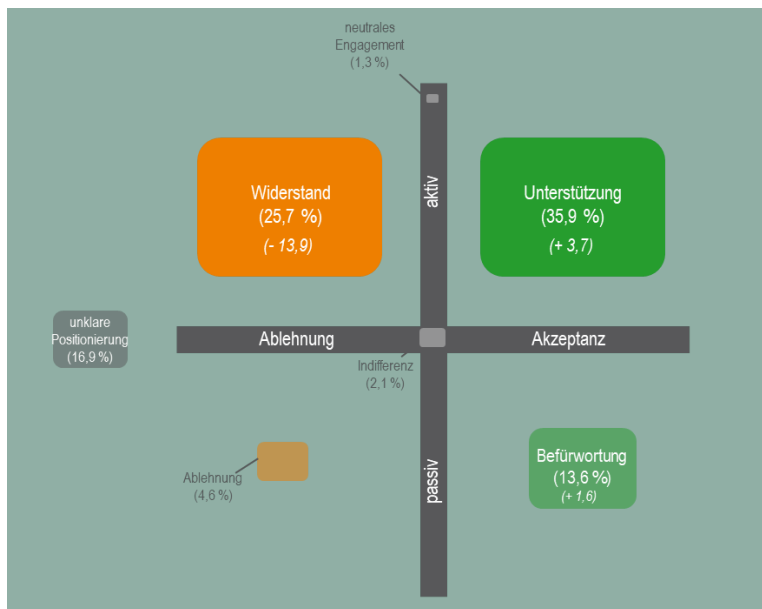
jeweils in Prozent aller Befragten | N=846

8.3 Akzeptanz und Teilhabe

Wie auch im Jahr 2020 unterscheiden sich die Akzeptanzmatrizen der jüngeren Befragten und der Bevölkerung ab dem 30. Lebensjahr nicht wesentlich voneinander. Das bedeutet, auch bei den 14-29-Jährigen ist die Gruppe „Widerstand“ kleiner geworden und liegt jetzt bei 26 Prozent. Demgegenüber können 36 Prozent als Unterstützer:innen eingeordnet werden, 14 Prozent als Befürworter:innen. Die Akzeptanzseite der Matrix ist also in der zweiten Befragung deutlich größer als die Ablehnungsseite (50 zu 30 Prozent, vgl. Abbildung 8-16).

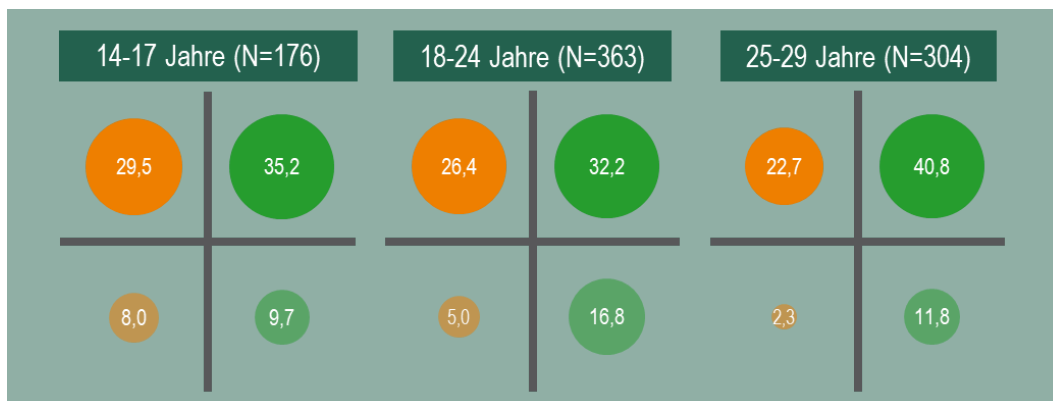
Innerhalb der 14-29-Jährigen versammeln sich jüngere Befragte häufiger auf der Ablehnungsseite. 30 Prozent der 14-17-Jährigen lassen sich in die Gruppe „Widerstand“ einordnen, bei den 25-29-Jährigen sind es nur 23 Prozent. Demgegenüber nimmt die Unterstützung mit steigendem Alter zu: 45 Prozent der 14-17-Jährigen und 53 Prozent der 25-29-Jährigen finden sich auf der Akzeptanzseite wieder (vgl. Abbildung 8-17).

Abbildung 8-16 Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete bei den 14-29-Jährigen



in Prozent aller Befragten | N=846

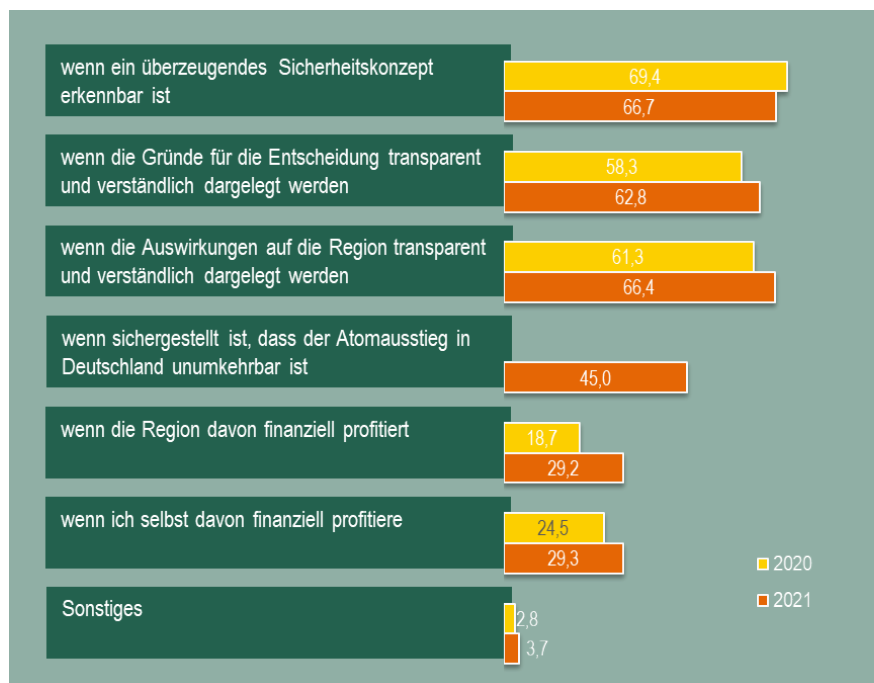
Abbildung 8-17 Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete bei den 14-29-Jährigen differenziert nach Altersgruppen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=846

Die Reihenfolge, welche Akzeptanztreiber wirksam wären, sieht bei den 14-29-Jährigen ähnlich aus wie bei den älteren Befragten. Am überzeugendsten wären ein gutes Sicherheitskonzept und die transparente Kommunikation über Entscheidungsgründe und Auswirkungen auf die Region (vgl. Abbildung 8-18). Ein deutlicher Unterschied zeigt sich erneut beim Treiber „wenn ich selbst davon finanziell profitiere“: Dieser wirkt bei den 14-29-Jährigen deutlich stärker (29 zu 13 Prozent bei den Ab-30-Jährigen). In abgeschwächter Form ist das auch für die finanzielle Entschädigung der Region der Fall (29 zu 20 Prozent).

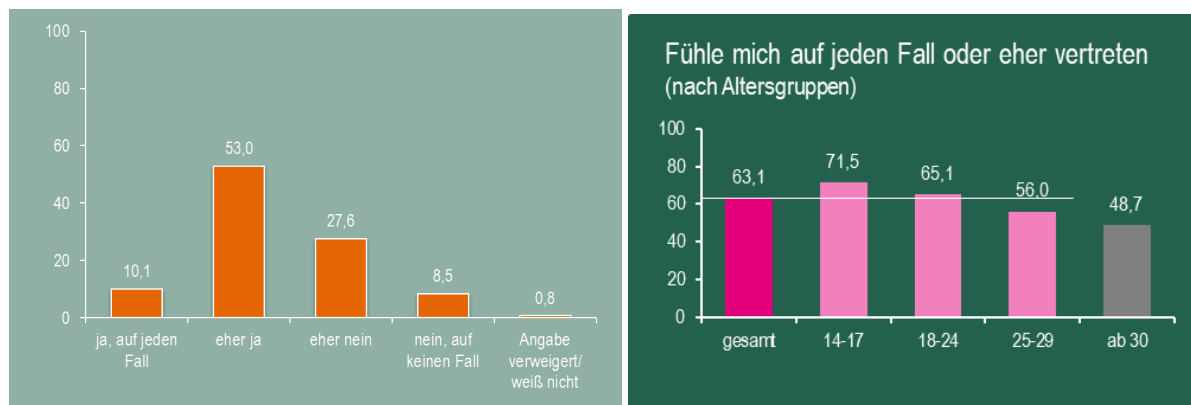
Abbildung 8-18 Mögliche Akzeptanztreiber in Bezug auf die Teilgebiete bei den 14-29-Jährigen differenziert nach Altersgruppen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=846

Die 14-29-Jährigen fühlen ihre Interessen bei der Endlagersuche besser vertreten als andere Befragte. 63 Prozent von ihnen sagen, das sei eher oder auf jeden Fall so, bei den Ab-30-Jährigen sind es 49 Prozent. Ein detaillierter Blick auf das Alter zeigt, dass dieses Gefühl bereits innerhalb der jüngeren Gruppe signifikant abnimmt. Bei den 14-17-Jährigen fühlen 72 Prozent ihre Interessen (eher) vertreten, bei den 25-29-Jährigen sind es nur 56 Prozent (vgl. Abbildung 8-19).

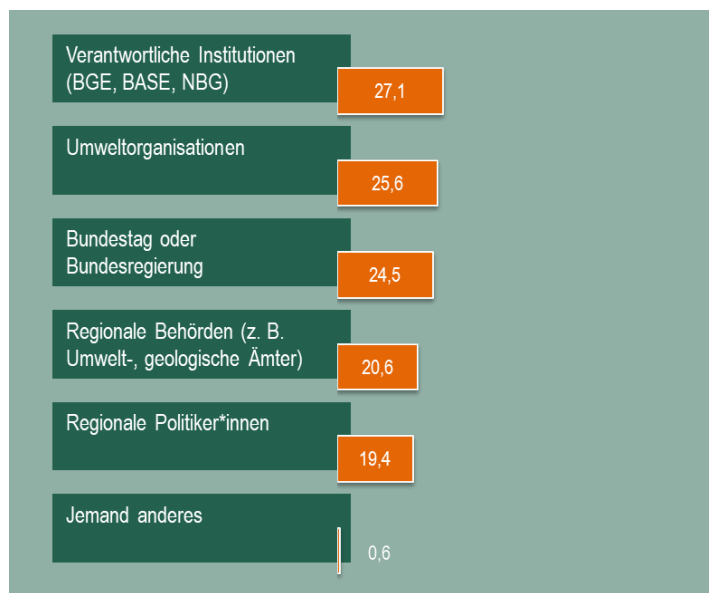
Abbildung 8-19 Vertretungsgefühl bei der Endlagersuche bei den 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=846

Das Vertretungsgefühl durch einzelne Institutionen ist bei den 14-17-Jährigen vom Prinzip her ähnlich wie in der älteren Bevölkerung. Unterschiede betragen nur wenige Prozentpunkte, die Reihenfolge ist dieselbe (vgl. Abbildung 8-20). Wie beim generellen Vertretungsgefühl fühlen sich 14-17-Jährige tendenziell stärker durch die einzelnen Institutionen vertreten. Bei den Umweltorganisationen sind es zum Beispiel 34 Prozent, aber nur 19 Prozent der 25-29-Jährigen.

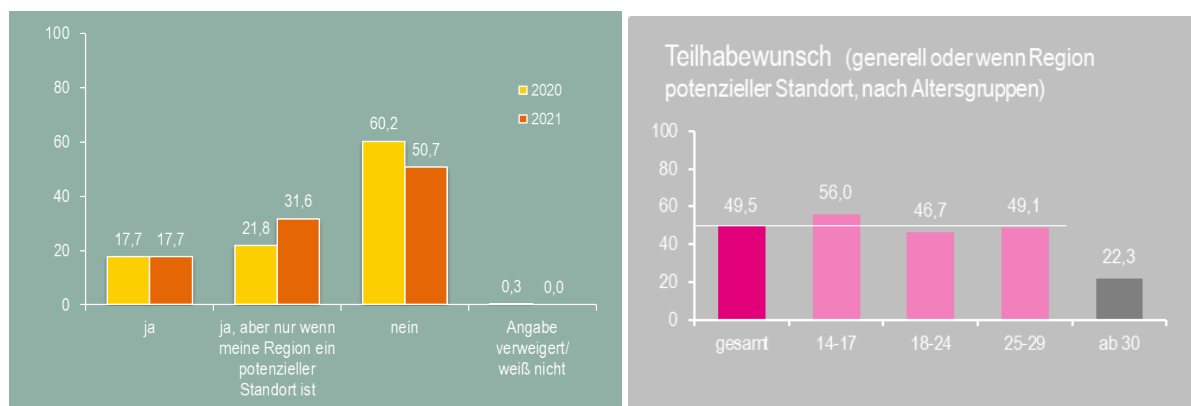
Abbildung 8-20 Vertretungsgefühl durch Institutionen bei den 14-29-Jährigen differenziert nach Altersgruppen



jeweils in Prozent aller Befragten | N=846

Der Teilhabewunsch am Suchprozess ist in der Gruppe der 14-29-Jährigen deutlich stärker als bei den älteren Befragten. 18 Prozent würden sich gern generell daran beteiligen (ab 30 Jahre 13 Prozent), 32 Prozent, wenn die eigene Region ein potenzieller Standort wäre (ab 30 Jahre 9 Prozent). Dieser zweite Wert ist gegenüber 2020 deutlich gestiegen (+10 Prozentpunkte). Der Teilhabewunsch ist bei den 14-17-Jährigen am deutlichsten ausgeprägt. 56 Prozent von ihnen würden sich generell gern beteiligen, bei den 25-29-Jährigen sind es 49 Prozent und ab dem 30. Lebensjahr 22 Prozent (vgl. Abbildung 8-21). Dieser Zusammenhang ist jedoch nicht signifikant.

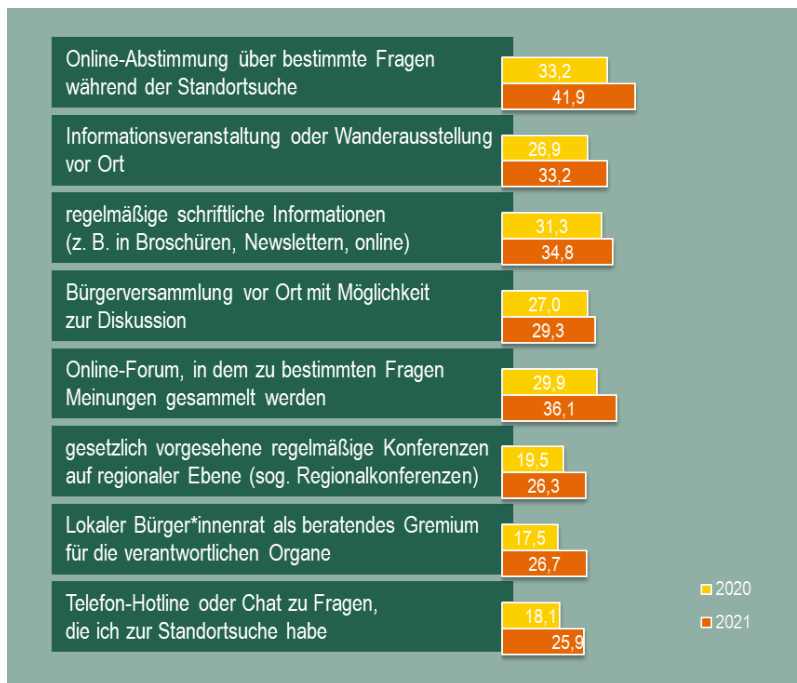
Abbildung 8-21 Teilhabewunsch am Suchprozess bei den 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=1.173, 2021/22: N=846

Von den angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten würden die 14-29-Jährigen die meisten deutlich häufiger nutzen als die Ab-30-Jährigen. Besonders sichtbar sind die Unterschiede bei den Onlineformaten: 42 Prozent würden an Online-Abstimmungen zu bestimmten Fragen während der Standortsuche teilnehmen (ab 30 Jahre 16 Prozent) und 36 Prozent ein Online-Forum nutzen (ab 30 Jahre 14 Prozent). Beide Anteile sind gegenüber 2020 deutlich gestiegen (+9 bzw. +6 Prozentpunkte). Leichte Steigerungen zeigen sich jedoch bei fast allen Beteiligungsmöglichkeiten (vgl. Abbildung 8-22). Erfahrungsgemäß ist aber davon auszugehen, dass die Formate in der Praxis weitaus weniger nachgefragt werden, als dies in Befragungen wie dieser angegeben wird.

Abbildung 8-22 Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten bei den 14-29-Jährigen



jeweils in Prozent aller Befragten | 2020: N=1.173, 2021/22: N=846

9 Soziale Repräsentationen der Endlagersuche

9.1 Das Konzept der sozialen Repräsentationen

Das Konzept der sozialen Repräsentationen haben wir im „Zwischenbericht zum aktuellen wissenschaftlichen Stand und zum methodischen Gesamtkonzept“ als bereichernd für die Analyse der Vorstellungen unterschiedlicher Gruppen von der Endlagersuche eingeführt (vgl. Götte, Sebastian / Ludewig, Yvonne 2020, 4ff.). Zum Verständnis der nachfolgenden Analysen geben wir hier erneut eine kurze Einführung in das Konzept.

Serge Moscovici (1988) entwarf seine Theorie der sozialen Repräsentationen als Weiterentwicklung von Émile Durkheims Konzept der „kollektiven Repräsentationen“. Nach Moscovici sind soziale Repräsentationen Systeme von Werten, Ideen und Praktiken, die dazu dienen, 1) eine Ordnung zu schaffen, innerhalb derer sich die Individuen der Gemeinschaft bewegen können, und 2) kommunikative Codes für den gegenseitigen Austausch zu etablieren. Soziale Repräsentationen werden also von Individuen generiert, um sich Dinge zu erklären, die für sie im Kontext ihrer Lebenswirklichkeiten und Kommunikationen wichtig sind. Sie entstehen durch eine Lücke zwischen dem, was man weiß und dem, was man nicht versteht oder erklären kann. Damit dienen sie auch dazu, im Alltag das Gewohnte aus der Vergangenheit mit dem Neuen der Gegenwart zu vereinen.

Das Konzept der „sozialen Repräsentationen“ schlägt somit eine Brücke zwischen Individuum und Gesellschaft. Sie sind zwar kollektives Gut einer bestimmten Gruppe, werden jedoch erst von deren Mitgliedern diskursiv geschaffen und weiterentwickelt. Neue Inhalte werden an den bereits bestehenden Korpus angedockt und verändern sich dabei so, dass sie anschlussfähig werden. Das sichert eine gewisse Konstanz sozialer Repräsentationen bei gleichzeitiger Fähigkeit zur Veränderung: Der bestehende Kern gesicherter Informationen bestimmt das „Framing“ – also den Deutungsrahmen –, vor dem neue Informationen interpretiert und integriert werden. Beispielhaft könnte bezogen auf die Atomkraft eine gesicherte Kerninformation sein, dass die dort verwendeten Kernbrennstäbe für Menschen potenziell gesundheitsgefährdend sind. Neu hinzu kommende Topoi, wie zum Beispiel ein geplantes Endlager für hochradioaktive Abfälle, werden vor diesem Hintergrund interpretiert. *Eine mögliche* Teilinformation bei der Integration eines solchen Endlagers in die soziale Repräsentation der Atomkraft wäre dann, dass es in großer Zahl Elemente enthält, die ein Gesundheitsrisiko für Lebewesen darstellen.

Wie diese sozialen Repräsentationen sich entwickeln, wird im oben angeführten Zwischenbericht ausgeführt. An dieser Stelle ist noch wichtig, dass diese sozialen Repräsentationen natürlich die Diskussionen über ein Thema prägen. Personengruppen gehen mit ihren Vorstellungen von diesem Thema in solche Diskussionen und haben dabei untereinander sowohl gemeinsame als auch unterschiedliche Ansichten. Grundsätzlich ist Kommunikation dann erfolgreicher, wenn die Gesprächspartner*innen eine gemeinsame Basis finden, auf der sie diskutieren können. Um eine Diskussion also fruchtbar und konstruktiv zu gestalten, wäre es sinnvoll, an den Gemeinsamkeiten der sozialen Repräsentationen anzudocken und von dort aus die Unterschiede zu ergünden. Dieser Prämisse folgend, analysieren wir im Folgenden die sozialen Repräsentationen der in Abschnitt 7 ermittelten Akzeptanzgruppen (Widerstand, Ablehnung, Befürwortung, Unterstützung, Indifferenz) vom Thema Endlagersuche. Wo liegen gemeinsame Ansichten, wo unterschiedliche? Und wie können basierend auf diesen Erkenntnissen Kommunikations- und Aushandlungsprozesse mit skeptischen Gruppen stattfinden, um die Toleranz oder Akzeptanz des Prozesses zu erhöhen?

Wir zeichnen im Folgenden zunächst die sozialen Repräsentationen der Endlagersuche in den Akzeptanzgruppen „Widerstand“ und „Unterstützung“ nach. Es handelt sich dabei um die beiden größten Gruppen, aus denen heraus mit der meisten Beteiligung am Suchprozess zu rechnen ist. Aus dem Vergleich dieser beiden Gruppen lassen sich Anhaltspunkte gewinnen, welche Maßnahmen skeptische Personen dazu bringen könnten, den Prozess der Endlagersuche stärker zu tolerieren oder gar zu unterstützen. Die beiden passiven Gruppen „Ablehnung“ und „Befürwortung“ besitzen weitgehend ähnliche Bilder wie die entsprechenden aktiven Gruppen. Einzelne Abweichungen sind aus unserer Sicht für die momentane Kommunikation nicht handlungsrelevant, so dass wir sie hier nicht darstellen.

9.2 Soziale Repräsentation der Endlagersuche in der Akzeptanzgruppe „Widerstand“

Demografisch gesehen ist die Gruppe „Widerstand“ eher weiblich (60 Prozent), hat eine durchschnittliche Altersverteilung und hat einen geringeren Bildungsgrad als die Unterstützer*innen (32 zu 42 Prozent (Fach-)Hochschulreife).

Ebene des Vorstellungsfelds

Die Hälfte der Befragten dieser Gruppe meint, dass der Suchprozess dynamisch und ohne gesetzliche Regelungen erfolgt. Das StandAG als Regelungswerk nennen weniger Personen als z. B. in der Gruppe der Unterstützer*innen (33 Prozent). Die relative Mehrheit glaubt, dass eine Abteilung des BMUV für den Prozess verantwortlich ist (44 Prozent), knapp jede*r Dritte dass es die drei Akteure BGE, BASE und NBG sind. Bei den Fragen zum aktuellen Stand des Prozesses gibt es nur wenig charakteristische Abweichungen. Eine davon ist, dass weniger Befragte als auf der Akzeptanzseite der Matrix den Prozess in einem frühen Stadium sehen (58 Prozent). Deutlicher werden die Eigenheiten der Gruppe bei den vermuteten Ausschlusskriterien und dem Beteiligungswissen. Als Ausschlusskriterien werden in der Gruppe „Widerstand“ häufiger unverhältnismäßig hohe Kosten, Wohngebiete im 20-km-Umkreis und Proteste der lokalen Bevölkerung vermutet – also Kriterien, die stark die Belastung durch das Endlager betonen. Die Gruppe vermutet außerdem häufiger, dass es direkte Mitentscheidungsmöglichkeiten und ein Vetorecht der betroffenen Kommunen gibt. Hier wird deutlich, dass die Gruppe Beteiligung vor allem als Verhinderungsmöglichkeit betrachtet.

Ebene der Einstellungen

Natürlich wird die Endlagersuche in der Gruppe „Widerstand“ unterdurchschnittlich begrüßt. 70 Prozent befürworten sie, in der Gruppe „Unterstützung“ sind es 90 Prozent. Gleichzeitig begrüßen 80 Prozent der Gruppe „Widerstand“ den Atomausstieg, das sind deutlich mehr als in den anderen Gruppen. Dies lässt vermuten, dass eine generelle Skepsis gegenüber Radioaktivität besteht. Besonders deutlich wird dieses Risikobewusstsein bei der Frage, wie riskant der Betrieb eines Endlagers in der eigenen Region gesehen wird: 86 Prozent der Gruppe „Widerstand“ erachten ihn als sehr oder ziemlich riskant, in der Gruppe „Unterstützung“ liegt dieser Wert nur knapp halb so hoch. Auch im Allgemeinen sind die Befragten in dieser Gruppe signifikant risikoaverser als in den Gruppen „Befürwortung“ und „Unterstützung“. Entsprechend befindet sich unter den Top-3-Standortkriterien, dass der Standort möglichst fern von Wohngebieten sein sollte. Dies ist in den Gruppen „Befürwortung“ und „Unterstützung“ nicht der Fall.

Das Vertrauen in das BASE und vor allem in die BGE ist in der Gruppe „Widerstand“ geringer als bei den Unterstützer*innen. Dem BASE vertrauen 66 Prozent sehr oder eher stark (Gruppe „Unterstützung“ 78 Prozent), der BGE 60 Prozent (Gruppe „Unterstützung“ 74 Prozent). Dafür ist das Vertrauen in das NBG höher (68 Prozent vs. 55 Prozent). Die Befragten der Gruppe „Widerstand“ fühlen sich und ihre Interessen im Prozess der Endlagersuche deutlich seltener vertreten (38 Prozent auf jeden Fall oder eher vs. 64 Prozent in der Gruppe „Unterstützung“). Dies gilt übrigens sowohl für die beteiligten Institutionen (17 Prozent Vertretungsgefühl) wie auch für NROs im Bereich Umwelt (21 Prozent). Der Teilhabewunsch ist in dieser Gruppe am höchsten (30 Prozent) und liegt etwa gleichauf mit dem in der Gruppe „Unterstützung“.

Ebene der Informiertheit

Die Gruppe „Widerstand“ fühlt sich deutlich schlechter informiert über den Prozess der Endlagersuche als die Gruppe „Unterstützung“. 28 Prozent geben ihre Informiertheit als sehr oder eher gut an, bei den Unterstützer*innen sind es 45 Prozent. Allerdings findet auch die aktive Informationssuche seltener statt (30 zu 40 Prozent). Entsprechend besitzt diese Gruppe auch einen weniger gut gesicherten Wissensbestand über die Endlagersuche. Wie in allen Gruppen sind die drei wichtigsten Themen, über die man gern mehr erfahren möchte, die Auswirkungen auf zukünftige Generationen und den Standort sowie die Sicherstellung der Langzeitsicherheit. Als die Top-3 vertrauenswürdigen Informationsquellen benennen die Befragten in dieser Gruppe die Wissenschaft, Freunde und Bekannte sowie NROs, die sich um Umweltthemen kümmern.

Gesamtbild

Insgesamt zeichnet die Gruppe „Widerstand“ ein Bild von der Endlagersuche, das sich stärker als andere an Risiken orientiert. Außerdem ist es von Skepsis gegenüber dem Prozess und gegenüber den beteiligten Institutionen geprägt. Es basiert eher als die Bilder anderer Gruppen auf falschen Annahmen. Beteiligungsmöglichkeiten werden stärker eingefordert als in anderen Gruppen. Das Bild speist sich eher aus Informationen aus dem eigenen Umfeld und von zivilgesellschaftlichen Organisationen.

9.3 Soziale Repräsentation der Endlagersuche in der Akzeptanzgruppe „Unterstützung“

Demografisch betrachtet besteht die Gruppe „Unterstützung“ aus etwas mehr Männern als Frauen (56 Prozent), hat eine durchschnittliche Altersstruktur und einen höheren Bildungsgrad (42 Prozent (Fach-)Hochschulreife).

Ebene des Vorstellungsfelds

Jeweils gleich große Anteile dieser Gruppe meinen, dass der Suchprozess dynamisch und ohne gesetzliche Regelungen erfolgt bzw. durch das StandAG geregelt ist (je 44 Prozent). Die relative Mehrheit hält die drei Akteure BGE, BASE und NBG für den Prozess verantwortlich (42 Prozent), gut jede*r Dritte eine Abteilung des BMUV. Zwei Drittel sehen den Prozess der Standortsuche noch in einem frühen Stadium, 80 Prozent wissen von der Veröffentlichung der Teilgebiete im Herbst 2020. 61 Prozent sehen Bürger*innenbeteiligung als einen wichtigen Erfolgsfaktor für die Standortsuche. Sowohl die vermuteten Ausschlusskriterien als auch Beteiligungsmöglichkeiten ähneln in dieser Gruppe stärker den tatsächlich vorhandenen. Dennoch meinen auch

hier 28 Prozent, dass es eine direkte Mitentscheidungsmöglichkeit gäbe, 39 Prozent vermuten ein Vetorecht betroffener Kommunen.

Ebene der Einstellungen

90 Prozent der Gruppe „Unterstützung“ begrüßen die Endlagersuche, knapp zwei Drittel auch den Atomausstieg in Deutschland. Das Risiko des Betriebs eines Endlagers in der eigenen Region hält diese Gruppe für überschaubar: 59 Prozent bezeichnen es als gering oder nicht vorhanden. Auch im Allgemeinen sind die Befragten in dieser Gruppe signifikant risikoaffiner als in den Gruppen „Ablehnung“ und „Widerstand“.

Die Top-3-Standortkriterien sind langfristig sichere Verwahrung, sichere Transportwege und eine transparente Entscheidung. Letztere wird in den Gruppen „Ablehnung“ und „Widerstand“ nicht ganz so stark betont. Das Vertrauen in das BASE und die BGE sind in dieser Gruppe am höchsten (78 und 74 Prozent). Knapp zwei Drittel der Gruppe „Unterstützung“ fühlen sich und ihrer Interessen im Prozess der Endlagersuche auf jeden Fall oder eher vertreten, 34 Prozent durch die verantwortlichen Institutionen und 28 Prozent durch NROs im Bereich Umwelt. Für beide Akteure ist das der Höchstwert über alle Gruppen. Der Teilhabewunsch liegt in dieser Gruppe mit 29 Prozent etwa so hoch wie der in der Gruppe „Widerstand“.

Ebene der Informiertheit

Die Gruppe „Unterstützung“ fühlt sich von allen Gruppen mit Abstand am besten informiert. 45 Prozent geben ihre Informiertheit als sehr oder eher gut an, aktiv nach Informationen haben bereits 40 Prozent gesucht. Entsprechend besitzt diese Gruppe im Vergleich zu den anderen den korrektesten Wissensbestand über die Endlagersuche. Wie in allen Gruppen sind die drei wichtigsten Themen, über die man gern mehr erfahren möchte, die Auswirkungen auf zukünftige Generationen und den Standort sowie die Sicherstellung der Langzeitsicherheit. Als die Top-3 vertrauenswürdigen Informationsquellen benennen die Befragten in dieser Gruppe die Wissenschaft, für die Endlagersuche verantwortliche Behörden sowie NROs, die sich um Umweltthemen kümmern.

Gesamtbild

Insgesamt zeichnet die Gruppe „Unterstützung“ ein Bild von der Endlagersuche, das stärker von Vertrauen in die Technik der Endlagerung, den Prozess der Standortsuche und die handelnden Akteure geprägt ist als bei anderen Gruppen. Entsprechend wiegen Faktoren nicht so stark, die sich auf die Verhinderung des Endlagers in der eigenen Region beziehen. Für ihre Informationen verlässt sich diese Gruppe vorrangig auf offizielle Quellen und sucht auch aktiver nach ihnen. Der Teilhabewunsch ist ähnlich hoch wie in der Gruppe „Widerstand“.

9.4 Soziale Repräsentation der Endlagersuche in der Akzeptanzgruppe „Indifferenz“

In der Gruppe „Indifferenz“ sind die Altersgruppen ab 40 Jahren aufwärts überdurchschnittlich stark vertreten. Etwa die Hälfte der Personen besitzt einen Volks- oder Hauptschulabschluss, nur 25 Prozent die Mittlere oder (Fach-) Hochschulreife. Sie sind damit die Gruppe mit dem niedrigsten formalen Bildungsabschluss.

Ebene des Vorstellungsfelds

Die Gruppe der „Indifferenten“ weiß am besten, dass die Endlagersuche durch das StandAG geregelt ist (59 Prozent). Jedoch hält nur jede:r Dritte die drei Akteure BGE, BASE und NBG für den Prozess verantwortlich (42 Prozent), 49 Prozent hingegen eine Abteilung des BMUV. Bei der Frage, in welchem Stadium sich der Suchprozess gerade befindet, werden drei der vier präsentierten Aussagen von rund der Hälfte dieser Gruppe für richtig befunden. Nur dass es bereits einen Vorschlag für einen Standort gibt, lehnen 62 Prozent von ihnen ab. Nur 30 Prozent der Indifferenten sehen Bürger:innenbeteiligung als einen wichtigen Erfolgsfaktor für die Standortsuche – das ist der geringste Wert unter allen Gruppen. Insgesamt herrscht außerdem die geringste Kenntnis der Ausschlussfaktoren nach StandAG und mit Abstand die geringste Kenntnis der beteiligten Institutionen (BGE 20 Prozent, BASE 23 Prozent, NBG 9 Prozent).

Ebene der Einstellungen

Nur 58 Prozent der Gruppe „Indifferenz“ begrüßen die Endlagersuche, das sind noch etwas weniger als in der Gruppe „Widerstand“. Den Atomausstieg in Deutschland unterstützen hier 74 Prozent. Die Risikowahrnehmung beim Betrieb eines Endlagers ist in dieser Gruppe am höchsten: 63 Prozent vermuten ein sehr hohes Risiko, 16 Prozent ein ziemlich hohes. Auch allgemein sind risikoaverse Personen vorherrschend (63 Prozent).

Die Top-3-Standortkriterien sind langfristig sichere Verwahrung, sichere Transportwege und ein Standort fern von Wohngebieten. Eine schnelle Standortentscheidung ist hingegen unwichtiger als in anderen Gruppen. Das Vertrauen in das BASE, die BGE und das NBG sind in dieser Gruppe mit Abstand am geringsten (32 Prozent, 34 Prozent und 32 Prozent sehr bzw. eher stark). Entsprechend fühlen nur 24 Prozent sich und ihre Interessen im Prozess der Endlagersuche auf jeden Fall oder eher vertreten, die allermeisten von ihnen durch regionale Behörden, wie geologische oder Umweltämter (61 Prozent). Der Teilhabewunsch liegt in dieser Gruppe mit 20 Prozent unter dem Durchschnitt.

Ebene der Informiertheit

Die Gruppe „Indifferenz“ fühlt sich von allen Gruppen am schlechtesten informiert. Keine Person bezeichnet ihre Informiertheit als sehr gut, 13 Prozent als eher gut. Allerdings haben bisher auch nur 11 Prozent der Gruppe aktiv nach Informationen gesucht. Wie in allen Gruppen sind die drei wichtigsten Themen, über die man gern mehr erfahren möchte, die Auswirkungen auf zukünftige Generationen und den Standort sowie die Sicherstellung der Langzeitsicherheit. Als die Top-3 vertrauenswürdigen Informationsquellen benennen die Befragten in dieser Gruppe NROs, die sich um Umweltthemen kümmern, Journalist:innen und Wissenschaftler:innen.

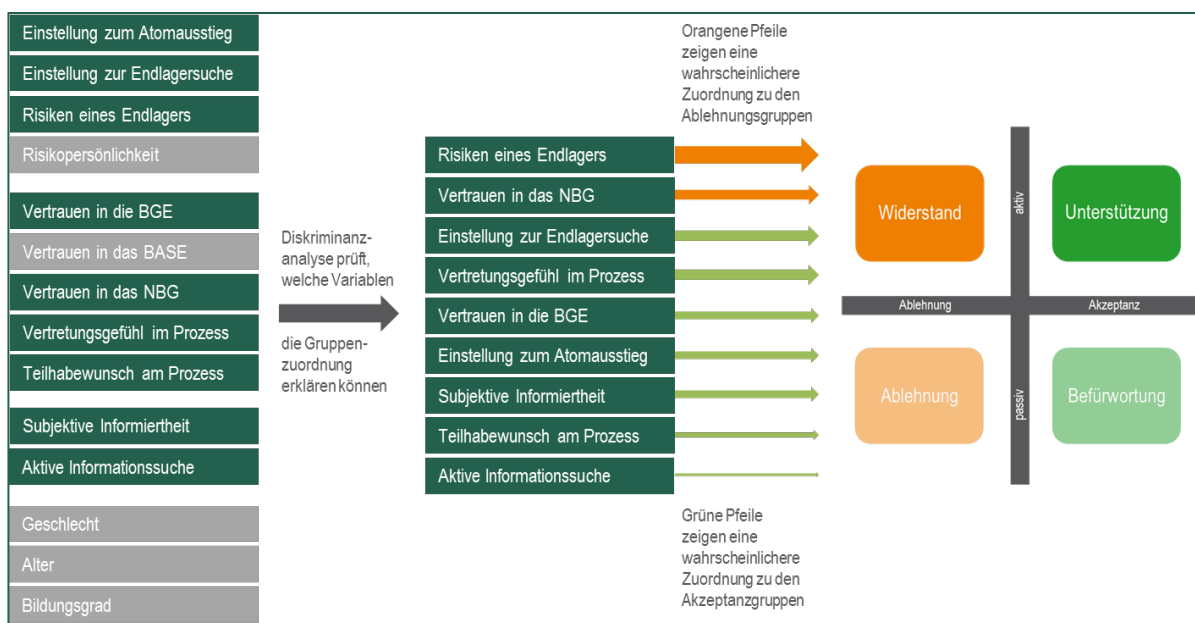
Gesamtbild

Die Gruppe „Indifferenz“ ist damit eine, die sowohl mit Blick auf den Wissensbestand als auch das Vertrauen relativ weit entfernt von der Endlagersuche ist. Informationsaktivitäten sind sporadisch, das Thema Endlagersuche scheint kaum Bedeutung zu besitzen. Entsprechend gibt es bisher nur einen geringen Teilhabewunsch. Das geringe Vertrauen in die beteiligten Akteure dürfte eher in deren Unbekanntheit als in einer kritischen Einstellung begründet sein. Für Informationen zur Endlagersuche ist die Gruppe über klassische Medien, aber auch zivilgesellschaftliche Akteure gut erreichbar.

9.5 Einflussfaktoren auf die Gruppenzuordnung

Die hier charakterisierten Gruppen wurden aus einem Aussagenset gebildet, das hypothetische Verhaltensweisen bei der Auswahl der eigenen Region für die überträgige Erkundung abfragte (vgl. Abschnitt 7.2). Neben der deskriptiven Beschreibung dieser Gruppen kann auch interessant sein, welche der relevanten Einstellungen zur Endlagersuche die Zuordnung zu diesen Gruppen am stärksten beeinflussen. Oder anders: Welche Einstellungen müsste man zu ändern versuchen, damit zum Beispiel Personen in der Gruppe „Widerstand“ guten Gewissens zu Befürworter*innen oder sogar Unterstützer*innen werden können. Dazu haben wir eine Diskriminanzanalyse durchgeführt, in die verschiedene aus unserer Sicht relevante Einstellungsvariablen eingegangen sind. Die Diskriminanzanalyse prüft, welche davon statistisch einen signifikanten Einfluss auf die Gruppenzuordnung haben und wie groß dieser ist. Abbildung 9-1 zeigt sowohl den Ablauf als auch die Ergebnisse der Diskriminanzanalyse. Auf der linken Seite stehen alle Variablen, die wir für die Analyse ausgewählt haben. Vier davon stammen aus dem Themenkomplex Einstellung zur Kernkraft und Risikowahrnehmung, fünf entstammen dem Komplex Vertrauen und Teilhabe, zwei der Informiertheit und drei der Demografie. Zunächst prüft die Diskriminanzanalyse, welche der Variablen die Gruppenzuordnung erklären können. Die grau dargestellten fünf Variablen wurden in diesem Schritt ausgeschlossen. Bei den restlichen Variablen wurde die Stärke der Wahrscheinlichkeit berechnet, mit der sie die Gruppenzuordnung vorhersagen können. Die Variablen sind in der Mitte der Grafik nach dieser Stärke absteigend sortiert. Der berechnete Einfluss kann in zwei Richtungen wirken: Orangene Pfeile zeigen an, dass mit steigender Ausprägung dieser Variable die Zuordnung in Richtung Ablehnung und Widerstand wahrscheinlicher ist. Grüne Pfeile zeigen umgekehrt eine wahrscheinlichere Zuordnung in Richtung Befürwortung und Unterstützung.

Abbildung 9-1 Ablauf und Ergebnis der Diskriminanzanalyse zur Gruppenzuordnung



Konkret bedeutet das: Die größte Zuordnungswahrscheinlichkeit hat die Frage, wie risikoreich eine Person den Betrieb eines Endlagers in ihrer Region einschätzt. Je höher dieses subjektive Risiko ist, desto eher befindet sie sich in einer der ablehnenden Gruppen (standardisierter kanonischer Diskriminanzfunktionskoeffizient⁶ = 0,712).

⁶ Der standardisierte kanonische Diskriminanzfunktionskoeffizient gibt die Stärke des Beitrags einer Variable zur Vorhersage der Gruppenzuordnung an. Je höher er ist, desto stärker ist der Beitrag.

Die zweithöchsten Beiträge leisten mit deutlichem Abstand die Variablen Vertrauen in das NBG (0,282), Einstellung zur Endlagersuche (0,292) und Vertretungsgefühl im Prozess (0,248). Je höher das Vertrauen in das NBG ist, desto wahrscheinlicher befindet sich die Person in einer der ablehnenden Gruppen. Bei den anderen beiden Variablen ist der Zusammenhang umgekehrt: Je stärker eine Person die Endlagersuche befürwortet und je besser sie ihre Interessen im Prozess vertreten sieht, desto wahrscheinlicher ist sie in einer der akzeptierenden Gruppen zu finden. In einer dritten Gruppe befinden sich die Variablen Vertrauen in die BGE (0,190), Einstellung zum Atomausstieg (0,180) und subjektive Informiertheit (0,145). Auch bei diesen gilt: Je positiver diese ausgeprägt sind, desto wahrscheinlicher befindet sich die Person in einer der akzeptierenden Gruppen. Am Ende der Liste stehen der Teilhabewunsch am Prozess (0,089) und mit kaum messbarer Wirkung die aktive Informationssuche (0,013).

9.6 Zusammenfassende Bewertung

Aus der Charakterisierung der Gruppen und der Diskriminanzanalyse ergibt sich, dass sich die Frage von Unterstützung/Befürwortung oder Bekämpfung/Ablehnung des aktuellen Prozesses der Endlagersuche vor allem am konkreten Sicherheitsempfinden entscheidet. Ist eine Person der Meinung, dass der Betrieb eines Endlagers in der eigenen Umgebung sicher ist oder nicht? Die Antwort auf diese Frage fällt positiver aus, je bekannter die Fakten rund um den Suchprozess sind. Das lässt darauf schließen, dass die permanente Streuung von Informationen rund um diesen Prozess ein wichtiger Beitrag zur Vertrauensbildung ist.

Aktuell scheint die Frage der aktiven Teilhabe nur eine Nebenrolle zu spielen, zumindest was die Förderung von Akzeptanz für ein Endlager betrifft. Sie wird von einer relevanten Minderheit der Befragten gewünscht – verstärkt sowohl in der Gruppe „Widerstand“ als auch in der Gruppe „Unterstützung“. Damit diese Teilhabe vor allem in der Gruppe „Widerstand“ konstruktiv wird, ist es wichtig, über transparente Information vertrauensbildende Prozesse zu fördern.

Die ablehnenden Gruppen haben dabei zunächst weniger Vertrauen in Informationen, die von den verantwortlichen Behörden herausgegeben werden. Bei ihnen rangieren Freunde und Bekannte noch vor diesen Institutionen. In allen Gruppen vertrauenswürdige Multiplikatoren sind die Wissenschaft und Umwelt-NROs. Sie sollten bei der Verteilung von Informationen zum Suchprozess ins Boot geholt werden. Da vor allem NROs den Prozess auch kritisch begleiten, wäre eine konstruktive „Informationspartnerschaft“ in mehrfacher Hinsicht vorteilhaft. Sie zeigt das Bekenntnis zum lernenden Prozess, fördert Transparenz und erreicht Bürger*innen, die den verantwortlichen Behörden momentan noch nicht ausreichend vertrauen. Auch das Nationale Begleitgremium kann unterstützen, da es bei den ablehnenden Gruppen ein gewisses Vertrauen besitzt, das BGE und BASE dort nicht unbedingt haben.

Um das entscheidende Risikogefühl beim Betrieb eines Endlagers positiv zu beeinflussen, ist vor allem Sicherheitskommunikation notwendig. Alle Gruppen wünschen sich Informationen über die Auswirkungen des Endlagers auf zukünftige Generationen und die Region sowie die konkrete Sicherstellung der Langzeitsicherheit. Hier ist eine niedrigschwellige und fundierte, aber auch selbstkritische und ehrliche Kommunikation sinnvoll. Sicherheit entsteht, wenn jemand weiß, was er*sie tut, aber auch offenlegt, was noch unklar ist. Die Suche nach einem Standort für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle ist für alle eine Premiere. Und um einen Claim der Auftraggeberin aufzugreifen: Nur gemeinsam schreiben wir ein überzeugendes letztes Kapitel.

10 Methodenbericht

Die Durchführung der Erhebung lag in der Verantwortung von approxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH. In enger Abstimmung mit den verantwortlichen Mitarbeiter:innen beim BASE haben wir den Fragebogen erstellt, anschließend eigenverantwortlich Stichprobenziehung, Durchführung der Interviews und anschließende Auswertung geleistet. Da es sich bei den Fragen zum Großteil um die gleichen Fragen wie in der Erstbefragung handelte, wurde der Fragebogen diesmal keinem Pretest unterzogen.

10.1 Design und Struktur der Stichprobe

Grundgesamtheit der Studie sind alle Einwohner:innen in Deutschland ab 14 Jahren. Die Ziehung der Stichprobe erfolgte mittels des Auswahlrahmens für Telefonbefragungen der Arbeitsgemeinschaft ADM-Stichproben (so genannte „ADM-Stichprobe“, weitere Informationen unter <https://www.adm-ev.de/leistungen/arbeitsgemeinschaft-adm-stichproben/>). Die ADM-Stichprobe ist die derzeit in Deutschland hochwertigste telefonische Zufallsstichprobe und basiert auf den Eckdaten des Nummernraums, den die Bundesnetzagentur den Telefonanbietern zur Verfügung stellt und verwaltet. Über ein spezielles Verfahren werden auf Basis dieses Nummernraums alle prinzipiell in Deutschland nutzbaren Telefonnummern erzeugt. Die Stichprobe ist also unabhängig davon, ob eine Telefonnummer in einem öffentlichen Verzeichnis gelistet ist oder nicht.

Die Erreichbarkeit der deutschen Wohnbevölkerung über einen Festnetzanschluss sinkt in den letzten Jahren kontinuierlich. Nach guter wissenschaftlicher Praxis gilt eine theoretische Mindestabdeckung von 85 Prozent einer Zielgruppe als Voraussetzung für repräsentative Erhebungen. Aktuellen Zahlen zufolge ist dies über eine reine Festnetzstichprobe zunehmend nicht mehr gewährleistet. Deshalb hat der ADM seinen Telefonauswahlrahmen so erweitert, dass Mobilfunknummern methodisch sauber und effizient integriert werden können. Dieser so genannte „Dual Frame“-Ansatz verwendet für Stichproben eine Nummernmischung von 70 Prozent Festnetz- und 30 Prozent Mobilfunknummern. Durch spezielle Designfragen und Gewichtungsmechanismen wird trotz der Verwendung von zwei unterschiedlichen Nummernframes am Ende eine repräsentative Gesamtstichprobe erzeugt.

Die Festnetznummern sind mit regionalen Zuordnungen versehen, die es erlauben, bis auf Ebene der Gemeindekennziffer - und bei einer Reihe von Großstädten bis auf Stadtteilebene - regional zu schichten. Darüber hinaus sind bei einem Großteil der Nummern Kennzeichnungen für private oder geschäftliche Nutzung verfügbar. Bei den Mobilfunknummern erfolgt die regionale Zuordnung zu einem Bundesland und zu einer BIK-Größenklasse durch Befragung der Probanden. Die BIK-Größenklasse kann dabei über die PLZ bzw. den Wohnort zugeordnet werden.

Die Auswahl der Zielpersonen in den Haushalten erfolgte nach einem Zufallsverfahren. („Last Birthday“). Wir haben nur diejenige Person im Haushalt befragt, die zuletzt Geburtstag hatte und mindestens 14 Jahre alt war.

Nach dem Ende der Feldphase wird in den meisten Fällen ein nochmaliger Eingriff in die Stichprobe notwendig, um die Daten repräsentativ für die gewünschte Grundgesamtheit zu machen. Trotz der Prämisse, dass die generierte Stichprobe bereits ein verallgemeinerbares Abbild ihrer Generierungsgrundlage sein sollte, kommt es durch verschiedene Faktoren während der Feldphase (z. B. unterschiedliche Erreichbarkeiten der Zielpersonen)

zu leichten Verzerrungen, die durch eine nachträgliche mathematische Strukturgewichtung ausgeglichen werden. Die ungewichteten Werte stellen die in der Befragung erhobenen dar. Diese werden durch die Gewichtung an die tatsächliche Verteilung in der Grundgesamtheit angeglichen.

Die Gewichtung in der vorliegenden Studie erfolgte in einem mehrstufigen Verfahren. Zunächst wurden die unterschiedlichen Auswahlchancen bereinigt. Hier fließt ein, über wie viele Festnetz- und Handynummern ein Haushalt erreichbar ist. Anschließend wurde eine proportionalisierende Transformation durchgeführt, um beide Teilstichproben (Mobil- und Festnetz) entsprechend ihres Anteils in der Grundgesamtheit zusammenzuführen. Dadurch wurden Effekte, die auf das Befragungsmedium zurückzuführen sind, ausgeglichen. Im letzten Schritt erfolgte die Anpassung der demographischen Strukturen. Dabei wurden die demographischen Merkmale Alter, Geschlecht, Haushaltsgröße, Bildung, BIK-Klasse und Bundesland herangezogen.

Wie in der ersten Welle wurde die Bevölkerungsstichprobe um eine Onlinebefragung in der Altersgruppe der 14-29-Jährigen ergänzt. Die Daten aus beiden Erhebungen wurden im Datensatz zusammengeführt und anschließend entsprechend der Grundgesamtheit gewichtet. Zudem wurde die Gruppe der 14-29-Jährigen für Auswertungen innerhalb dieser Gruppe separat gewichtet.

Besonderheit der zweiten Befragungswelle war die Ergänzung der repräsentativen Erhebung um 500 Interviews in vier Landkreisen, in denen die Diskussion um das Thema bereits ausgeprägter ist (Rotenburg (Wümme), Emsland, Wunsiedel und Schwandorf). Die Auswahl der Fokusregionen stützte sich zum einen auf Ergebnisse zweier interner Medieninhaltsanalysen, die das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) zwischen 2020 und 2022 im Auftrag des BASE parallel zur Fachkonferenz Teilgebiete durchgeführt hat. Diese haben gezeigt, dass das Medieninteresse in Bayern und Niedersachsen stärker ausgeprägt war als in allen anderen Bundesländern. Dabei war festzustellen, dass in Bayern ein Fokus auf Vertreter:innen der Kommunen lag, während Artikel in Niedersachsen eher über Bürgerinitiativen berichteten. Die vier in der Befragung fokussierten Landkreise wurden ausgewählt, weil es dort kommunale oder zivilgesellschaftlichen Initiativen gibt, die sich besonders aktiv in die Debatte um die Endlagersuche einbringen, die Bevölkerung informieren und somit den Diskurs vor Ort womöglich prägen. Beide Stichproben wurden getrennt voneinander gewichtet. In der Sonderstichprobe wurden alle Landkreise einzeln nach Geschlecht, Alter und BIK-Größenklasse behandelt.

Durch die Gewichtung stimmt die Merkmalsverteilung innerhalb der Stichprobe hinsichtlich der Gewichtungsmerkmale mit der Grundgesamtheit überein. Die Stichprobe ist dann bezüglich dieser Merkmale repräsentativ für diese Grundgesamtheit. Wir gehen davon aus, dass dann auch die in der Stichprobe ermittelten anderen Ergebnisse innerhalb der weiter unten angegebenen Fehlertoleranzgrenzen so in der deutschen Wohnbevölkerung bzw. in der Bevölkerung der ausgewählten Landkreise gültig sind.

Wie aus den Tabellen 10-1 bis 10-6 zu erkennen ist, unterscheiden sich die Verteilung bei Alter, Geschlecht, Haushaltsgröße, Bildung, BIK-Klasse und Bundesland in der gewichteten Stichprobe nicht wesentlich von der in der Grundgesamtheit. Die Stichprobe ist somit hinsichtlich dieser Parameter repräsentativ für die Wohnbevölkerung ab dem 14. Lebensjahr in Deutschland. Die Tabellen 10-7 bis 10-18 zeigen die Stichprobenparameter für die Landkreise der Sonderstichprobe.

🇩🇪 Deutschlandweite Bevölkerungstichprobe

Tabelle 10-1: Stichprobe Gesamtbevölkerung: Altersverteilung gewichtet und ungewichtet

Alter	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
14 - 29 Jahre	19,4	19,6	13,8
30 - 39 Jahre	15,0	15,1	11,9
40 - 49 Jahre	13,9	14,0	14,3
50 - 64 Jahre	26,4	26,6	32,8
65 Jahre und älter	25,2	24,8	27,1
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Tabelle 10-2: Stichprobe Gesamtbevölkerung: Geschlecht gewichtet und ungewichtet

Geschlecht	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	Ungewichtet
männlich	49,0	48,6	53,3
weiblich	51,0	51,4	46,7
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Tabelle 10-3: Stichprobe Gesamtbevölkerung: Bildungsgrad gewichtet und ungewichtet

Bildungsstand	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
ohne Schulabschluss	4,1	3,9	0,6
Volks-/Hauptschule (8./9. Klasse)	26,1	25,7	10,0
Mittlere Reife	30,9	30,8	22,2
(Fach-)Hochschulreife	35,4	35,5	66,0
noch Schüler/in	3,5	4,1	1,2
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Tabelle 10-4: Stichprobe Gesamtbevölkerung: Haushaltsgröße gewichtet und ungewichtet

Haushaltsgröße	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
1-Personen-Haushalt	20,0	19,4	23,7
2-Personen-Haushalt	33,5	33,4	40,6
3-Personen-Haushalt	18,0	18,8	16,4
4-Personen-Haushalt	19,3	19,2	13,1
5 Personen und mehr	9,2	9,1	6,3
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Tabelle 10-5: Stichprobe Gesamtbevölkerung: BIK-Klassen gewichtet und ungewichtet

BIK-Größenklasse	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
BIK 1	1,2	1,3	1,1
BIK 2	1,8	1,6	1,5
BIK 3	7,8	7,5	6,3
BIK 4	11,0	10,2	9,0
BIK 5	8,7	9,9	7,2
BIK 6	2,2	2,0	2,4
BIK 7	14,9	14,8	12,1
BIK 8	14,9	15,0	14,7
BIK 9	9,6	9,8	9,9
BIK 10	27,8	27,9	36,0
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Tabelle 10-6: Stichprobe Gesamtbevölkerung: Bundesland gewichtet und ungewichtet

Bundesland	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
Schleswig-Holstein	3,5	4,4	3,2
Hamburg	2,2	3,0	3,1
Niedersachsen	9,6	8,9	7,8
Bremen	0,8	0,6	0,6
Nordrhein-Westfalen	21,5	22,0	18,9
Hessen	7,5	6,9	6,8
Rheinland-Pfalz	4,9	5,1	3,9
Baden-Württemberg	13,3	12,8	10,9
Freistaat Bayern	15,8	15,2	19,7
Saarland	1,2	2,1	1,0
Berlin	4,4	3,7	7,2
Brandenburg	3,1	3,2	3,6
Mecklenburg-Vorpommern	2,0	2,0	1,8
Freistaat Sachsen	4,9	4,4	6,1
Sachsen-Anhalt	2,7	2,9	2,5
Thüringen	2,6	2,8	3,0
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Regionale Sonderstichprobe

Tabelle 10-7: Sonderstichprobe Landkreis Rotenburg (Wümme): Alter, Geschlecht und BIK-Klasse

Alter	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
14 - 29 Jahre	19,8	19,8	12,7
30 - 39 Jahre	13,4	13,4	12,7
40 - 49 Jahre	13,7	13,7	8,7
50 - 64 Jahre	28,2	28,2	34,9
65 Jahre und älter	24,9	24,9	31,0
Gesamt	100	100	100

Geschlecht	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
männlich	50,0	50,0	52,4
weiblich	50,0	50,0	47,6
Gesamt	100	100	100

BIK	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
BIK 1	2,3	2,8	3,2
BIK 2	1,8	2,6	2,4
BIK 3	11,6	11,0	11,9
BIK 4	63,5	63,4	68,3
BIK 9	20,8	20,2	14,3
Gesamt	100	100	100

Tabelle 10-8: Sonderstichprobe Landkreis Emsland: Alter, Geschlecht und BIK-Klasse

Alter	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
14 - 29 Jahre	19,8	19,8	13,6
30 - 39 Jahre	13,6	13,6	13,6
40 - 49 Jahre	13,4	13,4	16,0
50 - 64 Jahre	24,9	24,9	24,8
65 Jahre und älter	28,4	28,4	32,0
Gesamt	100	100	100

Geschlecht	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	Ungewichtet
männlich	54,3	54,3	53,6
weiblich	45,7	45,7	46,4
Gesamt	100	100	100

BIK	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	Ungewichtet
BIK 1	2,9	2,8	4,8
BIK 2	4,7	4,7	8,8
BIK 3	14,1	13,7	16,0
BIK 4	0,2	0,7	0,8
BIK 5	78,1	78,1	69,6
Gesamt	100	100	100

Tabelle 10-9: Sonderstichprobe Landkreis Schwandorf: Alter, Geschlecht und BIK-Klasse

Alter	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	Ungewichtet
14 - 29 Jahre	19,6	19,6	11,7
30 - 39 Jahre	14,3	14,3	11,7
40 - 49 Jahre	14,5	14,5	13,3
50 - 64 Jahre	27,6	27,6	37,5
65 Jahre und älter	24,0	24,0	25,8
Gesamt	100	100	100

Geschlecht	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	Ungewichtet
männlich	50,1	51,6	60,9
weiblich	49,9	48,4	39,1
Gesamt	100	100	100

BIK	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	Ungewichtet
BIK 1	3,5	3,7	6,3
BIK 2	7,6	7,5	6,3
BIK 3	26,1	26,0	28,1
BIK 4	31,1	30,9	26,6
BIK 7	31,8	31,9	32,8
Gesamt	100	100	100

Tabelle 10-10: Sonderstichprobe Landkreis Wunsiedel: Alter, Geschlecht und BIK-Klasse

Alter	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	Ungewichtet
14 - 29 Jahre	17,1	17,1	16,8
30 - 39 Jahre	11,7	11,7	5,6
40 - 49 Jahre	12,5	12,5	12,0
50 - 64 Jahre	28,9	28,9	32,0
65 Jahre und älter	29,9	29,9	33,6
Gesamt	100	100	100

Geschlecht	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	Ungewichtet
männlich	48,4	48,4	50,4
weiblich	51,6	51,6	49,6
Gesamt	100	100	100

BIK	Grundgesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	Ungewichtet
BIK 2	8,7	8,8	10,4
BIK 4	34,2	34,0	38,4
BIK 5	57,0	57,1	51,2
Gesamt	100	100	100

Bei jeder Schätzung von einer Stichprobe auf deren Grundgesamtheit entstehen Fehler, die von der Größe der Stichprobe sowie dem Design der Zufallsauswahl abhängig sind. Die Formel für die Berechnung dieser Fehlertoleranzen lautet:

$$P = p \pm t * \sqrt{\frac{p * (100 - p)}{n}}$$

- P ... Anteil des Merkmals in der Grundgesamtheit
- p ... Stichprobenanteil des Merkmals
- n ... Stichprobenumfang
- t ... Sicherheitsgrad (bei 95%=1,96)

Für die hier verwendete Zufallsstichprobe sind die Fehlertoleranzen beispielhaft in Tabelle 10-11 abgebildet.

Tabelle 10-11: Fehlertoleranzen der repräsentativen Bevölkerungsstichprobe bei N=3.000

Prozentangabe in der Stichprobe	Fehlertoleranz
5 % oder 95 %	± 0,8
10 % oder 90 %	± 1,0
20 % oder 80 %	± 1,4
30 % oder 70 %	± 1,6
40 % oder 60 %	± 1,7
50 %	± 1,7

10.2 Durchführung der Interviews und Ausschöpfungsstatistik

Zwischen dem 18. November 2021 und 04. Februar 2022 haben wir insgesamt 3.004 Interviews telefonisch durchgeführt. Die telefonische Befragung fand montags bis freitags in der Zeit von 15 bis 21 Uhr und an Samstagen zwischen 13 und 18 Uhr statt. Die Interviews dauerten im Schnitt 32 Minuten.

Bei der telefonischen Befragung haben wir insgesamt 85 Interviewer:innen eingesetzt. Dabei führte ein:e Interviewer:in minimal zwei und maximal 96 Interviews (=3,2 Prozent aller 3.004 Telefoninterviews) durch. Alle

Interviewer:innen haben zu Beginn ihrer Tätigkeit bei approxima ein mehrstündiges Bewerbertraining erfolgreich durchlaufen. Im Rahmen einer Projektschulung haben wir die eingesetzten Interviewer:innen auf die Besonderheiten im Umgang mit dem Fragebogen vorbereitet.

Während der Feldphase haben wir die Qualität der Arbeit der Interviewer:innen kontinuierlich überwacht. Diese Aufgabe übernahmen die eigens dafür eingesetzten Chefinterviewer:innen. Diese Routinekontrollen werden proportional zur Häufigkeit des Einsatzes der Interviewer:innen durchgeführt. Neugeworbene, nachgeschulte und häufig arbeitende Interviewer:innen werden im Rahmen unserer Qualitätsarbeit verstärkt kontrolliert. Insgesamt wurden 10 Prozent aller Interviews evaluiert. Es wurden keine nennenswerten Verstöße festgestellt.

Das Bruttosample der Studie bestand aus 126.300 Telefonnummern. Diese Bruttostichprobe umfasst alle ausgewählten Anschlüsse, also auch solche, unter denen aus verschiedensten Gründen keine Befragung stattfinden kann. Die 126.300 Telefonnummern wurden vor Beginn der Erhebung nach dem oben beschriebenen Verfahren gezogen.

92.774 Nummern stellten stichprobenneutrale Ausfälle dar, also 73,5 Prozent der Bruttostichprobe. Weitere 30.522 Telefonnummern bilden die systematischen Ausfälle. Letztendlich wurden 9,0 Prozent des bereinigten Bruttosamples in Interviews umgesetzt (2.500 Repräsentativ- und 504 Sonderstichprobe). Die Tabelle 10-12 stellt alle Ausfallgründe und Stichprobenanteile detailliert dar.

Tabelle 10-12: Ausschöpfung der Telefonbefragung

	Fallzahl	in Prozent
Bruttosample	126.300	100
<u>Qualitätsneutrale Ausfälle</u>		
kein Anschluss unter dieser Nummer	69.642	55,1
Faxanschluss	3005	2,4
Firmenanschluss	2952	2,3
Zielperson spricht kein Deutsch	964	0,8
Stratifikation erreicht	16211	12,8
Qualitätsneutrale Ausfälle insgesamt	92.774	73,5
<hr/>		
bereinigte Stichprobe	33.526	100,0
<u>systematische Ausfälle</u>		
nicht erreicht (AB, besetzt, keiner da)	15.217	45,4
Teilnahme verweigert	15.017	44,8
Abbruch ohne Rückruf	176	0,5
Abbruch mit Rückruf	32	0,1
Terminvereinbarung	80	0,2
Systematische Ausfälle insgesamt	30.522	91,0
<hr/>		
Durchgeführte Interviews	3.004	9,0

10.3 Studiendokumentation gemäß der ADM-TransparenzStandards



Als ADM-Institut ist es unsere sinnvolle Pflicht, die methodischen Angaben zur Datenerhebung gemäß der ADM-TransparenzStandards auszuweisen. Hiermit bescheinigen wir, dass unser Studiendesign Angaben zu allen vom Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. (ADM) vorgegebenen Transparenzstandards enthält. Nachlesen können Sie diese unter <http://www.transparenzstandards.de>.

Studiendesign der telefonischen Befragung

METHODE	
ERHEBUNGSART	Telefonbefragung
STICHPROBE	
GRUNDGESAMTHEIT, AUSWAHLGESAMTHEIT UND/ODER ZIELGRUPPE	Wohnbevölkerung ab dem 14. Lebensjahr in der Bundesrepublik Deutschland
STICHPROBENGRÖßE	N=2.500 deutschlandweite Bevölkerungsstichprobe N=504 regionale Sonderstichprobe
AUSWAHLGRUNDLAGE	ADM-Telefonauswahlgrundlage (weitere Infos dazu unter https://www.adm-ev.de/leistungen/arbeitsgemeinschaft-adm-stichproben/)
AUSSCHLUSSLISTEN	ADM-Sperrdatei (zentral gespeicherte Datenbank von Telefonnummern, deren Besitzer:innen sich generell gegen die Teilnahme an Telefoninterviews ausgesprochen haben)
BESCHREIBUNG DES SAMPLING	auf Haushaltsebene: geschichtete systematische Zufallsstichprobe (Schichtungsdimensionen: Region, BIK) auf Personenebene: Last-Birthday-Methode
INTERVIEWER:INNEN	
GRUNDSCHULUNG	<ol style="list-style-type: none"> 6-stündige Grundschulung (Inhalte: Interviewtheorie und Methodik, Fragetypen, interaktive Rollenspiele, Stimme und Körperhaltung, rechtliche Aspekte) simulierte Probeinterviews mit Supervisor:in begleitete Probeinterviews
STUDIENBRIEFING	schriftliches Studienbriefing mit folgendem Inhalt: Ziel und Hintergrund der Studie, Auftraggeber, Feldzeit, Fallzahl und Interviewlänge, Herkunft der Telefonnummern, Besonderheiten bei Fragen und anvisierter Durchsatz

INTERVIEWSPRACHEN	Deutsch
MAX. INTERVIEWS/INTERVIEWER:IN	N=85

FRAGEBOGEN

PRETEST	kein Pretest durchgeführt, da Wiederholungsbefragung
INTERVIEWDAUER Ø	32 Minuten
BEI OFFENEN FRAGEN: ART UND KONTROLLE DER VERCODUNG	manuelle Vercodung der offenen Fragen nach einem induktiv erarbeiteten Kategorienschema, Prüfung aller Schemata und Vercodungen durch den Projektleiter

DURCHFÜHRUNG

FELDDAUER	18.11.2021 – 04.02.2022
ORT DER ERBRINGUNG DER FELDDIENSTLEISTUNG	hauseigenes Telefonstudio von aproxima und Telefonstudio unseres Partnerinstituts dreifakt
STANDORT DES TELEFONSTUDIOS	Weimar und Erfurt

VERWENDETE STANDARDS

STANDARDS	<ul style="list-style-type: none"> ✓ ICC/ESOMAR Internationaler Kodex für die Praxis der Markt- und Sozialforschung inkl. deutscher Annahmeerklärung ✓ Standards zur Qualitätssicherung in der Markt- und Sozialforschung ✓ Richtlinie für Telefonbefragungen und ihre Ergänzungen <p>alle nachlesbar unter https://www.adm-ev.de/standards-richtlinien/</p> <ul style="list-style-type: none"> ✓ DIN SPEC 91368 Stichproben für wissenschaftliche Umfragen der Markt-, Meinungs- und Sozialforschung – Qualitätskriterien und Dokumentationsanforderungen (Download unter https://www.beuth.de/de/technische-regel/din-spec-91368/280902061)
-----------	--

QUALITÄTSKONTROLLEN

INTERVIEWERKONTROLLE WÄHREND DER FELDDARBEIT	Live-Supervision von ca. 10 Prozent der Interviews inkl. Auswertungsgespräch
DATENKONTROLLE WÄHREND DER FELDDARBEIT	Prüfung des Datensatzes auf Konsistenz und Vollständigkeit, Nachvollzug aller Filterfragen
FALLS ZUTREFFEND: KONTROLLEN BEIM FELDDIENSTLEISTER	nicht zutreffend

DATENKONTROLLE IN DER AUSWERTUNGSPHASE

Prüfung des Datensatzes auf:

- ✓ Vollständigkeit der Interviews
- ✓ Korrektheit der Filterungen
- ✓ Plausibilität der Angaben (uni- und bivariate Plausibilitätsprüfungen)
- ✓ artefaktische Antworttendenzen (Straightlining, Muster)
- ✓ Rechtschreibung/Grammatik der offenen Angaben

Studiendesign der Onlinebefragung

METHODE

ERHEBUNGSART Onlinebefragung

STICHPROBE

GRUNDGESAMTHEIT, AUSWAHLGESAMTHEIT UND/ODER ZIELGRUPPE Wohnbevölkerung zwischen 14 und 29 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland

STICHPROBENGRÖßE N=500

AUSWAHLGRUNDLAGE Online-Access-Panel der Bilendi GmbH

BESCHREIBUNG DES SAMPLING Quotierung nach Alter, Geschlecht, Bildung, Ortsgröße und Bundesland

FRAGEBOGEN

RESPONSIVITÄT Fragebogen ist voll responsiv für alle Endgeräte programmiert

PRETEST / SOFT-LAUNCH keiner

INTERVIEWDAUER Ø 20 Minuten

BEI OFFENEN FRAGEN: ART UND KONTROLLE DER VERCODUNG manuelle Vercodung der offenen Fragen nach einem induktiv erarbeiteten Kategorienschema, Prüfung aller Schemata und Vercodungen durch den Projektleiter

DURCHFÜHRUNG

FELDDAUER 04. - 21.04.2022

ORT DER ERBRINGUNG DER FELDDIENSTLEISTUNG Die Onlinebefragung wurde gehostet bei der ingress GmbH auf einer approxima-eigenen Lizenz auf einem Server in Deutschland.

PANELMANAGEMENTREGELN Bei der Auswahl des OAP-Anbieters achten wir darauf, dass dieser umfangreiche Panelmanagementregeln besitzt, die vor allem Mehrfachteilnahmen, zu häufige Teilnahmen und unzuverlässige

GENUTZTE DEVICES

Panelisten ausschließen. Bei konkreteren Informationswünschen reichen wir gern konkrete Listen nach.

liegt im Ermessen der Panelisten (PC, Laptop, Tablet, Handy)

VERWENDETE STANDARDS

STANDARDS

- ✓ ICC/ESOMAR Internationaler Kodex für die Praxis der Markt- und Sozialforschung inkl. deutscher Annahmeerklärung
- ✓ Standards zur Qualitätssicherung in der Markt- und Sozialforschung
- ✓ Richtlinie für Onlinebefragungen

alle nachlesbar unter <https://www.adm-ev.de/standards-richtlinien/>

QUALITÄTSKONTROLLEN

DATENKONTROLLE WÄHREND DER FELDDARBEIT

Kontrolle der Daten nach den ersten 50 Fällen auf Auffälligkeiten, Implementierung von Testfragen gegen Straightlining

FALLS ZUTREFFEND: KONTROLLEN BEIM FELDDIENSTLEISTER

nicht zutreffend

DATENKONTROLLE IN DER AUSWERTUNGSPHASE

Prüfung des Datensatzes auf:

- ✓ Vollständigkeit der Interviews
- ✓ Korrektheit der Filterungen
- ✓ Plausibilität der Angaben (uni- und bivariate Plausibilitätsprüfungen)
- ✓ artefaktische Antworttendenzen (Straightlining, Muster)
- ✓ Rechtschreibung/Grammatik der offenen Angaben

11 Anhänge

11.1 Literaturverzeichnis

Beierlein, Constanze et al. (2014): Eine Single-Item-Skala zur Erfassung von Risikobereitschaft: Die Kurzskala Risikobereitschaft-1 (R-1). GESIS-Working Papers 2014|34. GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Mannheim.

Gölz, Sebastian; Langer, Katharina; Becker, Annalena; Götte, Sebastian; Marxen, Tim; Berneiser, Jessica (2019): Akzeptanz und Konflikte als Zustände regionaler sozialer Prozesse. Anwendung eines transdisziplinären Analyserahmens. In: Michele Knodt, Cornelia Fraune, Sebastian Gölz und Katharina Langer (Hg.): Akzeptanz und politische Partizipation in der Energietransformation. Gesellschaftliche Herausforderungen jenseits von Technik und Ressourcenausstattung. 1. Auflage 2019. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH; Springer VS (Energietransformation), S. 85–108.

Götte, Sebastian / Ludewig, Yvonne (2019a): Welchen Stellenwert haben Magnetfelder in der öffentlichen Wahrnehmung des Stromnetzausbaus? Eine deutschlandweite Befragung. Bundesamt für Strahlenschutz, Salzgitter.

Götte, Sebastian / Ludewig, Yvonne (2019b): Was denkt Deutschland über Strahlung? – 2019. Bundesamt für Strahlenschutz, Salzgitter.

Götte, Sebastian / Ludewig, Yvonne (2020): Endlagersuche in Deutschland: Wissen, Einstellungen und Bedarfe – wiederholte repräsentative Erhebung (EWident). Zwischenbericht zum aktuellen wissenschaftlichen Stand und zum methodischen Gesamtkonzept. Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung.

Moscovici, Serge (1988): Notes towards a description of Social Representations. In: *Eur. J. Soc. Psychol.* 18 (3), S. 211–250. DOI: 10.1002/ejsp.2420180303.

Schweizer-Ries, Petra et al. (2011): Aktivität und Teilhabe - Akzeptanz Erneuerbarer Energien durch Beteiligung steigern. Projektabschlussbericht. Forschungsgruppe Umweltpsychologie der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

11.2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung	Titel	Seite
4-1	Demographische Struktur der Bevölkerungsstichprobe Deutschland 2021	11
4-2	Risikoeinstellung der Befragten	12
4-3	Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements	13
4-4	Grad des zivilgesellschaftlichen Engagements	14
4-5	Wahlabsicht, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre	14
5-1	Einstellung zum Atomausstieg	16
5-2	Einstellung zum Atomausstieg nach demographischen Gruppen	17
5-3	Einstellung zum Atomausstieg nach politischer Einstellung	18
5-4	Einstellung zum Atomausstieg nach Risikoeinschätzungen	18
5-5	Einstellung zum Atomausstieg in den Fokusregionen	18
5-6	Einstellung zur Endlagersuche in Deutschland	19
5-7	Einstellung zur Endlagersuche nach demographischen Gruppen	20
5-8	Einstellung zur Endlagersuche nach politischer Einstellung	20
5-9	Einstellung zur Endlagersuche nach Risikoeinschätzungen	20
5-10	Einstellung zur Endlagersuche in den Fokusregionen	21
5-11	Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung	21
5-12	Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung nach soziodemographischen Gruppen	22
5-13	Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung nach politischen Einstellungen	22
5-14	Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung in den Fokusregionen	23
5-15	Kenntnis des aktuellen Standes der Endlagersuche	23
5-16	Korrekte Einschätzung der Aussage „Im Herbst letzten Jahres wurden in Deutschland Gebiete benannt, die potenziell für ein Endlager in Frage kommen und weiter im Verfahren betrachtet werden sollen.“ nach soziodemographischen Gruppen	24
5-17	Korrekte Einschätzung der Aussage „Im Herbst letzten Jahres wurden in Deutschland Gebiete benannt, die potenziell für ein Endlager in Frage kommen und weiter im Verfahren betrachtet werden sollen.“ nach politischen Einstellungen	25
5-18	Korrekte Einschätzung der Aussage „Im Herbst letzten Jahres wurden in Deutschland Gebiete benannt, die potenziell für ein Endlager in Frage kommen und weiter im Verfahren betrachtet werden sollen.“ in den Fokusregionen	25
5-19	Kenntnis der Ausschlusskriterien für einen Endlagerstandort	26
5-20	Anteil der Personen, die alle Ausschlusskriterien für einen Endlagerstandort korrekt eingeordnet haben nach demographischen Gruppen	27
5-21	Korrekte Einschätzung der Aussage „Im Herbst letzten Jahres wurden in Deutschland Gebiete benannt, die potenziell für ein Endlager in Frage kommen und weiter im Verfahren betrachtet werden sollen.“ in den Fokusregionen	27
5-22	Präferenzen für die Standortsuche	28

5-23	Präferenzen für die Standortsuche in den Fokusregionen	29
5-24	Bekanntheit des Standortauswahlgesetzes	30
5-25	Bekanntheit des Standortauswahlgesetzes nach demographischen Gruppen	30
5-26	Bekanntheit des Standortauswahlgesetzes nach politischen Einstellungen	31
5-27	Bekanntheit des Standortauswahlgesetzes in den Fokusregionen	31
5-28	Bekanntheit des Zeitplans der Standortsuche	32
5-29	Kenntnis der Fläche der ausgewiesenen Teilgebiete	33
5-30	Kenntnis der Fläche der ausgewiesenen Teilgebiete nach demographischen Gruppen	33
5-31	Kenntnis der Fläche der ausgewiesenen Teilgebiete in den Fokusregionen	34
5-32	Kenntnis der Bedeutung der ausgewiesenen Teilgebiete	34
5-33	Kenntnis der Bedeutung der ausgewiesenen Teilgebiete nach demographischen Gruppen	35
5-34	Kenntnis der Bedeutung der ausgewiesenen Teilgebiete in den Fokusregionen	35
5-35	Kenntnis über die Lage des eigenen Wohnorts in einem der ausgewiesenen Teilgebiete	36
5-36	Kenntnis über die Lage des eigenen Wohnorts in einem der ausgewiesenen Teilgebiete nach demographischen Gruppen	36
5-37	Kenntnis über die Lage des eigenen Wohnorts in einem der ausgewiesenen Teilgebiete nach politischen Einstellungen	37
5-38	Kenntnis über die Lage des eigenen Wohnorts in einem der ausgewiesenen Teilgebiete nach Risikoeinschätzungen	37
5-39	Kenntnis über die Lage des eigenen Wohnorts in einem der ausgewiesenen Teilgebiete in den Fokusregionen	37
5-40	Besorgnis über die Lage des eigenen Wohnorts in einem der ausgewiesenen Teilgebiete	38
5-41	Besorgnis über die Lage des eigenen Wohnorts in einem der ausgewiesenen Teilgebiete in den Fokusregionen	38
5-42	Bekanntheit der Beteiligungsmöglichkeiten am Suchprozess	39
5-43	Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung am Suchprozess nach demographischen Gruppen	39
5-44	Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung am Suchprozess nach politischen Einstellungen	40
5-45	Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung am Suchprozess in den Fokusregionen	40
5-46	Bekanntheit der Verantwortlichkeiten für die Endlagersuche	41
5-47	Nennung der korrekten Verantwortlichen für den Suchprozess nach demographischen Angaben	42
5-48	Nennung der korrekten Verantwortlichen für den Suchprozess nach politischen Einstellungen	42
5-49	Nennung der korrekten Verantwortlichen für den Suchprozess in den Fokusregionen	42
5-50	Bekanntheit der am der Endlagersuche beteiligten Institutionen	43
5-51	Vertrauen in die an der Endlagersuche beteiligten Institutionen	44
5-52	Vertrauen in die an der Endlagersuche beteiligten Institutionen in den Fokusregionen	44
6-1	Themeninteressen in Bezug auf die Endlagersuche	45
6-2	Themeninteressen in Bezug auf die Endlagersuche in den Fokusregionen	46
6-3	Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung	47

6-4	Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung nach demographischen Gruppen	47
6-5	Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung nach politischen Einstellungen	48
6-6	Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung nach Risikoeinschätzungen	48
6-7	Subjektive Informiertheit in Bezug auf die Endlagerung in den Fokusregionen	48
6-8	Gefühlte Informationsdichte in Bezug auf die Endlagerung	49
6-9	Gefühlte Informationsdichte in Bezug auf die Endlagerung nach demographischen Gruppen	50
6-10	Gefühlte Informationsdichte in Bezug auf die Endlagerung nach politischen Einstellungen	50
6-11	Gefühlte Informationsdichte in Bezug auf die Endlagerung in den Fokusregionen	50
6-12	Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager	51
6-13	Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager nach demographischen Gruppen	52
6-14	Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager nach politischen Einstellungen	52
6-15	Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager nach Risikoeinstellungen	53
6-16	Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager in den Fokusregionen	53
6-17	Vertrauen in verschiedene Informationsquellen	54
6-18	Vertrauen in Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind nach demographischen Gruppen	55
6-19	Vertrauen in Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind nach politischen Einstellungen	56
6-20	Vertrauen in Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind nach Risikoeinstellungen	56
6-21	Vertrauen in Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind in den Fokusregionen	56
6-22	Vertrauen in verschiedene Informationsquellen nach Altersgruppen	57
6-23	Vertrauen in verschiedene Informationsquellen nach Einschätzung des Risikos beim Betrieb eines Endlagers	58
6-24	Kenntnis des Zwischenberichts Teilgebiete	59
6-25	Kenntnis des Zwischenberichts Teilgebiete nach demographischen Gruppen	59
6-26	Kenntnis des Zwischenberichts Teilgebiete nach politischen Einstellungen	60
6-27	Kenntnis des Zwischenberichts Teilgebiete nach Risikoeinstellungen	60
6-28	Kenntnis des Zwischenberichts Teilgebiete in den Fokusregionen	60
6-29	Kenntnis der Fachkonferenz Teilgebiete	61
6-30	Kenntnis des Zwischenberichts Teilgebiete nach demographischen Gruppen, ziviles gesellschaftlichem Engagement und Risikotyp	62
6-31	Kenntnis der Fachkonferenz Teilgebiete in den Fokusregionen	62
6-32	Wahrnehmung regionaler Veranstaltungen zur Endlagersuche	63
6-33	Wahrnehmung regionaler Veranstaltungen zur Endlagersuche in den Fokusregionen	63
7-1	Berücksichtigung eigener Interessen im Prozess der Standortsuche	64
7-2	Berücksichtigung eigener Interessen im Prozess der Standortsuche nach demographischen Gruppen	65

7-3	Berücksichtigung eigener Interessen im Prozess der Standortsuche nach politischen Einstellungen	65
7-4	Berücksichtigung eigener Interessen im Prozess der Standortsuche nach Risikoeinstellungen	66
7-5	Berücksichtigung eigener Interessen im Prozess der Standortsuche in den Fokusregionen	66
7-6	Institutionen, durch die man die eigenen Interessen im Prozess der Standortsuche vertreten sieht	67
7-7	Institutionen, durch die man die eigenen Interessen im Prozess der Standortsuche vertreten sieht in den Fokusregionen	67
7-8	Akzeptanz oder Widerstand in Bezug auf die Auswahl zur übertägigen Erkundung	69
7-9	Akzeptanzmatrix nach Schweizer-Ries (eigene Darstellung nach Schweizer-Ries 2011, S. 11)	70
7-10	Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Auswahl zur übertägigen Erkundung	71
7-11	Akzeptanz oder Widerstand in Bezug auf die Auswahl zur übertägigen Erkundung in den Fokusregionen	72
7-12	Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Auswahl zur übertägigen Erkundung differenziert nach Geschlecht	73
7-13	Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Auswahl zur übertägigen Erkundung differenziert nach Altersgruppen	73
7-14	Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Auswahl zur übertägigen Erkundung differenziert nach zivilgesellschaftlichem Engagement	74
7-15	Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Auswahl zur übertägigen Erkundung differenziert nach Einschätzung der Risiken beim Betrieb des Endlagers	74
7-16	Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Auswahl zur übertägigen Erkundung in den Fokusregionen	75
7-17	Mögliche Akzeptanztreiber in Bezug auf die Teilgebiete	76
7-18	Teilhabewunsch am Suchprozess	77
7-19	Teilhabewunsch am Suchprozess nach demographischen Gruppen	77
7-20	Teilhabewunsch am Suchprozess nach politischen Einstellungen	78
7-21	Teilhabewunsch am Suchprozess nach Risikoeinschätzungen	78
7-22	Teilhabewunsch am Suchprozess in den Fokusregionen	78
7-23	Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten	79
8-1	Demographische Struktur der Teilstichprobe der 14-29-Jährigen	80
8-2	Einstellung zum Atomausstieg der 14-29-Jährigen	81
8-3	Einstellung zur Endlagersuche der 14-29-Jährigen	81
8-4	Risikowahrnehmung in Bezug auf den Betrieb eines Endlagers in der eigenen Wohnumgebung nach Ansicht der 14-29-Jährigen	82
8-5	Kenntnis des aktuellen Standes der Endlagersuche nach Ansicht der 14-29-Jährigen	82
8-6	Kenntnis der Ausschlusskriterien für einen Endlagerstandort nach Ansicht der 14-29-Jährigen	83
8-7	Präferenzen für die Standortsuche in der Gruppe der 14-29-Jährigen	83
8-8	Bekanntheit der Beteiligungsmöglichkeiten am Suchprozess bei den 14-29-Jährigen	84

8-9	Bekanntheit der Verantwortlichkeiten für die Endlagersuche bei den 14-29-Jährigen	85
8-10	Bekanntheit der am Endlager beteiligten Institutionen bei den 14-29-Jährigen	85
8-11	Vertrauen in die am Endlager beteiligten Institutionen bei den 14-29-Jährigen	86
8-12	Subjektive Informiertheit und gefühlte Informationsdichte bei den 14-29-Jährigen	86
8-13	Themeninteressen in Bezug auf die Endlagersuche bei den 14-29-Jährigen	87
8-14	Aktive Informationssuche in Bezug auf das Endlager bei den 14-29-Jährigen	87
8-15	Vertrauen in verschiedene Informationsquellen bei den 14-29-Jährigen	88
8-16	Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete bei den 14-29-Jährigen	89
8-17	Akzeptanzmatrix in Bezug auf die Teilgebiete bei den 14-29-Jährigen differenziert nach Altersgruppen	89
8-18	Mögliche Akzeptanztreiber in Bezug auf die Teilgebiete bei den 14-29-Jährigen differenziert nach Altersgruppen	90
8-19	Vertretungsgefühl bei der Endlagersuche bei den 14-29-Jährigen	90
8-20	Vertretungsgefühl durch Institutionen bei den 14-29-Jährigen differenziert nach Altersgruppen	91
8-21	Teilhabewunsch am Suchprozess bei den 14-29-Jährigen	91
8-22	Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten bei den 14-29-Jährigen	92
9-1	Ablauf und Ergebnis der Diskriminanzanalyse zur Gruppenzuordnung	98

11.3 Tabellenverzeichnis

Tabelle	Titel	Seite
7-1	Zuordnung der Aussagen zu Akzeptanz oder Widerstand zu den Feldern der Akzeptanz-Matrix	70
10-1	Stichprobe Gesamtbevölkerung: Altersverteilung gewichtet und ungewichtet	102
10-2	Stichprobe Gesamtbevölkerung: Geschlecht gewichtet und ungewichtet	102
10-3	Stichprobe Gesamtbevölkerung: Bildungsgrad gewichtet und ungewichtet	102
10-4	Stichprobe Gesamtbevölkerung: Haushaltsgröße gewichtet und ungewichtet	102
10-5	Stichprobe Gesamtbevölkerung: BIK-Klassen gewichtet und ungewichtet	103
10-6	Stichprobe Gesamtbevölkerung: Bundesland gewichtet und ungewichtet	103
10-7	Sonderstichprobe Landkreis Rotenburg (Wümme): Alter, Geschlecht und BIK-Klasse	104
10-8	Sonderstichprobe Landkreis Emsland: Alter, Geschlecht und BIK-Klasse	104
10-9	Sonderstichprobe Landkreis Schwandorf: Alter, Geschlecht und BIK-Klasse	105
10-10	Sonderstichprobe Landkreis Wunsiedel: Alter, Geschlecht und BIK-Klasse	105
10-11	Fehlertoleranzen der repräsentativen Bevölkerungsstichprobe bei N=3.000	106
10-12	Ausschöpfung der Telefonbefragung	107

11.4 Fragebogen

Einleitungstext

Guten Tag, mein Name ist XXX von der Gesellschaft aproxima. Wir führen derzeit eine Studie zu den Themen Atomkraft und Endlagersuche durch.

Festnetz: Um einen repräsentativen Querschnitt zu erreichen, müsste ich mit der Person aus Ihrem Haushalt sprechen, die zuletzt Geburtstag hatte und mindestens 14 Jahre alt ist. Wer ist das denn bei Ihnen?

Ggf. bei Rückfragen zum Auftraggeber: Über den Auftraggeber kann ich Ihnen aus methodischen Gründen erst nach dem Interview Auskunft geben. Ich kann allerdings sagen, dass es sich um eine Behörde im Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums handelt.

Wenn ZP am Telefon:

Wunderbar. Wir würden uns freuen, wenn Sie sich ca. 25 Minuten Zeit nehmen, um unsere Fragen zu beantworten. Die Teilnahme ist natürlich freiwillig, es ist jedoch wichtig, dass möglichst alle angerufenen Personen auch an der Befragung teilnehmen. Die Auswertung erfolgt anonym, also nicht in Verbindung mit ihrer Telefonnummer. Diese wird nach Abschluss des wissenschaftlichen Projekts vernichtet.

Bevor das Interview startet, habe ich noch ein paar kurze Informationen: Gerne geben wir Ihnen die Kontaktdaten unseres Datenschutzbeauftragten bekannt, den Sie unter <https://datenschutz.aproxima.de> finden. Dort finden Sie auch unsere ausführlichen Informationen zum Datenschutz und u. a. Ihre Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung und Einschränkung sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung und das Recht auf Beschwerde bei der Datenschutzaufsichtsbehörde.

Frage 1: Einstellung zum Atomausstieg

(Quelle: EWident 2020, Frage 2)

Deutschland hat den stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie im Jahr 2011 beschlossen. Einmal alles in allem betrachtet: Begrüßen Sie grundsätzlich den Atomausstieg Deutschlands oder begrüßen Sie ihn nicht?

(Einfachnennung)

- Ich begrüße den Atomausstieg Deutschlands.
- Ich begrüße den Atomausstieg Deutschlands nicht.

Frage 2: Unterstützung der Endlagersuche

(Quelle: neu)

Derzeit wird ja nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall gesucht, in dem die Kernbrennstoffe der Atomkraftwerke dauerhaft und sicher gelagert werden können. Begrüßen Sie die Suche nach einem solchen Endlager hier in Deutschland oder begrüßen Sie sie nicht?

(Einfachnennung)

- Ja, ich begrüße sie.
- Ich begrüße sie nur, wenn der Atomausstieg Deutschlands wirklich sicher ist.
- Nein, ich begrüße sie nicht.

Frage 3: gestützte Bekanntheit von Institutionen

(Quelle: EWident 2020, Frage 4)

Ich nenne Ihnen nun einige Institutionen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie von diesen im Zusammenhang mit der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall schon einmal gehört oder gelesen haben oder nicht.

(Randomisierung, Skala: ja, nein)

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)
- Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE)
- Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)
- Bundesamt für Strahlenschutz (BfS)
- Das Nationale Begleitgremium bei der Endlagersuche (NBG)

Bevor wir zum nächsten Thema kommen, möchte ich Ihnen gern ein paar Fragen zu Ihnen stellen.

Frage 4: Zivilgesellschaftliches Engagement

(Quelle: EWident 2020, Frage 5)

Welche der folgenden Dinge haben Sie in den letzten 12 Monaten getan und welche nicht?

(Randomisierung, Skala: 1=ja, 0=nein)

- an der letzten Wahl beteiligt
- an öffentlichen Diskussionsveranstaltungen teilgenommen
- in Online-Foren oder unter Online-Beiträgen einen Kommentar hinterlassen
- passive Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative, ehrenamtlichen Organisation, religiösen Vereinigung oder Partei
- aktive Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, ehrenamtlichen Organisation, religiösen Vereinigung oder Partei
- an einer Demonstration teilgenommen
- an einer Unterschriftensammlung beteiligt (vor Ort oder online)

Frage 5: Wahlbeteiligung

(Quelle: Politbarometer (EWident 2020 Frage 6))

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie dann zur Wahl gehen?

- ja, würde zur Wahl gehen
- nein, würde nicht wählen gehen (→ nächste Frage überspringen)
- spontan: würde zur Wahl gehen, aber meine Stimme ungültig machen (→ nächste Frage überspringen)

Frage 6: Sonntagsfrage

(Quelle: Politbarometer (EWident 2020 Frage 7))

Welche Partei würden Sie wählen?

(verdeckte Antwortvorgaben, Nennungen werden nicht vorgelesen, Nachfrage bei Nennung SPD und FDP, da dies am Telefon schwer zu unterscheiden ist.)

- CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands)
- CSU (Christlich-Soziale Union in Bayern)
- SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
- Bündnis 90/Die Grünen
- Die Linke
- FDP (Freie Demokratische Partei, Liberale)
- Alternative für Deutschland
- Freie Wähler

- Die Partei (Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative)
- Familien-Partei Deutschlands
- Ökologisch-Demokratische Partei
- Piratenpartei Deutschland
- Bayernpartei
- Republikaner
- NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands)
- Sonstige Partei und zwar: _____
- würde meine Stimme ungültig machen

Wissen zur Endlagersuche

Nun wollen wir etwas näher auf das Thema Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall eingehen.

Frage 7: Bekanntheit Dauer Endlagersuche

(Quelle: EWident 2020, Frage 9)

Was glauben Sie, wann soll das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet werden und bis wann soll ein Standort für ein Endlager gefunden werden?

(offene Nennung)

- letztes Atomkraftwerk: ____ (2022 ist korrekt)
- Endlagerstandort: ____ (2031 ist korrekt)

Frage 8: Bekanntheit StandAG

(Quelle: EWident 2020, Frage 11)

Wie ist Ihrer Meinung nach in Deutschland der Prozess der Suche nach einem Endlagerstandort reglementiert?

(Randomisierung, Einfachnennung)

- Der Prozess ist detailliert in einem Gesetz, dem so genannten Standortauswahlgesetz, festgelegt. (richtig)
- Den Prozess haben die beteiligten Institutionen unter sich definiert.
- Da die Endlagersuche ein unvorhersagbares Vorhaben ist, gibt es keine gesetzlichen Festlegungen; der Prozess wird ständig den aktuellen Erkenntnissen aus der Suche angepasst.

Frage 9: Prozess Standortauswahlverfahren

(Quelle: EWident 2020, Frage 12)

Bitte sagen Sie mir, ob die nachfolgenden Aussagen zur Auswahl eines Endlagerstandortes Ihrer Meinung nach zutreffen oder nicht.

(1=trifft zu, 0=trifft nicht zu)

- Die Endlagersuche wird derzeit vorbereitet. Dazu werden bis Ende dieses Jahres Institutionen benannt oder gegründet, die diese Suche übernehmen sollen. (falsch)
- Derzeit befinden wir uns in der frühen Phase der Endlagersuche, d. h. alle Bundesländer und Regionen in Deutschland kommen potenziell noch in Frage. Es ist kein Gebiet aus dem Verfahren ausgeschieden oder wird als Standort bevorzugt. (richtig)
- Im Herbst letzten Jahres wurden in Deutschland Gebiete benannt, die potenziell für ein Endlager in Frage kommen und weiter im Verfahren betrachtet werden sollen. (richtig)
- Es gibt bereits einen Vorschlag für einen Endlagerstandort, über den nun noch entschieden werden muss. (falsch)

Frage 10: Aufgabenteilung und beteiligte Institutionen

(Quelle: EWident 2020, Frage 13)

Was meinen Sie, wer ist in Deutschland für die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle zuständig? Ich lese Ihnen vier Möglichkeiten vor und Sie sagen mir bitte, welche Aussage korrekt ist.

(Randomisierung, Einfachnennung)

- eine Abteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)
- drei Akteure: eine Bundesgesellschaft für die Endlagerlagersuche, ein Bundesamt für deren Beaufsichtigung und ein Begleitgremium für die Interessen der Zivilgesellschaft
- ein Expertenstab aus Wissenschaftlern und Ingenieuren
- die Energieversorger
- weiß nicht

Frage 11: Voraussetzungen für einen Endlagerstandort

(Quelle: EWident 2020, Frage 16)

Welche der folgenden Faktoren schließen Ihrer Meinung nach gemäß Standortauswahlgesetz Gebiete als Endlagerstandorte aus und welche nicht?

(Randomisierung, Skala: 1=ja, ist ein Ausschlusskriterium 0=nein, ist kein Ausschlusskriterium)

- gegenwärtige oder frühere bergbauliche Tätigkeit mit Einfluss auf die Beschaffenheit des Gesteins (richtig)
- Aktivität durch Erdbeben (seismische Aktivität) (richtig)
- vulkanische Aktivität (richtig)
- unverhältnismäßig hohe Kosten (falsch)
- Wohngebiete im Umkreis von 20 km (falsch)
- starke Proteste der vor Ort lebenden Bevölkerung (falsch)

Frage 12: Präferenzen bei der Standortsuche

(Quelle: TNS Emnid 2016 Befragung-Endlagerkommission (EWident 2020 Frage 14))

Wie wichtig sind Ihnen folgende Dinge bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle? Beginnen wir mit ... Ist Ihnen das sehr wichtig, eher wichtig, eher nicht wichtig oder gar nicht wichtig?

(Randomisierung, Skala: 1=sehr wichtig, 2=eher wichtig, 3=eher nicht wichtig, 4=gar nicht wichtig, 98=weiß nicht)

- Langfristig sichere Verwahrung der hochradioaktiven Abfälle
- Standort fern von Wohngebieten
- Sichere Transportwege
- Transparente Standortentscheidung
- Mitentscheidung der Bürger:innen in den betroffenen Regionen
- Schnelle Standortentscheidung
- Niedrige Kosten

Vertrauen und Teilhabe

Frage 13: Vertrauen in die Institutionen der Endlagersuche

(Quelle: EWident 2020, Frage 17)

An der Endlagersuche sind drei Akteure beteiligt. Ich nenne Ihnen diese Akteure und Sie sagen mir bitte, wie stark Ihr Vertrauen in deren Arbeit ist. Wenn Sie sich nicht kennen, dann gehen Sie bitte nach Ihrem Bauchgefühl.

(Skala: 1=sehr stark, 2=eher stark, 3=eher schwach, 4=sehr schwach)

- Die Bundesgesellschaft für Endlagersuche ist für die Suche nach dem Endlager und dessen Betrieb verantwortlich. Ist Ihr Vertrauen in deren Arbeit sehr stark, eher stark, eher schwach oder sehr schwach?
- Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung beaufsichtigt die Suche und organisiert die Beteiligung der Öffentlichkeit. Ist Ihr Vertrauen in dessen Arbeit sehr stark, eher stark, eher schwach oder sehr schwach?
- Das Nationale Begleitgremium aus ausgewählten Bürgern vertritt die Interessen der Zivilgesellschaft. Ist Ihr Vertrauen in dessen Arbeit sehr stark, eher stark, eher schwach oder sehr schwach?

Frage 14: Beteiligung der Bürger:innen und Aufgaben der Akteure

(Quelle: EWident 2020, Frage 18)

Bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland sollen die Kommunen und die Bevölkerung vor Ort umfassend einbezogen werden. Ich lese Ihnen im Folgenden einige Aussagen zu Beteiligungsmöglichkeiten im Prozess der Standortsuche vor. Bitte sagen Sie mir, ob die jeweilige Aussage Ihrer Meinung nach wahr oder falsch ist.

(Randomisierung, Skala: 1=wahr, 0=falsch)

- Die Beteiligung der Bevölkerung ist eine Voraussetzung, damit die Endlagersuche gelingen kann. (weder richtig noch falsch)
- Eine Beteiligung der Bevölkerung und der Kommunen bei der Endlagersuche ist gesetzlich geregelt. (richtig)
- Neben den gesetzlich festgeschriebenen Beteiligungsformaten kann sich die Bevölkerung auch über weitere Formate beteiligen. (richtig)
- Die Bevölkerung kann auf direktem Weg, also über Volksabstimmungen, über den Endlagerstandort mitentscheiden. (falsch)
- Wenn ein Standort ausgewählt wurde, hat die Kommune vor Ort ein Vetorecht und kann den Standort aus triftigen Gründen verhindern. (falsch)

Frage 15: Vertretungsgefühl

(Quelle: neu)

Fühlen Sie sich und Ihre Interessen denn im momentanen Prozess der Standortsuche für ein Endlager ausreichend berücksichtigt?

(Einfachnennung)

- ja, auf jeden Fall
- eher ja
- eher nein → Warum nicht? (offen)
- nein, auf keinen Fall → Warum nicht? (offen)

Frage 16: Vertretungsgefühl durch wen

(Quelle: eigene Frage)

Falls Frage 15 ja oder eher ja: Durch wen fühlen Sie Ihre Interessen im momentanen Prozess der Standortsuche am ehesten vertreten?

(Mehrfachnennung)

- durch die verantwortlichen Institutionen (BGE, BASE und NBG)
- durch Bundestag oder Bundesregierung
- durch regionale Politikerinnen und Politiker
- durch regionale Behörden (z. B. geologische Ämter oder Umweltämter)
- durch Umweltorganisationen (z. B. Greenpeace oder BUND)
- durch jemanden anderen, und zwar: _____

Frage 17: Teilhabewunsch

(Quelle: EWident 2020, Frage 19)

Haben Sie selbst Interesse daran, sich am Prozess der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle in irgendeiner Form zu beteiligen?

(Einfachnennung)

- ja
- ja, aber nur, wenn meine Region ein potenzieller Standort ist
- nein → nächste Frage überspringen

Frage 18: gewünschte Teilhabeformate

(Quelle: EWident 2020, Frage 20)

Welche der folgenden Möglichkeiten der Beteiligung bzw. Information würden Sie wahrscheinlich nutzen, welche eher nicht?

(Randomisierung, Skala: 1=ja würde ich wahrscheinlich nutzen, 0=nein, würde ich wahrscheinlich nicht nutzen)

- regelmäßige schriftliche Informationen (z. B. in Broschüren, Newslettern, online)
- gesetzlich vorgesehene regelmäßige Konferenzen auf regionaler Ebene (sog. Regionalkonferenzen)
- Telefon-Hotline oder Chat zu Fragen, die ich zur Standortsuche habe
- Informationsveranstaltung oder Wanderausstellung vor Ort
- Online-Forum, in dem zu bestimmten Fragen Meinungen gesammelt werden
- Online-Abstimmung über bestimmte Fragen während der Standortsuche
- Bürgerversammlung vor Ort mit Möglichkeit zur Diskussion
- Lokaler Bürger:innenrat als beratendes Gremium für die verantwortlichen Organe
- Weitere Beteiligungsmöglichkeiten gewünscht und zwar: _____

Information

Frage 19: Themeninteresse Endlagerung

(Quelle: EWident 2020, Frage 21)

Wie stark interessieren Sie sich für folgende Aspekte der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle? Beginnen wir mit ... Interessieren Sie sich dafür sehr stark, stark, weniger stark oder gar nicht?

(Randomisierung, Skala: 1=sehr stark, 2=stark, 3=weniger stark, 4=gar nicht)

- welche Anforderungen der Standort für ein Endlager erfüllen muss
- wie die Suche nach dem Standort für ein Endlager gestaltet wird
- wie sichergestellt wird, dass das Endlager für lange Zeit sicher ist
- welche Auswirkungen ein Endlager für die Bewohner des Standortes hat
- welche Auswirkungen ein Endlager für zukünftige Generationen hat
- wie weit die Suche nach einem Endlager bereits fortgeschritten ist
- woher ich nähere Informationen zu diesem Thema erhalte
- wie ich mich am Prozess der Endlagersuche beteiligen kann

Frage 20: Subjektive Informiertheit Endlagerung

(Quelle: EWident 2020, Frage 21)

Und wie gut fühlen Sie sich insgesamt über die Sie interessierenden Aspekte der Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle informiert? Fühlen Sie sich sehr gut informiert, eher gut informiert, eher nicht gut informiert oder gar nicht informiert?

(Randomisierung, Skala: 1=sehr gut informiert, 2=eher gut informiert, 3=eher nicht gut informiert, 4=gar nicht informiert)

- sehr gut informiert
- eher gut informiert
- eher nicht gut informiert
- gar nicht informiert

Frage 21: Gefühlte Informationsdichte

(Quelle: Endlagerung von radioaktiven Abfällen, forsa 2015 (EWident 2020 Frage 23))

Wie häufig haben Sie in der letzten Zeit Meldungen oder Berichte über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den Medien gehört, gesehen oder gelesen: häufig, hin und wieder, sehr selten oder nie?

(Einfachnennung)

- häufig
- hin und wieder
- sehr selten
- nie

Frage 22: Aktive Informationssuche 1

(Quelle: Endlagerung von radioaktiven Abfällen, forsa 2015 (EWident 2020 Frage 24))

Einmal abgesehen von dem, was man in den Nachrichten darüber mitbekommt: Haben Sie sich schon einmal selbst aktiv über das Thema der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle informiert oder ist das bisher noch nicht vorgekommen?

(Einfachnennung)

- ja, gezielt nach Informationen gesucht
- nein, noch nicht gezielt nach Informationen gesucht

Frage 23: Vertrauen in Informationsquellen

(Quelle: Eurobarometer Spezial 227, modifiziert (EWident 2020 Frage 26))

Wie stark vertrauen Sie den folgenden Akteuren, wenn es um Informationen darüber geht, wie in Deutschland mit radioaktiven Abfällen umgegangen wird? Beginnen wir mit ... Vertrauen Sie ... sehr, eher, eher nicht oder überhaupt nicht?

(Randomisierung, Skala: 1=vertraue ich sehr, 2=vertraue ich eher, 3=vertraue ich eher nicht, 4=vertraue ich überhaupt nicht, 98=weiß nicht)

- Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern
- Politikern und Politikerinnen
- Deutschen Behörden, die für den Umgang mit radioaktiven Abfällen verantwortlich sind
- Journalisten (Fernsehen, Radio, Zeitungen)
- Nicht-Regierungsorganisationen, NGOs, die sich um Umweltthemen kümmern (z. B. Greenpeace)
- Dem Bundestag
- Der Bundesregierung
- Den Energieunternehmen, die Kernkraftwerke betreiben
- Regionalen und lokalen Behörden
- Freunden und Familienangehörigen
- Vertraue keinen davon (spontan)

Frage 24: Risiken beim Betrieb des Endlagers

(Quelle: EWident 2020, Frage 27)

Stellen Sie sich vor, in der Nähe Ihres Wohnortes soll ein Endlager für hochradioaktive Abfälle gebaut werden. Wie hoch schätzen Sie das Risiko einer Gefährdung von Mensch und Umwelt ein? Ist das aus Ihrer Sicht ein sehr hohes Risiko, ein ziemlich hohes Risiko, ein geringes Risiko oder gar kein Risiko?

(Randomisierung, 1=sehr hohes Risiko, 2=ziemlich hohes Risiko, 3=geringes Risiko, 4=gar kein Risiko)

- sehr hohes Risiko
- ziemlich hohes Risiko
- geringes Risiko
- gar kein Risiko

Frage 25: Akzeptanz/Widerstand bei Endlager in der eigenen Region

(Quelle: EWident 2020 mit neuem Referenzpunkt, Frage 29)

Der nächste Schritt des Auswahlprozesses ist, dass die Bundesgesellschaft für Endlagerung Regionen vorschlägt, in denen so genannte übertägige Erkundungen durchgeführt werden sollen, um die Auswahl weiter einzuengen. Was würden Sie tun, wenn Sie in einer dieser Regionen leben würden?

(Int: Falls Befragte:r sicher ist, dass in seiner/ihrer Nähe kein Endlager entsteht, soll er/sie die Frage unabhängig davon beantworten – also nicht an seine Region, sondern seine Meinung dazu denken. Randomisierung; 1=trifft zu, 0=trifft nicht zu)

- Ich würde aktiv dagegen protestieren, z. B. durch Demonstrationen oder Petitionen.
- Ich würde mich darüber ärgern.
- Ich würde die Entscheidung anerkennen. (*→ nächste Frage überspringen*)
- Ich würde die Entscheidung unterstützen. (*→ nächste Frage überspringen*)
- Ich würde dabei helfen, mein Umfeld oder andere Menschen meiner Region von der Entscheidung zu überzeugen. (*→ nächste Frage überspringen*)
- Ich würde mich in Angeboten zur Öffentlichkeitsbeteiligung, die den Prozess begleiten, engagieren.
- Mir wäre die Entscheidung egal.

Frage 26: Akzeptanztreiber für ein Endlager in der eigenen Region

(Quelle: EWident 2020, Frage 30)

Was würde Ihnen dabei helfen, die Entscheidung für ein mögliches Endlager in Ihrer Region eher zu tolerieren? Würde es helfen, ...

(Randomisierung; 1=ja, 0=nein)

- wenn die Gründe für die Entscheidung transparent und verständlich dargelegt werden
- wenn die Auswirkungen auf die Region transparent und verständlich dargelegt werden
- wenn ein überzeugendes Sicherheitskonzept erkennbar ist
- wenn die Region davon finanziell profitiert
- wenn Sie selbst davon finanziell profitieren
- wenn sichergestellt ist, dass der Atomausstieg in Deutschland unumkehrbar ist
- etwas anderes, und zwar: _____

Frage 27: Kenntnis Zwischenbericht Teilgebiete

(Quelle: neu)

Im September 2020 hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung den so genannten „Zwischenbericht Teilgebiete“ veröffentlicht. In diesem wurde eine erste Eingrenzung der Gebiete in Deutschland präsentiert, die für ein Endlager nach aktuellem Wissensstand prinzipiell in Frage kommen. Haben Sie von diesem „Zwischenbericht Teilgebiete“ gehört?

(Einfachnennung)

- ja, ich habe davon gehört oder gelesen
- ja, ich habe mich zumindest ein wenig mit dem Bericht bzw. seinen Ergebnissen beschäftigt
- nein (→ weiter mit Frage 30)

Frage 28: Quelle der Kenntnis Zwischenbericht Teilgebiete

(Quelle: neu)

Nur wenn bei Frage 27 ja: Woher haben Sie vom „Zwischenbericht Teilgebiete“ gehört oder gelesen?

(Mehrfachnennungen)

- aus der Zeitung, dem Radio oder dem Fernsehen
- von Nachrichtenseiten im Internet
- aus den sozialen Medien
- auf der Internetseite der BGE
- auf der Seite endlagersuche-infoplattform.de
- von anderen Seiten im Internet, und zwar: _____
- von öffentlichen Stellen bei mir vor Ort (z. B. Kommune, Landesbehörden)
- von Umweltverbänden oder anderen Vereinen und Initiativen
- von Freunden oder Bekannten
- aus einer anderen Quelle, und zwar: _____

Frage 29: Beschäftigung mit dem Zwischenbericht Teilgebiete

(Quelle: neu)

Nur wenn bei Frage 27 genauer mit dem Bericht beschäftigt: Was haben Sie da genau getan?

(offene Frage)

- _____

Frage 30: Kenntnis Umfang der Teilgebiete

(Quelle: neu)

Im „Zwischenbericht Teilgebiete“ werden Gebiete in Deutschland definiert, die bei der Endlagersuche schon jetzt ausgeschlossen werden können. Und er benennt diejenigen Gebiete, die im weiteren Verfahren näher untersucht werden – die so genannte Teilgebiete. Wissen Sie, wie viel Prozent der Fläche Deutschlands diese ausgewählten Teilgebiete umfassen?

(Einfachnennung)

- ca. 5 Prozent
- ca. 24 Prozent
- ca. 54 Prozent
- ca. 73 Prozent

Frage 31: Kenntnis eigene Standortregion

(Quelle: neu)

Und wissen Sie, ob Ihr Wohnort in einem dieser Teilgebiete liegt?

(Einfachnennung)

- ja, er liegt in einem dieser Teilgebiete
- ja, er liegt nicht in einem dieser Teilgebiete (→ weiter mit Frage 33)
- nein, das weiß ich nicht (→ weiter mit Frage 33)

Frage 32: Kenntnis eigene Standortregion

(Quelle: neu)

Falls Wohnort in einem der Teilgebiete liegt: Wie sehr beschäftigt sie es, dass Ihr Wohnort in einem der ausgewählten Teilgebiete liegt?

(Einfachnennung)

- beschäftigt mich sehr
- beschäftigt mich ein bisschen
- beschäftigt mich eher nicht
- beschäftigt mich überhaupt nicht

Frage 33: Bedeutung der Teilgebiete

(Quelle: neu)

Was denken Sie, was es bedeutet, zum momentanen Zeitpunkt als Teilgebiet ausgewählt worden zu sein? Bitte wählen Sie die Aussage aus, die aus Ihrer Sicht stimmt.

(Einfachnennung)

- Das Gebiet besitzt außergewöhnlich gute Eigenschaften für die Errichtung eines Endlagers.
- In dem Gebiet finden nun Probebohrungen statt.
- Es wird weiterhin auf Basis geologischer Daten geprüft, ob in dem Gebiet gute Eigenschaften für die Errichtung eines Endlagers vorliegen. (richtig)

Fachkonferenz Teilgebiete

Frage 34: Kenntnis Fachkonferenz Teilgebiete

(Quelle: neu)

Nach der Veröffentlichung des „Zwischenberichts Teilgebiete“ fand die so genannte „Fachkonferenz Teilgebiete“ statt. Dort wurde in drei Online-Terminen über ein halbes Jahr hinweg der Zwischenbericht mit der interessierten Öffentlichkeit diskutiert. Haben Sie von dieser „Fachkonferenz Teilgebiete“ gehört oder gelesen?

(Einfachnennung)

- ja, ich habe davon gehört oder gelesen
- ja, ich habe (zumindest teilweise) daran teilgenommen
- nein (→ weiter mit Frage 36)

Frage 35: Quelle der Kenntnis Fachkonferenz Teilgebiete

(Quelle: neu)

Nur falls in Frage 34 ja: Woher haben Sie von der „Fachkonferenz Teilgebiete“ gehört oder gelesen?

(Mehrfachnennungen)

- aus der Zeitung, dem Radio oder dem Fernsehen
- von Nachrichtenseiten im Internet
- aus den sozialen Medien
- auf der Internetseite der BGE
- auf der Seite endlagersuche-infoplattform.de
- von anderen Seiten im Internet, und zwar: _____
- von öffentlichen Stellen bei mir vor Ort (z. B. Kommune, Landesbehörden)
- von Umweltverbänden oder anderen Vereinen und Initiativen
- von Freunden oder Bekannten
- aus einer anderen Quelle, und zwar: _____

Frage 36: Wahrnehmung Veranstaltungen

(Quelle: neu)

Haben Sie in letzter Zeit irgendwelche Veranstaltungen zum Thema Endlagersuche wahrgenommen – sei es virtuell oder vor Ort?

(Einfachnennung)

- ja, davon gehört oder gelesen
- ja, daran teilgenommen
- nein (→ weiter mit Demographie)

Frage 37: Akteure Veranstaltungen

(Quelle: neu)

Nur falls Frage 36 ja: Wer hat diese Veranstaltungen ausgetragen und worum ging es da genau?

(offene Frage)

- Ausrichter: _____
- Thema: _____

Frage S1: Geschlecht

Sind Sie ...

- männlich
- weiblich
- divers

Frage S2: Alter

In welchem Jahr sind Sie geboren?

- Jahr: _____

Frage S5_1: Haushaltsgröße

Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst mit eingeschlossen?

Frage S5_2

Wie viele der Personen sind 14 Jahre und älter (nur wenn S5_1>0)?

Frage S5: Wohngemeinschaft

Wer lebt außer Ihnen noch in Ihrem Haushalt? (nur wenn S5_1>0)

- Ehe-/ Partner(in)
- Kind/Kinder unter 16 Jahren
- Kind/Kinder von 16 Jahren und älter
- Eltern oder Großeltern
- Andere Familienangehörige
- Andere Personen, die nicht zur Familie gehören

Frage S6: Schulabschluss

Was ist Ihr höchster allgemeinbildender Schulabschluss?

- Ohne Schulabschluss
- Volks-/Hauptschulabschluss, Polytechnische Oberschule (POS) mit Abschluss 8. Klasse
- Mittlere Reife / Realschulabschluss, Fachschulreife, Polytechnische Oberschule (POS) mit Abschluss 10. Klasse
- Fachhochschulreife, Abschluss einer Fachoberschule oder Berufsausbildung mit Abitur
- Abitur / Hochschulreife/ Erweiterte Oberschule mit Abschluss 12. Klasse (EOS)
- einen anderen Schulabschluss, und zwar: _____
- noch Schüler

Frage: Risikotyp

(Quelle: GESIS Skalenhandbuch)

Wie schätzen Sie sich persönlich ein: Wie risikobereit sind Sie im Allgemeinen? Bitte ordnen Sie sich auf einer 7-stufigen Antwortskala von 1 = „gar nicht risikobereit“ bis 7 = „sehr risikobereit“ ein. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

(Einfachnennung)

(Intervieweranweisung: Diese Befragung bezieht sich auf Ihre Risikobereitschaft im Allgemeinen, nicht auf einen bestimmten Aspekt.)

- 1=gar nicht risikobereit
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7= sehr risikobereit

Frage S7: HHNE

Wie hoch ist das monatliche Haushaltsnettoeinkommen Ihres Haushalts? Gemeint ist das monatliche Einkommen aller Personen, die zu Ihrem Haushaltseinkommen beitragen, nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben, zuzüglich von Wohn- oder Kindergeld.

- Unter 750 Euro
- 750 bis unter 1.500 Euro
- 1.500 bis unter 2.250 Euro
- 2.250 bis unter 3.000 Euro
- 3.000 bis unter 4.000 Euro
- 4.000 bis unter 5.000 Euro
- 5.000 Euro und mehr

Frage S8: PLZ

Welche Postleitzahl hat Ihr Wohnort, an dem wir Sie jetzt anrufen?

PLZ: _____

